

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 3. April
bis Juli 2019**

NWO-Sonderheft Nr. 120



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 3. April bis Juli 2019**

NWO-Sonderheft Nr. 120

Terror der Antichristen vom 03.04.2019-31.07.2019

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 3. April bis Juli 2019	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 3. April bis Juli 2019

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann kaum noch geh'n. <i>Spottvers der 68er Bewegung</i>

2019

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 3. April 2019 (x1.107/...):
>>**Geschlechterquoten - der neue Rassismus**

Die Realisierung der Geschlechterquoten in Politik und Gesellschaft wird gewaltig vorangetrieben. Durch sie soll eine Benachteiligung der Frauen aufgrund ihres Geschlechtes beseitigt werden. Dabei findet unter der Parole der Emanzipation des Menschen von der Bindung an das Geschlecht gerade diese Anbindung statt. Denn unabhängig von Fähigkeit und Tüchtigkeit der Individualität wird Frauen eine Stellung allein deswegen garantiert, weil ihr Körper weiblichen Geschlechtes ist. Eine Bevorzugung aufgrund körperlicher Merkmale bezeichnet man heute allgemein als Rassismus.

An die Spitze dieses blinden Feminismus hat sich nun der Landtag von Brandenburg gesetzt und am 31. Januar 2019 per Gesetz beschlossen, daß ab 2020 die Wahllisten der Parteien paritätisch mit Männern und Frauen besetzt werden müssen. "Dazu sollen die Gremien der Parteien zuerst getrennte Listen für Männer und Frauen erstellen. Danach wird eine gemeinsame Liste abwechselnd mit Männern und Frauen besetzt."

Die Parteien werden gezwungen, 50 % Frauen unabhängig vom Grad ihrer Befähigung allein deswegen aufzustellen, weil sie Frauen sind. Wenn aber der Partei viel mehr geeignete und auch fähigere Männer zur Verfügung stehen, bedeutet dies deren Zurücksetzung und Diskriminierung, nur weil sie Männer sind. Das ist Geschlechts-Rassismus.

Zwar wird damit noch nicht die Parität im Parlament erreicht, denn die Wähler haben immer noch die Möglichkeit, unter den aufgestellten Personen die Fähigsten, also gegebenenfalls auch mehr Männer als Frauen - oder natürlich auch umgekehrt - zu wählen. Zur 50 %-Quote im Parlament müßte man schon die Wähler gesetzlich zwingen, ihre Stimmen paritätisch zu vergeben. Das kommt wohl auch noch, müßte aber eigentlich schon am Grundrecht der freien, gleichen und geheimen Wahl scheitern.

Gleichheit, Ungleichheit und Freiheit

Im Landtag von Brandenburg sind heute knapp 39 % Frauen, im Bundestag sind es 31,3 %, wobei der Frauenanteil der einzelnen Fraktionen sehr unterschiedlich ist. Während er in der Fraktion der AfD 10,8 %, der CDU/CSU 19,9 % beträgt, hat er in der Grünen-Fraktion bereits über die Hälfte, nämlich 58,2 % erreicht - worüber sich kein Mann aufregt.

Es gibt kein Gesetz, das Frauen hinderte oder gegenüber Männern benachteiligte, sich in Parteien zu engagieren und ein Abgeordneten-Mandat anzustreben. Insofern herrscht völlige Gleichberechtigung. Denn das Grundrecht der Gleichheit bezieht sich auf die rechtliche, die Gleichheit vor dem Gesetz, die jedem deswegen zusteht, weil er ein Mensch ist, unabhängig von seiner körperlichen, seelischen oder geistigen Verschiedenheit.

Frauen und Männer sind nicht gleich, sondern verschieden. Diese Ungleichheiten sind in der Unterschiedlichkeit ihrer körperlichen und seelischen Verfaßtheit, ihrer Begabungen und ihrer Erziehung in Elternhaus und Schule begründet. Das sind natürliche, schicksalhafte Ungleichheiten, die verschiedenartige Ausgangspositionen für das Leben darstellen.

Worauf es ankommt ist, was der Einzelne daraus machen kann, daß er nicht gehindert wird, in der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit sein Möglichstes an Fähigkeiten und an Tüchtigkeit im Leben zu erwerben. Denn das, was er im Leben leisten kann, entscheidet darüber, ob und in welchem Maße er für die verschiedensten Positionen geeignet ist, benötigt und gewünscht wird.

Aber wofür sich eine Frau interessiert, welchen Beruf sie anstrebt oder ob sie in die Politik geht, ist alleine ihre freie Entscheidung, die der Staat zu akzeptieren hat. Er kann nicht von der Gesellschaft fordern, daß Frauen zu einer bestimmten Quote im Parlament vertreten sein müssen. Das entspringt einer totalitären ideologischen Gesinnung.

Die Freiheit der Persönlichkeitsentfaltung bedeutet Wettbewerb, in dem allein die Fähigkeiten und Leistungen der Persönlichkeit entscheiden. Dieser Wettbewerb darf nicht durch Vorrechte der Geburt oder des Geschlechts, also durch Gattungs- oder Gruppenmerkmale jenseits der persönlichen Tüchtigkeit verfälscht werden.

Dann wird in das Grundrecht der Freiheit eingegriffen. Wenn eine Partei gesetzlich gezwungen wird, Männer und Frauen paritätisch als Kandidaten aufzustellen, wird sowohl die Freiheit der Partei auf Aufstellung der Fähigsten verletzt, als auch in das Recht derjenigen Männer auf die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit eingegriffen, die durch diese formale Geschlechterparität nicht zum Zuge kommen, obwohl sie wesentlich fähiger wären als die Frauen, die primär wegen ihres weiblichen Geschlechts aufgestellt worden sind; was natürlich auch umgekehrt gelten würde.

Geschlechter-Apartheid

Es wird durch das Gesetz ein neuer Rassismus eingeführt. Der alte diskriminiert Menschen aufgrund allgemeiner körperlicher Eigenschaften, die sie von den eigenen unterscheiden, der neue diskriminiert Menschen, weil sie die spezifischen körperlichen Eigenschaften des weiblichen Geschlechtes nicht aufweisen. Für diese Gender-Ideologie zerfällt die Menschheit in zwei Rassen, die je durch das Geschlecht bestimmt sind und in die der Einzelne als Persönlichkeit wieder verschwindet. Jede sexuelle Rasse soll ihre Interessen gleichermaßen geltend machen können.

Daher heißt es auch in der Beschlußempfehlung des brandenburgischen Innenausschusses:

"Die gesetzlichen Vorgaben sollen keine Anwendung auf Parteien, politische Vereinigungen oder Listenvereinigungen finden, die satzungsgemäß nur ein Geschlecht aufnehmen und vertreten wollen." 2 Parteien, die also nur männliche oder nur weibliche Interessen vertreten, sind vom Zwang der Parität ausgenommen.

Der anthroposophische Philosoph Lorenzo Ravagli schreibt dazu treffend:

"Nach der Logik dieses Vorschlags kann es nur noch zwei Parteien geben: die der Männer und die der Frauen. Die herkömmlichen Parteien werden entlang der Geschlechterdifferenz zwei-

geteilt. Damit wird eine neue Apartheid eingeführt. Das Prinzip der entsexualisierten, nicht rassistisch organisierten, allgemeinemenschlichen Repräsentation, das bisher das Parteienwesen bestimmte, wird aufgehoben. Dasselbe gilt für die Gesellschaft. Männer sollen nicht mehr die Interessen von Frauen, Frauen nicht mehr jene von Männern vertreten können. Nicht mehr ein Mensch repräsentiert den anderen, sondern das Geschlecht repräsentiert sich selbst.

Die Privilegierung von Parteien, die rein männliche oder rein weibliche Interessen vertreten, entstellt die Geschlechterphobie, die diesem Vorschlag zugrunde liegt, zur Kenntlichkeit. Er teilt aufgrund der Furcht vor "toxischer Männlichkeit" die gesamte Gesellschaft in zwei biologisch determinierte Großgruppen, die durch eine minimale, aber unüberwindbare genetische Differenz voneinander unterschieden sind. Eingeführt wird das Gesetz im Namen der Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit. In Wahrheit ist es Ausfluß einer Veterinärphilosophie, die den Menschen ausschließlich als biologisches Wesen definiert."

Genderismus

Zudem steckt das brandenburgische Rassismus-Gesetz nach der Ideologie des Genderismus noch voller Widersprüche. Es hat deren postulierte Vielfalt der Geschlechter, die aktuell bis zu 60 Geschlechtsidentitäten reichen soll, überhaupt noch nicht berücksichtigt. Zwar denkt der Innenausschuß in seiner Beschlußempfehlung immerhin an das personenstandsrechtliche dritte Geschlecht, macht aber zugleich einen inkonsequenten Rückzieher, indem er schreibt:

"Um die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum dritten Geschlecht und in deren Folgen die Änderungen des Personenstandsgesetzes zu berücksichtigen, soll eine Regelung eingeführt werden, nach der Personen, die weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zuzuordnen sind, frei entscheiden können, für welche Liste sie sich um einen Listenplatz bewerben wollen."

Kein Wunder, daß man sich mit diesem Salto rückwärts beißendem Spott aussetzt. So bemerkt Peter Grimm dazu:

"Stünde nicht so etwas Elementares wie die freie Wahl auf dem Spiel, müßte man hier laut auflachen. Diejenigen, für die derzeit in vielen öffentlichen Einrichtungen extra Unisex-Toiletten gebaut werden, weil sie bei der Notdurft von der Entscheidung fürs Damen- oder Herren-Örtchen überfordert sein könnten, sollen sich umstandslos für die Männer- oder Frauenliste entscheiden müssen? Wir könnten hier die Unisex-Wahlkarte empfehlen und dann könnte im Wahlrecht alles beim Alten bleiben."

Nach der Logik des Genderismus müßten ja alle 60 "Identitäten" entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung in legislativen Körperschaften vertreten sein. Diese inflationäre Aufsplitterung der Gesellschaft in nicht nur 2, sondern 60 Geschlechter-Rassen machte die ganze Absurdität dieser rassistischen Ideologie offenbar.

Jede postulierte Rasse macht, wie L. Ravagli treffend schreibt, sich in ihrer spezifischen Eigenart geltend, deren Unterschied zu anderen danach nicht aufhebbar ist und von anderen nicht vertreten werden kann. Dies trägt zum Zerfall des auf Kompromiß und Konsens angewiesenen Gemeinwesens in ein Aggregat von abgeschlossenen sexuellen Gattungen bei, die stets primär ihre eigenen Interessen und Vorteile verfolgen.

Andererseits stehen diese verschiedenen "Geschlechts-Identitäten" im Widerspruch zur These des Genderismus, daß die Geschlechtseigenschaften soziale Konstrukte seien. Wenn sie das sind, kommt aber keinem Geschlecht Realität zu, und sie sind alle gleichermaßen politisch bedeutungslos. "Die Identität des Einzelnen kann folglich nicht durch seine biologischen Merkmale, sie muß durch etwas anderes bestimmt sein."

Man muß sich auf das besinnen, was als das über allen körperlichen Differenzierungen Hinausgehende den eigentlichen Menschen ausmacht.

Der selbstbestimmte Mensch

Die berechtigte Kritik am Rassismus gründet auf der Empörung gegen die Reduzierung des

Menschen auf Merkmale seines physischen Leibes. Man empfindet, daß der Wert jedes Menschen in seinem seelisch-geistigen Wesen besteht, unabhängig davon, in welchem Leibe es wohnt. Der Genderismus, als vermeintlich emanzipatorische Bewegung, verfällt mit der Quotenregelung der Geschlechter gerade wieder dem Rassismus. Der eigentliche Mensch, seine Individualität, tritt hinter dem Leib zurück, nach dessen Merkmalen er bewertet wird.

Das Wort "Mensch" "verweist auf das, was allen Exemplaren der Gattung trotz ihrer individuellen Unterschiede gemeinsam ist. Es heißt nicht: 'der Mensch ist Frau' oder 'der Mensch ist Mann'." Als leibliches Gattungswesen ist der Mensch nicht frei, sondern wird in seinen Handlungen von den körperlichen Vorgaben der Gattung bestimmt.

Daher schrieb Rudolf Steiner:

"Wer die Menschen nach Gattungscharakteren beurteilt, der kommt eben gerade bis zu der Grenze, über welcher sie anfangen, Wesen zu sein, deren Betätigung auf freier Selbstbestimmung beruht. Was unterhalb dieser Grenze liegt, das kann natürlich Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung sein. Die Rassen-, Stammes-, Volks- und Geschlechtseigentümlichkeiten sind der Inhalt besonderer Wissenschaften. Nur Menschen, die allein als Exemplare der Gattung leben wollten, könnten sich mit einem allgemeinen Bilde decken, das durch solche wissenschaftliche Betrachtung zustande kommt.

Aber alle diese Wissenschaften können nicht vordringen bis zu dem besonderen Inhalt des einzelnen Individuums. Da, wo das Gebiet der Freiheit (des Denkens und Handelns) beginnt, hört das Bestimmen des Individuums nach Gesetzen der Gattung auf. ... Das Individuum muß seine Begriffe durch eigene Intuition gewinnen.

Wie der einzelne zu denken hat, läßt sich nicht aus irgendeinem Gattungsbegriff ableiten. Dafür ist einzig und allein das Individuum maßgebend. Ebenso wenig ist aus allgemeinen Menschencharakteren zu bestimmen, welche konkreten Ziele das Individuum seinem Wollen vorsetzen will. Wer das einzelne Individuum verstehen will, muß bis in dessen besondere Wesenheit dringen, und nicht bei typischen Eigentümlichkeiten stehen bleiben."

Der Geist des Menschen ist individuell und begründet seine Individualität durch einen Urakt eigenen Denkens, von dem alle sonstigen Eigenschaften der Individualität abgeleitet sind, wie Lorenzo Ravagli es auf den Punkt bringt. "Ja, ohne diesen Urakt könnte von 'individuellen Eigenschaften' gar keine Rede sein, da es sich um Eigenschaften der Individualität handelt, die ohne diesen Bezugspunkt keine Eigenschaften wären. Die Vernunft allein ist imstande, zwischen unterschiedlichen Interessen, Identitäten und Eigenschaften zu vermitteln, weil alle - als Bestimmungen des Denkens - aus ihr hervorgehen. Der Partikularismus der Geschlechterrassen beruht dagegen auf der Verneinung der Individualität."

Er weist auch treffend darauf hin, daß dem Prinzip der Parität das gleiche Denkmuster einer Geschlechter-Apartheid zugrunde liege, nach dem in patriarchalischen Religionen das Verhältnis der Geschlechter geregelt wird, auch wenn es keine hierarchische Überordnung des einen über das andere Geschlecht postuliert, wie sie sowohl in Formen des Christentums vorkommen, als auch besonders ausgeprägt das Leben im Islam bestimmen.

Die feudalen Ständegesellschaften in Europa waren in der Vergangenheit noch stark von dieser religiösen Geschlechterordnung geprägt. "Die bürgerlichen Emanzipationsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts überwandten die religiös bestimmten Ständegesellschaften mit ihren starren Geschlechtsrollenzuweisungen, indem sie die demokratische Gleichheit im allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht sowie in der Gleichheit aller vor dem Gesetz verankerten." Der fanatische Genderismus ist dabei, diese mühsam errungene Gleichheit wieder aufzuheben, indem er neue Privilegien der Geburt einführen will.

Demokratie fußt auf der Gleichheit aller Menschen, nicht der Geschlechter. Gesetzliche Parität der Geschlechter bedeutet insofern einen Rückfall in den Feudalismus. Sie ist gegen die freie Individualität gerichtet.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 10 berichtete am 23. April 2019: >>Ich habe an einem Faden des Lügengespinnstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen"

Buchbesprechung von *Rita Müller-Hill*

In der Sendung Les Terriens du samedi, ausgestrahlt am 9. März im französischen Fernsehen Canal+, wurde Philippe de Villiers vom Journalisten Thierry Ardisson gefragt, ob Angela Merkel die Geschichte Walter Hallsteins, des ersten Präsidenten der Europäischen Kommission, bekannt war, als sie am 13. November 2018 im Deutschen Bundestag eine große Lobrede auf ihn hielt. Philippe de Villiers antwortet sehr ernst: "Ja, und ich denke, sie hat gelogen."

Erläuterung zum Buchtitel

Auf den ersten Seiten seines Buches erzählt Philippe de Villiers, wie er dazu gekommen ist, sich mit der Geschichte der EU zu beschäftigen, und wie der Titel seines Buches zustande kam. Er berichtet auf Seite 19 von einer Unterhaltung mit dem langjährigen (1958-1968) französischen Außenminister Maurice Couve de Murville, der dieses Amt schon während der Präsidentschaft Charles de Gaulles innehatte. Im Laufe dieser Unterhaltung habe sich Couve de Murville über den Marshallplan, dessen Akzeptanz er als Unterwerfung bezeichnete, über Walter Hallstein und den europäischen Einigungsprozeß geäußert: ... "Ach Europa! Das Europa der Gründerväter! Es genügt, wenn Sie an einem Faden ziehen, dann kommt alles." - "Aber an welchem Faden?" - "Am Faden des Lügengespinnstes."

Öffnung der Archive

Ein Professor der Sorbonne, den Philippe de Villiers nicht namentlich nennt, kommentierte später diesen sybillinischen Spruch: "Couve de Murville hat das erste Stottern des europäischen Projektes miterlebt. Er wußte alles über alle, über die Trugbilder und die Hintergedanken, die ganze Verwickeltheit, das Getue, den faulen Zauber. Am Faden ziehen sollte in seinem Sinne sicher heißen: an die Quelle gehen." "Aber an welche Quelle?", fragt de Villiers. "An die Quelle der Informationen, die in den Archiven schlummern. ... Sie sind nicht mehr geheim, sie sind nach und nach geöffnet worden, zugänglich gemacht worden", bekam er zur Antwort.

Als de Villiers vermutet, daß nun viele Forscher in die Archive stürzen, muß ihn der Professor enttäuschen. Es seien nur sehr wenige, die das tun. Und auf die Frage, warum die Forscher so wenig neugierig seien, erhält er zur Antwort, dies geschehe aus Vorsicht. Man könne seinen Lehrstuhl, seinen Lehrauftrag, seinen Job, seinen Verleger verlieren. - Auf die Frage, ob es sich da um ein Tabu handle, bekommt er zur Antwort: "Mehr als das, es geht um einen Mythos, eine Ideologie, ein Glaubenswerk. Alles, was diese Gründerväter betrifft, liegt im Bereich des Heiligen, Unberührbaren." - "Eine offizielle Wahrheit, also."

Diese Unterhaltung ist eine Art Initialzündung. Philippe de Villiers stellt vier Arbeitsgruppen zusammen, die er seine "Brigaden" nennt, und schickt sie auf die Quellensuche.

Im Buch dokumentiert er mit 28 Faksimilekopien auf 111 Seiten die Richtigkeit seiner Aussagen. Und Philippe de Villiers spricht aus, was nicht ans Licht der Öffentlichkeit kommen sollte. Nur ein enger Kreis von Eingeweihten wußte, wie die Dinge wirklich waren. General de Gaulle, der nicht zu diesen gehörte und den man lieber unschädlich gemachte hätte, wußte aber auch seit der Gründung der "France libre" in London (1940): Jean Monnet war nicht auf seiner Seite. Er vertrat die Interessen Amerikas, das auf den mit Hitler kollaborierenden Marschall Pétain setzte und de Gaulle als Störfaktor ansah.

"Philippe de Villiers hatte also Forschergeist und den Mut, sich in die Archive zu begeben und zu veröffentlichen, was er dort fand: Dokumente, die eindeutig beweisen, daß Jean Monnet von der CIA für seine Aktivitäten als Gründervater Europas bezahlt wurde, daß Robert Schumann eine zwielichtige Gestalt war, die zwischen den jeweiligen Machthabern hin und her wechselte und letztlich im Dienste der US-Amerikaner war."

Forschergeist und Mut

Im deutschsprachigen Raum hat Andreas Bracher bereits 2001 die sakrosankte Europa-Ideologie in Frage gestellt. In Zeit-Fragen wurden 2010 und 2011 zwei Artikel veröffentlicht, die eindeutig aufzeigten, in wessen Diensten Jean Monnet stand und in welche Netzwerke er eingebunden war.

Und Walter Hallstein, NS-Ausbildungsoffizier und juristischer Spezialist der Nazis für "Das Neue Europa", stellte seine Dienste ebenfalls den Amerikanern zur Verfügung.

Wer es wirklich wissen wollte, fiel jetzt bei der Veröffentlichung von de Villiers Buch nicht aus allen Wolken. Einiges ist jedoch neu: zum Beispiel die Tatsache, daß Monnets "Memoiren" nicht von ihm selbst geschrieben wurden, sondern im Auftrag Kennedys, bezahlt von der Ford Foundation, von einer Historikergruppe verfaßt wurden.

Wie entstanden Jean Monnets "Memoiren"?

De Villiers erzählt, wie er hinter dieses Geheimnis gekommen ist. Diese Episode ist beispielhaft für de Villiers Vorgehen: Die vielen menschlichen Beziehungen, die er in seinem Leben eingegangen ist, seine Fähigkeit zuzuhören, gepaart mit einem guten Gedächtnis und einer gehörigen Portion Humor, führen dazu, daß er auch Jahre später noch in der Lage ist, bestimmte Informationen, die er anfangs nicht verstand, in ihren Kontext einzuordnen und ihren Sinn zu erfassen. Wegen der Eindrücklichkeit und des exemplarischen Charakters sei an dieser Stelle etwas genauer darauf eingegangen. Da es noch keine offizielle deutsche Übersetzung des Buches gibt, sind alle Passagen von der Autorin des Artikels übersetzt worden.

Philippe de Villiers besucht als Student Jacques Chapsal, seinen ehemaligen Professor der Politischen Wissenschaften, der während ihrer Unterhaltung überraschend Besuch von seinem Kollegen und Freund, dem Professor für moderne Geschichte Jean-Baptiste Duroselle, Autor eines Grundlagenwerks der Internationalen Beziehungen, - dem Duroselle, den damals jeder Student kannte - erhält. De Villiers darf bleiben und erhält Einblick in die Entstehungsgeschichte der Memoiren Jean Monnets. Chapsal fragt Duroselle: "Und, was machen diese Memoiren? Geht es voran?"

Duroselle: "Ja. Die Studenten arbeiten hart daran. Wir haben die Arbeit aufgeteilt."

Chapsal: "Das ist ja sicher wichtig für die Stiftung und für ihr Renommee in den USA."

Duroselle: "Ja, aber noch viel wichtiger, lieber Jacques, ist es für die Vereinigung Europas. Sie braucht einen neuen Anstoß, neuen Elan."

Bei anderer Gelegenheit sagt der französische Diplomat und Politiker Jean Francois-Poncet: "Die Memoiren Jean Monnets sind 'die kleine rote Bibel der Vereinigung Europas', die wir so dringend brauchen."

Wer wollte dieses Buch?

In diesem Zusammenhang stellt Philippe de Villiers drei Fragen: Wer hat diese Memoiren in Auftrag gegeben? Wer hat sie bezahlt? Wer hat sie geschrieben?

An dieser Stelle des Buches wird deutlich, wie unterschiedlich man an die Beantwortung solcher Fragen herangehen kann. Im umfangreichen Referenzwerk, der von Eric Roussel verfaßten Biographie Jean Monnets, werden Namen über Namen genannt. Menschen, mit denen Monnet in Kontakt war. Aber wer waren diese Leute? Welche Funktionen übten sie aus? In welche Netzwerke waren sie eingebunden? Welche Interessen verfolgten sie? In wessen Diensten standen sie? Von wem wurden sie bezahlt?

Dem ist de Villiers nachgegangen, hat die Zahlungsbelege gefunden und ist zu dem Ergebnis gekommen: Die US-Amerikaner haben das Werk in Auftrag gegeben und bezahlt. Dazu muß man Hintergrundwissen haben und den Mut, es offenzulegen. De Villiers beweist, daß die Ford Foundation als Geldgeber nicht einfach nur die Ford Foundation war, sondern einer der Geldverteiler der CIA. Wer hat die Memoiren verfaßt? Duroselle als leitender Professor verteilte die Arbeit an eine Gruppe von Studenten. Pierre Gerbet, Eric Westphal, André Kaspi,

Richard Mayne. "Es funktionierte wie eine Maschine, die Nachforschung, Erzählung und Schreiben herstellt."

Jean Monnet selbst interessierte sich kaum für das Werk. Geschrieben wurde es letztlich von François Fontaine, einem Romanautor, der im Römischen Reich die Vorankündigung einer vollendeten Europäischen Union sah.

Wir haben bei unseren eigenen Nachforschungen festgestellt, daß die oben genannten Autoren fester Bestandteil der "Monnet-Forschung" sind. Sie werden immer wieder zitiert - insbesondere zitieren sie sich gegenseitig -, wenn man sie konsultiert, wird man im Kreis herumgeschickt.

EU eine Etappe auf dem Weg zur Welt-Governance?

Nur der letzte Abschnitt der Memoiren Jean Monnets stammt von ihm selbst. Und da erschließt sich nach Philippe de Villiers das Geheimnis seiner Intentionen: Die Europäische Gemeinschaft ist kein Ziel an sich. Wichtig ist, daß die alten Nationen von gestern mit ihrer jeweiligen Souveränität nicht mehr der Rahmen sein sollen, in dem die aktuellen Probleme gelöst werden. Die Gemeinschaft als solche ist nur eine Etappe auf dem Weg zu Organisationsformen der Welt von morgen.

Da erhebt sich dann in der Sicht Philippe de Villiers die Welt-Governance, Globalia, die von allen Attributen wie Souveränität, Demokratie und verschiedenen Völkern "befreit" ist. Der Traum vom planetarischen Management, die Beherrschung der Menschheit durch die Technik, durch einen allumfassenden Markt in einen dauerhaften Frieden gehüllt und eine grenzenlose individuelle Freiheit garantierend. "Weicher, aufgeklärter Despotismus", sagte Jacques Delors zustimmend dazu.

Das Buch Philippe de Villiers' hat bereits viele Leser gefunden. Der Autor tritt in vielen Fernsehsendungen auf und hält den hinterhältigen Fragen vieler Journalisten auf beeindruckende Weise stand. Das Presseecho reicht von "das ist alles nicht neu" über "Verschwörungstheorie" bis "Unwahrheit". Philippe de Villiers zeigt auf, wer die wirklichen Verschwörer sind, wer ein Interesse daran hat, daß die Wahrheit im dunkeln bleibt, und welches die Interessen, Ziele und Beweggründe der europäischen Vereinigung sind und waren. Ein äußerst lesenswertes Buch, hinter das die Geschichtswissenschaft nicht mehr zurückgehen kann. ...<<

[Auf der Webseite "https://kenfm.de ..."](https://kenfm.de ...) des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 24. April 2019 folgender Bericht über die Scheindemokratie (x1.014/...): >>**STANDPUNKTE - Das Primat der politischen Parteien oder wie die "repräsentative Demokratie" nur elitaristische Politik verschleiert**

Von *Jochen Mitschka*

Wie in meinem Essay "*Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren*" beschrieben, haben die politischen Parteien längst das Grundgesetz nach ihren Vorstellungen ausgehöhlt, den Staat in ihre Gewalt gebracht und "Gewaltenteilung" zu einem Witz verkommen lassen. All das sekundiert von der inzwischen durch Kapitalinteressen geleiteten Medienindustrie. Ein Freund hat mich nun auf eine Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel aufmerksam gemacht, in der genau diese These bestätigt wird - daß nämlich der Konsens, oder besser gesagt das Kartell der politischen Parteien in Deutschland die Politik bestimmen und nicht der Wähler. Zwar wurde die Rede aus dem Archiv der Bundesregierung gelöscht, aber noch gibt es alternative Links zu dem Text.

Die Bundeskanzlerin hielt diese Rede anlässlich der Vorstellung des Allensbacher Jahrbuchs der Demoskopie "Die Berliner Republik" am 3. März 2010 in Berlin. In dem Text wird deutlich, daß die Demoskopie keineswegs ein Mittel für die politischen Parteien ist, den Willen des Volkes, des Souveräns zu ermitteln, und die Politik danach abzustellen. Vielmehr wird sogar mit einer gewissen Abscheu gesprochen, gegenüber der "*Aufgeregtheit des Augenblicks*", den anscheinend die Wähler, nicht natürlich die Politiker, umtreibt.

Und so erkennt man, daß die Parteien nicht bemüht sind, die Sorgen und Nöte der Menschen aufzugreifen und zu bekämpfen, sondern nur versuchen, aus den Umfragen zu ermitteln, welche Überzeugungskraft notwendig ist, um die Bedenken der Menschen wegzudiskutieren. Merkel sagte:

"Die Politik kann allerdings lernen, welche Sorgen und Hoffnungen mit einem bestimmten Projekt verbunden sind. Man kann erahnen, wie viel Überzeugungskraft gegebenenfalls notwendig ist, um ein wichtiges, notwendiges Projekt durchzusetzen."

Aber es geht noch besser. Merkel erklärte, daß die Parteien die Aufgabe haben zu herrschen, und dafür von der repräsentativen Demokratie den Auftrag bekommen, und dann vier Jahre Zeit haben, diese Herrschaft gegenüber dem Wahlvolk zu erklären. Sie sagte explizit:

*"Aber genau deshalb bin ich auch zutiefst davon überzeugt, daß es richtig ist, daß wir eine repräsentative Demokratie und keine plebiszitäre Demokratie haben und daß uns die repräsentative Demokratie für bestimmte Zeitabschnitte die Möglichkeit gibt, Entscheidungen zu fällen, dann innerhalb dieser Zeitabschnitte auch für diese Entscheidungen zu werben und damit Meinungen zu verändern. **Wir können im Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik sagen, daß all die großen Entscheidungen keine demoskopische Mehrheit hatten, als sie gefällt wurden.***

*Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge, der Nato-Doppelbeschluß, das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro und auch die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt - **fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt.** Erst im Nachhinein hat sich in vielen Fällen die Haltung der Deutschen verändert. Ich finde es auch vernünftig, daß sich die Bevölkerung das Ergebnis einer Maßnahme erst einmal anschaut und dann ein Urteil darüber bildet. Ich glaube, das ist Ausdruck des Primats der Politik. Und an dem sollte auch festgehalten werden."* (wie vor)

Mit anderen Worten: Die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland erklärte, daß wichtige Beschlüsse der Parteien, die das Parlament und die Regierung kontrollieren, im Gegensatz zum Willen des Wahlvolkes gefällt worden waren. Auch Beschlüsse, die über Krieg und Frieden entschieden. Sie erwähnt explizit die Teilnahme am Krieg gegen Afghanistan, der nach fast 18 Jahren wohl bald als verloren angesehen werden muß. Es ist ein Angriffskrieg, an dem Deutschland auf Grund des Drucks der Grünen teilnehmen wollte, ohne Notwendigkeit bzw. Aufforderung durch die USA. Ein Angriffskrieg, der angeblich dann dank der Überzeugungskraft der Parteien vom Wahlvolk akzeptiert worden wäre.

Ebenso gibt die Vorsitzende der größten Partei Deutschland zu, daß *"die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt"* gegen den Willen der Mehrheit der Deutschen durch die politischen Parteien durchgesetzt wird.

Angeblich wäre auch hierzu im Nachhinein das Volk bereit gewesen, die Entscheidung der politischen Elite zu legitimieren. Da die Wähler tatsächlich immer wieder Parteien wählen, die eigentlich das Gegenteil von dem tun, was sie, die Wähler wünschen, ist dieser Schluß nicht von der Hand zu weisen.

Und schließlich erklärt sie deutlich, daß es ein "Primat der Politik" gäbe. Gemeint ist, daß die politischen Parteien Deutschlands die Politik des Landes bestimmen, ohne Rücksicht auf den Wunsch und Willen der Wähler.

Merkel bestätigt hier also in der Rede meine These, daß wir von einer neuen Aristokratie beherrscht werden, einem System, das man früher als Herrschaft einer *"wohlwollenden Aristokratie"* bezeichnet hätte. Wobei die Aristokratie ja nur der Vermittler und zeitweise Moderator zwischen dem eigentlichen Herrscher und dem Untertanen ist. Daraus ergibt sich aber eine wesentliche Frage, nämlich die nach der Verantwortung für Fehler.

Wer trägt die Verantwortung

Nehmen wir das Beispiel des Afghanistan-Krieges. Was passiert, wenn die Welt erkennt, daß die Unterstützung des Angriffskrieges Deutschlands gegen Afghanistan letztlich lediglich das Land zerstörte und ungläubliches Leiden und Not über die Menschen gebracht hat, statt "Brunnen und Mädchenschulen", und daß der Krieg nun nach fast 18 Jahren als verloren angesehen werden muß?

Wenn die Menschen begreifen, daß der Krieg lediglich die organische Entwicklung der Gesellschaft unterbrach, Flüchtlingsströme verursachte und das Land weiter spaltete, wodurch 18 Jahre ungenutzt blieben, ja sogar noch durch die Zerstörungen wie 30 Jahre Rückschritt wirken? Wer trägt die Verantwortung dafür, wenn die politischen Parteien im Konsens, entgegen dem Willen der Wähler (!) diesen Krieg führten? Wer trägt die Verantwortung, wenn Afghanistan uns eines Tages auf Schadenersatz verklagt, wegen der dem Land zugefügten Kriegsschäden?

Oder schauen wir uns ein weiteres Beispiel an: ... *das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro*". Wenn sich nachträglich herausstellt, daß die Euro-Einführung mit Tricks, Täuschungen und falschen Versprechungen entgegen des Willens der Mehrheit der Deutschen erfolgte, und daß dies nun zu einem Grundproblem der EU wurde, wer wird dafür zur Verantwortung gezogen?

Und als letztes Beispiel betrachten wir die "*die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt*", mit der nach Angaben der Bundeskanzlerin auch eine Mehrheit der Deutschen nicht einverstanden war. Wer trägt die Konsequenzen der Politik, die zum Beispiel durch immer weiter gesteigerte Rüstungsausgaben, zu Lasten der sozialen Entwicklung und Infrastruktur gehen? Wer trägt die Konsequenzen und die Verantwortung, wenn diese Politik zu immer größeren Spannungen mit anderen Ländern, insbesondere Rußland führt, weil deutsche Politiker glauben, sie müßten wieder Panzer an die Ostfront verlegen?

Und um es auf die Spitze zu treiben: Mit dieser Politik ist auch die Stationierung von Kernwaffen der USA auf deutschem Boden verbunden, gegen die auch ein Vorbehalt in der Bevölkerung besteht. Wer trägt die Verantwortung dafür, wenn es tatsächlich durch Versehen oder Absicht zu einem Atomschlag gegen diese Stationierungsorte kommt. Weil diese Standorte im Rahmen einer immer größeren Spannung aufgrund der irren Rüstungsausgaben der NATO, nur als Bedrohung aller Nicht-NATO-Staaten angesehen werden kann, und von Rußland und anderen Staaten als unmittelbare Bedrohung angesehen werden?

Tatsache ist, daß wir von einer selbsternannten Elite beherrscht werden, die die Gewinne (im weitesten Sinn) privatisiert und die Verluste sozialisiert. Und so ist es eben auch mit der Verantwortung.

Pensionen der Aristokratie gesichert, Zeche zahlt die Masse

Schauen wir uns die Politik der Bundesregierung gegenüber Syrien an. Deutschland war aktiv am Versuch beteiligt, bewaffnete Gruppen in Syrien zu unterstützen, die die legitime Regierung des Landes stürzen wollten. Als Folge entstand ein verheerender Krieg, bei dem bis heute Teile des Landes durch NATO-Truppen als Folge des Angriffskrieges, an dem Deutschland schließlich über die "Koalition" beteiligt war, besetzt sind.

Nach dem Krieg wird Syrien ohne Zweifel Reparationsforderungen gegen Deutschland richten. Und in einem ähnlichen Fall waren die USA bereits einmal zu vielen Milliarden Dollar Schadenersatzzahlungen an Nicaragua verurteilt worden. Sie hatten, ähnlich wie in Syrien, im Contra-Krieg die Rebellen unterstützt und auch aktiv durch Minen in den Bürgerkrieg eingegriffen. Während die USA als allmächtiger Hegemon darüber lacht und einfach zur Tagesordnung übergeht, wird Deutschland diese Forderung nicht so einfach ignorieren können. Wer trägt dann dafür die Verantwortung?

Während die neue Aristokratie, bedingt durch "Nebenbeschäftigungen", welche die Mandatsträger dank der Bekanntheit und Einflußmöglichkeiten ausüben, aber auch die opulenten Ab-

geordneten Pensionen, keinerlei Zukunftsangst haben müssen, drohen für den normalen Rentner und Arbeitnehmer Renten- und Gehaltskürzungen, Arbeitslosigkeit, Steuererhöhungen und eine vernachlässigte Infrastruktur und gekürzte Sozialleistungen, um die Pläne der Aristokratie durchzusetzen.

Elitarismus

Die Definition von Elitarismus in Wikipedia, also des Gedankengutes, das aus der Rede der Bundeskanzlerin deutlich wurde, sagt:

"Elitarismus oder Elitismus ist eine Ideologie, die vom Bewußtsein getragen ist, einer Elite anzugehören, und sich in einer elitären Haltung manifestiert. Sie definiert sich im Gegensatz zum Pluralismus."

Während die neue Aristokratie also ständig von Pluralismus, Buntheit der Kulturen und Meinungsfreiheit redet, realisiert sie in Wahrheit eine elitaristische, ja absolutistische Herrschaft, die sich in Begriffen wie "Alternativlos" oder "müssen wir der EU folgen" oder "haben wir der NATO versprochen" wiederfinden. Eine Herrschaft, die dann mit Hilfe der Medien den Menschen so dargestellt wird, als ob es eine Herrschaft im Sinne und zum Nutzen der Gesamtheit der Wähler wäre.

Man kann ja durchaus der Meinung sein, daß die Herrschaft einer Elite für ein Land von größerem Nutzen sein kann, als eine Regierungsführung, die davon abhängt, welche gesellschaftliche Gruppe gerade in der Lage ist, seine Interessen vor die anderer zu stellen. Oder anders gesagt, eine Regierungsführung die auf ständigem Ausgleich der Interessen verschiedener Strömungen im Land beruht. Vor allen Dingen für jene, die die Herrschaft ausüben, ist eine elitaristisch absolutistische Herrschaft natürlich viel einfacher. Man kann eine solche Form der gesellschaftlichen Ordnung durchaus positiv sehen. Aber eine solche Ordnung bedingt, daß jene, welche diese Art der Herrschaft ausüben, auch dafür die alleinige Verantwortung tragen!

Es muß ja nicht gleich die Guillotine sein, wie in Frankreich, oder die Versklavung wie im Mittelalter, oder der Seidensack, auf den man mit Sandelstöcken schlug, bis sich der Inhalt nicht mehr bewegte, wie in Thailand. Es würde schon reichen, den Protagonisten der Elite, die den Schaden verursacht haben, ihre Mindestrente zu begrenzen, oder bei offensichtlichen Regelbrüchen, auch mit Gefängnisarrest zu bestrafen.

Im deutschen System der sogenannten repräsentativen Demokratie aber trägt ganz alleine der Wähler die Folgen der Entscheidungen, die durch das "Primat der Politik" gefällt werden, und nicht selten zu katastrophalen Ergebnissen führen. Und der Wähler hat keine Möglichkeit, etwas dagegen zu unternehmen, denn schließlich hat er durch die Abgabe seiner Stimme bei der Wahl die Herrschaft der Elite legitimiert. Man könnte sagen, analog zur Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft, bei welcher der Vorstand "entlastet" wird, entlastet der Wähler das System des Parteienkartells durch Abgabe seiner Stimme am Wahltag.

Pluralismus

Ganz klar aber dürfte nun sein, daß es nicht richtig ist, daß wir in Deutschland in einer pluralistischen Gesellschaft leben. Denn die Definition laut Wikipedia für Pluralismus lautet:

"... Der wesentliche Aspekt des Pluralismus, daß die Macht nicht zentral gebündelt, sondern auf verschiedene, voneinander relativ unabhängige Gruppen der Gesellschaft verteilt ist, steht im Gegensatz zu einer Herrschaft oder Hegemonie einer jeweils bestimmten sozialen Klasse oder Elite."

In Deutschland haben wir aber die Macht gebündelt auf den Parteienkonsens, auf das Parteienkartell. Schauen wir uns an, als Bundeskanzler Schröder mit SPD und Grünen den Sozialabbau in Deutschland in Gang brachte. Natürlich wurde er nicht wiedergewählt, aber die dann die Regierung übernehmende CDU verstärkte den Trend sogar noch. Parteienkonsens könnte nicht deutlicher gezeigt werden. Und wer die letzten großen Koalitionen beobachtete, der

kann sich kaum des Eindrucks verwehren, daß hier etwas zelebriert wurde, das nicht selten an gesellschaftliche Systeme erinnert mit einer einzigen erlaubten Partei. Auch dort gibt es natürlich "pluralistische Strömungen" innerhalb der Partei.

Die Tatsache, daß die Parteien sehr bemüht sind, innerhalb der eigenen Klasse der Aristokratie, also der Parteien, möglichst viele Teile der Gesellschaft aufzunehmen ist lediglich Makulatur. Sie soll vortäuschen, daß die Gesellschaft pluralistisch organisiert ist, tatsächlich aber werden nur jene Teile der Gesellschaft aufgenommen, die mit dem Konsens innerhalb der Partei und dem Parteienkartell insgesamt, übereinstimmen.

So haben die "christlich sozialen" Parteien sicher auch Muslime und Mitglieder anderer Religionen in ihren Reihen, aber das beherrschende Element ist die Ideologie der Partei, nicht die Religion. Ebenso hat die AfD sicher Migranten in ihren Reihen, aber diese vertreten eine ebenso restriktive Migrantpolitik wie die ganze Partei. Und natürlich hat die FDP auch Arbeitnehmer als Mitglieder, aber die sind, wie die Partei der Meinung, daß alles für Arbeitnehmer gut ist, was für die Arbeitgeber gut ist.

Pluralismus ohne plebiszitäre Politik ist nicht möglich. Nur wenn die Gesamtheit der Menschen eine Entscheidung fällen kann, kann man von Pluralismus sprechen. Der Grund liegt darin begründet, daß jeder Mensch unterschiedliche gesellschaftliche Rollen ausübt. Der Muslim ist ebenso Arbeitnehmer oder Rentner wie der Christ. Der Arbeitgeber ist auch Teil einer Familie. Der Lehrer ist auch Vater. Der Rentner ist möglicherweise auch Hauseigentümer. Und immer wird die Person abwägen müssen, welche dieser Rollen für eine Entscheidungsfindung wichtiger ist.

Fazit

Deutschland wird durch eine selbst ernannte Elite verwaltet, die sich als neue Aristokratie gebärdet, aber die Verantwortung für von ihr verursachter Politik der Gesamtheit der Bevölkerung zuschiebt. Begründet mit "Demokratie". Sie verweigert sich plebiszitären Elementen, aus der Befürchtung heraus, nicht mehr die Politik betreiben zu können, die diese Aristokratie für richtig hält. Und so lange die Wähler alle paar Jahre dieser Aristokratie durch Abgabe der Stimme die "Entlastung" erteilt, wird sich auch nichts daran ändern. Und so werden wir alle die Folgen von Aufrüstung, Kriegen, Verkauf von Allgemeingut, Abbau von Sozialleistungen und Verfall der Infrastruktur tragen müssen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 25. April 2019 (x1.000/...):

>>Aufregung um globale Erwärmung sei keine Wissenschaft sondern Propaganda

... Die Aufregung um die globale Erwärmung ist groß: An der 21. UN-Klimakonferenz Anfang Dezember 2015 in Paris wurde ein Klimaabkommen beschlossen. Dieses gründet sich auf die unbewiesene Modellvorstellung der menschengemachten Klimaerwärmung und sieht die Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2° Celsius vor.

Um dieses Ziel zu erreichen, müßten die Emissionen der angeblichen Treibhausgase weltweit zwischen 2045 und 2060 auf null zurückgefahren werden. Kohlendioxid (CO₂) sei gemäß der Treibhaustheorie das am weitesten verbreitete Treibhausgas. Sein Ausstoß sei drastisch zu drosseln und ein Teil sogar wieder aus der Erdatmosphäre zu entfernen.

Die von der schwedischen Schülerin Greta Thunberg ausgelösten "Schulstreiks für das Klima" sind inzwischen zur globalen Bewegung "Fridays for Future" (zu Deutsch Freitage für die Zukunft) angewachsen. Weltweit gehen Schülerinnen und Schüler freitags während der Unterrichtszeit auf die Straßen, um zu erreichen, daß das Übereinkommen von Paris eingehalten wird. Auch politisch wird die Aufregung um die globale Erwärmung ausgeschlachtet. In kantonalen Wahlen in der Schweiz im Jahr 2019 konnten die grünen Parteien mit Abstand die meisten Sitze dazugewinnen.

Ein wichtiger Auslöser für die Aufregung um die globale Erwärmung war der 2006 vom ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore inszenierte Dokumentarfilm "Eine unbequeme Wahr-

heit". Die Menschheit, so warnte Gore, stehe vor Katastrophen ungeahnten Ausmaßes. Er äußerte seine Befürchtung, daß die Menschheit mit den durch sie selbst verursachten Abgasen die äußere Atmosphärenschicht mit verheerenden Folgen schädige.

Maßgeblichen Anteil daran aber habe das Kohlendioxid (CO₂), dessen Konzentration seit Beginn der Aufzeichnungen von Roger Revelle im Jahre 1957 kontinuierlich immer weiter angestiegen sei. Obwohl der Film von und mit Al Gore zum dritterfolgreichsten Dokumentarfilm aller Zeiten wurde, blieben auch kritische Reaktionen nicht aus. DIE WELT schrieb am 20. März 2007, daß Hauptdarsteller Al Gore "unhaltbare Übertreibungen über die Erderwärmung präsentierte".

An britischen Schulen darf der Film seit Oktober 2007 nicht mehr unkommentiert vorgeführt werden. Ein Gericht verlangte, bei einer Vorführung auf insgesamt neun benannte Fehler hinzuweisen. Unter anderem, daß das Abschmelzen der Gletscher in der Westantarktis und in Grönland nicht "in naher Zukunft", wie im Film behauptet, die Meeresspiegel dramatisch ansteigen lasse, sondern allenfalls in Jahrtausenden. Auch deutsche Medien ließen damals eine kritische Auseinandersetzung mit den scheinbar unumstößlichen Wahrheiten einer von Menschen verursachten globalen Erwärmung durchaus noch zu.

So strahlte der Fernsehsender RTL am 11. Juni 2007 eine überarbeitete deutsche Fassung des britischen Dokumentarfilms "Der große Betrug mit der globalen Erwärmung" aus. Die RTL-Sprecherin leitete den Film, unter dem Titel "Der Klimaschwindel", mit folgenden Worten ein: "Beim G8-Gipfel in der vergangenen Woche hier in Deutschland einigten sich die Regierungschefs auf gemeinsame Ziele beim Klimaschutz, um die Erderwärmung zu stoppen.

Die Zauberformel dabei lautet: Wir alle sollen Energie sparen und weniger Abgase verursachen. Aber sind diese Bemühungen womöglich völlig sinnlos? Genau das behaupten jetzt namhafte Wissenschaftler in einer aufsehenerregenden britischen TV-Dokumentation. Der Mensch habe nämlich überhaupt keinen Einfluß auf das Klima. Die angeblich drohende Katastrophe sei in Wahrheit nichts anderes als Panikmache."

RTL geriet daraufhin ins Kreuzfeuer von Verfechtern eines von Menschen verursachten Klimawandels. Der damalige RTL-Chefredakteur Peter Kloeppel mußte klein beigeben und vermeldete, es sei ein Fehler, "den Einfluß der Menschen auf unsere Erde und ihr Klima völlig in Frage zu stellen". Aber ist es wirklich ein Fehler, Behauptungen in Frage zu stellen, über die sich die Wissenschaft beileibe nicht so einig ist, wie es im Fall des Klimawandels propagiert wird?

Zwei Dutzend durchaus namhafte Klima- und Wetterforscher - unter ihnen auch Autoren des Weltklimarats IPCC selbst - kommen in der britischen TV-Dokumentation zu Wort. Ihrer Ansicht nach wird die Rolle des CO₂ als Treibhausgas sehr stark übertrieben, die natürlichen Ursachen der Erderwärmung, vor allem die Sonnenaktivitäten, würden dagegen sträflich vernachlässigt. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/14210" berichtete am 28. April 2019 (x1.085/...): >>>**Der größte Massenmord der menschlichen Geschichte**

Vortrag von *Holger Strohm*

Dr. phil. Holger Strohm ist ein führender Umweltschützer. Er gibt eine Einschätzung zur aktuellen Weltlage und erläutert Zusammenhänge zu lebenszerstörenden Ereignissen wie Kriege, Umweltzerstörung und den Werteverfall auf allen Ebenen.

Dr. Strohm, geboren am 7. August 1942 in Lübeck, ist ein Autor von mehr als 40 Büchern. Bekannt wurde er durch seine Sachbücher zu Gefahren der Atomenergie und zur Sicherheit von Kernkraftwerken. 1971 schrieb er mit dem Bestseller "Friedlich in die Katastrophe" sein erstes Buch zu diesem Thema. Seine zahlreichen Bücher und Vorträge trugen viel zur Gründung der Öko- und Anti-Atomkraftbewegung bei. So wird Strohm als einer der federführenden Umweltschützer bezeichnet.

Strohm studierte Fertigungstechnik, Business Administration, Betriebskommunikation, Betriebspsychologie sowie Erziehungswissenschaften. Er arbeitete als Lehrer und war unter anderem als Sachverständiger in den USA, für UN-Gremien und den Innenausschuß des Deutschen Bundestages tätig. Er ist Träger der Verdienstmedaille des Bundesverdienstordens und Preisträger der internationalen Umweltschutzmedaille.

Unter dem Titel: "Der größte Massenmord der menschlichen Geschichte" berichtet nun der 76-Jährige über Zusammenhänge und Ursachen vieler Konflikte und Nöte, die sich zurzeit auf unserem Planeten ereignen. Dabei wirft er viele Fragen auf. Sind die vielen Kriege der letzten Jahrzehnte, sowie auch der Erste und Zweite Weltkrieg, zufällig entstanden?

Oder steht hinter dieser Zerstörung, der weltweiten Verschuldung, dem Werteverfall auf allen Ebenen, der immensen Umweltverschmutzung usw. ein sorgfältig ausgearbeiteter Plan? Gibt es Menschen, die diese mißliche Lage schon vor langer Zeit geplant und niedergeschrieben haben? Und was haben die Guidestones in Georgia, USA, und der Plan, die Weltbevölkerung auf unter 500 Millionen Menschen zu reduzieren, damit zu tun?

Sehen Sie jetzt die Einschätzung von Holger Strohm.

Auszug aus dem Vortrag von Prof. Dr. Walter Veith:

"Also die Freimaurer, die in den USA als Freimaurer bekannt sind, und hier sind viele Unterlagen darüber, da braucht man nicht darüber zu diskutieren, Bill Clinton ist 33., Newt Gingrich, Bob Dole, Jack Kemp, Storm Thurmond, Colin Powell, Jesse Helms, Barry Goldwater, Al Gore und, und, und. Viele! Und alle, die Präsidenten waren. Barry Goldwater usw. Colin Powell - alles Freimaurer, Liste nach Liste, nach Liste. Wenn ihr noch ein paar in Europa haben wollt: Sogar Yasser Arafat ist 33. Grad, Ronald Reagan, Michail Gorbatschow, Helmut Kohl, Schimon Peres, François Mitterand, Yitzhak Rabin, Willy Brandt, Gerald Ford, Karl Marx, Frederick Engels, Roosevelt, Winston Churchill usw. usw.

Und da ist die Liste: Kissinger, Hoover, Cecil Rhodes, Aleister Crowley, eine ganz interessante, Billy Graham. Alle sind sie drauf. Lord David Owen, Plato, Jimmy Carter..., na ja, wie lang braucht man die Liste noch. Königin Elisabeth ist die Königin des 300er Bilderbergerkomitees. Sie ist eine der Höchsten da in diesem Mittelpunkt. Und noch ein paar Interessante: Hillary Clinton ist 6 ° Grand Dame - darüber werden wir in den nächsten mehr reden. Otto of Habsburg, die Bushs natürlich sind nicht nur Freimaurer, sondern Illuminaten, Skull and Bones usw.

Die Illuminatenmitglieder so nebenbei: Jacob Astor, McGeorge Bundy, Andrew Carnegie, Walter Freeman, Harriman, Ted Kennedy, Rockefeller Sr., David Rockefeller, Lee Teng-hui und alle möglichen. Wir brauchen sie nicht alle nennen. Gut, aber sie sind stolz drauf sogar.

Hier sehen wir Präsident Eisenhower, der Hoover hier verehrt mit dem 33 Grand Cross bei einer Zeremonie im Weißen Haus - 33. Grad. Also diese hohen Freimaurer regieren nicht nur in Europa, sie regieren überall. Und da sind sie alle, alle angebracht als 33 Freimaurer. Die Letzten tun sie nicht drauf, aber in ein paar Jahren sind die auch dabei."

Das Einzige aber - das, was sicher ist - ist, sie sind Satanisten. Und kein anderer als Jesus hat das bereits gesagt. Jesus nannte Satan ausdrücklich den Herrscher dieser Welt. Die ganze Welt liegt in der Macht dessen, der böse ist. Die Bibel bezeichnet Satan als Gott des Systems der Dinge. Und Jesus zweifelte nie daran, daß alle Regierungen dieser Welt sich in Satans Hand befinden.

Das ist also ganz eindeutig. Und das sieht man auch an den sogenannten Guidestones in Georgia. Das sind sechs Granitplatten, die 7 m hoch sind, über 120 Tonnen wiegen. Und im Zentrum ist eine Platte, um die sich vier weitere sternförmig gruppieren, die nach bestimmten Sternen ausgerichtet sind und der Sonne und dem Mond. Und auf ihnen stehen die zehn Gebote der Neuen Weltordnung in acht modernen Sprachen und vier altertümlichen. Und dort steht eigentlich angeblich Harmloses drin, jedenfalls erscheint das so, wenn man es vernünftig liest.

Aber, wenn man dahinter blickt, kann einem nur grausen.

Die ersten beiden dieser Gebote lauten ...

Die Veröffentlichung der Guidestones 1980, 322, beinhaltet folgenden Text:

"Behaltet die Menschheit unter 500 Millionen im steten Einklang mit der Natur."

Wir sind jetzt 7 bis 8 Milliarden Menschen auf der Erde. Genau weiß das keiner, und die Zahlen sind veraltet. Vermutlich sind wir 7,5 Milliarden. Das heißt, 7 Milliarden Menschen, 94 %, müssen weg. Das sind du und ich; aber diese Herren, die das Sagen haben, selbstverständlich nicht.

Als Zweites heißt es:

"Steuere die Fortpflanzung weise in Verbesserung von Tauglichkeit und Vielfalt."

Und so geht das immer weiter. Das Ganze ist eindeutig ein Text der Neuen Weltordnung, eigentlich ein Kunstwerk. Aber es ist ein satanisches Kunstwerk. Darauf weist auch die Gründerzahl hin. Nämlich 322 ist der Erkennungscode von Skull and Bones, einer satanischen Loge, in der unter anderem amerikanische Präsidenten waren und sind.

Und dreimal 22 ist bekanntlich 66, also das kabbalistische Wort für den Teufel. Weiterhin sind in diesem okkulten Monument viele versteckte Botschaften. Elisabeth Roth, Professor Dr., schreibt in ihren drei Bänden - dies ist aus zwei Bänden etwas, was interessant ist. Und zwar, der Geheimplan, das Handbuch zu den Guidestones, dort heißt es unter anderem: "Wir werden ein Geldsystem etablieren, das sie für immer gefangen nimmt und ihre Kinder in Schuld und Schulden. Wir werden ihre Aufmerksamkeit auf Geld und materielle Güter richten, so daß viele nie eine Verbindung mit ihrem inneren Selbst herstellen. Wir werden weiche Metalle, Alterungsbeschleuniger und Beruhigungsmittel in Nahrung und Wasser benutzen. Auch in der Luft. Die Metalle werden dazu führen, daß sie ihren Verstand verlieren."

Das sind also Aluminium, Kupfer usw. über die Chemtrails. "Wir versprechen ein Heilmittel auf unseren vielen Bereichen zu finden, aber wir werden sie füttern mit mehr Gift. Die Gifte werden über ihre Haut und den Mund aufgenommen werden und ihr Gehirn und Fortpflanzungssystem zerstören. Die Gifte werden in allem versteckt sein, was sie umgibt. In dem was sie trinken, essen, atmen und tragen. Wir werden sie lehren, daß die Gifte gut sind. Mit spaßigen Bildern und Musiktönen. Wenn sie gebären, werden wir Gifte ins Blut ihrer Kinder injizieren und sie davon überzeugen, es ist für ihre Hilfe.

Wir werden früh beginnen, wenn ihre Gehirne jung sind. Wir werden auf ihre Kinder zielen, mit dem was sie lieben - Süßes. Wenn ihre Lernfähigkeit beeinträchtigt wurde, werden wir Medikamente erschaffen, die sie kränker machen und andere Krankheiten verursachen, wofür wir noch mehr Medikamente erstellen werden. Wir werden sie durch unsere Macht von uns gelehrt und schwach machen. Sie werden deprimiert, langsam und übergewichtig wachsen. Wir werden sie ablenken mit Unzucht, äußeren Genüssen und Spielen. Sie werden tun, wie wir es sagen.

Wenn sie sich weigern, werden wir Möglichkeiten finden, bewußtseinsverändernde Technologie in ihrem Leben einzusetzen. Wir nutzen Angst als unsere Waffe. Wir werden ihre Regierung aufbauen und innerhalb Gegensätze etablieren. Wir werden beide Seiten besitzen. Sie werden für uns die Arbeit durchführen und wir werden von ihren Schulden/Schulden gedeihen.

Wir werden sie dazu bringen, sich gegenseitig umzubringen, wenn es uns paßt. Wir werden alle Aspekte ihres Lebens kontrollieren und ihnen sagen, was und wie sie zu denken haben. Sie werden damit beschäftigt sein, einander zu töten, bis unser oberstes Ziel erreicht wird. Wir werden auch weiterhin damit machen, daß sie durch Bild und Ton in Angst und Wut leben." Und so weiter.

Wie soll nun diese Bevölkerungsreduzierung geschehen? Indem man die Menschen auf 500 Millionen zurückbringt. Das geschieht zum einen über Radioaktivität. Wir wissen also, daß

jeder zweite Mensch in der industrialisierten Welt mittlerweile an Krebs erkrankt. Und der größte der krebserzeugenden Substanzen, also ein Karzinogen, ist Radioaktivität. "Friedlich in die Katastrophe" - in diesen beiden DVDs sagen die besten Experten wie gefährlich Radioaktivität ist.

Professor Dr. Dr. John Gofman, der sowohl Physiker als auch Arzt war und der Direktor des National Livermore Laboratory, ein Forschungsinstitut in den USA, und ein hoher Angestellter der Atom-Energie-Kommission, war der führende Plutoniumforscher.

Er hat festgestellt, daß ein einziges Kilogramm Reaktor-Plutonium ausreichend ist, um dutzenden Milliarden Menschen auf der Erde ihre tödliche Lungenkrebsdosis zu verpassen, wenn Plutonium gleichmäßig verteilt wird. Aber Plutonium wird gleichmäßig verteilt. Dafür sorgt es selber, denn es oxidiert, wenn es mit Luft oder Wasser in Berührung kommt und schwebt als kleines Teilchen davon und wird eingeatmet oder geht über die Nahrung in den Körper. Und wir haben hunderte Tonnen von diesem Zeug produziert. Aber das hat anscheinend nicht gereicht, weil es wohl lange dauert, bis der Krebs richtig effektiv ist.

Frieder Wagner hat diesen preisgekrönten Film angefertigt - "Todesstaub" (Anm. "DEADLY DUST"). Und er berichtet darüber, wie Atommüll, der in den Wiederaufbereitungsanlagen- und Anreicherungsanlagen anfällt, zu tödlichen Geschossen gefertigt wird, also für Bomben, für Maschinengewehrmunition, für Panzermunition oder für riesige Bomben, mit denen unterirdische Bunker geknackt werden sollen. Und dieses Zeug besteht hauptsächlich aus Uran 238, was nicht spaltbar ist und deswegen keinen Wert besitzt für die friedliche oder kriegerische Atomindustrie.

Das ist aber sehr schwer und durch dieses ungeheure Gewicht ist es als Geschosß gut geeignet und wenn es im Panzer oder im Bunker eindringt, erzeugt es durch die Reibung eine Hitze von 5.000 Grad und dabei verbrennt es explosionsartig und erzeugt kleine Nano-Teilchen, kleine, kleine Winzigeilchen aus Radioaktivität. Und Uran 238 hat eine Halbwertszeit von 4,6 Milliarden Jahre. Das Zeug verschwindet nie. Und es wird mit dem Wind und dem Regen vor sich hergetrieben

und es wurde in allen Kriegen - in allen demokratischen Kriegen der NATO - eingesetzt und ist mittlerweile überall auf der Welt nachweisbar. Und dort, wo es eingesetzt wurde, sind die Krebsraten hochgeschossen. Aber auch in dem Rest der Welt wird es immer mehr für Krebs sorgen. Dies ist also ein Massenmord, wie er vorher nie existiert hat. Aber es wird noch mit anderen Methoden betrieben; und zwar hatte FOCUS am Anfang dieses Jahres 2019 einen umfangreichen Artikel: Sperma-Alarm.

Und dort wurde berichtet, daß die Spermien bei den weißen Männern in den Ländern Europa, Nordamerika, Australien sowie Neuseeland, drastisch zurückgegangen sind. Faktisch ist nur noch eine Minderheit der Männer überhaupt in der Lage, Kinder auf normalem Wege zu zeugen und, wenn dies weitergeht, so heißt es: "Wenn die Entwicklung so weitergeht, ist in spätestens 30 Jahren für die meisten Paare eine Zeugung auf natürlichem Wege, nicht mehr möglich."

Aber genug Spermien liefern dagegen Männer aus Südamerika, Afrika und Asien. Das ist ja genau das, was die neue Weltordnung hat. Die weiße Rasse soll durch eine negroide Mischrasse ersetzt werden. Dies hat man jetzt betrieben. Und zwar - wie ist dies geschehen? - daß die Spermien alle kaputt gehen und die Männer langsam zu Frauen werden? Unter starkem Verdacht stehen sogenannte EDCs - Endocrine Disrupting Chemicals. Dabei handelt es sich um hormonell wirksame Chemikalien, z.B. Weichmacher in Plastik oder UV-Blocker in Sonnencremes.

Diese Weichmacher in dem Plastik agieren im menschlichen Körper wie das weibliche Hormon Östrogen; und wir wissen ja, daß alle Lebensmittel darin verpackt sind und von diesen Verpackungen, von diesen Plastikfolien, gehen diese Substanzen, - oder von den Plastikfla-

schen -, in die Nahrung, in die Medikamente, in Kosmetika, in Spielzeuge, Textilien usw. Wir nehmen sie mit der Nahrung auf, mit dem Wasser und der Luft. Und die Körper der Männer werden immer weiblicher und ihre Zeugungsfähigkeit verschwindet - sagt FOCUS - und weist darauf hin, daß das eine enorme Gefahr ist, weil eine Fortpflanzung dann nicht mehr möglich ist.

Ein weiteres Mittel, um uns zu dezimieren sind Kriege, die ja zurzeit wieder propagiert werden. Die Kriege in Korea, Indochina, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien usw., kosteten Millionen Menschen das Leben und verwüsteten ihre Länder. Zurzeit droht ein kalter Krieg zwischen der NATO und Rußland. Die Folgen sind Wettrüsten und eine massive Feind-/Kriegspropaganda. Medien und Berichterstatter führen die Kriegstrommel. Regierung und ihre Geheimdienste inszenieren Täuschungsmanöver und Hetzkampagnen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Integrity Initiative, die 2.500 Nachrichten produziert hat, um die Bevölkerung auf den 3. Weltkrieg einzustimmen. Diese Initiative wurde von der britischen Regierung, dem amerikanischen Außenministerium und der NATO finanziert. Sie hat ein riesiges Netzwerk aufgebaut, bestehend aus Politikern, Chefredakteuren, Geheimdiensten, Generälen, Wissenschaftlern, um Greuelpropaganda gegen Rußland, Syrien, China usw., gezielt zu verbreiten. Dazu paßt, daß Merkel und Macron am 22.1.19 in Aachen einen Vertrag unterzeichnet haben, der eine Intensivierung der Kriegsvorbereitungen bedeutet. Und sie wollen die abrückenden US-Truppen in Syrien ersetzen, um Assad zu stürzen.

Die Kriegsmaschinerie der Ursula von der Leyen wird weiter hochgerüstet, obwohl wir ja wissen, daß da alles nicht funktioniert; aber hauptsächlich, um die Bevölkerung auf Krieg einzustimmen. Im Jahr 2000 gab es acht Länder ohne eine Zentralbank, die von Rothschild kontrolliert wurde. Heute sind es nur noch vier. Diese acht Länder waren: Afghanistan, Iran, Sudan, Libanon, Kuba, Nordkorea, Iran, Syrien. Wir wissen, daß in vier dieser Länder der Krieg stattgefunden hat. Seitdem kontrolliert Rothschild deren Notenbanken. Nun fehlen noch Kuba, Nordkorea, Iran, Syrien usw. Aber auch dort ist man am Arbeiten.

Schon 1871 wurden die drei Weltkriege vorausgesagt in allen Details, und zwar von Albert Pike, ein Hochgradfreimaurer. Er ist in etwa das "Der Gott unter den Freimaurern", der den schottischen Ritus gegründet hat, also die Hochgrade von 30-33 Grad. Und er hat an Mazzini (der war der Kopf der Illuminaten) 1871 einen Brief geschrieben, in dem er die drei Weltkriege vorausgesagt hat und genau beschrieben hat, was dort geschehen wird. Und zwar hat er erklärt: Der erste Weltkrieg diene dazu den Kommunismus aufzubauen und die Königshäuser zu beseitigen und Deutschland zu schwächen.

Der zweite Weltkrieg wurde geführt, um Deutschland zu zerstören, die Russen zu bestrafen, Juden zu töten, damit man Israel bekommt. Und der dritte Weltkrieg - so hat er vorausgesagt - würde zwischen Israel und seinen islamistischen Nachbarn geschehen, und würde sich von dort auf die ganze Welt ausdehnen, und so entsetzliche und schreckliche Greuel verursachen, daß die Menschheit, geschockt von diesen schlimmen Ereignissen, dann sich der Diktatur der neuen Weltordnung unterwerfen würde.

Auszug aus dem Vortrag von Prof. Dr. Walter Veith:

"Im August 1871 schreibt Albert Pike einen Brief an Mazzini, in dem er den Plan auslegt, was in dieser Welt passieren muß, welche Kriege kommen müssen, bis wir endgültig diese Eine-Welt-Regierung haben und den Protestantismus endgültig vernichtet haben. Toll! Also ein Krieg gegen Christus! Was ist passiert nach dem Zweiten Weltkrieg? Genau das ist passiert.

Und dann einen Dritten Weltkrieg - den haben wir ja noch nicht, aber es sieht ja interessant aus, was in der Welt passiert - der soll im Mittelosten passieren, und es soll ein Krieg sein zwischen dem Judentum und dem Islam, der sich in der ganzen Welt verbreitet. Und dieser Krieg zwischen den Moslems und den Juden, der soll endgültig dieses Armageddon herbeiführen.

Albert Pike erklärt dann das noch ein bißchen mehr und schreibt dann auch hier in einem anderen Brief, wie das passieren soll: "Wir wollen die Nihilisten und die Atheisten erst mal gründen, also dieses kommunistische, atheistische System, und dann wollen wir einen Kataklysmus herbeibringen, einen Krieg und ein Leid, wie es vorher noch nicht gab, so schrecklich. Der Erste und der Zweite Weltkrieg, der war ja genau so.

Und im Endeffekt wollen wir den Menschen zeigen, was absoluter Atheismus eigentlich erreichen kann. Ein blutiges Blutbad soll es geben. Und am Ende soll dieser Atheismus und das Christentum gleichzeitig besiegt werden, und die reine Doktrin Luzifers mit der Vernichtung des Christentums und des Atheismus gleichzeitig soll herbeigebracht werden."

Und wir streben mit einer großen Zielstrebigkeit auf den Dritten Weltkrieg zu - und auf den größten Massenmord der menschlichen Geschichte.

Michael Lüders hat dieses Buch geschrieben: "Armageddon im Orient". Michael Lüders ist ein Nahostexperte, und zwar einer, der richtig Ahnung hat, weil er hat lange Zeit für "Die Zeit" und andere Zeitschriften geschrieben. Und in diesem Buch beschreibt er, wie der Dritte Weltkrieg unaufhörlich auf uns zukommt. Und er sagt: "Das Ganze wird durch eine wahnsinnige Heuchelei geprägt.

Der Iran wird als Bösewicht dargestellt. Dabei war der Iran noch nie so demokratisch und menschlich wie heute. Früher, als die Ayatollahs dran waren, haben Israel und Amerika Atomkraftwerke an ihn geliefert und auch an den Schah, und die Atombombentechnologie. Es wurden die Raketen im Iran gebaut für den Iran. Israel hat ganze Fabriken gebaut und Anlagen für Raketentests, und lieferte das Wissen zum Bau der Raketentechnologie und zum Bau der Atombombe. Und diese Raketen konnten sogar mit Atomsprenköpfen versehen werden.

Das Nuklearprogramm wurde den Iranern förmlich aufgezwungen. Und die iranischen Raketen wurden am Anfang direkt aus Israel geliefert. Und auch unter Khomeini, dem vermeintlichen Todfeind, wurde im besten Einvernehmen Iran weiter aufgerüstet und erhielt umfangreiche Rüstungsdeals. 1980 einigte sich Reagan und die CIA-Chefs George Bush und William Casey auf umfangreiche Waffenlieferung und Ersatzlieferung an Iran unter der Bedingung, daß die amerikanischen Geiseln erst nach der Amtseinführung Reagans freigelassen werden. Im irakisch-iranischen Krieg lieferte Washington Waffen an beide Seiten zum Nutzen der US-Rüstungsindustrie.

Und obwohl die USA 1984 ein offizielles Waffenembargo gegen den Iran verhängt hatten, erhielt das Khomeini-Regime über 80 % der Waffen aus Israel und aus den USA.

Yitzhak Rabin erklärte 1987 gar den Iran als besten Freund Israels.

Die USA verkauften ihre Waffen auch an Osama bin Laden, aus dessen Reihen die Taliban hervorgingen und al-Qaida und der IS. Ohne amerikanische Unterstützung gäbe es diese Terrororganisationen gar nicht. Erst wurden Probleme geschaffen, und dann, bei ihrer Lösung, anscheinend noch andere, neue Probleme geschaffen und neue Krisen herbeigeführt. Ein Teufelskreis, der den Abbau demokratischer Rechte und eine stringente Überwachung der eigenen Bevölkerung notwendig macht.

Nun wird Saudi-Arabien aufgerüstet. Nach Amerika und USA geben die Saudis am meisten für Waffen aus. Sie haben ungeheure Deals insgesamt über 800 Mrd. Dollar mit den Amerikanern abgeschlossen. Einer der Golfstaaten hat sein erstes Atomkraftwerk gebaut, Saudi-Arabien plant ein Dutzend weiterer plus die Technologie, um Atombomben herzustellen. Und der saudische Prinz hat klargemacht: "Diese Bomben sind für den Iran bestimmt." Und das wiederum bedeutet, daß es dort, so meint Michael Lüders, fast schlafwandlerisch zu einem Dritten Weltkrieg kommt, der so entsetzlich sein wird, und der den größten Teil der Menschheit auslöschen wird.

Wir sehen aber, daß diese Kriege ganz systematisch geplant, vorbereitet und durchgeführt werden. Es ist ein einziger Wahnsinn. Wenn wir Menschen nicht aufwachen und diese

Machthaber zum Teufel jagen, werden wir alle sterben. Das sollte uns klar sein. Es ist wirklich an der Zeit, aufzuwachen und sich zu wehren.<<

Die Online Zeitung "Epoch Times Deutschland" berichtete am 30. April 2019: >>>**Dual Fluid Reaktor: Dieser Kernreaktor ist ungefährlich und grün - CO2-Problem gelöst?**

Atomstrom ist grün, wäre da nicht die stete Gefahr des Super-GAU's. Ein Entwicklerteam hat mit dem Dual-Fluid-Reaktor einen neuen, sicheren Reaktortyp patentieren lassen. Das Beste ist jedoch der Brennstoff: Atommüll aus anderen Kraftwerken.

Der Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland ist beschlossene Sache, doch der Atommüll bleibt, und das für viele Tausend Jahre. Es sei denn, ein findiger Forscher hat eine geniale Idee

...

Götz Ruprecht und sein Team von Physikern des Berliner Instituts für Festkörper-Kernphysik sind diese findigen Forscher. Sie haben einen Kernreaktor der vierten Generation entwickelt und patentieren lassen (PCT/DE2012/000957). Einerseits ist dieser intrinsisch sicher, das heißt ein Unglück wie einst in Tschernobyl oder jüngst in Fukushima sei unmöglich, andererseits kann dieser Reaktor mit dem Atommüll aus anderen Kraftwerken betrieben werden. Ein Endlager im heutigen Sinne würde damit entfallen.

Natürlich produziert auch der neue Reaktor "Atommüll", doch die meisten dieser Stoffe "besitzen Halbwertszeiten von deutlich unter hundert Jahren", berichtet die "Welt". Ruprecht ergänzt: "Nach diesem Zeitraum könnten 90 Prozent der Spaltprodukte aus dem Zwischenlager entnommen werden, nach 300 Jahren der Rest." Das heißt, ein Endlager muß statt einigen tausend Jahren "nur" 300 Jahre halten.

20.000 Tonnen Atommüll könnten erneut genutzt werden

In den USA gibt es bereits Dutzende junge Firmen, die sich mit dem Thema Kernenergie 4.0 und entsprechenden Reaktoren beschäftigen. Darunter auch Bill Gates Firma TerraPower. Auch in Europa ist dieser Forschungsgedanke angekommen und hat mit dem "Dual-Fluid-Reaktor" (DFR), dem Zwei-Flüssigkeiten-Reaktor des Berliner Instituts für Festkörperphysik ein erstes Ergebnis geliefert. ...

Kernphysiker Götz Ruprecht erklärt:

... "Ein Vorteil dieses Reaktorprinzips besteht darin, daß sich hier gleichermaßen Natururan, abgereichertes Uran, Thorium und eben auch alle abgebrannten Brennelemente besonders effizient nutzen lassen", so Ruprecht.

Das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus deutschen Zwischenlagern können, statt irgendwann unter der Erde zu verschwinden, in einem Reaktor erneut genutzt, abgereichert und nach einer Lagerzeit von wenigen Hundert Jahren sicher entsorgt werden.

Man müsste die Pellets aus den alten Brennstäben nur zermahlen, das Pulver in einem chemischen Reaktor in Salze umwandeln und diese dann in den Flüssigsalz-Kreislauf einbringen."

"Dual-Fluid-Reaktor" mit flüssigem Salz und Blei

Während in einem klassischen Kernkraftwerk die Brennelemente in einem Wasserbad stehen, das die Wärme ableitet - daher der Name Siedewasserreaktor - befinden sich die Brennelemente des Dual-Fluid-Reaktors in einem Bad aus flüssigem Blei. Dies hat zwei entscheidende Vorteile. Blei hat eine verhältnismäßig große Wärmekapazität und bietet gleichzeitig - im Gegensatz zu Wasser - eine hervorragende Abschirmung gegen radioaktive Strahlung.

Über einen Wärmetauscher im Blei-Kreislauf kann der Reaktor der Berliner Physiker wie jedes andere Kraftwerk Wasserdampf erzeugen. Dieser kann wiederum eine Dampfturbine antreiben und damit elektrische Energie bereitstellen. Weitere Nebenprodukte des Dual-Fluid-Reaktors umfassen wertvolle Edelmetalle, unter anderem Ruthenium, Rhodium und Palladium. Ihren Gesamtwert schätzen die Forscher auf mehrere Millionen Euro. Auch das in der Medizin benötigte Radioisotop Mo-99 kann im Überfluß erzeugt werden.

Die Vorteile dieses Reaktors liegen auf der Hand - grüner Strom, kaum Atommüll und oben-

drein seltene und wertvolle Edelmetalle. Was aber passiert, wenn doch etwas schiefgehen sollte. Was passiert im Falle einer übermäßigen Energiefreigabe?

Sollte es - aus welchem Grund auch immer - zu einer starken Erhitzung der Salzschnmelze kommen, dehnt sie sich aus. Die wiederum führt zur einer Reduktion der Dichte der Schmelze und zu einer verringerten Leistungsabgabe. Darüber hinaus haben die Forscher eine Schmelzsicherung vorgesehen, die sich im Fall der überhöhten Temperatur auflöst. Dann fließt die gesamte Reaktorflüssigkeit in unterirdische Auffanggefäße, so daß die Menge in jedem Behälter unterkritisch bleibt. Die Forscher des Instituts für Festkörper-Kernphysik gehen jedoch davon aus, daß es niemals zu einer solchen Situation kommen wird.

1,5 Milliarden Euro für ein neues Atomkraftwerk

Auch wenn die derzeitige politische Situation den Bau eines neuen Kernkraftwerks in Deutschland nahezu undenkbar macht, haben die Berliner Forscher auch seine finanziellen Kennzahlen berechnet. Die Baukosten für einen Reaktor mit drei Gigawatt thermischer und 1,5 Gigawatt elektrischer Leistung belaufen sich auf etwa 1,5 Milliarden Euro, wovon etwa 45 Prozent für den Kraftwerksbau veranschlagt sind. Die Produktionskosten der elektrischen Energie belaufen sich auf etwa 0,65 Cent pro Kilowattstunde und liegen damit deutlich unter den Stromkosten der Photovoltaik von circa drei bis elf Cent pro Kilowattstunde.

Neben der Bereitstellung elektrischer Energie ermöglichen die hohen Temperaturen der Bleischmelze von etwa 1.000° Celsius auch die thermische Spaltung von Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff und könnte so einen Beitrag für die Mobilität der Zukunft leisten. Marktreif ist der Dual-Fluid-Reaktor jedoch noch nicht. Bisher haben die Wissenschaftler sämtliche Funktionen lediglich berechnet.

Eine erste Studie, die die Machbarkeit und Sicherheit des Dual Fluid Reaktors belegen könnte, dürfte mindestens vier Millionen Euro kosten", so Ruprecht, "die Entwicklung eines Teststands, mit dem sich die praktische Machbarkeit des Dual Fluid Konzepts demonstrieren ließe, würde mindestens 20 Millionen Euro erfordern."

Derartige Geldsorgen dürfte Bill Gates Firma TerraPower nicht haben, auch sie forschen an einem Reaktor auf Basis einer Salzschnmelze.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Mai 2019: >>**Intoleranz gegenüber Abwechlern**

Redefreiheit: Politisch kampagnenfähig ist nur, wer Zugriff auf den öffentlichen Raum hat

Thorsten Hinz

Die Themenliste des öffentlich nicht mehr oder kaum noch Verhandelbaren wird immer länger. Sie umfaßt den Schutz des ungeborenen Lebens, Zweifel am anthropogenen Klimawandel, die Gender-Ideologie, den Islam, die zunehmenden Kulturkonflikte im Land, die Zuwanderung und anderes.

Wer sich abweichend von der offiziellen Sprachregelung äußert, stellt sofort fest, daß seine Meinungsfreiheit sehr schmal bemessen ist. Schlimmstenfalls wird ihm gedroht, daß seine Meinung eine "faschistische" und damit ein Verbrechen sei. In der liberalen Variante wird ihm zwar bestätigt, daß er frei darin sei, seine Meinungen, Überzeugungen, Erkenntnisse zu pflegen, er aber kein natürliches Recht besitze, sie öffentlich auszubreiten.

Andersdenkende, die den Konflikt scheuen, leben Meinungsfreiheit daher innerhalb der Grenzen aus, die in diesen Versen gezogen sind: "Ich denke, was ich will / Und was mich beglückt, / Doch alles in der Still / Und wie es sich schicket."

Das Refugium der Privatheit kann gar nicht hoch genug geschätzt werden, zumal es von den Gesinnungswächtern massiv in Frage gestellt wird. Doch politische Wirksamkeit entfaltet die Widerrede erst, wenn sie die Öffentlichkeit erreicht und in den politischen Diskurs eingeht.

In diesem Sinne bezeichnet "Meinungsfreiheit" das Recht auf Präsenz im öffentlichen Raum. Nehmen Andersdenkende es heute in Anspruch, werden ihnen demokratiefeindliche "Wort-

greifungsstrategien", auf Gewaltandrohung angelegte "Aufmärsche" und menschenfeindliche "Hetze" unterstellt. Das Selbstverständliche wird zum Skandalon erklärt. Immerhin bietet das Internet eine alternative Möglichkeit für Informationsaustausch, Analyse und Diskussionen. Hinsichtlich des Reflexionsniveaus, der analytischen Schärfe und des Sprachwitzes überbieten Plattformen und Blogs die durchschnittlichen Standards der Tagespresse, der politischen Magazine und Talkshows.

Doch vorerst handelt es sich nur um einen erweiterten Samisdat. Darunter verstand man im kommunistischen Ostblock die Verbreitung systemkritischer Literatur über nichtoffizielle Kanäle. Die großen Weichen werden immer noch andernorts gestellt. Politisch kampagnenfähig ist nur, wer Zugriff auf die großen Pressehäuser, die Rundfunk- und Fernsehkanäle hat, wer Hörsäle, Versammlungsräume und Bühnen besetzt. So ist es Politik und Medien gelungen, die Mär der ausländerfeindlichen Hetzjagd von Chemnitz in die Welt zu setzen und den Ausgangspunkt der Bürgerproteste - den Mord an einem Deutschen durch einen Asylbewerber - so gut wie vergessen zu machen.

Es ist ein Irrtum zu meinen, daß solche Manipulationen nur die ausnahmsweisen Schwächeanfänge eines sonst intakten Systems sind. Nein, hier wird ein ganzes Arbeits- und Funktionsprinzip anschaulich. In einem im Sommer 2018 in der New York Times erschienenen Aufsatz hat der amerikanische Philosophie-Dozent Bryan W. Van Norden eine exemplarische Innenansicht und Selbsterklärung der Medienpraxis geliefert und aus linksliberaler Sicht gerechtfertigt. Eine deutsche Übersetzung wurde im Kulturmagazin des Goethe-Instituts, das Goethe, unter der Überschrift "Kein Recht auf Publikum" veröffentlicht.

Bezeichnenderweise beginnt Norden mit einem Zitat aus Herbert Marcuses Essay über "Repressive Toleranz", in dem bedauert wird, daß in den Debatten der Massenmedien die Dummheit genauso viel Raum erhält wie die Intelligenz - ein Befund, dem man unabhängig vom politischen Standpunkt zustimmen kann. Da der Zugang zur weiten Öffentlichkeit - durch Fernsehsender, Zeitungen, Zeitschriften, Vorträge usw. - eine knapp bemessene Ressource sei, brauche es, so Norden, "treuhänderische Wächter der rationalen Debatte", die für einen "gerechten Zugang" sorgen.

Die "Verweigerung institutioneller Verbreitungswege" sei keine "Zensur", sondern ein vernünftiges Korrektiv. Norden widerspricht dem englischen Philosophen John Stuart Mill (1806-1873), der die absolute Meinungs- und Publikationsfreiheit verlangt hatte, weil auch eine falsche Meinung eine produktive Auseinandersetzung auslösen könne, in der die wahrheitsgemäße Sichtweise sich neu legitimiere.

Zu Mills Lebzeiten sei das richtig gewesen, weil falsche Ansichten etwa zur Sklaverei und zur Rolle der Frau weit verbreitet gewesen seien und eine Erörterung solcher Fragen mehrheitlich abgelehnt wurde. Unter Berufung auf die freie Meinungsäußerung konnte die "Tyrannei der Mehrheit" umgangen und die Debatte dennoch geführt werden. Unter heutigen Umständen sei die Auffassung dagegen "naiv". Denn während die schrankenlose Redefreiheit im 19. Jahrhundert dazu diene, die "Tyrannei der Mehrheit" zu überwinden, würde sie sie heute begünstigen und den rationalen Diskurs zerstören.

Wie aber unterscheidet man "offensichtliche Unwahrheiten" vom rationalen Argument, "die renitenten Ignoranten und intellektuellen Hochstapler" von denen, "deren Kompetenz außer Frage steht" und die deshalb auf "gerechten Zugang" pochen dürfen? Die Antwort Nordens ist keine philosophische, sondern eine rein politische. Die falschen sind die "rechtsextremen Ansichten" (worunter auch die genannten Themen fallen).

Der Experte für fernöstliche Philosophie ist verräterisch nahe beim Marxisten Marcuse, der dafür plädiert hatte, "den Konservativen und der politischen Rechten" die Toleranz zu entziehen, "noch ehe sie aktiv werden können". Das bedeute "Intoleranz auch gegenüber dem Denken, der Meinung und dem Wort".

Gewiß seien das "antidemokratische Vorstellungen", die sich jedoch notwendigerweise aus dem tatsächlichen Zustand einer Gesellschaft ergeben, in der "die Basis für allseitige Toleranz zerstört" sei. Dafür Sorge unter anderem die "Herrschaft der monopolistischen Medien" als "Instrumente ökonomischer und politischer Macht", die ein falsches Bewußtsein erzeugten. "Die Bedingungen, unter denen Toleranz wieder eine befreiende und humanisierende Kraft werden kann, sind erst herzustellen."

Um seine Toleranz-Vorstellungen unanfechtbar zu machen, läßt Marcuse sie eschatologisch auf: "Das Telos der Toleranz ist Wahrheit." Norden zitiert den Satz zwar nicht, doch bildet der Anspruch, die Wahrheit gegen die Lüge zu verteidigen, den Ausgangspunkt seiner Ausführungen. Seine Wahrheitskriterien, die das Recht auf ein Massenpublikum begründen, sind denkbar schlicht.

Er plädiert dafür, daß Öffentlichkeit "auf Grundlage von Leistung und gesellschaftlichem Nutzen gewährt wird". Das erste Kriterium ist ein qualitatives, das zweite ein pragmatisches. Nur gibt es auch nützliche Täuschungen und Unwahrheiten und kann des einen Nutzen des anderen Schaden sein. Und ein Experten- oder Elitenkonsens kann auf einem gemeinsamen, fundamentalen Irrtum beruhen.

In der DDR wurde jeder Schüler im Staatsbürgerkunde-Unterricht mit dem Lenin-Zitat konfrontiert: "Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist." Von diesem Standpunkt aus verbreitete jeder, der der Marxschen Lehre widersprach, die Unwahrheit. Es war also vollkommen richtig, daß ihm der Mund verboten und er zur Machtlosigkeit verurteilt war. Nicht um die Wahrheit ging es, es ging um den Machterhalt der marxistisch-leninistischen Staatspartei!

Um Machterhalt geht es auch heute. So behauptet Norden, amerikanische Universitäten hätten der "fairen und ausgewogenen Diskussionskultur einen Schaden" zugefügt, als sie den Politikwissenschaftler Charles Murray einluden, seine "pseudowissenschaftlichen Thesen" zu diskutieren. Murray hatte 1994 gemeinsam mit dem Psychologieprofessor Richard Herrnstein das Buch "The Bell Curve" verfaßt, in dem sie Unterschiede in der durchschnittlichen Intelligenz der Rassen konstatieren und diese auch auf genetische Veranlagungen zurückführen.

Was daran wissenschaftlich oder bloß "pseudowissenschaftlich" ist, wäre zu diskutieren, doch Murrays Gegner wollen dekretieren statt in einen fairen Meinungsstreit einzutreten. Im März 2017 war der Wissenschaftler im Middlebury College in Vermont eingeladen. Auf Youtube kann man die tatsächlichen Tyrannen in Aktion sehen: ein wutschnaubender Studenten-Mob, der den Referenten niederbrüllt. Murray und eine ihn begleitende Professorin wurden sogar tötlich angegriffen, was Norden bedauert - und zwar, weil das dem "Gegner" Gelegenheit gibt, "die Rolle des Märtyrers" zu ergreifen.

Die Medienkonzentration hat seit den Lebzeiten Marcuses große Fortschritte gemacht. Der Zugang zur Öffentlichkeit kann jetzt noch effektiver kontrolliert werden. Seine geistigen Nachfolger haben sich ganz prächtig darin eingerichtet. Schlichte Geister wie die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt sind Dauergäste in den Medien, der schlaue AfD-Mann Gottfried Curio dagegen nie. Es gibt übrigens bei Marcuse auch erhellende Sätze: "In der gegenwärtigen Periode wird das demokratische Argument zunehmend dadurch hinfällig, daß der demokratische Prozeß selbst hinfällig wird." Streicht man das Adverb "zunehmend", hat man eine exakte Beschreibung der Lage.

Der Aufsatz über Redefreiheit von Bryan W. Van Norden ("Kein Recht auf Publikum") kann im Internet auf der Seite des Goethe-Instituts gelesen werden unter: www.goethe.de<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Mai 2019: >>>Atom ist das neue Grün

Renaissance der Kernenergie ist denkbar und machbar: Der Dual-Fluid-Reaktor ist ein möglicher Ausweg aus der verkorksten Energiewende

Karsten Mark

Der Aufsichtsratsvorsitzende des Industriekonzerns Linde AG, Wolfgang Reitzle, redete vergangene Woche in einem Interview mit der Welt Klartext: Es mache ihn "sprachlos", wie "lässig und faktenignorierend die Politik in Deutschland bei Themen wie der Energiewende Grundsatzentscheidungen trifft", sagte der Topmanager. Der großen Koalition unter Angela Merkel warf er vor, mit falschen Weichenstellungen den Wohlstand des Landes aufs Spiel zu setzen. "Die gesamtwirtschaftlichen Folgen werden nicht betrachtet", so Reitzle.

Vielleicht waren es die dunklen Wolken am Konjunkturhorizont, vielleicht hatten ihn auch die jüngsten Forderungen der "Fridays for Future-Schulschwänzer", ein 47-Tage-Ultimatum zum nationalen Stopp der Kohleverstromung an den Essener Konzern RWE, zur Weißglut gebracht. Mit Blick auf die Klimaerwärmung forderte Reitzle, den Beschluß zum Atomausstieg zu korrigieren: "Die Kernenergie sollte weiter Bestandteil unserer Energiepolitik bleiben, weil nur sie grundlastfähig, billig und CO₂-frei ist."

Das hatte sich lange keiner mehr getraut: öffentlich eine Lanze für die Kernenergie zu brechen. Wer sich in den vergangenen Jahren überwiegend aus der Tagesschau und ihren öffentlich-rechtlichen Nachrichten-Schwestern über die 2011 von Merkel ausgerufene "Energiewende" informiert hatte, mußte doch glauben: Der Atomausstieg bis Ende 2022 ist ebenso unantastbar wie zweifelsfrei vernünftig. Schließlich betonen dort immer gleiche wie neue Experten, daß der Atom- und Kohlestrom, also das, was die Netzbetreiber allgemein als "Grundlast" bezeichnen, sowieso nur das Netz für die Erneuerbaren verstopft - respektive exportiert wird, weil man ihn in Deutschland gar nicht mehr brauche.

Daß die Realität ganz anders aussieht, zeigt die neueste Prognose der Bundesnetzagentur. Diese hält eine Verdoppelung der bisherigen Reserve-Kraftwerksleistung auf 10.647 Megawatt bis zum Winter 2022/23 für notwendig. Das entspricht der Leistung von etwa zehn Kernkraftwerken. Von einem Kohleausstieg ist in diesem Szenario noch gar keine Rede, weshalb die Ermahnung des Netzagentur-Präsidenten Jochen Homann, das mache "die Bedeutung eines zügigen Netzausbaus deutlich", eigentlich nur die halbe Wahrheit darstellt.

Denn mit der Aufgabe der gesamten Kohleverstromung, die politisch aktuell diskutiert wird, fiel gleich ein ganzes Drittel der deutschen Stromversorgung flach - die Kernenergie liegt nur noch bei knapp zwölf Prozent. Und ohne Kohle und Kernkraft hilft auch kein noch so extensiver Netzausbau mehr. Die letzte verbleibende, vom Wetter unabhängige Brückentechnologie zur Stromerzeugung blieben die Gaskraftwerke, die aber wegen des Gaspreises teuer zu betreiben sind, die die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas vergrößern und ebenfalls aus grüner Ideologie heraus bekämpft werden. Schließlich "blockiert" auch der Strom aus den mittlerweile sehr energieeffizienten Gaskraftwerken potentiell den Ausbau der "grünen" Energiequellen Wind und Sonne.

Der neue Kernreaktor soll absolut sicher sein

Die Lösung, die der Leiter des Berliner Instituts für Festkörper-Kernphysik (IFK Berlin GmbH), Armin Huke, für das Energiewende-Problem präsentiert, scheint ein wenig wie eine Maschine, die zu schön ist, um wahr zu sein: Der Zwei-Flüssigkeiten-Reaktor, ein neuartiger Kernreaktor der Generation IV, soll sämtliche Sicherheitsprobleme bisheriger Kernkraftwerke beseitigen und auch noch das Problem des über Hunderttausende von Jahren strahlenden Atommülls lösen. Als Sahnehäubchen versprechen die Atomphysiker obendrein einen Strompreis von einem Cent pro Kilowattstunde - auf lange Sicht vielleicht sogar nur einen Zehntel Cent. Heute zahlen die Deutschen pro Kilowattstunde zwischen 29 und 30 Cent.

Die Zutaten des neuen Reaktors, für den das Berliner Institut mittlerweile sogar ein internationales Patent hat, sind nicht neu, aber neu konzipiert: Es handelt sich um einen schnellen Brutreaktor, der überwiegend mit günstigem Thorium oder natürlichem Uran statt mit aufwendig angereichertem Uran arbeiten kann, der statt mit festen Brennstäben mit einem nuklearen

Brennstoff in einer flüssigen Salzschnmelze funktioniert und der statt mit vergleichsweise ineffektivem Wasser die Wärme mit flüssigem Blei aus dem rund 1.000 Grad heißen Reaktorkern abführt, wobei das Blei exzellent die radioaktive Strahlung absorbiert - Röntgenpatienten kennen die anzulegende Bleischürze.

Nach den zwei Flüssigkeiten, mit denen das neue Reaktorkonzept im Gegensatz zu herkömmlichen Siedewasserreaktoren arbeitet, gaben ihm die Entwickler den Fachnamen Dual-Fluid-Reaktor (DFR).

Das alles erscheint auf den ersten Blick kaum wie eine idyllische Vision zur Erzeugung saften, nebenwirkungsfreien Ökostroms. Doch die Argumente für den Dual-Fluid-Reaktor, der die Vorteile eines Thorium-Brutreaktors, eines Flüssigsalz-Reaktors und eines metallgekühlten Reaktors vereinen soll, sind bestechend: Der Reaktor soll etwa inhärent sicher sein, also bauartbedingt aus sich selbst heraus nicht überhitzen können. Unter keinen Umständen würde die gefürchtete Radioaktivität in die Umgebung freigesetzt. Ein Super-GAU wie in Tschernobyl oder Fukushima wäre damit ausgeschlossen.

"Sobald die Kernreaktion mehr Wärme erzeugt als optimal, steigt die Temperatur. Das flüssige spaltbare Material dehnt sich aus und kann dann durch seine geringere Dichte weniger Neutronen einfangen, welche die Kettenreaktion aufrechterhalten. Dadurch wird die Wärmeproduktion wieder reduziert, und die Schmelze kühlt sich automatisch wieder ab. Es pendelt sich immer die optimale und unproblematische Temperatur ein", erklärt Projektleiter Götz Ruprecht gegenüber der JUNGEN FREIHEIT.

"Und bei einer echten Überhitzung schmilzt ein Sicherheitsstopfen im Röhrensystem, und das spaltbare Material fließt in mehrere unterirdische Becken ab, wodurch die Kettenreaktion gestoppt wird. Die Restzerfallswärme nähmen dann die meterdicken Betonwände auf, danach die Umgebung." Wasserstoffexplosionen wie in Fukushima oder ein verheerender Graphitbrand wie in Tschernobyl wären in solch einem Reaktor schlicht nicht möglich.

Überdies soll der Dual-Fluid-Reaktor nur noch zum Anfahren teures, hoch angereichertes Uran benötigen - als starke Neutronenquelle, die die nukleare Kettenreaktion in Gang setzt. Läuft diese Kettenreaktion dann erst einmal, "erbrütet" der Reaktor seinen eigenen Brennstoff - zumindest in der Theorie. Praktische Erfahrungen mit einem Dual-Fluid-Reaktor gibt es bislang schlichtweg nicht.

In der öffentlichen Forschungsförderung sind neue Reaktorkonzepte nicht vorgesehen. Von offizieller staatlicher Seite stößt das technische Konzept der Berliner Physiker bislang auf "völliges Desinteresse", beklagt Projektleiter Ruprecht. Zudem sei auch die Nuklearindustrie kaum zu begeistern. Das Flüssigsalzkonzept würde am bisherigen Geschäftsmodell mit festen Brennstäben und deren Wiederaufarbeitung rühren.

Einzigster Hoffnungsschimmer: die derzeitige konservative Regierung in Polen. Sie plant für die Zukunft mit weniger Kohle, die derzeit etwa 85 Prozent der heimischen Stromversorgung speist, und mit mehr Kernenergie - zunächst mit den zur Zeit gängigen Druckwasserreaktoren, für die Zukunft aber ausdrücklich auch mit dem Dual-Fluid-Reaktor. Demnächst werden es sieben Doktoranden sein, die an der Universität Stettin an ersten Projekten zur praktischen Umsetzung des DFR-Konzepts arbeiten, zudem arbeiten die Doktoranden am Warschauer Nationalen Kernforschungszentrum NCBJ.

"Das ist ein guter Anfang, aber reicht bei weitem nicht", sagt Projektleiter Ruprecht, "die Doktoranden sind noch in der Ausbildung. Doch wir brauchen auch erfahrene Physiker und Ingenieure, erst dann kann wirklich etwas entwickelt werden." In Deutschland gibt es von solchen Fachleuten immer weniger, die Studiengänge für Reaktorbauer wurden durchweg abgeschafft - und Fördergelder für Forschung an Nukleartechnik gibt es erst recht kaum noch.

Niedriger Millionenbetrag für Versuchsanlage nötig

Indes schicken sich die Berliner Physiker an, alte und scheinbar auf ewig währende Probleme

der Kernkraft zu lösen: nämlich den Atommüll zu "entschärfen", der derzeit in Zwischenlagern untergebracht ist. In Kernreaktoren herkömmlicher Konzepte werden nur fünf Prozent des Urans in einem Brennstab tatsächlich genutzt, dann springt der Reaktor nicht mehr an. "Wir könnten abgebrannte Brennelemente zermahlen, chemisch geeignet umwandeln und im DFR weiter abbrennen", sagt Götz Ruprecht der JF.

"Die Spaltprodukte, die regelmäßig aus der Brennstoffschmelze herausdestilliert werden, hätten am Ende nur noch Abklingzeiten von 100 bis maximal 300 Jahren - statt bislang 300.000 Jahren." Denn der DFR würde mit schnellen Neutronen arbeiten, womit schwere Nuklide gespalten werden. Es bleiben kleine Mengen unverwertbarer Isotope übrig. Die radioaktiv strahlenden Abfälle, die im öffentlichen Bewußtsein emotional sehr angstbehaftet sind - Stichworte Castor-Transporte nach Gorleben - und ganze Generationen von Umweltbewegten auf Trab hielten, würde der DFR im Gegenteil maximal verwerten und Energie in Hülle und Fülle gewinnen.

Armin Huke und sein Team haben ihr Reaktorkonzept auf eine Leistung von drei Gigawatt ausgelegt. Zum Vergleich: Das zweitleistungstärkste Kraftwerk Deutschlands, das Braunkohlekraftwerk Niederaußem, hat eine Leistung von knapp 3,4 Gigawatt. Diese über drei Milliarden Watt Wärme könnte auch der DFR produzieren - ganz ohne CO₂ in die Atmosphäre zu pusten.

Kritiker wie der aus dem ZDF bekannte Astrophysiker Harald Lesch bezweifeln, daß sich abgebrannte Brennelemente tatsächlich so einfach in den Reaktor einbringen ließen. Auch strahlten die abgebrannten Spaltprodukte zwar weniger lang, dafür aber zunächst weitaus stärker. Zu diesem Ergebnis kam zumindest ein Gutachten, das noch eine rot-grüne Regierungskoalition in Norwegen in Auftrag gegeben hatte.

Götz Ruprecht zeigt sich gegenüber Kritikern durchaus selbstbewußt: "Wir würden uns über ein Gutachten, das unser Konzept kritisch überprüft, absolut freuen." Für eine Versuchsanlage ("Demonstrator") mit Originalmaterialien, allerdings ohne Kernspaltung, nebst begleitendem Forschungsprojekt setzt Ruprecht im Gespräch mit dieser Zeitung einen Betrag von 20 Millionen Euro an. Die nötige Summe bis zum Bau eines Prototypen ihres Reaktors schätzen die Forscher auf etwa 10 Milliarden Euro.

Ein serienreifes Kraftwerk soll dann etwa 1,5 Milliarden Euro kosten - was für ein Kernkraftwerk durchaus günstig wäre und nur rund ein Drittel über den Kosten eines modernen Steinkohlenblocks läge. Mit einem geologischen Endlager für die abgebrannten Kernbrennstoffe kalkulieren die Forscher übrigens gar nicht mehr. Die aus Sicherheitsgründen unterirdisch zu bauenden Kraftwerke könnten selber auch als Zwischenlager dienen.

Auf die Effizienz kommt es an

Der Erntefaktor (englisch EROI, Energy return on investment) ist das Verhältnis zweier Energien: der elektrischen Energie, die eine Anlage während ihrer gesamten Lebensdauer produziert, zu derjenigen Energie, die für Bau, Betrieb/Wartung und Rückbau aufgewendet werden muß. Effizienz, Umweltfreundlichkeit und Nachhaltigkeit lassen sich somit mathematisch exakt bestimmen. Photovoltaik- und Windkraftanlagen weisen einen extrem kümmerlichen Erntefaktor auf, der unterhalb der Wirtschaftlichkeitsschwelle von Faktor 8 liegt.

Zwei-Flüssigkeiten-Reaktor

Funktionsschema des Dual-Fluid-Reaktors (DFR): Effizient, CO₂-frei und abfallarm

Der DFR ist ein Kernkraftwerk der vierten Generation, das mit flüssigen statt festen Kernbrennstoffen betrieben wird. Der Trick besteht darin, die Funktionen der Brennstoffzufuhr und Wärmeabfuhr zu trennen. Man erhält so zwei parallele Kreisläufe, die in ihrer jeweiligen Funktion optimiert werden können. Er erzeugt aus Atommüll Unmengen von Energie. Auf ein Endlager kann verzichtet werden.<<

[Horst Koch berichtete am 17. Mai 2019 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" über](http://www.horst-koch.de)

die Demontage des Industriestandorts Deutschland (x960/...): >>Wird Erdogan den neuen Berliner Flughafen bauen?

Von *Peter Haisenko*

Jetzt wird zur Gewißheit, was kluge Köpfe seit Jahren fordern: Die betongewordene Schande BER muß abgerissen werden, weil falsche Materialien verbaut worden sind. Das ist seit 2012 bekannt, aber erst jetzt wird darauf reagiert. Die Planung des BER zielte von Anfang an darauf ab, das Großprojekt zum Scheitern zu verdammen.

Als Herr Ruhnau, der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Lufthansa, zum Projektleiter für den neuen Berliner Flughafen berufen wurde, hatten Insider gleich ein mulmiges Gefühl. Es war der Herr Ruhnau, dem es gelungen ist, den gewerkschaftseigenen Konzern COOP innerhalb eines Jahres zu ruinieren und liquidieren. Wie ich aus informierten Kreisen weiß, hatte er dann den Auftrag, auch die Lufthansa in den Ruin zu treiben. Mit dem faulen Argument, Slots - also Streckenrechte - für die Zukunft zu besetzen, hat er Strecken betrieben mit B 737 (124 Sitzplätze), die durchschnittlich nur mit sechs (!) Passagieren ausgelastet waren.

Er hat offen bekundet, so viele Piloten auszubilden, daß das Überangebot die Gehälter der Piloten drastisch schrumpfen lassen sollte. Das sehr engagierte Lufthansa-Personal hat das nicht zugelassen.

Der BER sollte niemals eine Erfolgsgeschichte werden

Beim Berliner Flughafen hat Herr Ruhnau dann als erstes mit falschen, für Fachleute völlig unsinnigen Grundstückskäufen (Baufeld Ost) etwa sieben Milliarden DM versenkt. Er hat eine Planung vorgelegt, die für eine Stadt mit etwa 700.000 Einwohnern größtmäßig angemessen gewesen wäre. Nachdem er den Grundstein für das Scheitern dieses Prestigeprojekts gelegt hatte, hat er sich aus dem Staub gemacht und wurde anschließend immer noch in "Elite-Kreisen" hofiert.

Der Werdegang Ruhnaus läßt kaum Zweifel daran, daß er gezielt ausgewählt wurde mit dem Auftrag, das BER-Projekt so zu gestalten, daß es niemals eine Erfolgsgeschichte werden kann. Er hat seinen Auftrag erfüllt. Bereits in den 1990-er Jahren, als Herr Diepgen (CDU) Regierender Bürgermeister war, wurde die Öffentlichkeit über den Baufortschritt des Flughafens vorsätzlich belogen. Das weiß ich von dem damaligen Pressesprecher, der auf die Anweisung zu lügen, sein Amt niedergelegt hat.

Der Aufsichtsrat der Betreibergesellschaft war immer politisch besetzt mit Leuten, die fachlich völlig unbeleckt waren. Ob auch das Methode hatte, lasse ich im Raum stehen. Fest steht heute, daß der Berliner Flughafen zur Lachnummer für die ganze Welt geworden ist. Die Folge ist, daß sich niemand mehr weltweit einen Flughafen von deutschen Firmen bauen läßt. BER hat die Umkehrung des rundherum gelungenen Münchner Flughafens geschafft, der die Aufträge für deutsche Flughafenbauer gesichert hatte. Ob auch das ein Ziel bei der "Planung" des BER war, stelle ich ebenfalls in den Raum.

Der Verdacht der gezielten Sabotage liegt nah

BER wird 2020 nicht eröffnet werden. Die Mängel sind zu gravierend. Es wurden Plastikdübel in Kalksandstein verbaut, die nicht zugelassen sind und die erforderliche Tragfähigkeit nicht aufweisen. Insgesamt sind im BER zu viele Kalksandsteinwände installiert, die nach Gutachten des TÜV komplett rausgerissen und ersetzt werden müßten. Man kann in Kalksandstein keine Dübel setzen, die Lasten tragen sollen. Die Dübel sprengen mit ihrem Druck den Stein, wenn sie nicht aus Plastik sind und aus Plastik dürfen sie nicht sein, wegen des Brandschutzes.

Die Kalksandsteinwände zu ersetzen ist bautechnisch nahezu unmöglich und so wird kaum ein Weg daran vorbeiführen, das ganze Murkswerk abzureißen. Damit geht dann die nächste Milliarde dahin und die Kosten für Nichts werden die Achtmilliardengrenze überschreiten. Nachdem diese Mängel aber bereits seit 2012 bekannt sind, kann man hier nicht mehr von

Unfähigkeit sprechen, man muß gezielte Sabotage annehmen.

Abgesehen davon, daß die Neuplanung nach dem Abriß wieder einige Jahre in Anspruch nehmen wird, muß das Projekt dann wieder ausgeschrieben werden. Wer noch daran glaubt, daß dann eine deutsche Firma, ein deutsches Firmenkonsortium, den Zuschlag erhalten wird, glaubt nach dem Debakel nur noch, wer auch an den Weihnachtsmann glaubt. Erdogans Türkei hingegen kann einen neuen Flughafen in Istanbul präsentieren, der zeitgerecht und effizient gebaut worden ist. Das können auch Chinesen oder Russen.

So steht zu erwarten, daß die Industrienation Deutschland seinen neuen Hauptstadtflughafen nicht selbst bauen wird. Kann es noch peinlicher werden, wenn man Türken, Russen oder Chinesen braucht, um in Deutschland einen Flughafen zu bauen? Da könnte der Verdacht aufkommen, daß in höchsten deutschen (!) Kreisen Jahrzehnte nach dem Krieg daran gearbeitet wird, den Morgenthau-Plan umzusetzen, nämlich Deutschland zu deindustrialisieren.

Der ehemals hochgelobte Industriestandort Deutschland kriegt nichts mehr auf die Reihe

Berlin wird innerhalb der nächsten zehn Jahre keinen neuen Flughafen bekommen. Da fühle ich mich doch an einen Kabarettisten erinnert, der Wowereit folgendes in den Mund gelegt hat: Flughafeneröffnung 2013? Ich weiß auch nicht, wie dieser Zahlendreher entstanden ist. (2031) So wird sich der Berliner Senat doch noch gegen seinen erklärten Willen an den Volksentscheid halten müssen, Tegel für Jahre oder Jahrzehnte offen zu halten.

Bahnhöfe, Flughäfen und Bahnstrecken: Nichts bringen unsere Politprofis auf die Reihe. Der Gotthardtunnel ist seit Jahren fertig, aber für die Zulaufstrecke im deutschen Rheintal ist die Planung noch nicht einmal abgeschlossen. Der Brennerbasistunnel wird demnächst fertiggestellt, aber die Planung für den Zulauf auf deutscher Seite durch das Inntal hat noch nicht einmal begonnen.

Nein, das kann nicht mehr mit Unfähigkeit begründet werden, das ist Sabotage. Sabotage am Industriestandort Deutschland, an der (unverständlicherweise) immer noch geschätzten deutschen Präzision und Zuverlässigkeit.

Der BER steht symbolisch für die Demontage des Industriestandorts Deutschland. Ausschreibungen werden so schlampig ausgeführt, daß anschließend die Kosten auf das Vielfache ansteigen. Elbphilharmonie oder Stuttgart 21. Wohnraum ist ohne korrekte Ausschreibung an angelsächsische Kapitalgesellschaften verschleudert worden.

Für all das muß natürlich niemand Verantwortung übernehmen. Nein, auch der Spaßbürgermeister Wowereit kann sich weiterhin in seiner üppigen Pension baden. Nach 14 Jahren Merkel ist Deutschland in einem jämmerlichen Zustand. Mißstände abstellen? Wir machen uns Sorgen, wir nehmen es ernst, wir arbeiten daran - aber wir tun nichts. Siehe "Cum-Ex-Geschäfte" die seit 19 Jahren bekannt und nicht abgestellt sind.

Wessen Geschäft betreiben die deutschen Regierungen?

Wie BER zeigt, hat die Demontage Deutschlands schon früher begonnen, nämlich spätestens nach der "Wiedervereinigung", die auch nicht völkerrechtsmäßig abgelaufen ist. Rohwedder und Herrhausen mußten ihr Leben lassen, weil sie mit der Treuhand die "neuen Bundesländer" zu einem Erfolgsmodell machen wollten. Frau Breuel, in Oxford/England ausgebildet, hat dann das gemacht, was man in London schon seit 100 Jahren als oberstes Ziel gesetzt hatte: Die Zerstörung der deutschen Wirtschaftskraft, der man in England nichts entgegensetzen kann. Die Frage ist nun, ob es in den deutschen Regierungen überhaupt Politiker gibt oder gab, die nicht an der Zerstörung Deutschlands arbeiten.

Helmut Schmidt hat Deutschland in die Schuldenfalle geführt. **Helmut Kohl** hat ohne Not auf die "deutschen Ostgebiete unter polnischer Verwaltung" verzichtet und das Angebot Gorbatschows schlank angelehnt, Ostpreußen zurück zu erhalten. **Schröder** hat mit der "Agenda 2010" den sozialen Frieden zerstört und mit **Fischer** Deutschland wieder in Kriege geführt.

Frau Merkel schließlich hat die deutschen Grenzen einfach für alle geöffnet und jegliche Rechtsstaatlichkeit aufgehoben, wenn es um Zuwanderer geht.

Die deutsche Spitzentechnologie Dieselmotoren ist seines Nimbus' beraubt worden. Bayer kauft Monsanto, damit umgehend milliardenschwere Regreßansprüche über amerikanische Gerichte an ein jetzt deutsches Unternehmen gestellt werden können. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit Rußland wurde mit ungerechtfertigten Sanktionen zerstört, die Deutschlands Wirtschaft Milliardenverluste bescheren. Deutsche Soldaten stehen wieder an der Grenze zu Rußland. Nichts davon kann als förderlich für Deutschland bezeichnet werden.

Wessen Geschäft betreiben die deutschen Regierungen?

BER steht nur symbolisch für den allgemeinen Niedergang. Infrastruktur und Schulen sind in einem jämmerlichen Zustand. Die "Energiewende" ist Flickwerk und hat Deutschland die höchsten Strompreise gebracht, worunter die deutsche Industrie auch leidet. Ausländische Großkonzerne zahlen in Deutschland fast keine Steuern. Nein, alles in Summe betrachtet, kann nicht mehr Unfähigkeit angenommen werden, es kann nur noch geplante Sabotage sein. Ob der "Deutsche Michel" aufwachen wird, wenn Erdogans Türkei den Berliner Flughafen baut?

Ob es jemals dazu kommen wird, daß die Zerstörer Deutschlands vor Gericht gestellt werden? Das ist unwahrscheinlich, aber wenn doch, sind einige tausend Jahre Haft fällig.

Die unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland hat nicht erst 2015 begonnen.

Schon der damalige Außenminister Fischer hat die unkontrollierte Zuwanderung von Ukrainern befördert, indem er einfach deren Visumpflicht aufgehoben hat. Während die CDU noch 1991 stramm Wahlkampf gegen Zuwanderung gemacht hat, hat Merkel das ins Gegenteil verkehrt.

Wer heute noch glaubt, die Probleme mit Migranten wären zufällig entstanden, der hat das Werk von **Hans Jörg Schrötter** noch nicht gelesen: "Auf nach Germania", in dem er, der Insider aus dem Ministerium, Stück für Stück mit Namen und Titeln den Nachweis führt, daß auch in dieser Hinsicht nichts zufällig abgelaufen ist. "Auf nach Germania" ist erhältlich im Buchhandel oder direkt zu bestellen beim Verlag hier.

Mit dem Werk "**Die Deutschen - Das klügste Volk auf Erden verabschiedet sich von der Geschichte**" belegt Hans-Jürgen Geese den Verdacht, daß unsere "Politprofis" extra so ausgewählt worden sind, damit sie Deutschland den größtmöglichen Schaden zufügen - eben Deutschland zu einem tragischen Fall der Geschichte machen können, indem es nicht mehr als Kultur- und Industrienation weiter existieren wird. Auch dieses Werk ist erhältlich im Buchhandel oder direkt zu bestellen beim Ander-Welt-Verlag. ...<<

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. veröffentlichte am 22. Mai 2019 folgende Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes (x934/...): >>**Erika Steinbach zum 70.**

Geburtstag des Grundgesetzes

Geburtstagskind in Not – Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes
Von Erika Steinbach - Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.

... Nach der Wiedervereinigung gab es die Forderung nach einer gänzlich neuen Verfassung. Um etwa erforderlichen, zwingenden Änderungsbedarf festzustellen oder gar eine neue Verfassung einzufordern, wurde durch Bundesrat und Bundestag die Gemeinsame Verfassungskommission von Bund und Ländern eingesetzt.

Das Gremium kam zu der Erkenntnis, daß größere Änderungen auch nach der Wiedervereinigung entbehrlich seien und daß es aus rein juristischer Sicht keiner Volksabstimmung über das Grundgesetz bedürfe. Allerdings wies es in dem Bericht auch darauf hin, daß die Durchführung eines Volksentscheids über das Grundgesetz durchaus eine integrierende Wirkung zwischen Politik und Bürgern haben könnte.

Wir leben also bis zum heutigen Tage auf dem juristischen Fundament, das die Verfassungs-

väter und Mütter in schwierigster Zeit auf den Weg gebracht haben.

Was heutzutage beunruhigen muß, ist die blanke Feststellung, daß über elementare Teile des Grundgesetzes selbst die Bundeskanzlerin vorsätzlich hinweggeht. Die Aussage der Bundeskanzlerin, "Das Volk ist jeder, der in diesem Lande Lebt" ist zutiefst verfassungswidrig. Nicht jeder, der sich aus irgendeinem Teil der Welt hier legal oder illegal niedergelassen hat, gehört zum Volk. Unser Grundgesetz ist darin eindeutig.

Das Grundgesetz bestimmt in seinen Artikeln 20 und 116 das glatte Gegenteil. Und das Bundesverfassungsgericht hat am 31. Oktober bereits 1990 dazu klargestellt, daß Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 bestimmt, daß das Staatsvolk unseres Landes Träger und Subjekt der Staatsgewalt ist und das Staatsvolk, von dem alle Staatsgewalt ausgeht, nach dem Grundgesetz von den Deutschen, also den deutschen Staatsangehörigen und den ihnen nach Artikel 116 gleichgestellte Personen gebildet wird.

Noch niemals zuvor seit 1949 hat ein Kanzler an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Norm der Verfassung so mir nichts, dir nichts einfach vom Tisch gewischt. Dabei handelt es sich beim Artikel 20 um einen Artikel mit Ewigkeitsgarantie, der nicht einmal mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden könnte. Die Kanzlerin unseres Landes hat hiermit eine rote Linie überschritten. Allerdings nicht erstmals.

Daß bindende Gesetze seitens der Kanzlerin in diktatorischer Selbstherrlichkeit freihändig mißachtet werden, ist keine Ausnahme. Seit 2005 hat die Kanzlerin mehrfach Entscheidungen gegen gültiges Recht und Gesetze getroffen: Von der Eurorettung über den abrupten Atomausstieg innerhalb von nur drei Tagen bis zur rechtswidrigen, unkontrollierten Aufnahme von inzwischen an die zwei Millionen Migranten reichen die autokratischen Entscheidungen, die unserem Land dauerhaft schwere Lasten aufbürden. Sie hat Deutschland massiven Schaden zugefügt.

Damit hat die Bundeskanzlerin massiv gegen den in Artikel 5 des Grundgesetzes vorgeschriebenen Amtseid verstoßen. Der da lautet:

"Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, daß Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe".

Deutschland ist auf dem Fundament des Grundgesetzes ein Rechtsstaat. Jeder, der in unserem Lande lebt, hat unsere Gesetze zu respektieren und sich nach ihnen zu richten. Politiker, und insbesondere die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, haben in der Gesetzes-treue Vorbild zu sein. Eine Kanzlerin, die sich öffentlich gegen elementare Rechtsgrundlagen unseres Staates stellt und sie aktiv mißachtet, hat im Grunde ihr Amt verwirkt.

Beunruhigend daran ist, daß das laut Grundgesetz zuständige Kontrollgremium über die Handlungen der Bundesregierung, nämlich der Deutsche Bundestag, all das hinnimmt und damit die ihm aufgegebene Verpflichtung nicht erfüllt.

Seit 70 Jahren leben wir in einem demokratisch verfaßten Staat. Dafür steht das Grundgesetz. Keine Demokratie der Welt kommt ohne das Recht der Meinungsfreiheit aus. Wo es keine Meinungsfreiheit gibt, da ist demokratisch formulierte Gesetzgebung reine Makulatur. Am Status der Meinungsfreiheit läßt sich der Zustand eines Staatswesens signifikant erkennen. Hier entwickelt sich Deutschland in eine zutiefst beunruhigende Richtung. Immer weniger Menschen wagen, ihre Meinung zu politischen und gesellschaftlichen Themenfeldern offen auszusprechen aus Angst, stigmatisiert zu werden.

Der Umgang mit Männern wie Thilo Sarrazin oder Hans Georg Maaßen macht schlaglichtartig deutlich, wie mit nicht Mainstream konformen Überzeugungen brachial umgegangen wird. Da paßt das Motto, bestrafe einen, erziehe Hunderte. Leider zeigt das erkennbar Wirkung.

Im Bereich unseres wunderbaren deutschen Wortschatzes werden mehr und mehr Begriffe

aussortiert, indem man sie stigmatisiert. Seit Jahren zunehmend.

Den Vogel hat der Mann abgeschossen, der seitens der Bundesregierung seit kurzer Zeit für den Schutz der Verfassung zuständig ist: der neue Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang. Er will, so sagte er, mit seiner Behörde dafür sorgen, daß die Grenze zwischen legitimem Protest und Extremismus wieder deutlich erkennbar wird. Er versteigt sich dazu, festzustellen, daß die "Neue Rechte" bewußt nicht mehr von "Rasse" spräche, sondern statt dessen von "Identität, Kultur und Ethnien".

Dieser sogenannte Verfassungsschützer trägt vorsätzlich dazu bei, nicht nur Meinungsfreiheit, sondern mit der Stigmatisierung dieser Unterscheidungsvokabeln auch Wissenschaft und Forschung zu begrenzen.

Eine Demokratie ohne Meinungsfreiheit ist nur noch eine Pseudo-Demokratie. Mit diesem Verfassungsschutzpräsidenten hat die Bundesregierung gewollt den Bock zum Gärtner gemacht. Das muß uns alle in diesem Jubiläumsjahr des Grundgesetzes zutiefst beunruhigen.

Was die Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes anbelangt, ist Gefahr im Verzug.

Es gibt ein wunderbares Volkslied:

"Freiheit die ich meine, die mein Herz erfüllt, komm' mit Deinem Scheine, süßes Engelsbild. Magst du nie dich zeigen der bedrängten Welt, führst Deinen Reigen nur am Sternenzelt."

Im siebzigsten Jahr des Grundgesetzes erleben wir ein Geburtstagskind in Not. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 25. Mai 2019 folgender Bericht über die Folgen des Versailler Vertrages (x1.014/...): >>**Versailler Vertrag, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg**

Neuere Forschungsergebnisse, die nicht selten unbegründet als "Verschwörungstheorien" oder "Geschichtsrevisionismus" abgetan werden.

Von *Wolfgang Bittner*

Als Verlierer des Ersten Weltkriegs wurde Deutschland durch den Versailler Vertrag mit Reparationen in immenser Höhe belastet. Zuerst waren es 20 Milliarden Goldmark (damals ca. 7.000 Tonnen Gold), eine spätere Forderung belief sich auf 269 Milliarden Goldmark, die in 42 Jahresraten ausgezahlt werden sollten. Ein Teil sollte in Sachleistungen erbracht werden. Außerdem verlor Deutschland die Kolonien, mußte 90 Prozent der Handelsflotte übergeben sowie zwölf Prozent der jährlichen Ausfuhren abtreten. Als das Deutsche Reich mit den Reparationszahlungen in Rückstand geriet, besetzten Anfang 1923 französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet.

Verursacht durch die Reparationszahlungen und diverse sonstige Leistungen entstand in Deutschland zunehmend eine explosive Stimmung. Die Arbeitslosigkeit wuchs ins Unermeßliche, viele Menschen hungerten. Das Ruhrgebiet und das Saarland wurden von Frankreich ausgebeutet, die Provinz Oberschlesien mit Kohlegruben und Eisenverhüttung sowie die Stadt Danzig dem Völkerbund unterstellt. Die Provinz Posen, ein großer Teil Westpreußens, das Gebiet um Soldau und Teile von Hinterpommern mußten an Polen abgetreten werden, das Memelland kam unter alliierte Verwaltung.

Weitere Teile des Deutschen Reiches wie Nordschleswig, Eupen-Malmedy oder das Hultschiner Ländchen fielen an Nachbarstaaten, die linksrheinischen Gebiete blieben besetzt, eine Vereinigung des Deutschen Reiches mit Österreich wurde verboten. Die Grenzen wurden von den Siegern - Franzosen, Engländer, Amerikaner, Belgier, Polen - neu gezogen. Die deutsche Bevölkerung fühlte sich entehrt, unterdrückt und geplündert. Daß diese Situation dazu beigetragen hat, daß Hitler und seine Anhänger an die Macht kamen, ist unter Historikern unbestritten.

"Alleinschuld Deutschlands" und die Folgen

Nach Artikel 231 des Vertrags von Versailles wurde Deutschland und seinen Verbündeten die alleinige Schuld am Ersten Weltkrieg gegeben, und in zahlreichen Publikationen wird bis heu-

te von dieser Alleinschuld oder zumindest von einer überwiegenden Schuld des Deutschen Reiches ausgegangen.

Das war schließlich durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrags besiegelt worden. Doch nach neueren Forschungen ist diese Geschichtsauffassung widerlegbar. Danach wurden Deutschland und Österreich-Ungarn offensichtlich Opfer einer raffinierten, intriganten Machtpolitik Großbritanniens, Frankreichs und der global agierenden Kapitallobby in den USA, die auch die Bedingungen für den Vertrag von Versailles bestimmten.

Das Deutsche Reich war nicht nur besiegt worden, es war der Willkür fremder Mächte ausgeliefert. Da es keine Armee mehr hatte, war es zudem schutzlos. Bereits in den Waffenstillstandsverhandlungen war bestimmt worden, daß Deutschland sämtliche Waffen abzuliefern habe. Unter anderem sah der am 11. November 1918 geschlossene Vertrag von Compiègne die Übergabe von 5.000 Geschützen, 25.000 Maschinengewehren und 1.700 Flugzeugen an die Entente vor.

Darüber hinaus die Internierung der deutschen Kriegsflotte, die Ablieferung von 5.000 Lokomotiven und 150.000 Eisenbahnwaggons, die Annullierung des Friedens von Brest-Litowsk mit Sowjetrußland sowie den Abzug der deutschen Truppen aus Ostafrika. Die britische Seeblockade, durch die Zehntausende verhungerten, wurde nicht aufgehoben. Der französische Marschall Ferdinand Foch triumphierte: Jetzt sei Deutschland "den Siegern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert".

In der Tat hatten die Vertreter Deutschlands, die am 28. Juni 1919 im Schloß von Versailles den Friedensvertrag unterzeichneten, keine Wahl. Ihnen blieb nichts anderes übrig, als die diktierten unmäßigen Bedingungen unter Protest anzunehmen.

Die Versprechungen, die zum Waffenstillstandsabkommen geführt hatten, wurden nicht eingehalten, der 14-Punkte-Plan vom Januar 1918 des US-Präsidenten Woodrow Wilson, nach dem in Europa eine friedliche Nachkriegsordnung hergestellt werden sollte, war Makulatur geworden. Die Siegermächte ließen sich auf keine weiteren Verhandlungen mehr ein, sie verfügten über Deutschland.

Unter den heimkehrenden Soldaten, die ihre Waffen abgegeben hatten, und in der Bevölkerung verbreitete sich eine von der Obersten Heeresleitung ausgehende "Dolchstoßlegende", wonach das deutsche Heer "im Felde unbesiegt" geblieben und von "vaterlandslosen Zivilisten" aus der Heimat verraten worden sei. Beginnend mit dem Kieler Matrosenaufstand war es im Herbst 1918 zu revolutionären Aufständen gekommen, daneben zur Bildung von privaten Truppenverbänden aus ehemaligen Soldaten, den sogenannten Freikorps.

In Oberschlesien fanden, initiiert durch Polen, zwischen 1919 und 1921 drei Aufstände statt, bei denen auch polnisches Militär und schwere Waffen, unter anderem Artillerie und mehrere Panzerzüge eingesetzt wurden, und zwar mit dem Ziel das wichtige ostdeutsche Industriegebiet der Zweiten Polnischen Republik anzugliedern. Es handelte sich um einen Angriff auf das Deutsche Reich, der jedoch für Polen folgenlos blieb.

Der besetzte "heilige Berg" Oberschlesiens", der Annaberg, wurde von Freikorps unter starken Verlusten freigekämpft. 1921 wurde dann in Oberschlesien unter Aufsicht des Völkerbundes eine Volksabstimmung durchgeführt, bei der sich 59,4 Prozent der Bevölkerung für den Verbleib bei Deutschland aussprachen, 40,6 Prozent für den Anschluß an Polen. Trotz dieses eindeutigen Ergebnisses erhielt Polen 1922 einen wirtschaftlich bedeutenden Teil des ober-schlesischen Industriegebiets, darunter die großen Industriestandorte Kattowitz, Königshütte und Ruda.

Das Erstarken des Nationalsozialismus‘

Die Teilung Oberschlesiens wurde als eine erneute Demütigung durch "die Herren von Versailles" empfunden, und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) mit ihrem Führer Adolf Hitler, einem ehemaligen Gefreiten, erhielt immer mehr Zulauf. Am 24.

Februar 1920 gegründet, hatte diese rechtsextreme Gruppierung anfangs nur wenige Mitglieder, doch sie entwickelte sich rasch zu einer ernstzunehmenden Organisation im Weimarer Parteienspektrum. Aus den Reichstagswahlen am 14. September 1930 ging die NSDAP mit 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen als zweitstärkste Partei nach der SPD hervor.

Für diesen rapiden Aufstieg, der ohne größere finanzielle Unterstützung nicht möglich gewesen wäre, gab und gibt es unterschiedliche Erklärungen. Die verbreitetste ist eine Finanzierung aus Kreisen der deutschen Industriellen, aber auch andere Geldgeber wurden genannt. Der Hitler-Biograf Joachim Fest vertrat die Ansicht, die NSDAP sei unter anderem aus tschechoslowakischen, skandinavischen und in erster Linie aus schweizerischen Finanzkreisen unterstützt worden.

Jede dieser Thesen oder Mutmaßungen entbehrt allerdings der Logik, denn bis 1930 war die NSDAP lediglich eine unbedeutende Splitterpartei ohne wesentlichen politischen Einfluß. Der russische Historiker Nikolay Starikov stellt daher in seinem Buch "Wer hat Hitler gezwungen Stalin zu überfallen?" die Frage, welches Interesse deutsche Industrielle, Tschechen, Skandinavier oder Schweizer gehabt haben sollten, den relativ bedeutungslosen Extremisten Adolf Hitler zu finanzieren. Und Starikov fragt weiter, wie es möglich war, daß sich die NSDAP innerhalb weniger Jahre zu einer derart mächtigen Organisation entwickeln konnte, vor allem: wer die wirklichen Finanziere Hitlers waren.

In diesem Zusammenhang nennt Starikov den Namen eines Deutsch-Amerikaners, der in der sonstigen Geschichtsschreibung bisher kaum eine Rolle gespielt hat: Ernst Hanfstaengl, Kunsthändler und US-amerikanischer Geheimagent; später, während des Krieges, beriet er Präsident Franklin D. Roosevelt. Ab 1922 unterhielt er freundschaftliche Beziehungen zu Hitler, stand ihm bei der Abfassung seines Buches "Mein Kampf" zur Seite und gab ihm 1923 ein Darlehen von 1.000 Dollar, für damalige Verhältnisse sehr viel Geld. In den 1920er-Jahren war er Auslands-Pressechef der NSDAP.

Starikov geht so weit, aufgrund seiner Recherchen zu konstatieren, die NSDAP und Hitler seien von Beginn an, also seit Anfang der 1920er-Jahre von interessierten Kreisen aus den USA gefördert und finanziert worden. Zu Hitler schreibt er: "Die Entscheidung, ihn an die Spitze Deutschlands zu stellen, wurde nicht in Berlin, sondern in London und Washington getroffen."

Das Geld für die NSDAP, so Starikov, sei in der Tat aus der Schweiz gekommen, aber "die Finanzierung dunkler Machenschaften und fragwürdiger Geschichten in der Weltpolitik werden immer über Banken und Persönlichkeiten neutraler Länder abgewickelt! ... Die schweizerischen Bankiers haben nur ihre Aufgabe erfüllt. Sie wurden beauftragt - Hitler das Geld zu übergeben."

Des Weiteren vertritt Starikov die Ansicht, England, Frankreich und die Finanz- und Wirtschaftslobby der USA hätten von vornherein die Absicht verfolgt, nicht nur Deutschland ein für alle Mal zu vernichten, sondern es in einen Vernichtungskrieg gegen die bolschewistische UdSSR zu schicken.

Er schreibt: "Jetzt können wir die Frage beantworten, warum die geheimnisvollen ausländischen Sponsoren der jungen nazistischen Bewegung geholfen haben. Die deutschen Nationalsozialisten werden von den äußeren Kräften aktiv für eine Destabilisierung der politischen Situation im Land benutzt. Die Nazis sind hervorragend geeignet, in Deutschland eine Regierungskrise zu provozieren und damit die von den Angelsachsen gehaßte Regierung, die sich erlaubt hat, einen Vertrag mit den Bolschewiken abzuschließen, zu stürzen."

In diesem Gedankengang fährt Starikov fort: "Der vorläufig noch unbekannte Führer einer kleinen örtlichen Bayernpartei spricht über seine Absicht, 'den Bolschewismus zu liquidieren', 'die Fußfesseln des Versailler Vertrages abzuwerfen', eine Diktatur zu errichten und einen starken Staat zu schaffen. Den äußerst seltenen Fall nutzend, daß ein Mann des amerikani-

schen Geheimdienstes zu ihm kommt, bietet sich Hitler als ‚Schwert der Zivilisation‘ im Kampf gegen den Marxismus, d.h. gegen Rußland an!"

Entlarvend ist, daß Briten und Amerikaner nach Versailles Hitlerdeutschland bei der Tilgung der Schulden entgegenkamen. Darüber sagte der Publizist und Buchautor Werner Rügemer in einem Vortrag anlässlich der 17. Aachener Friedenstage: "Bis zum Ersten Weltkrieg waren die USA - sowohl der Staat wie auch die Unternehmen - bei europäischen Banken verschuldet. Mit dem Ersten Weltkrieg hat sich diese Relation umgedreht.

Am Ende des Ersten Weltkriegs war Europa in den USA verschuldet. Und das ist bis heute so geblieben. Das war das wirtschaftlich-finanzielle Ergebnis des Ersten Weltkriegs. Und dann mußte das zerstörte Europa natürlich wieder aufgebaut werden, insbesondere das zerstörte Deutschland."

Für den Wiederaufbau haben US-amerikanische Banken dann "in zwei großen Tranchen dem Deutschen Reich Kredite gegeben - mit dem Dawes- und Young-Plan 1926 (richtig: 1924) und 1929. Der Kreditgeber hat damit Bedingungen verbunden. In Deutschland war eine Bedingung, daß amerikanische Investoren in Deutschland günstig investieren konnten." ...

Der Weg in den zweiten großen Krieg

Nicht nur das globale Finanzkapital war auf den Krieg in Europa aus. Der US-amerikanische Publizist John Wear, Autor des Buches "Germans War: The Origins, Aftermath & Atrocities for World War II", vertritt die Meinung, daß auch Präsident Franklin Roosevelt und seine Administration - vor allem aus innenpolitischen Gründen - Krieg wollten und "jede Anstrengung" unternahmen, "den 2. Weltkrieg in Europa anzustiften".

Wear beruft sich, neben anderen Quellen, auf einen geheimen Bericht vom 12. Januar 1939, in dem der polnische Botschafter in den USA, Jerzy Potocki, schrieb: "...es muß gesagt werden, daß die interne Situation auf dem Arbeitsmarkt immer schlimmer wird. Die Arbeitslosen zählen heute bereits 12 Millionen ... Ich kann nur sagen, daß Präsident Roosevelt als cleverer politischer Akteur und Kenner der amerikanischen Mentalität rasch die öffentliche Aufmerksamkeit von der innenpolitischen Situation weg auf die Außenpolitik gelenkt hat."

Zur Strategie Roosevelts zitiert Wear den US-amerikanischen Botschafter in Paris, William Bullitt, wonach Frankreich und England für den Fall eines Krieges die Zusicherung hatten, daß die USA ihre "isolationistische Zurückhaltung" aufgeben und an der Seite Englands und Frankreichs aktiv eingreifen würden.

Bullitt soll gesagt haben, die Vereinigten Staaten seien bereit, ihren Reichtum und ihre Ressourcen zur Verfügung zu stellen: "Sollte der Krieg ausbrechen, werden wir gewiß nicht am Anfang daran teilnehmen, aber wir werden ihn beenden." Zusicherungen Roosevelts an London und Paris belegen auch andere von Wear genannte Quellen.

Von vornherein ging es nach den neueren Forschungsergebnissen (die nicht selten unbegründet als "Verschwörungstheorien" oder "Geschichtsrevisionismus" abgetan werden) ebenso gegen die Sowjetunion wie gegen das Deutsche Reich, auch wenn die westlichen Alliierten offiziell erst einmal mit Rußland paktierten. Danach sollte Hitler, der aus dem Nichts heraus auf die politische Bühne getreten war, die Destabilisierung Deutschlands betreiben und in einen Krieg gegen das bolschewistische Rußland manövriert werden.

Parallelen zur gegenwärtigen Situation bieten sich an, zum Beispiel hinsichtlich des plötzlichen Auftretens von Günstlingen der USA oder von Newcomern im neoliberalen Milieu: In der Ukraine wurde 2014 ein unbekannter Banker namens Arsenij Jazenjuk Ministerpräsident, kurz darauf der Oligarch Petro Poroschenko Staatspräsident, in Frankreich wurde 2017 der unbedeutende Hinterbänkler Emmanuel Macron Präsident und in Venezuela rief sich im Januar 2019 eine Marionette der USA zum "Interimspräsidenten" aus. Die Muster gleichen sich, jede Bewegung, die von der kapitalorientierten Linie abweicht, soll verhindert werden.

Mit Hitler und der NSDAP haben die britischen und US-amerikanischen Geheimdienste in

den 20er-Jahren den Geist aus der Flasche gelassen.

Ein Hauptanliegen war - heute erkennbar -, Deutschland und Rußland niederzuhalten und nicht zusammenkommen zu lassen. Diesen in der jüngsten Forschung vertretenen Standpunkt zu benennen, bedeutet weder eine Relativierung der ungeheuren Verbrechen der Nazis noch eine Verleugnung des brutalen Stalinismus.

1937 wurde der Versailler Vertrag von der NS-Regierung gekündigt. Deutschland rüstete auf und steuerte auf den zweiten großen Krieg zu, dessen Folgen bis in die Gegenwart relevant sind. 1945 hat Winston Churchill gesagt: "Dieser Krieg wäre nie ausgebrochen, wenn wir nicht unter dem Druck der Amerikaner und neomodischer Gedankengänge die Habsburger aus Österreich-Ungarn und die Hohenzollern aus Deutschland vertrieben hätten.

Indem wir in diesen Ländern ein Vakuum schufen, gaben wir dem Ungeheuer Hitler die Möglichkeit, aus der Tiefe der Gosse zum leeren Thron zu kriechen." Dabei übersieht oder unterschlägt Churchill allerdings, daß es exakt die englische und US-amerikanische Politik war, die das Desaster mit durchaus gewollten Ergebnissen herbeigeführt hat, wenn auch mit unermeßlichen "Kollateralschäden". Festzustellen ist: Ohne den Ersten Weltkrieg hätte es keinen Versailler Vertrag und damit auch keinen Hitler und keinen Zweiten Weltkrieg gegeben. ...

Der Schriftsteller und Publizist Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. 2017 erschien von ihm das Buch "Die Eroberung Europas durch die USA - eine Strategie der Destabilisierung, Eskalation und Militarisierung". Im März 2019 erschien der Roman: "Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen". Der vorstehende Beitrag ist eine Vorveröffentlichung aus dem im Herbst im Verlag Zeitgeist erscheinenden Buch "Der neue West-Ost-Konflikt", das Exkurse zum Ersten und Zweiten Weltkrieg enthält.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 27. Mai 2019 (x1.000/...):
>>**Korruption XXL ungelöst! - Mit Infogigant: "Das Geheimnis der Obelisken"**

Von *Ivo Sasek*

... 15. Mai 2019, Flughafen Genf-Cointrin: Wenn wieder einmal ganz überraschend die Staatsanwaltschaft auftaucht, eine Hausdurchsuchung durchführt und einen Flughafen-Sicherheitschef in Handschellen abführt, wird im Schweizer Volk der Eindruck erweckt, hier werde noch für Sicherheit, Ordnung und Gerechtigkeit gesorgt.

Doch der Schein trügt. Allein die Tatsache, daß hier wieder einmal großer Medienwirbel um einen kleinen Fisch gemacht wird, der ins Netz der Korruptions-Ermittler geraten ist, verschleiert geradezu die Tatsache, daß die wirklich großen Fische mit ihren weltweiten Korruptionsnetzwerken seit Jahrzehnten noch immer frei herumschwimmen. Wovon reden wir? Wir reden davon, daß schon beim bloßen Verdacht auf Korruption, sprich Bestechlichkeit, ermittelt, untersucht und verhaftet wird ... zumindest, solange es nur um so kleine Leute wie benannten Sicherheitschef geht, der gegen heimliche Bezahlung ein paar Aufträge an private Sicherheitsfirmen vergeben hat.

Man hört auch immer wieder von der Aktivität der Wettbewerbs-Kommissionen. Sie sind ganz scharf darauf, einen Riesenwirbel um einzelne Händler zu machen, wenn diese sich durch heimliche Beziehungen und Schmiergelder einen Wettbewerbs-Vorteil in der freien Marktwirtschaft ergattert haben. Auch hier könnte man meinen, daß unsere Ordnungskräfte bestens funktionieren und somit alles im grünen Bereich sei. Doch gar nichts ist im grünen Bereich.

Was uns die Massenmedien seit Jahrzehnten kategorisch verschweigen, und auch von keiner Justiz gebührend geahndet und bestraft wird, sind die weltweit miteinander verfilzten Freimaurer-Netzwerke. Deren gesamte Gilde macht ja buchstäblich nichts anderes, als sich im Geheimen zu treffen, sich mit Geheimzeichen zu versehen, um sich auf diesem Weg unablässig gegenseitig zu begünstigen. Diese Zeichen besagen auf Klein-Gretchen-Deutsch: "Kaufe hier und nicht woanders!"

Im Krieg bedeuten diese Geheimzeichen: "Wenn du eines davon an meinem Haus siehst, mußt du mich verschonen, denn ich gehöre dazu!" Und wenn es um irgendeine Karriere geht: "Wenn ich dieses Zeichen mache, oder du dieses Zeichen siehst, dann wähle mich und nur solche wie mich!" Kurzum: "Wir bringen auf sämtlichen Ebenen nur und einzig uns selber hoch - die Zeichenträger verpflichten sich, sich stets zu bevorzugen und sich gegenseitig zu begünstigen. Wer dagegen unsere Zeichen nicht trägt, nicht zu unserem Geheimbund gehört, muß benachteiligt bleiben".

Trotzdem stehen sämtlichen betrogenen "Nicht-Freimaurern" in aller Welt keine Wettbewerbskommissionen bei, die für sie eifern, obgleich wir hier von Freimaurer-Selbst-Begünstigungssummen in ständigen Billionenhöhen sprechen. Kurzum: Diese gegenseitigen Begünstigungen der Freimaurer unter sich schließen seit Jahrhunderten kategorisch die Mehrheit aller übrigen Wettbewerbsteilnehmer außerhalb der Freimaurerei aus.

Während jedem kleinen Unternehmer sofort eine Strafe droht, wenn er sich durch heimliche Absprachen oder Schmiergelder selber begünstigt, lassen unsere Justizen die Freimaurerei in ihrer großen Gesamtheit einfach straflos gewähren - dazu noch auf weltweiter Ebene - und das seit Jahrhunderten. Es gab zwar zu gewissen Zeiten Strafverfolgungen, Verbote und sogar Landesverweise für diese Geheimbündler. Die Freimaurerei erwies sich aber stets als so zäh und unausrottbar, wie das jüngst in Verruf geratene Springkraut.

Dies aus dem einen und einzigen Grund, weil ihr Filz auch durch sämtliche Behörden und staatlichen Einrichtungen, Lehr-Einrichtungen und Institute aller Gattung geht. Sie decken sich gegenseitig. Und woran erkennen sie sich? An ihren Geheim-Zeichen: darunter zählen Handzeichen, Zeichen mit den Füßen, Augen, Dreiecke, Winkel-Zeichen, Sonnen-Zeichen, Spinnennetze, Zahlen wie etwa die 322, bis hin zu Totenschädeln, gekreuzten Knochen, Pyramiden-Zeichen, und vielerlei Bündniszeichen mehr.

Nur eine mutige Vereinigung aller benachteiligten Völker zusammen mit Sicherheitskräften, Rechtsdiensten und mit der von Freimaurerei unvermischten Justiz kann dieser weltweiten Korruption, sprich Selbst-Bevorzugung den Riegel vorschieben. Daß es sich hierbei nicht um eine bloße Verschwörungstheorie, sondern eine knallharte Verschwörungstatsache handelt, können Sie leicht aus anschließendem Beitrag ersehen.

Kla.tv-Gründer Ivo Sasek bringt es im nachfolgenden Infogiganten in aller Kürze auf den Punkt. Er verschafft Ihnen einen Überblick über das Geheimnis von Freimaurerzeichen und ihren allorts auftauchenden Obelisken. 12 Rubriken INFO-GIGANT Ivo Sasek: "Das Geheimnis der Obelisken" ...

1. Gibt es eine Geheimorganisation die so mächtig ist, daß sie am Bewußtsein der Völker vorbei weltumspannende Vereinheitlichungen durchsetzen kann? Ja, denn Kla.tv-Teams konnten in nur wenigen Tagen über 1.000 Obelisken in 122 Ländern ablichten.

Ivo: In Deutschland, Österreich, Schweiz allein 600, Italien, Frankreich, Großbritannien, USA, Spanien, Rußland, Portugal, Ukraine, Tschechische Republik, Australien, Ungarn, Schweden, in Ägypten, Argentinien und Israel, in der Vatikanstadt, Arabische Emirate, Algerien, in Belgien, China, Indien, in Irland, Kroatien, Neuseeland, Norwegen, Philippinen, Südafrika, in Polen, Bolivien, Brasilien, in Finnland, Indonesien, Kanada, in Kolumbien, Marokko, Ghana, Saudi-Arabien, Thailand, Vietnam, in Albanien, Andorra, Angola, in Armenien, Aserbaidschan, Äthiopien, Belarus, Bosnien, Bulgarien, in Sri Lanka, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, in Ecuador und Estland. Georgien, Griechenland, Irak, in Japan, Panama, Kasachstan, Kongo, Mali, Kuba, in Lettland, Libanon, Libyen, in Luxemburg, Litauen, Mexiko, Monaco, Mongolei, Myanmar, Namibia, Kenia, Nigeria, in Peru, Puerto Rico, Rumänien, Somalia, Singapur, Slowakei, Slowenien, Syrien, Tansania, Tunesien, Türkei, Uruguay, Venezuela, Madagaskar und in 30 weiteren Ländern.

2. Wie bedeutend wichtig ist diese Gruppe? Zumindest so bedeutend, daß sie ihre Pyramiden-

und Obelisk-Symbole in aller Welt an Orten wie folgenden anbringen dürfen.

Ivo: An Bahnhöfen und Brücken, Postgebäuden und Gerichtsgebäuden. Bei obersten Regierungsgebäuden und Bundeshäusern, bei Stadttoren und Gefängnisgebäuden, Polizeigebäuden und militärischen Einrichtungen. Dorfplätzen, Rathäusern, Universitätsgebäuden und staatlichen Schulen. In Theatern und Kunsthäusern, in Gemeindegebäuden und Kanzleien, in Dorfbrunnen, Dorfplätzen. Von Mainz bis China, im Himmlischen Platz des Friedens.

Bei Schlössern und Schloßplätzen, an Kriegsdenkmälern und Denkmälern, bei Kirchen, Kirchplätzen, vom vatikanischen Petersdom bis zum russischen Sankt Petersplatz. Klöster, Seepromenaden, Kreisverkehre, Dome, Freikirchen, Krankenhäuser, verschiedenste Bankgebäude und Erholungsparks. In Spielcasinos und Friedhöfen, Geschäftshäusern und in Burgen und tausenderlei mehr. Für solche Bauten und Riesenmonumente werden Millionen bezahlt. Der Unterhalt allein pro Jahr mehrere 100.000 Franken.

3. Ist der Obelisk das einzige Symbol dieser geheimen Elite? Nein, sie haben eine Fülle weiterer Symbole, doch scheinen diese hier ihre bedeutendsten zu sein.

Ivo: Die Pyramide, sie bildet auch jeweils die Spitze eines jeden Obeliskens. Die Pyramide mit einer Knospe auf der Spitze, die Sonnen-Hieroglyphe. Dieses Symbol der aufgehenden Sonne findet man überall, in Kirchenfenstern und Fassaden von Schlössern, Banken, Torbogen und Brücken, in Stadttoren, Türmen und Staatsgebäuden, in Geschäftsgebäuden und an Türen. Das Bündnissymbol allorts zu finden von Kirchen bis zu Brücken, von Banken bis zu Gerichtsgebäuden, von Bahnhof, Geschäftshäusern bis Kunsthäusern und Schlössern.

Das Allsehende Auge des Horus, das Spinnennetz und das Erd-Denominations-Zeichen, die Venus-Muschel, Zirkel und Winkel, das Dreieck, die Isis auch genannt Venus, das Templerkreuz, die zwei Säulen Boas und Jachin, die Fleur de Lys - ein typisches Elitekennzeichen, das gleichschenklige Keltenkreuz und die Eule, der Totenkopf mit gekreuzten Knochen, die Zahl 322, der Dagonhut, der Heilige Gral, der Hermesstab, das Doppel W. Freimaurertempel bergen nicht selten all diese Symbole zusammen in sich.

4. Welcher dieser bedeutendsten Symbole kommen am häufigsten vor? Findet man sie auch miteinander kombiniert? Am häufigsten findet sich das Dreieck und dieses kombiniert mit dem Sonnensymbol, dem Auge des Horus oder einem der anderen bedeutenden Symbole.

Ivo: Die Oberlandesgerichte von Sachsen-Anhalt und Mannheim tragen dieselben Symbolkombinationen wie etwa die Jesuitenkirche oder die Schloßkirche von Mannheim. Auch der Dom von Würzburg trägt ein und dieselben, wie etwa das Operngebäude in Frankfurt, das Polizeihaus oder Kunsthaus in Bremen. Dieselben Kombinationen auf Friedhöfen, Stadttheatern, Landgerichten, Rathhäusern. Ein und dieselben in Münstern, Kirchen, Staatskanzleien. In Hauptbahnhöfen, Museen, Schlössern, Hotels und allerlei Geschäftshäusern.

In aller Welt sind es die gleichen Zeichen an gleichartigen Gebäuden. Keinen Unterschied zwischen Postgebäuden, Gemeindegebäuden, Regierungsgebäuden, zu allen möglichen Geschäftsgebäuden, Kathedralen oder Polizeigebäuden. Überall ein und dasselbe. Ob beim Kornhaus oder der Kantonspolizei in Bern, von russischen Friedhöfen bis zur Hauptwache Urania in Zürich. Von Residenzen in Würzburg bis zum Bundesministerium in Wien. Vom Passauer Dom bis zur Kasaner Kathedrale in St. Petersburg. Die Zeichen der Geheimbünde begleiten uns auf Schritt und Tritt, doch niemand sagt uns warum.

5. Gibt es weltweite Übersichten und genaue Zahlen von Obeliskens an bedeutenden Standplätzen? Allein in den vergangenen Jahrzehnten kamen Tausende von Obeliskens dazu. Jede genaue Zahlenangabe wäre daher unseriös. Es kommen aber noch artverwandte Gebilde des Obeliskens in aller Welt hinzu.

Ivo: Hier die Recherchebilder unserer Kla.TV-Teams. In nur wenigen Tagen lichteten sie mühelos 1.026 Obeliskens in 122 Ländern ab. Dabei entdeckten sie aber zugleich zahllose, der Welt noch völlig unbekanntes Pyramiden, so etwa in Afrika, Ägypten, Sudan, Mali, in Vorder-

asien und Asien, Irak, Iran, China und Kambodscha, Nord-, Mittel- und Südamerika, Belize, Guatemala, Honduras, Mexiko, Peru, in ganz Europa. Frankreich, Griechenland, Italien, Spanien und tata, ... den legendären Turm zu Babel.

Auch dieser war nicht rund, wie man uns bis dato weiß gemacht hat. So sieht das Google-Earth-Fundament aus, das der Archäologe Koldewey in 18-jähriger Kleinstarbeit ausgegraben hat. Auch die 1890 veröffentlichte Zeittafel der Weltgeschichte, einem viktorianischen Wandatlas entnommen, offenbart den Turm zu Babel als gigantischen Obelisk. Da die Turmspitze in den Wolken geplant war, hätte seine Endgestalt folglich etwa so ausgesehen (Bild im Film) oder so (Bild im Film).

6. Was hat der Obelisk überhaupt für eine Bedeutung? Zur Bedeutung des Obelisk finden sich folgende brisante Informationen.

Ivo: Im Islam verkörpert der Obelisk den Teufel. Am Schluß jeder Haddsch-Pilgerreise nach Mekka findet eine rituelle Steinigung dieses Teufels statt. Hier wird er gerade von mehr als drei Millionen Muslime aus aller Welt gesteinigt (Bild im Film). Der Obelisk, anfangs ein Monolith, war dem babylonischen Sonnengott Samas geweiht. Der Teufel kommt aber erst im Hochgrad ins Spiel, wo man Luzifer, dem Lichtträger, seine Seele zu weihen hat. Diesem brachte man auch gerne Menschenopfer dar. Mit Vorliebe Kinder. Obelisk sind also mehr als nur schmucke Steinsäulen.

Die Sonnenanbetung und Menschenopfer galten allerdings nicht der Sonne, weil ja diese nur der Schatten von dem Herrscher Nimrod war. Wie Nero in Rom sich zu Gott machte und Anbetung forderte, so auch Nimrod als Sonnengott in Babylon. Dieser Ur-Luzifer-Kult wird noch bis heute von okkulten Machteliten der sogenannten Neuen Weltordnung praktiziert. Der Obelisk ist auch ein Phallus-Symbol. Eine Luzifersekte treibt mit anderen Worten auf Sex und Teufel komm raus ihre Weltherrschaft voran. Obelisk sind deren Antennen zur magischen Beeinflussung der Völker. Die Kugel auf dem Obelisk schattet die Weltherrschaft Luzifers vor.

7. Der Nimrod-Luzifer-Kult breitete sich also von Babylon aus in alle Welt. Fand denn eine Sintflut auch wirklich statt? Gibt es dafür Beweise? Welcher Weg machte Nimrods allseitige Ausbreitung möglich? Was gab den Anreiz dazu?

Ivo: Nimrod war laut Genesis 10 der erste okkulte Gewalthaber, der schon 50 Jahre nach der Sintflut dem Gott des Himmels und der Erde den totalen Krieg ansagte. Die biblisch bezeugte Sintflut wird übrigens auch von vielen Kulturen der Welt bildgewaltig bestätigt. Wie etwa von den Sumerern durch das Gilgamesch-Epos, durch das arkadische Atrahasis-Epos, von moslemischen bis chinesischen Kulturen und so weiter.

Nimrod kehrte zu den Okkultverbindungen mit überirdischen Mächten zurück, die als Hauptverursacher der Sintflut bekannt waren. Im Verbund mit seinen okkulten Gefährten schwor er Gott Rache. Ihr Turm zu Babel sollte jedem künftigen Gott und jeder Sintflut trotzen. Sein Sonnenkult versprach jeder künftigen Generation Schutz. So stilisierten sich Nimrod und seine Frau Semiramis zu Himmelsgöttern hoch, die bis heute alles durchdringen und mitreißen. Von Babel über Indien, nach Altpersien, Ägypten, bis Libyen, Griechenland, Rom, zu den Germanen, bis hin zu uns.

8. Um sich an dem Gott der Sintflut zu rächen, erklärte sich Nimrod selber zu Gott, und es gelang ihm, seinen Kult in allen Völkern zu etablieren. Und wie der Gott der Bibel viele Namen trägt, gelangte auch Nimrod in anderen Kulturen zu vielen Namen.

Ivo: Nimrod wurde unter vielen verschiedenen Namen bekannt, doch stets ging es um seinen Kult mit ihm als Mittelpunkt. Schon die Babylonische Kultur nahm ihn als Oannes an und andere. In Ägypten wurde er bekannt als Osiris.

Im Verlauf der Griechischen Kultur als Chronos oder Zeus, Sohn des Chronos, auch als Herkules, also Nimrod der Riese oder Nebrod. Dann wiederum auch als Bassareus, das ist der

Weintraubenlagerer. Oder Dionysus, der Sündenträger. Als Phoroneus, der Flußgott. Berous, der Gott des Feuers. In der Syrischen Kultur wurde aus Nimrod Dagon. In Israel und Kanaan wurde Baal aus ihm. In der Römischen Kultur wurde Nimrod sowohl zu Saturn als auch zu Bacchus. In der Germanischen Kultur zu Belus. In der Spanischen zu He-Roè.

Nimrod und seine Frau-Mutter Semiramis symbolisierten die Pantheons der Mythologie, sprich die Gesamtheit der Götter eines Volkes. Nimrod symbolisiert den Gott des Krieges, seine Frau Semiramis, die Göttin der Liebe.

Ruth: Okay, Nimrod und Semiramis. Die Semiramis habe ich auch noch nie richtig gehört. Diese Semiramis, kennt ihr die? Bißchen. Also ich nicht so genau, darum würde ich gern noch ein bißchen weiter hören. Was ist diese Semiramis?

9. Wer genau war Semiramis und welchen Verlauf nahm ihr Name in der Geschichte?

Ivo: Semiramis war ursprünglich die Frau von Kusch, einem Enkel Noahs. Weil auch Kusch ein Rebell war, tötete man ihn, sandte seinen zerteilten Körper zur Abschreckung an alle umliegenden Städte und Völker. Seine Frau Semiramis verbreitete das Gerücht, Kusch sei zum Himmel aufgestiegen und mit der Sonne eins geworden. Am Tag herrsche er nun vom Himmel her und des Nachts von der Unterwelt her. Als die Hure Semiramis dann ihren unehelichen Sohn Nimrod gebar, behauptete sie, er wäre die Reinkarnation ihres vergöttlichen Mannes, der als Retter der Menschheit zurückgekommen sei.

Semiramis heiratete daher ihren Sohn Nimrod. Später wurde auch sie in allen Nationen zur Göttin erhoben, die zum Himmel aufgefahren sei und wird bis zum heutigen Tag als Mutter Gottes oder Königin des Himmels verehrt. Seither ersetzen die Kultanhänger Nimrods in allen Kulturen, deren geübten Bräuche und Persönlichkeiten mit ihren eigenen Figuren. So stellt zum Beispiel der Christbaum- oder der Oster-Kult mit seinem Osterschinken, seit Babylon einzig Nimrod den Ermordeten und Wiederauferstandenen dar. Der okkulte Gehalt Nimrods blieb immer derselbe.

10. Genauso wie Nimrod zu vielen Gottstiteln gelangte, erlangte auch Semiramis verschiedene Namen und Gesichter in allen Kulturen. Welche weiblichen Göttinnen in den verschiedenen Kulturen sind identisch mit Semiramis?

Ivo: Semiramis Name und Gestalt wandelte sich im Laufe der Geschichte folgendermaßen. In Babylon hieß sie zuerst Semiramis, die Königin des Himmels. Im späteren Babylon wurde sie zu Rhea oder Ishtar. Im Libanon hieß sie Ashtoreth, in Ägypten Isis oder Hathor, in Assyrien wurde sie zu Beltis, in Phönizien zu Astarte, in Griechenland nannte man sie Aphrodite, in Rom Cybele, Diana oder Marya.

Hier glaubt das Basis-Volk der Katholischen Kirche und auch alles nichteingeweihte Volk der Welt noch immer, diese Frau mit Kind im Arm wäre Maria die Mutter Jesu. Doch es ist Semiramis als Marya, die Göttin des Waldes. In Indien nennt man sie Isi oder Devaki, in China Hengo oder Ma-Tsoopo, in Mexiko Coattilcue, in Skandinavien Frigg, Freyda. Für die Filmkenner unter uns, das hat nichts mit Ricky Friday zu tun.

11. Tausende von Jahren vor der Geburt Jesu feierten Babylonier den 25. Dezember als den Geburtstag ihres Sonnengottes, sprich ihres Herrschers Nimrod. Semiramis, die Witwe Nimrods war seine Mutter. Sie behauptete, die Königin des Himmels zu sein. Wie hieß jener Sohn, den Semiramis an einem 25. Dezember geboren hatte - und was wurde aus ihm?

Ivo: Als dieser Sohn zur Welt kam, machte Semiramis die Menschen glaubend, die Strahlen der Sonne, sprich ihres Ehemannes, hätten dieses Kind gezeugt. Daher wurde er Dammuzi, Sohn des Sonnengottes genannt. Dieses Kind wurde zur dritten Person jener frei erfunden göttlichen Trinität. Als Tammuz über einem Holz getötet wurde, behauptete Semiramis, sein Blut hätte über Nacht einen grünen Baum heranwachsen lassen.

Dieser Baum wurde zu unserem berühmten Weihnachtsbaum zur Ehre des Tammuz. Dieser Baum-Obelisk hatte also noch nie etwas mit Jesus zu tun. Jesus wurde fernab des 25. Dezem-

bers geboren. In Babylon hieß dieser Sohn zuerst Dammuzi, er war der heidnische Messias. Im späteren Babylon Tammuz, in Israel und Libanon auch Tammuz, in Ägypten wurde er zu Osiris oder Horus. In Assyrien zu Herkules, in Phönizien zu Bacchus, in Griechenland zu Dionysus, in Rom zu Attis, in Indien zu Krishna, in China zu YI, in Mexiko zu Quetzalcoati, in Skandinavien zu Balder.

12. Im weltweiten Rückblick auf die Völkerentwicklung resümiert Offenbarung 18: " Babylon! Überdies waren deine aristokratischen Führer die Großhändler der Erde: Durch deine Zaubereien und Pharmazeutika sind alle Nationen verführt worden!"

Wie viel hat dieser endzeitliche Gerichtsspruch Gottes mit dem zu tun, was wir hier alles gesehen haben? Wer sind diese babylonischen Großhändler heute, die mit ihren Zaubereien alle Nationen verführen?

Ivo: Es sind die Okkult Freimaurer und sie zeigen ihre Symbole auch ganz offen. Ihre Tempel sind voll von satanischen Symbolen, innen wie außen.

Der Hochgrad-Satanist und Freimaurer Crowley brachte es mit Dreieck, Hut und Gesamtstellung auf den Punkt. Politische Satanisten spielen mit ihren Symbolen selbst bei Stadtplanungen oder in Reisepässen. Baphomet steht für das nihilistische Genderprogramm. Das meint Auflösung der Geschlechter. Mann, Frau, Bock, geflügeltes Wesen, alles in einer Person. Also Rückführung zur Sodomie, zur Transgeschlechtlichkeit und okkultem Sex. Die Muschel meint Semiramis als Meereshöttin. Auch als Venus, Aphrodite und vielerlei mehr bekannt. Sie war auch eine bewaffnete männermordende Schutzgöttin. Feministin. Eine Schutzgöttin der Huren. Ein Symbol zügellos befreiter Sexualität und Pornolust.

Das Luzifer Sonnensymbol ist weltweit allgegenwärtig. Ausgehend von Zentren wie etwa dem Weißen Haus oder dem Haus des Premiers in England, des Vatikans, der Jesuiten. Sie alle tragen das luziferische Sonnengott Zeichen Nimrods. Ihre Bündniskordel und ihr Netz bedeutet, verschworen alle Welt im babylonischen Netz zu fangen.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 28. Mai 2019 (x1.108/...):
>>**Arabische Sippen und Clans - archaische Elemente einer anti-freiheitlichen Kulturinvasion**

Die vorwiegend aus islamischen Ländern unaufhörlich grenzenlos einwandernden Menschen sind weitgehend kulturellen und religiösen Bindungen verhaftet, die durch archaische Strukturen blutsverwandter Gruppen sowie einer theokratischen Religion geprägt sind, denen der Einzelne völlig untergeordnet ist. Dies führt zu immer mehr sich abkapselnden Parallelgesellschaften, die der hier veranlagten demokratischen Ordnung, welche auf der Selbstbestimmung freier Individualitäten beruht, ablehnend und feindlich gegenüberstehen.

Die blutsverwandte Gruppe

Seit den 1960er Jahren bereits konnten Millionen von Menschen nach Deutschland einwandern, ohne daß dazu ein Einwanderungsgesetz der Volksvertretung als gesetzliche Grundlage existierte, das für eine Auswahl und verbindliche Integration gesorgt hätte - bis heute. Die tief sitzende völlig andersartige Prägung der orientalischen Menschen wird in der medialen Öffentlichkeit in der Regel nicht thematisiert. Ohne sie zu kennen, sind aber ihr Verhalten und das Entstehen von unter sich bleibenden, ja vielfach feindseligen, kriminellen Parallelgesellschaften nicht zu verstehen.

Der zentrale Punkt ist, daß sie im Gegensatz zur europäischen Menschheit seelisch noch sehr stark im Gruppenbewußtsein von blutsverwandten Gemeinschaften verankert sind. Familie und Sippe sind als Kollektive die bestimmenden sozialen Kräfte, in denen der Einzelne weitgehend eingebettet ist. Er empfindet sich in der Regel nicht als eine davon unabhängige, in sich selbst gegründete Ich-Persönlichkeit mit eigenen Lebensvorstellungen, sondern als ein Glied der Gemeinschaft, ohne die er nicht leben könnte, deren Zusammenhalt und Lebensregeln ihn mitumfassen und seine Lebenswege stark bestimmen.

Bei den überwiegend dem Islam angehörigen Immigranten verbindet sich die Stellung des in der Blutsgemeinschaft gebundenen, der Autorität des Sippen-Ältesten unterworfenen unselbständigen Menschen mit der Stellung des Allah völlig Ergebenen, Unterworfenen, der seinen Worten und Gesetzen unbedingten Gehorsam schuldig ist. Der Wille Allahs aber ist total und umfaßt alle Lebensbereiche, auch den politisch-rechtlichen. Das ganze Leben muß Abbild des religiösen Lebens des Islam sein.

Die abendländische Ich-Entwicklung

Demgegenüber kam es in Europa, bereits beginnend im antiken Griechenland, zu einem allmählichen Herauslösen des einzelnen Menschen aus der Gebundenheit an die Abstammungsgemeinschaft.

Auch die im Zuge der Völkerwanderung sich herausbildenden europäischen Völker lösten sich immer mehr aus dem vorher vorherrschenden blutsgebundenen Rassenzusammenhang heraus und nahmen immer wieder Teile anderer Völkerschaften in sich auf. Sie entwickelten sich zu seelischen oder Sprachgemeinschaften, in denen der Einzelne zwar in eine gemeinsame Seelenwelt eingetaucht, aber nicht von ihr zwingend abhängig ist und sich so als individueller Mensch von ihr innerlich auch emanzipieren und kulturelle Elemente anderer Völker in sich aufnehmen kann.

Der stärkste Impuls zur Emanzipation des Einzelmenschen aus den Blutsgemeinschaften ging vom Christentum aus. Christus sah es als an der Zeit an, das innerste geistige Wesen des Menschen, sein Ich, zu stärken und aus der Abhängigkeit der Blutsbande zu befreien. Die zentralste und radikalste Aufforderung dazu findet sich im Lukas-Evangelium Kap. 14, Vers 25-26: "Wenn jemand zu mir kommt und sich nicht frei machen kann von seinem Vater und seiner Mutter, von seinem Weibe und seinen Kindern, von Brüdern und Schwestern, ja sogar von seiner eigenen Seele, der kann nicht mein Jünger sein."

Damit ist sicher nicht gemeint, sich von seiner Familie zu trennen, sondern sich innerlich von der Bestimmung, die vom gemeinsamen Blut ausgeht, zu befreien. Ja, man soll sich auch von seinen Seelengewohnheiten, die ja bisher durch die Kräfte der Blutsgemeinschaft geprägt wurden, frei machen. Dann bleibt nur noch, sich auf sein innerstes geistiges Ich zu stellen und all sein Handeln aus der eigenen Erkenntnis selbst zu bestimmen. Daher sagte Christus auch: "Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen."

Damit war verbunden, daß sich auch die Beziehung des Menschen zum Göttlichen von dem Erleben loslöste, das aus dem Blut aufstieg, und unmittelbar Sache der sich emanzipierenden Seele und des Ich wurde. Sie ging, ebenso wie in der Sphäre des politisch-staatlichen Lebens, von der Gruppe auf jeden einzelnen Menschen über, unabhängig davon, welchem Verwandtschaftszusammenhang er noch angehörte.

Das Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft hat sich dadurch grundlegend geändert. Nicht mehr darf der Einzelne der Gemeinschaft untergeordnet sein, sondern umgekehrt ist die Gemeinschaft für den Einzelnen da und hat seiner Entwicklung zu Freiheit und Selbstbestimmung zu dienen.

Dieser tiefe christliche Ich-Impuls, der in den Idealen der Französischen Revolution von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit eruptiv und schlagwortartig zum Ausdruck kam, liegt als innere, gegen alle Widerstände gärende und treibende Kraft der ganzen geistigen und gesellschaftlichen Entwicklung der europäischen Völker und ihrer amerikanischen Ausgliederungen zugrunde. Und diese Entwicklung ist ja noch längst nicht abgeschlossen.

Die Dramatik der Situation

Der deutsche Islamwissenschaftler libanesischer Abstammung Ralph Ghadban beschreibt die Situation präzise: "Es geht im Grunde genommen um zwei unterschiedliche Zivilisationsmodelle: das westliche Modell, das auf dem autonomen, mündigen Individuum beruht, und das islamische Modell, das auf der Gruppe - sei es die Großfamilie oder der Megastamm der Mus-

lime, die Umma - basiert und die Autonomie und Mündigkeit des Individuums einschränkt. Die beiden Modelle sind inkompatibel, die Integration setzt die Befreiung des Individuums voraus; das bedeutet die Sprengung der Gruppe."

Auch der integrierte deutsch-ägyptische Politologe Hamed Abdel-Samad, als Sohn eines Imam islamischer Insider, stimmt damit völlig überein: "Integration kann aus meiner Sicht nur gelingen, wenn das Individuum sich vom Würgegriff des Kollektivs befreit und seinen eigenen Weg in die freie Gesellschaft beschreitet. Sie kann nur gelingen, wenn der Einzelne alle moralischen und gesellschaftlichen Mauern zwischen sich und der Gastgesellschaft eliminiert und sich ohne Wenn und Aber mit seiner neuen Heimat und deren Werten identifiziert. Geschieht dies nicht, findet keine Integration statt, selbst wenn uns das manche Studie glauben machen will."

Er hat selbst realisiert, was er an radikalen Integrationsschritten fordert, und schreibt: "Ich habe gelernt, mich von allen Bindungen zu lösen, die mein Weltbild oder meine Meinung hätten beeinflussen können. ... Heute lebe ich unter ständigem Polizeischutz. ... Ich war noch nie unfreier in meiner Bewegung als heute, aber ich war noch nie freier im Geiste als jetzt. ... Ich hasse niemanden und beabsichtige nicht, irgendjemanden zu kränken, doch ich stehe zu meiner Meinung, egal zu welchem Preis. Ich repräsentiere bestenfalls nur mich selbst. ... Ich selbst definiere meine Identität in erster Linie über die simple Tatsache, daß ich ein Mensch bin. Ein Mensch, der mit der Mehrheit der Erdbewohner die gleichen universellen Werte teilt. ... Ich brauche keine Gruppe oder Gemeinschaft, die mir bestätigt, daß ich recht habe."

Diese Integration findet nur bei wenigen statt und bei ihnen auch nur, weil sie es selbst gegen alle inneren und äußeren Widerstände wirklich wollen. Die große Masse bleibt in ihren angestammten Prägungen und wird von der deutschen Regierung und Verwaltung letztlich sich selbst überlassen.

Alle Integrationsprogramme bleiben an der Oberfläche und können allein schon wegen der bewußt zugelassenen Grenzenlosigkeit nicht gelingen. Sie täuschen etwas vor, was von der politischen Kaste überhaupt nicht gewollt wird, da sie als Erfüllungsgehilfen der UNO- und EU-Pläne daran arbeiten, die kulturelle Identität des deutschen Volkes zu zerstören.

Es geht um die Existenz und Zukunft der Entwicklung zur freien, sich selbst bestimmenden Individualität, für die in Europa seit zweieinhalb Jahrtausenden gedacht, gerungen und gekämpft wird. Es sind welthistorische menscheitsverbrecherische Vorgänge ungeheuren Ausmaßes, die hinter oberflächlichem Gerede stattfinden.

Ralph Ghadban weist daraufhin: "In der islamischen Welt hat sich das Individuum von der Großfamilie und der Gemeinschaft aller Muslime, der sogenannten Umma, nicht befreien können. Diese Gruppenorganisation ist von der Religion mit ihrer Scharia zementiert worden. Fast überall in der islamischen Welt regelt die Scharia das Familien- und Erbrecht und verfestigt die patriarchalischen Verhältnisse der Großfamilie. Es gilt für Muslime die im Koran vorgeschriebene Distanzierung von den 'Ungläubigen' wie bei den Traditionalisten, bis zur Gewaltanwendung gegen "Ungläubige " bei den Dschihadisten.

Mit diesem kulturellen Hintergrund sind die Muslime in den Westen eingewandert. Die Hoffnung (des Westens) auf Modernisierung ihrer Kultur und Religion wurde enttäuscht, ein moderner Islam existiert bis heute nicht. Statt dessen sind die islamischen Parallelgesellschaften entstanden, ... weil sie eine globale, alternative und zugleich ausschließende Kultur haben. Ihre starre Kultur bekämpft alle Fremdeinflüsse und erlaubt kein gleichberechtigtes Zusammenleben mit Nichtmuslimen, sie sind überzeugt von der Überlegenheit ihrer Religion, dem Herrschaftsanspruch ihrer Gemeinschaft und können im besten Fall die 'Ungläubigen' nur dulden."

Diese gigantische Konfrontation wird von der Ideologie des Multikulturalismus unterstützt, die maßgeblich eine Integration verhindert. An deren Spitze steht neben den Grünen, im

Gleichschritt mit der sozialistischen Internationale, die SPD, die Deutschland in ein neutrales Siedlungsgebiet von Menschen unterschiedlichster Kulturen verwandeln will, wo das deutsche Volk mit seiner Kultur nicht mehr Herr im Hause ist, sondern nur Teil einer Vielfalt von religiösen und kulturellen Lebensformen, in der es schließlich absehbar als Minderheit überstimmt und verdrängt werden wird.

Ralph Ghadban: "Diese Zersplitterung der Gesellschaft wird zudem von der multikulturalistischen Ideologie unterstützt, die die Kulturen bedingungslos respektiert. Nicht mehr die Würde des Menschen, sondern die Würde der Kultur beziehungsweise der Religion wird verteidigt. Bei den muslimischen Bürgern wird vor allem ihre religiöse Identität geschützt und das Grundgesetz somit auf die positive Religionsfreiheit - also auf das Recht, eine religiöse oder weltanschauliche Handlung auszuführen - reduziert.

Die Tatsache hingegen, daß der organisierte Islam die Menschenrechte ausschließlich im Rahmen der Scharia anerkennt, wird ausgeklammert. Multikulti und die falschen Debatten lenken von einem entscheidenden konstitutiven Element ab, das die Existenz der Parallelgesellschaft überhaupt erst ermöglicht hat: die islamische Großfamilie."

Die Ideologen des Multikulturalismus projizieren in die homogenen Völker und ihre Kulturen einen Rassismus hinein, der andere diskriminiere. Es ist die übliche Verleumdung des Patriotismus als angeblichen Nationalismus, die nichts miteinander zu tun haben. Die Liebe zur eigenen Kultur schließt die Wertschätzung aller positiven Elemente anderer Kulturen nicht aus. Aber Menschen mit völlig gegensätzlichen, den eigenen Werten und Idealen feindlich gesonnenen kulturellen und religiösen Prägungen aufzunehmen, die eine Integration ablehnen, bedeutet kulturellen Selbstmord.

Die "Multikulti-Ideologie ... stellt die größte Bedrohung unserer Rechtsordnung dar und untergräbt systematisch unser Wertesystem. ... Der Hauptgrund dafür, meine ich, ist vor allem die political correctness, die das Handeln vieler hemmt oder, als Ausdruck von Überzeugung, sogar verhindert.

Das gilt auch für die Politik als letzte und höchste Instanz, sie trägt die volle Verantwortung für die gescheiterte Integration, die sie durch ihre Multikulti-Einstellung verhindert hat. Die Politiker aber haben schließlich wir, die Bürger, gewählt."

Die Parallelgesellschaften

Nach Einschätzung des syrisch-stämmigen Politologen Bassam Tibi, emeritierter Professor der Uni Göttingen, "sind zehn Prozent der Muslime in Deutschland beruflich und gesellschaftlich eingegliedert. Neunzig Prozent leben in Parallelgesellschaften. Die meisten möchten auch gar nicht dazugehören. In Berlin gibt es libanesische, türkische und kurdische Parallelgesellschaften. In Cottbus gibt es schon eine syrische Parallelgesellschaft."

Die Migrantenviertel der Großstädte, die teilweise unzugängliche "No-go-Areas" bilden, sind nur besondere Konzentrationen der sonst mehr verstreut wohnenden Parallelgesellschaften.

"Die Leute, die hierherkommen, werden nicht integriert. Ich habe als Berater mit Verwaltungsleuten über Integration geredet und war erstaunt. Mit Integration meinen sie: Registrierung, Alimentierung, häusliche Unterbringung, bestenfalls Sprachkurse. Integration heißt aber, daß man eine Bürgeridentität annimmt. Zu einer Heimat gehört Identität. Wenn dieser Faktor ausgeschlossen wird, bleibt nichts. Da steckt aber das deutsche Problem: Es gibt kein Identitätsangebot. ...

Ich habe mit libanesischen und türkischen Jungs geredet, die in dritter Generation in Deutschland sind. Sie sprechen fließend Ausländerdeutsch, besser als Türkisch und Arabisch. Aber sie sind nicht integriert, weil sie das Wertesystem nicht anerkennen."

Hamed Abdel-Samad schildert aus seinen Studien in Paris, Marseille, Brüssel, Amsterdam, Aarhus, Kopenhagen, Malmö, Bonn und Berlin:

"Überall in diesen Zonen trifft man auf die gleichen Phänomene: abgeschottete Communitys,

die ihre Mitglieder, besonders die Frauen, streng überwachen und mit Skepsis und Verbitte- rung auf die Mehrheitsgesellschaft blicken. Überall hört man von den gleichen Problemen: soziales Elend, Zunahme von Kriminalität, Gewalt und Schießereien, Drogenkonsum und Ar- beitslosigkeit. Überall sieht man verschleierte Frauen, die Angst haben, fotografiert zu wer- den, und große Gruppen junger Männer, die herumhängen."

"No-go-Areas ... funktionieren nach dem gleichen Prinzip. Das Kollektiv bestimmt, wie sich die Individuen zu verhalten haben. ... Überall dort, wo das Kollektiv das Sagen hat, gibt es keine Freiheit. Und da, wo die Freiheit fehlt, gibt es keine Integration."

Die Clans

Nach Ralph Ghadban unterscheidet sich der Clan von der klassischen Großfamilie, aus der er herauswächst, dadurch, daß er eine stärkere interne Solidarität aufweist und sich, insbesondere bei der ethnischen Gruppe der Mhallamiya, mit der Blutrache von der Außenwelt abgrenzt. Bei entsprechender Intensität des Stolzes auf die Überlegenheit des Islam steigt daraus eine besonders große Verachtung der Deutschen und ihrer Werte auf, aus der sich die Clankrimina- lität entwickelt.

"Sie haben gemerkt, daß in unserer offenen, toleranten Gesellschaft die Menschen als Indivi- duen und autonome mündige Bürger, die das Gewaltmonopol des Staates respektieren, ihnen als aggressiv auftretende Gruppe ausgeliefert sind. Deshalb haben sie die Gruppensolidarität des Clans weiterentwickelt und verfestigt und damit seine Funktion geändert. Während der Clan in der Heimat dem Schutz der Gruppe diente, hat er sich heute in Deutschland zu einer kriminellen Organisation entwickelt."

Clans können mehrere Hunderte bis Tausende von Mitgliedern umfassen. Sie spezialisierten sich auf Raubüberfälle, Drogenhandel, Schutzgelder, Prostitution: Überall, wo es etwas zu holen gibt, sind sie vertreten. "In den letzten Jahren floriert für die Clans jedoch die Geldwä- sche. Deshalb investieren sie in Restaurants, Shisha-Bars, Bäckereien und Immobilien."

"Bei der klassischen organisierten Kriminalität finden sich Menschen sozusagen freiwillig zusammen und begehen Verbrechen. In den Clan wird man hineingeboren und hat keine ande- re Wahl, das mitzumachen. Das bedeutet nicht, daß alle Clan-Mitglieder kriminell sind, aber durch die Verwandtschaft und die Clan-Solidarität sind sie gezwungen oder werden gezwun- gen, über die Untaten zu schweigen. So kommt es zu einer Art Zwangsgemeinschaft und Schweigekartellen. ...

Diese Strukturen sind viel schwieriger zu durchschauen und aufzubrechen. Die Polizei kann sie auch nicht unterwandern, wie es in anderen kriminellen Milieus möglich ist. Außerdem beschert der Profit Wohlstand für den ganzen Clan und sorgt so weiter für Zusammenhalt. Die Stärke des Clans ist auch das Mobilisierungspotential. Schnell können Brüder und Cousins als Mitstreiter rekrutiert werden. Nie hat man es nur mit einem Gegenüber zu tun. Derartiger Zu- sammenhalt ist inzwischen ganz untypisch für die stärker individualisierte Gesellschaft des Westens. Das macht auch Gerichtsprozesse schwierig und legt manche Verhandlung regel- recht lahm."

... Man kann ahnen, was noch auf uns zukommt. ...

Zur quantitativen Verbreitung sagt Ralph Ghadban: "Wenn wir von Clans in Deutschland sprechen, reden wir in den meisten Fällen von den libanesisch-kurdischen Clans, insbesondere den Mhallami-Kurden, die aus halbnomadischem Ursprung ein besonders großes Zusammen- gehörigkeitsgefühl haben. ...

Nach Einschätzung des Bundeskriminalamtes umfaßt diese Gruppe etwa 200.000 Personen. Hinzu kommen in letzter Zeit etwa Clans aus Tschetschenien, Albanien, Kosovo, auch jesidi- sche Clans, die ähnlich organisiert und teilweise auch als Clan kriminell aktiv sind."

Und Hamed Abdel-Samad schreibt: "Allein in Berlin herrschen zwanzig Clans mit 9.000 Mit- gliedern über fünf Stadtviertel. Früher machten sie Geld durch Drogenhandel, Schutzgelder-

pressung und Zuhälterei, jetzt betreiben sie Geldwäsche durch Immobiliengeschäfte. ... Über Drittmänner kauften sie etwa in Berlin Immobilien, die sie dann der Stadt für teures Geld als Unterkünfte für Flüchtlinge anboten. Auch in Sicherheitsfirmen haben sie schon lange ihre Finger drin. ... Altbekannt ... ist die Tatsache, daß diese Clans häufig die sogenannten Friedensrichter stellen, die vermeintlich nur innermuslimische Streitereien schlichten und nach Scharia-Regeln lösen. Tatsächlich vereiteln diese selbst ernannten Richter polizeiliche Ermittlungen und decken die kriminellen Machenschaften der Clans."

Als erstes Bundesland hat jetzt, wie Epoch Times berichtet, "Nordrhein-Westfalen ein Lagebild zur Clankriminalität vorgelegt, wonach im bevölkerungsreichsten Bundesland 6.449 Tatverdächtige aus 104 Clans binnen drei Jahren 14.225 Straftaten begingen. Laut der am Dienstag in Düsseldorf vorgestellten Analyse des Landeskriminalamts (LKA) NRW waren mehr als ein Drittel dieser von 2016 bis 2018 registrierten Taten sogenannte Roheitsdelikte wie Bedrohung, Nötigung, Raub und gefährliche Körperverletzung.

'Wir haben es hier eben nicht mit Eierdieben und Tabakschmugglern zu tun. ... Clankriminalität ist keine Kleinkriminalität - wir reden von schweren Verbrechen bis hin zu Tötungsdelikten', erklärte Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU)."

Mitglieder der Clans fühlen sich mitunter so sicher, daß sie zunehmend ermittelnde Polizisten durch Warnungen und Drohbotschaften einzuschüchtern versuchen. Clans bedrohen auch Zeugen, um sie von belastenden Aussagen abzuhalten, und sogar die Justiz. "Ein Berliner Staatsanwalt stand deshalb unter Personenschutz und konnte sich außerhalb seiner Wohnung nicht mehr frei bewegen."

Auch vor der Bedrohung von Richtern scheuen sie nicht zurück, wie Ralph Ghadban in seinem Buch "Arabische Clans - Die unterschätzte Gefahr" schildert, was Focus in einem Artikel aufgreift: "Nach dem Urteil im "Ampelmord-Prozeß" (2012) haben die Angehörigen des Verurteilten im Landgericht Hildesheim randaliert, sie beschimpften und bedrohten den Vorsitzenden Richter, der mit großem Polizeiaufgebot aus dem Gebäude gebracht werden mußte. Weil sich die Situation auch vor dem Justizgebäude nicht beruhigte, rückte sogar eine Polizeihundertschaft an."

"Wer die Wahrheit sagt, braucht ein schnelles Pferd", sagt ein chinesisches Sprichwort. Wer konnte noch vor Jahrzehnten ahnen, daß es bald auch bei uns Realität werden würde? Ralph Ghadban versucht mit seinem Buch und in Interviews, die Politiker und die schlafende Mehrheit der Deutschen aufzuwecken für die großen Gefahren, die sich im Land entwickeln.

Das Aufzeigen der Zusammenhänge und die Warnung vor dem, was da heranrollt, können den Clans natürlich nicht gefallen. So konnte es nicht ausbleiben, daß sich ihr Fokus auch auf ihn richtet. Rund 80 Haßbotschaften haben ihn inzwischen erreicht, z. T. mit "mehr oder minder unverhüllten Morddrohungen". Darunter war die Aufforderung: "Überall, wo ihr ihn findet, seid mit ihm gnadenlos."

Gezielte Konfrontation

Kürzlich warnten, wie Epoch Times berichtete, Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen vor einer wachsenden Einflußnahme islamistischer Bewegungen:

"Er habe in seiner früheren Funktion immer wieder den Eindruck gewonnen, daß die Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter nicht mit 'der notwendigen Sensibilität' aufgenommen worden seien. Sowohl in Deutschland als auch in Europa würden extremistische Bestrebungen unterschätzt, sagte Maaßen. Es handle sich um 'eine schleichende Entwicklung, ein Gift', mahnte er mit Bezug nicht nur auf Islamismus."

Dabei treten innerhalb der islamistischen Bewegungen ja die arabischen Clans ganz offen auf, und es gibt auch außerhalb des Verfassungsschutzamtes genug Warner. Die Erkenntnisse des Amtes werden von der Politik ebenso wie diejenigen der Islamwissenschaftler nicht nur "nicht mit der notwendigen Sensibilität aufgenommen", sie werden ganz offensichtlich bewußt igno-

riert. Man läßt die Entwicklung, die man durch die unkontrollierte Grenzöffnung gezielt herbeigeführt hat, bewußt laufen. Das ist das Ungeheuerliche, das sich die meisten Menschen in Deutschland nicht klarmachen, weil es so unglaublich ist.

Maaßen beklagte auch, ebenso wie bereits Ralph Ghadban und andere Islamwissenschaftler, "daß staatliche Stellen im Kampf gegen radikalen Islamismus kein Gegenüber auf Seiten moderater oder säkularer Muslime fänden. 'Es gibt nicht diese Ansprechpartner in Deutschland - Es gibt zu viele Ansprechpartner in Deutschland', sagte Maaßen mit Blick auf die Vielzahl muslimischer Verbände. 'Es fiel uns damals ausgesprochen schwer, der Politik muslimische Organisationen zu benennen, die nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden'.

Es funktioniere nach seiner Erfahrung nicht, Radikalisierung mit Hilfe von Extremisten einzudämmen, sagte Maaßen. 'Ich bin immer wieder gegen eine Betonwand gelaufen', sagte er zu Gesprächen mit Vertretern der Muslimbruderschaft, die die Errichtung eines Staates mit islamischen Werten anstrebt und vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Die andere Seite habe stets zunächst über Islamfeindlichkeit sprechen wollen."

Maaßen kritisierte, "in Deutschland habe man noch nicht begriffen, daß man mit dem Islam nicht umgehen könne wie mit christlichen Kirchen ... Auf einer Auslandsreise als Verfassungsschutzchef habe ihn ein Kollege aus dem arabischen Raum verständnislos gefragt, ob er sich denn nicht die Freitagsgebete der Moscheen zur Billigung vorlegen lasse. Das könne natürlich keine Lösung sein. ...

'Die bringen ihre Denke mit nach Deutschland, wissen aber, daß sie in Deutschland im Grunde genommen all das machen dürfen, was sie in den arabischen Staaten dort nicht machen dürfen', warnte Maaßen mit Blick auf Islamisten. 'Wir müssen das einfach im Kopf behalten, daß ... in den muslimischen Staaten man ganz anders damit umgeht, und daß sie im Grunde genommen hier ein Wild West für sich haben'.

Er beklagte auch, zum Teil erhaltenen Vereinigungen staatliche Fördergelder, vor denen der Inlandsgeheimdienst ausdrücklich warne."

Aus alledem geht doch hervor, daß die islamistischen Bewegungen und ihr Kampf gegen die mitteleuropäische freiheitliche Kultur offensichtlich von den deutschen Politikern gewollt werden.

Die Beweise dafür reichen von der fortdauernden unkontrollierten Masseneinwanderung, dem UN-Migrationspakt und die Verleumdung derjenigen, die dagegen protestieren, über die vielfältigen Behauptungen "Der Islam gehört zu Deutschland" und Merkels Lüge: "Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt", bis zu dem, was in diesem Artikel beschrieben wird.

Wann wachen die medial eingelullten Urnengänger endlich auf und realisieren, von welchen Typen sie eigentlich beherrscht und in die Zerstörung geführt werden?! Wer hätte gedacht, daß die bisher schon partiell verwendeten Begriffe von "Volksverrätern" und "Volkszertretern" einmal eine solche Dimension erhalten würden.<<

Der deutsche Unternehmer Sven von Storch berichtete am 31. Mai 2019 in der Internet- und Blogzeitung "Die Freie Welt": >>**Mainstream-Medien und NGOs puschen die Grünen**

Liebe Leser!

Die Grünen werden gezielt aufgebaut, um EU-Zentralismus, Klima-Hysterie, Gender-Politik und Multikulturalismus durchzusetzen.

Die großen Mainstream-Medien und NGOs versuchen mit aller Kraft, ihre kulturmarxistische Agenda durchzusetzen. In Deutschland werden besonders die Grünen gepuscht, um Diesel-Fahrverbote, CO2-Steuer, Gender-Politik, Quotenregelungen, Abtreibung, Auflösung der Familien, EU-Zentralismus, Masseneinwanderung und Multikulturalismus durchzusetzen. Die Klima-Hysterie um Greta Thunberg und die YouTube-Attacken haben gezeigt, wie raffiniert PR-strategisch die Pseudo-Öko-Globalisten und EU-Lobbyisten vorgehen.

Doch unsere erfolgreiche Aufklärungsarbeit über die alternativen Medien und sozialen Netz-

werke zeigt, daß es auch in die andere Richtung geht. Und das ist jetzt nötiger denn je, bevor die Grünen das Ruder übernehmen und mit der rückgratlosen Union eine Koalition schaffen, die Deutschland ins Abseits führt.

Matteo Salvini in Italien, Viktor Orbán in Ungarn und Nigel Farage in Großbritannien zeigen, wie man auch gegen die Massen- und Mainstream-Medien, gegen globalistische NGOs und EU-Lobbyisten erfolgreich Politik machen kann, um den Wahnsinn zu stoppen.

In Ungarn konnten die patriotischen und EU-kritischen Kräfte den deutlichsten Wahlerfolg erkämpfen. Trotz des internationalen Medienkrieges konnte die Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán einen grandiosen Sieg erringen. Mit mehr als 56 Prozent der Stimmen hat sie ein Ergebnis eingefahren, von dem die CDU/CSU in Deutschland nur träumen kann: Die Ungarn stärken ihrem Viktor Orbán den Rücken.

Grandios ist auch das Ergebnis, daß der EU-Kritiker und Vater des Brexit, Nigel Farage, einfahren konnte. Seine gerade erst frisch gegründete Brexit-Partei hat über 31 Prozent der Stimmen geholt. Die Konservativen von Theresa May sind auf rund 8 Prozent abgerutscht. Damit haben die Briten nochmals deutlich unterstrichen, daß sie für den Brexit sind: Brexit-Partei: Nigel Farage ist strahlender Sieger.

In Italien konnte Matteo Salvini mit seiner Lega punkten. Die Partei kam auf Platz 1 in seinem Land. Im neuen EU-Parlament wären die Lega und die Brexit-Partei die stärksten Parteien. Das ist ein deutliches Signal für Brüssel: Lega und Brexit-Partei stärkste Parteien im neuen Parlament. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 5. Juni 2019 (x1.000/...):

>>**70 Jahre Kriegsende: Opferzahlen und vertuschte Kriegsverbrechen**

Zum Gedenken an den D-Day vor 75 Jahren fand am 05.06.2019 ein großer Festakt im britischen Portsmouth statt. Kla.TV nimmt dies zum Anlaß, die Opferzahlen sowie vertuschte Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges noch einmal näher zu beleuchten.

Anläßlich des heutigen Festaktes im britischen Portsmouth zum Gedenken an den D-Day vor 75 Jahren, strahlen wir heute die folgende Archivsendung aus: "70 Jahre Kriegsende: Opferzahlen und vertuschte Kriegsverbrechen".

"Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang gefunden hat in die Geschichtsbücher der Besiegten und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden."

Ob sich dieses Zitat des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann (1889-1974) in den letzten 70 Jahren bewahrheitet hat, möge jeder kritische Zuschauer selbst beurteilen. Und damit begrüße ich Sie verehrte Damen und Herren zu unserer neuen Sendereihe: "70 Jahre Kriegsende". Tatsache ist, daß mit dem Kriegsende nach der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 der Krieg für Millionen von Menschen noch nicht zu Ende war. Dies betraf weite Teile der Zivilbevölkerung, von denen sich unzählige auf der Flucht befanden, aber auch Millionen von Soldaten in Kriegsgefangenschaft.

Diese Sendereihe in den folgenden Tagen ruft in Erinnerung, daß jeder in Gang gebrachte Krieg seine Opfer im einfachen Volk fordert: Menschen die tagtäglich ihren Pflichten nach gehen und um ein harmonisches Leben bemüht sind, werden durch gezielte Kriegspropaganda zu Ausführenden gemacht und sind letztendlich auch die Leidtragenden. Hinterher schreiben dann die Siegermächte ihre Version der Geschichte und lassen sich als Befreier feiern. Ob wir aus unserer Geschichte gelernt haben? Vielleicht lassen unsere "Befreier" von damals und NATO-Partner von heute schon morgen einen Marschbefehl gegen Rußland erschallen ...

Doch nun werfen wir einen Blick in die Vergangenheit! Und zwar auf die Kriegs-Opferzahlen, im Wandel der Zeit. Anfang 1945 befanden sich offiziell 630.000 Einwohner und hunderttausende Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten in Dresden. Nach den Bombenangriffen zwischen dem 13. Februar und dem 17. April 1945 vermeldete die reichsdeut-

sche Verwaltung 253.000 Tote. Danach seien noch zehntausende Leichen geborgen worden. Zwischen 1992 und 1994 gab die Dresdener Stadtverwaltung bekannt, daß eine Opferzahl von 250.000 bis 300.000 Toten realistisch sei.

Die Ausstellung "Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit" im Jahr 1995 beziffert die Verluste aufgrund aller Luftangriffe auf Dresden zwischen Februar und April 1945 hingegen nur noch auf etwa 25.000 Menschen. Auch eine Historiker-Kommission, die von der Dresdener Stadtverwaltung beauftragt wurde, hatte sich 2010 in ihrer Abschlusserklärung endgültig auf 25.000 Luftkriegstote "geeignet". Die Online-Enzyklopädie Wikipedia übernahm schließlich die Nennung dieser Kommission und reduzierte sie nochmals etwas nach unten auf 22.700 bis 25.000 Opfer.

Der letzte DDR-Oberbürgermeister von Dresden, Wolfgang Berghofer, hatte noch bestätigt, daß lediglich 35.000 Bombenopfer eindeutig identifiziert werden konnten, während die Anzahl der nicht identifizierten Toten unbekannt sei. Tatsache ist also: Wir kennen die genaue Zahl der Opfer nicht. Als sicher erscheint nur, daß die Verursacher des angloamerikanischen Bombenmassakers an einer historischen Dokumentation hoher Opferzahlen nicht interessiert waren. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung der Opferzahlen nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima.

Auch hier ist das "Phänomen" der sich rückläufig entwickelnden Opferzahlen im Vergleich von verschiedenen Lexikon-Ausgaben erkennbar: Das dtv-Lexikon von 1967 beziffert insgesamt 423.000 Tote. Das moderne Lexikon/Verlag Bertelsmann von 1984 erwähnt 280.000 Bombenopfer samt Spätfolgen - und laut Wikipedia (Stand 2000) starben bei dem Abwurf, samt Spätfolgen, bis 1946 schließlich nur noch 90.000 bis 166.000 Menschen.

Die Kriegsverbrechen, die Deutschland im Zweiten Weltkrieg vor allem an den Juden beging, sind weithin bekannt und gelten als unentschuldig. Viele Kriegsverbrechen jedoch, welche an der deutschen Bevölkerung durchgeführt wurden und Zahlen über Deutsche, die infolge des 2. Weltkrieges ihr Leben lassen mußten, werden bis heute verschwiegen. Hier einige Beispiele:

Wenig bekannt, ist die Tatsache, daß allein durch gezielte Luftangriffe der Alliierten auf deutsche Wohngebiete 800.000 deutsche Zivilisten getötet wurden. Außerdem wird bis heute in der Geschichtsschreibung die gewaltsame Vertreibung von 17 Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat weitgehend vertuscht. Zu diesen Vertreibungen sagte Winston Churchill im englischen Parlament am 15.12.1944 folgendes:

"Die nach unserem Ermessen befriedigendste und dauerhafteste Methode ist die Vertreibung. Sie wird die Vermischung von Bevölkerungen abschaffen, die zu endlosen Schwierigkeiten führt ... Man wird reinen Tisch machen. Mich beunruhigen diese großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können."

Was Churchill wohl mit modernen Verhältnissen meinte ...

Schauen wir aber weiter, welche Kriegsverbrechen noch in unseren Geschichtsbüchern vertuscht werden. Nach Kriegsende mußten infolge der alliierten Nachkriegspolitik mindestens 9,3 Millionen Deutsche unnötigerweise ihr Leben lassen, davon zwei Millionen deutsche Kriegsgefangene in sowjetischen Lagern und über eine Million in den Rheinwiesenlagern der amerikanischen "Befreier".

Der amerikanisch besetzte Teil Deutschlands glich nach Ende des 2. Weltkrieges einem riesigen Gefangenenlager. Millionen Männer wurden auf dem freien Feld in selbst gegrabenen Höhlen hinter Stacheldrahtzäunen gefangen gehalten.

Bereits einen Tag nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, am 9. Mai 1945, gab der verantwortliche General und spätere US-Präsident Dwight D. Eisenhower den Befehl, daß die Gefangenen kein Essen von der Bevölkerung erhalten durften. Und dies, obwohl sie am Verhungern waren. Auch drei Zugladungen Nahrungsmittel des Roten Kreuzes aus Frankreich

und Belgien mußten wieder umkehren. Auf diese Weise wurden ca. eine Million deutsche Kriegsgefangene systematisch vernichtet.

Dies alles blieb 44 Jahre lang verborgen, bis 1989 das Buch eines Kanadiers "Other losses" (Die anderen Verluste) die Greuelthaten öffentlich machte.

Allerdings verschwand dieses Buch durch starke Negativkritik in der New York Times und anderen Zeitungen schnell in der Versenkung. Auch ins Internet gestellte Filmdokumentationen zu den sogenannten Rheinwiesenlagern werden bis heute immer wieder gelöscht, meist aus "urheberrechtlichen Gründen".

Es stellt dich darum die Frage: Warum wird versucht, diese Greuelthaten zu vertuschen? Wieso informiert uns niemand darüber, was nach 1945 geschehen ist?

Eine mögliche Antwort ist folgende: Einer der größten Medienkonzerne der Welt, die amerikanische NBC Universal Inc. ist Marktführer in Sachen meinungsbildende Geschichtsliteratur im deutschsprachigen Raum und zudem Besitzer des Historik-Fernsehsenders History. Auch ZDF-History unterhält eine Kooperation mit dem amerikanischen Sender. Mit anderen Worten könnte man sagen: Die Befreier bzw. die Besatzer Deutschlands diktieren den Deutschen, was sie über ihre Geschichte wissen und nicht wissen dürfen.

Meine Damen und Herren, nach diesen Fakten können Sie sich nun selbst ein Bild machen, ob sich das anfangs gehörte Zitat des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann in den letzten 70 Jahren bewahrheitet hat oder nicht. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 13. Juni 2019 (x1.000/...):
>>Warum in Deutschland die Frage nach Beendigung der Rußland-Sanktionen nicht gestellt werden darf?

... Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer löste durch ein Treffen mit Rußlands Präsident Wladimir Putin am Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg, eine teils heftige Debatte aus. Kretschmer warb dort am vergangenen Freitag, dem 07.06.2019, für das Ende der Rußland-Sanktionen. Zudem lud er Putin nach Sachsen ein. Zwischen Sachsen und Rußland bestehen seit der DDR-Zeit enge Beziehungen, vor allem auch in der Wirtschaft. Durch die Sanktionen brachen die einst boomenden Wirtschaftsbeziehungen extrem ein. Auf Äußerungen Michael Kretschmers, es gäbe im Osten durchaus eine eigene Meinung in der Sanktionsfrage, erntete er teils heftige Kritik.

Wieso ist ausgerechnet die Beziehung zu Rußland solch ein Reizthema? Sehen Sie im Anschluß eine Archivsendung von Kla.TV, die aufzeigt, weshalb dieses Feindbild zwischen Rußland und Deutschland kein Zufall ist und wer ein Interesse daran hat, es um jeden Preis aufrecht zu erhalten.

Archivsendung, 21.03.2015: DIE DEUTSCHE FRAGE

Nur auf eine Bedrohung hätten die US-Amerikaner keine Antwort parat. Friedman spricht ein mögliches deutsch-russisches Bündnis an. "Wenn deutsches Kapital und deutsche Technologie mit russischer Arbeitskraft und russischen Ressourcen kooperiert, wäre das eine existentielle Bedrohung für die USA" so Friedman. Jedoch sei die Position Deutschlands unbestimmt und damit das größte Problem.

"Die deutsche Frage" veranschaulicht nach George Friedman "Die Deutschen haben ein sehr komplexes Verhältnis zu den Russen" behauptet er. Diese Unbekannte nennt er die "Deutsche Frage". Diese bestehe bereits seit 1871 und sei bis heute das größte Problem der USA. Deswegen würden US-Regierungen seit einem Jahrhundert versuchen, ein solches "deutsch-russisches Bündnis zu verhindern".

Hören und sehen Sie gleich im Anschluß noch mehr über den Sicherheitsgürtel rund um Rußland, über die USA, wie sie alle Ozeane der Welt kontrollieren und darüber, wie sie strategisch stets beide Kriegsseiten unterstützen, wenn es Ihnen persönlich nützt. Vernehmen Sie auch mehr zur deutschen Frage. Wer diesen roten Faden kennt, wird künftig auch alle weite-

ren Ereignisse in der Welt mühelos einordnen können.

Der Moderator des *THE CHICAGO COUNCIL ON GLOBAL AFFAIRS: Mein Name ist Nick Brand, und ich bin der Direktor der gemeinsamen Programme bei "The Chicago Council on Global Affairs". Danke Ihnen, daß Sie gekommen sind. Ich nutze diese Möglichkeit für die Begrüßung von George Friedman hier bei "The Chicago Council". Ich denke, er ist zum ersten Mal hier. Danke, daß Sie bei uns sind.*

George Friedman: Kein Ort kann auf Dauer friedlich bleiben. Auch die USA nicht. Ich meine, wir (USA) werden von Kriegen begleitet. Europa wird - wie ich vermute - zwar nicht zu den großen Kriegen zurückkehren, aber es wird wieder zum menschlichen Normalfall zurückkehren: Es wird seine Kriege haben, seine Friedenszeiten und es wird seine Leben verlieren. Es wird keine 100 Millionen Tote geben, wie im letzten Krieg, aber die Idee von der europäischen Auserwähltheit - wie ich denke - wird dazu beitragen.

Es wird Konflikte in Europa geben, es gab schon Konflikte in Jugoslawien und jetzt auch in der Ukraine. Europas Beziehungen zu den Vereinigten Staaten - wir haben keine Beziehungen mit "Europa". Wir haben Beziehungen mit Rumänien, wir haben Beziehungen mit Frankreich, aber es gibt kein "Europa", mit dem die USA Beziehungen hätte.

Moderator N. Brand: Bitte der Herr dort. Frage aus Publikum: Ist der islamistische Extremismus die Hauptbedrohung für die Vereinigten Staaten, und wird er absterben oder wird er auch weiterhin fortbestehen?

George Friedman: Er ist ein Problem für die Vereinigten Staaten, aber keine existentielle Bedrohung. Man muß sich damit angemessen befassen. Wir haben andere außenpolitische Interessen. Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Weil vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. Wenn Sie ein Ukrainer sind, werden Sie Ausschau danach halten, wer Ihnen als Einziger helfen kann. Und das sind die Vereinigten Staaten.

Letzte Woche oder vor etwa 10 Tagen war der Oberbefehlshaber der amerikanischen Bodentruppen, General Ben Hodges, in Europa zu Besuch in der Ukraine. Er kündigte dort an, daß die US-Militärberater in die Ukraine offiziell kommen sollen. Eigentlich hat er dort die Medaillen an die ukrainischen Kämpfer verteilt, was das militärische US-Protokoll verbietet, daß die Medaillen an Ausländer verliehen werden. Doch er tat das, weil er zeigen wollte, daß die ukrainische Armee seine Armee ist. Dann ging er. Und die Vereinigten Staaten liefern den baltischen Staaten Waffen, Artillerie und andere Militärausrüstung - den baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Bulgarien - das ist ein sehr interessanter Punkt.

Gestern haben die Vereinigten Staaten angekündigt, daß sie vorhaben, Waffen in die Ukraine zu liefern. Das wurde dementiert, aber sie tun das; die Waffen werden geliefert. Und bei all diesen Handlungen agieren die USA außerhalb der NATO. Denn NATO-Entscheidungen müssen von allen NATO-Mitgliedern einstimmig getroffen werden. Der Punkt bei der ganzen Sache ist, daß die USA ein "Cordon Sanitaire", einen Sicherheitsgürtel, um Rußland herum aufbauen. Und Rußland weiß das. Rußland glaubt, daß die USA beabsichtigen, die Russische Föderation zu zerschlagen. Ich denke, wir wollen sie nicht töten, sondern nur etwas verletzen bzw. Schaden hinzufügen.

Jedenfalls sind wir jetzt zurück im alten Spiel. Und wenn Sie einen Polen, Ungarn oder Rumänen fragen, sie leben in einer ganz anderen Welt als die Deutschen, und die Deutschen leben in einer ganz anderen Welt als die Spanier. Also, es herrscht Uneinigkeit in Europa. Aber was die Ukrainer bevorzugen werden, das werde ich Ihnen genau sagen: Sie werden versuchen, die USA in ihr Land zu holen. Die Vereinigten Staaten aus ihrem fundamentalen Interesse kontrollieren alle Ozeane der Welt. Keine Macht hat das jemals getan. Aus diesem Grund

de marschieren wir in die Völker dieser Welt ein, und sie können nichts dagegen tun. Und das ist eine sehr schöne Sache.

Die Aufrechterhaltung die Kontrolle über die Ozeane und im Weltall begründet unsere Macht. Der beste Weg, eine feindliche Flotte zu besiegen ist, daß diese errichtet wird. Der Weg, den die Briten gegangen sind, um sicherzustellen, daß keine europäische Macht die Flotte bauen konnte, ist, daß die Europäer einander bekämpften. Die Politik, die ich empfehlen würde, ist die, die Ronald Reagan angewandt hat im Iran und im Irak (Iran-Irak-Krieg 1980-88). Er unterstützte beide Kriegsseiten, sodaß sie gegeneinander kämpften und nicht gegen uns. Es war zynisch. Es war nicht moralisch vertretbar, aber es funktionierte.

Und das ist der Punkt: Die Vereinigten Staaten sind nicht in der Lage, ganz Eurasien zu okkupieren. In dem Moment, wo unsere Stiefel den dortigen Boden berühren, sind wir demografisch zahlenmäßig unterlegen. Wir können eine Armee zerschlagen, aber wir sind nicht in der Lage den Irak zu besetzen. Schon die Idee, daß 130.000 US-Soldaten ein Land mit 25 Millionen Menschen okkupieren. Das Verhältnis zwischen der Anzahl der Polizisten und der Einwohner in New York ist größer als das Verhältnis von US-Soldaten und der irakischen Bevölkerung war.

Also, wir sind nicht in der Lage, überall militärisch zu intervenieren, aber wir sind in der Lage, erstens, die gegeneinander kämpfenden Mächte zu unterstützen, damit sie sich auf sich selbst konzentrieren können. Sie zu unterstützen - politisch, finanziell, militärisch, Waffen liefern und die US-Berater aussenden. Und in außerordentlichen Fällen - wie wir in Japan vorgegangen sind, nein, in Vietnam, Irak und Afghanistan - mit Präventivschlägen ("spoiling attacks") intervenieren.

Die Taktik der Präventivschläge beabsichtigt nicht, den Feind zu besiegen, sondern sie verfolgt das Ziel, den Feind aus der Balance zu bringen. Das versuchten wir in jedem Krieg, wie z.B. in Afghanistan, wo wir al-Qaida aus der Balance brachten. Das Problem, was wir haben, seit wir so jung und dumm sind, ist, daß wir die Feinde aus der Balance bringen. Anstatt zu sagen: "Wir haben den Job gut gemacht, laß uns nach Hause gehen", sagen wir: "Mann, das war aber leicht, laßt uns hier noch eine Demokratie aufrichten." Das war der Moment unserer Geistesschwäche, von der wir befallen wurden. Deswegen die Antwort darauf lautet, die USA können nicht überall in Eurasien militärisch intervenieren.

Man muß selektiv intervenieren und möglichst selten. Eine militärische Intervention stellt für uns einen Sonderfall dar, die letzte Möglichkeit. Wir können nicht im ersten Schritt schon US-Truppen aussenden. Aber wenn wir die Truppen schicken, dann - und das haben wir schon aus Erfahrung klar verstanden - muß die Intervention eingeschränkt erfolgen und nicht gigantische Ausmaße erreichen.

Hoffentlich haben wir es dieses Mal verstanden, denn gewöhnlich dauert es eine Weile, wenn Kinder im Unterricht lernen. Aber Sie haben absolut Recht, wir als ein Imperium können das (überall intervenieren) nicht tun. Die Briten damals haben Indien nicht okkupiert, sie haben einfach die einzelnen Staaten Indiens genommen und ließen sie gegeneinander kämpfen. Sie haben die britischen Offiziere bei der indischen Armee installiert. Die alten Römer haben auch keine Truppen in entlegene Regionen außerhalb des Römischen Imperiums entsandt, sondern sie haben pro-römische Könige dort eingesetzt.

Diese Könige regierten für das römische Imperium in anderen Ländern, und sie waren verantwortlich für die Aufrechterhaltung des pro-römischen Friedens an den Grenzen des Imperiums. So war es z.B. auch bei dem Parther-Reich. Also, Imperien, die versuchen direkt in okkupierten Gebieten zu regieren, solche Imperien scheitern, wie es z.B. mit dem Nazi-Imperium der Fall war. Denn niemand hat so viel Macht, um direkt zu regieren. Da muß man schon clever vorgehen.

Wie auch immer, das ist nicht unser Problem. Es bedeutet eigentlich, daß wir ein Imperium

als solches sind. Wir sollten aber deswegen nicht denken, daß wir uns entspannen könnten, nach Hause gehen und uns über nichts Sorgen machen. Wir sind erst etwa im dritten Kapitel des Buches.

Moderator N. Brand: Bitte die nächste Frage. Frage aus Publikum: Habe ich Sie richtig verstanden, daß die europäische Währung Euro nicht überleben wird?

George Friedman: Die Frage, die jetzt für die Russen auf dem Tisch ist, ist, ob man die Ukraine als eine Pufferzone zwischen Rußland und dem Westen haben will, die wenigsten neutral bleiben wird oder wird der Westen in die Ukraine so weit vordringen, daß er nur 100 Kilometer von Stalingrad und 500 Kilometer von Moskau entfernt sein wird. Für Rußland stellt der Status der Ukraine eine existentielle Frage dar. Und die Russen können bei dieser Frage nicht einfach so weggehen und loslassen.

Für die USA gilt, wenn Rußland sich weiter an die Ukraine hängt, werden wir Rußland stoppen. Dafür wurden Maßnahmen unternommen für die General Hodgens eingesetzt wurde, um dafür beschuldigt zu werden. Es geht um die Präpositionierung von Truppen in Rumänien, Bulgarien, Polen und die baltischen Staaten. Das Intermarium ("Zwischenmeer-Land"), das Territorium zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee, wovon Pilsudski träumte. Das ist die Lösung für die USA. Und die Sache, worauf wir keine Antwort parat haben, ist die Frage, was wird Deutschland in dieser Situation unternehmen.

Die reale unbekannt Variable in Europa sind die Deutschen, wenn die USA diesen Sicherheitsgürtel aufbauen, nicht in der Ukraine sondern zu dem Westen, und der Einfluß der Russen in der Ukraine wird schwinden. Wir wissen nicht, wie die deutsche Haltung ausfallen wird. Deutschland ist in einer sehr eigenartigen Lage. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder ist im Aufsichtsrat von Gazprom. Die Deutschen haben ein sehr komplexes Verhältnis zu den Russen. Sie wissen aber selbst nicht, was sie tun sollen. Sie müssen ihre Waren exportieren, die Russen können ihnen die Waren abnehmen.

Andererseits verlieren sie ihre Freihandelszone, die sie brauchen, um andere Sachen aufzubauen. Die Hauptbefürchtung der USA ist, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien mit russischen Rohstoffressourcen und russischer Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden, die die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern versuchen. Also, wie kann man erreichen, daß diese deutsch-russische Kombination verhindert wird? Die USA sind bereit, die Karten auf den Tisch zu legen. Es ist die Linie zwischen dem Baltikum und dem Schwarzen Meer.

Seitens Rußlands waren die Karten bisher immer schon auf dem Tisch. Für sie ist entscheidend, daß die Ukraine ein neutrales Land wird, kein pro-westliches. Weißrußland ist hier eine andere Angelegenheit. Nun, wer mir eine Antwort darauf geben kann, was die Deutschen in dieser Situation tun werden, der kann mir auch sagen, wie die nächsten 20 Jahre Geschichte aussehen werden. Aber unglücklicherweise müssen die Deutschen immer wieder diese Entscheidung treffen. Und das ist das ewige Problem Deutschlands.

Deutschland ist wirtschaftlich enorm mächtig, aber gleichzeitig geopolitisch sehr zerbrechlich. Sie wissen niemals, wo und wie sie ihre Exporte verkaufen können. Seit 1871 war das immer "Die deutsche Frage". Und die Frage Europas. Denken Sie über die "Deutsche Frage" nach, welche jetzt wieder mal aufkommt. Das ist die nächste Frage, die wir stellen müssen, was wir aber nicht tun, weil wir nicht wissen, was die Deutschen tun werden.

Moderator N. Brand: Ganz herzlichen Dank an George Friedman und einen herzlichen Dank auch an den Chicago-Club für das Co-Sponsoring dieses Abends. Einen guten Abend!

George Friedman - der Chef von Strategic Forecasting, INC (abgekürzt STRATFOR) ist ein führender privater US-amerikanischer Think-Tank, der die Analysen, Berichte und Zukunftsprojektionen zur Geopolitik, zu Sicherheitsfragen und Konflikten in aller Welt anbietet.<<

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung veranstaltete am 15. Juni 2019 in Berlin einen Kongreß zum

Thema Meinungsfreiheit (x1.032/...): >>Von Free Speech zu Hate Speech

Von Marc Jongen

- eine Dialektik der Aufklärung

für Äußerungen, die vielleicht anstößig sind, provokativ, vielleicht auch verletzend für einige, deren Tolerierung aber gerade der Prüfstein wäre, ob eine Gesellschaft sich noch frei und offen nennen darf oder nicht.

Mein Vortrag gliedert sich in 11 Thesen, die im Folgenden vorgetragen und kommentiert werden:

1) Artikel 5 Grundgesetz wird gebrochen in Deutschland. Eine Zensur findet wieder statt. Auch die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ernsthaft gefährdet. Das läßt sich etwa an den Folgen des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes sowie anhand der Medienberichterstattung über die sogenannte Flüchtlingskrise oder jüngst über die Ereignisse von Chemnitz demonstrieren.

Für die Zukunft lassen die geplanten oder angedrohten Einschränkungen der Presse- und Redefreiheit im Rahmen des "Global Compact for Migration" sowie die Pläne des Europäischen Rats zur "Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation im Internet" weitere massive Eingriffe befürchten.

Das habituelle Sperren regierungskritischer oder auch nur andersdenkender Personen auf Facebook aufgrund des Netzwerk-Durchsetzungsgesetzes, das immer wieder Bürger an ihrer freien Meinungsäußerung hindert und dafür bestraft, kennen Sie alle. Derzeit noch weniger bekannt sind die weiteren Einschränkungen der Meinungsfreiheit, die die erwähnten Initiativen, vor allem der unselige "Global Compact for Migration", nach sich ziehen werden.

Die AfD hat im Bundestag dafür gesorgt, daß über dieses Vertragswerk überhaupt erst gesprochen und debattiert worden ist. Die Altparteien hätten es sonst heimlich, still und leise durchgewinkt, und Frau Merkel hätte es in Marrakesch unterschrieben - was sie dann ja auch getan hat, allerdings unter lautem und argumentativ untermauertem Protest der AfD.

Der Titel meines Vortrags soll zum Ausdruck bringen, daß wir es in den westlichen, sogenannten aufgeklärten, freien und demokratischen Gesellschaften mit einem besorgniserregendem Rückgang an politischen Freiheitsgraden und Äußerungsmöglichkeiten zu tun haben - für den ganz normalen Bürger, aber auch für Intellektuelle und Wissenschaftler. Die Ursache dafür ist das Einsickern totalitär-linken Gedankenguts in ehemals liberale Institutionen und Mentalitäten. Diese Entwicklung ist deshalb besonders schwer zu demaskieren, weil sie gerade unter Rückgriff auf aufklärerische Werte und Argumente legitimiert wird.

Deshalb spreche ich von einer Dialektik der Aufklärung. Will heißen: Die liberalen Gesellschaften scheinen aus sich selbst heraus die Dämonen zu gebären, die am Ende für ihre Liquidierung oder zumindest für ihre schwere Gefährdung sorgen.

Free Speech steht hier nicht für die gleichnamige Bewegung an den US-amerikanischen Universitäten in den 1960er Jahren, sondern wird viel weiter gefaßt, als aufklärerisches Ideal der freien Rede durch freie Bürger in einer freien Gesellschaft.

Das steht am Anfang einer Entwicklung, deren negativer Endpunkt heute die sogenannte "Haßrede" oder Hate Speech ist. In den meisten Fällen ist das ein rein denunziatorischer Begriff.

Was steht nun in diesem Vertrag? Ich will es Ihnen kurz zitieren. Als Ziel 17 wird in diesem Vertrag die "Beseitigung aller Formen der Diskriminierung und Förderung eines auf nachweisbaren Fakten beruhenden öffentlichen Diskurses zur Gestaltung der Wahrnehmung von Migration" genannt. Das mag sich für das arglose Ohr noch irgendwie akzeptabel anhören. Dann kommt aber als Nummer 33 die Verpflichtung für die unterzeichnenden Staaten:

"Wir verpflichten uns, im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen und Äußerungen, Handlungen und Ausprägungen von

Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz gegenüber allen Migranten zu verurteilen und zu bekämpfen."

Das Ganze soll zu einer "konstruktiveren Wahrnehmung von Migration und Migranten" führen. Man ahnt schon, auf welche massive Zensur die Sache hinausläuft. Wer noch Zweifel hat, der wird durch den nachfolgenden Klartext belehrt:

"Wir werden a) Rechtsvorschriften erlassen, umsetzen oder aufrechterhalten, die Haßstraftaten und schwerere Haßstraftaten, die sich gegen Migranten richten, unter Strafe stellen, und Strafverfolgungs- und andere Beamte darin schulen, solche Straftaten zu erkennen, zu verhindern und darauf zu reagieren ..." Die Beamten sollen also daraufhin "geschult" werden, diese Straftaten überhaupt erst zu erkennen. Man sieht leicht, welche Form von Meinungsäußerungen hier unter Strafe gestellt werden sollen, nämlich solche, die auf den ersten Blick noch gar nicht als Straftaten erkannt werden können.

Es soll mit anderen Worten eine Art Gehirnwäsche an den Beamten vollzogen werden. Auch die Medien sollen natürlich dementsprechend auf Linie gebracht werden, unter anderem "durch Sensibilisierung und Aufklärung von Medienschaffenden hinsichtlich Migrationsfragen und Migrationsbegriffen, durch Investitionen in ethische Standards der Berichterstattung und Werbung" und durch Einstellung von Finanzierung solcher Medien, die diesen Standards nicht entsprechen und die sich damit der "Fremdenfeindlichkeit" und des "Rassismus" schuldig machen. Da wird Gesinnungsjournalismus von höchster Stelle aus installiert und herangezogen.

In eine ähnliche Richtung geht die Europäische Kommission.

In einem sogenannten "Fact Sheet" zur erwähnten "Bekämpfung von Desinformation im Internet" vom 26. April 2018 steht: "Die Kommission fordert die Plattformen auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation spürbar zu verstärken." Es wird ein "ehrgeiziger Verhaltenskodex" gefordert, der die "Selbstregulierung" unterstützen soll. Und dann, als unverhohlene Drohung: "Sollten sich die Ergebnisse nicht als zufriedenstellend erweisen, könnte die Kommission weitere, auch regulatorische Maßnahmen vorschlagen."

Wir müssen uns im Klaren sein: Dieser Prozeß ist im vollen Gange und die AfD tut im Bundestag alles, um darüber aufzuklären und ihn aufzuhalten. Im Ausschuß für Kultur und Medien, dem ich als Obmann der AfD-Fraktion angehöre, ist das eines der Hauptthemen. Es ist völlig klar: Unterhalb dieser wohlklingenden Phrasen, die schon ihre eigentliche Intention, wenn man genauer hinhört, erkennen lassen, geht es um totalitäre Kontrolle der öffentlichen Meinung und Unterdrückung der freien Meinungsäußerung der Bürger. Dagegen ist Widerstand nötig.

2) Die politisch motivierte Einschränkung der Presse-, Medien- und Meinungsfreiheit greift unmittelbar Artikel 1 Grundgesetz an: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Diese Würde liegt nämlich im geistigen Teil des Menschen begründet, zu dem, philosophisch gesehen, unabdingbar auch die (praktische und transzendente) Freiheit gehören. Das kann mit Verweisen auf die deutschen Idealisten Kant und Fichte gezeigt werden, deren Philosophien die Verfasser unseres Grundgesetzes inspiriert haben.

Eine Einschränkung der Meinungsfreiheit über die bestehenden Straftatbestände Verleumdung, üble Nachrede und Volksverhetzung hinaus beleidigt den Menschen in seinem geistigen/freien Wesen und widerspricht damit der freiheitlich-demokratischen Kultur der Aufklärung. Das ist ganz wichtig. Die Verletzung der Menschenwürde wird häufig mit der Einschränkung der körperlichen Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen in Verbindung gebracht. Niemand darf hungern und frieren, jeder braucht ein Dach über dem Kopf und so weiter. Das ist alles schön und gut und richtig.

Aber der geistige Teil des Menschen, der den Menschen eigentlich zum Menschen macht, nämlich die Fähigkeit, frei zu urteilen, seine Meinung zu bilden und sich zu äußern, ist eigent-

lich der Kern der Menschenwürde. Insofern werden wir alle in unserer Menschenwürde beleidigt, wenn wir von unserer Regierung derart gegängelt und in unserer Redefreiheit eingeschränkt werden.

Ich will nur stellvertretend aus der Vorlesung "Über die Würde des Menschen" aus dem Jahr 1794 von Johann Gottlieb Fichte zitieren, der mit allerhöchstem Pathos die Menschenwürde preist und nach einer langen Aufzählung, was die geistige Freiheit ausmacht und wie diese erst das geistige Licht in der Welt und in der Natur aufgehen läßt, zu dem Schluß kommt:

"Das ist der Mensch; das ist jeder, der sich sagen kann: Ich bin Mensch. Sollte er nicht eine heilige Ehrfurcht vor sich selbst tragen und schaudern und erbeben vor seiner eigenen Majestät! - Das ist jeder, der mir sagen kann: Ich bin." Ein hohes, vielleicht überspanntes Pathos, aber es markiert den glanzvollen Beginn unserer bürgerlichen Freiheitstradition. Vergleichen Sie das mit dem Tiefpunkt, an dem wir heute angekommen sind, und Sie können die eklatante Diskrepanz mit Händen greifen.

3) In der Spät- oder Post-Moderne herrscht schon seit längerem eine "neue Unübersichtlichkeit" dadurch, daß alle ehemals überschaubaren politischen Verhältnisse und Antagonismen in (oft mehrfacher) dialektischer Brechung vorliegen und sich mithin in paradoxer Gestalt präsentieren. Im Hinblick auf das Thema Meinungsfreiheit bedeutet das, daß deren Einschränkung, einst von finsternen reaktionären Mächten betrieben, heute im Namen der Aufklärung, der freien, "toleranten" und "weltoffenen" Gesellschaft gefordert wird.

Das heißt, die Ideen und Begriffe, die im Morgengrauen der Aufklärung zur Emanzipation des Menschen aus geistiger Knechtschaft und politischer Unfreiheit hin zu einer Gesellschaft freier Bürger geführt haben, drohen jetzt zur Errichtung eines neuen geistigen Zwangsregimes mißbraucht zu werden.

Man kann das am Beispiel der Toleranz sehr gut nachvollziehen. Der Toleranzgedanke hat sich in seiner modernen Form in der religiösen Sphäre herausgebildet, zunächst ging es um die Gewissensfreiheit, die Martin Luther jedem Einzelnen zugestanden hat. Niemand kann nach Luther zwangsbekehrt werden, der Glaube an Jesus Christus ist ein Geschenk des Heiligen Geistes, er kann nicht mit Gewalt erzwungen werden.

Daraus ergibt sich die Gewissensfreiheit, aus der sich allmählich der Toleranzgedanke entwickelt hat. In der Aufklärungszeit wurde er über die religiöse Sphäre hinaus erweitert. Nicht nur die andere Konfessionen sollen jetzt toleriert werden, sondern auch andere Haltungen einschließlich des Atheismus. Andersdenkende insgesamt sind in ihrer Andersheit zu akzeptieren. John Locke ist hier zu erwähnen, als wichtiger Autor mit Schriften über die Toleranz, auch Voltaire, oder denken Sie an Nathan den Weisen von Lessing.

All das sind wichtige Meilensteine. Die europäische Aufklärung bringt eine enorme Aufwertung des Individuums mit sich, nämlich das glauben und denken zu können, was man will, wie auch öffentlich vertreten zu können, was der inneren Überzeugung und dem Gewissen entspricht. Für diese positive Toleranzhaltung, die wir uns in Europa erkämpft haben, und auf die wir stolz sein können, haben viele Männer und Frauen ihr Blut vergossen.

Wenn wir diesen Toleranzgedanken nun aber an eine Religion oder Kultur wie den Islam herantragen, der die Aufklärung und diese Kämpfe nicht durchgemacht hat, dann erwachsen daraus ernsthafte Probleme.

Es gibt nämlich berechtigten Grund zur Sorge, daß der Islam, sobald seine Anhänger in der Mehrheit oder auch nur zahlreich genug sind, die Toleranz nicht üben wird, die seine Funktionäre jetzt noch so wohlfeil im Munde führen. Darauf aufmerksam zu machen, ist die Pflicht eines jeden wachsamem Staatsbürgers und frei denkenden Menschen.

Kein Geringerer als der erzliberale Philosoph Karl Popper hat das Prinzip dazu in seinem Buch aus den 1940er Jahren "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" formuliert. Er plädiert darin für die offene, tolerante Gesellschaft, benennt aber auch eine klare Grenze der Toleranz.

Man müsse gegen die Intoleranten selbst Intoleranz üben, weil diese sonst die tolerante und offene Gesellschaft am Ende zerstören werden!

Wir, die AfD und alle, die ihr geistig nahestehen, warnen seit Jahren vor solchen Entwicklungen, blicken auf die Schwierigkeiten und Gefahren, die mit dem Islam verbunden sind, und sagen klar: keine Toleranz gegenüber den Intoleranten! Die schlechten Erben der Aufklärung, die Linken, greifen uns dafür an, denunzieren uns als die Feinde der offenen Gesellschaft und pervertieren damit vollkommen den Toleranzgedanken.

In ihrem Mund ist "Toleranz" zu einem Ekelwort geworden, das wir nicht mehr hören können, weil sein ursprünglicher Sinn vollkommen entstellt wurde. Toleranz heißt Respekt vor dem Individuum, nicht Vergötzung von Kulturen, die die Individual- und Freiheitsrechte mit Füßen treten.

4) Den Grundgedanken einer solchen "Dialektik der Aufklärung" - daß eine gut gemeinte Tendenz zur Emanzipation aus erniedrigenden und unterdrückenden Verhältnissen am Ende in eine Welt führt, die "im Zeichen triumphalen Unheils strahlt" - haben Theodor W. Adorno und Max Horkheimer in ihrem gleichnamigen Buch aus den 1940er Jahren klassisch umrissen.

Daß die Erben der "Kritischen Theorie" heute selbst dazu beitragen, eine "Dialektik der Aufklärung" innerhalb der Tradition der Kritischen Theorie dergestalt zu wiederholen, daß sie den Idealen und Zielen der Aufklärung - oftmals bona fide - zuwiderhandeln, kann als ironische Bestätigung der Thesen Adornos und Horkheimers betrachtet werden.

Was ist damit gemeint?

Die These von Horkheimer und Adorno besagt, daß der Vernunftgebrauch, der den Menschen befreien und aus unterdrückenden Verhältnissen herausführen sollte, am Ende dazu geführt hat, daß er sich in den schlimmsten gegenseitigen Unterdrückungs- und Entfremdungsverhältnissen wiederfindet.

Das Buch ist während des Zweiten Weltkriegs geschrieben, wodurch man vielleicht versteht, wie diese düstere Sicht zustande kommt. Philosophisch ist das natürlich eine hochumstrittene These, gegen die man vieles einwenden kann. Die Erben der Kritischen Theorie, die heutigen Linken, sorgen aber verstörender Weise dafür, daß genau das eintritt, was Adorno und Horkheimer beschrieben haben.

Man könnte auch von einer selbsterfüllenden Prophezeiung sprechen. Die linke Art des "Vernunftgebrauchs" führt in eine Welt, in der man sich nicht mehr frei äußern kann und in der wir Angst haben müssen, daß unsere Autos angezündet werden oder Schlimmeres geschieht. Das ist eine ironische "Dialektik der Aufklärung" zweiten Grades, herbeigeführt von der Linken selbst. Soweit meine Pointe für die philosophisch Interessierten.

5) Anhand des Weges von Free Speech (wie von Baruch de Spinoza, John Locke, Voltaire, John Stuart Mill und anderen theoretisch begründet) zu Hate Speech (ein aus den USA stammender und dort u.a. von Catharine MacKinnon, Charles Lawrence, Mari Matsuda und Richard Delgado prominent vertretener politischer Kampfbegriff) läßt sich die "Dialektik der Aufklärung" neueren Typs gut veranschaulichen:

Wo früher großmütig auch explizit falschen und anstößigen Positionen das Recht zur öffentlichen Verlautbarung zugestanden wurde, wird heute der böse Blick des Verdachts auf immer zahlreichere Meinungsäußerungen geworfen, schreitet die Kriminalisierung und Pathologisierung "politisch unkorrekter" Äußerungen - als "Haßverbrechen" - immer weiter voran.

Das Konzept der Haßrede wurde an den Universitäten der USA ausgebrütet und ist inzwischen auch in Europa in die Phase der politischen Umsetzung eingetreten. Das heißt, man versucht es in Gesetze zu gießen und Straftatbestände daraus zu konstruieren. Sprachphilosophisch gesehen basiert es auf der problematischen Annahme, es gäbe Sprechakte, die unmittelbar zugleich Taten sind. Anders gesagt, es gäbe Äußerungen, die für sich genommen schon

ein Verbrechen, ein sogenanntes Haßverbrechen, darstellen.

Man nimmt also an, daß diese Worte so sehr verletzen, daß sie der Schwere nach einer Körperverletzung gleichkämen. Damit wird aber die Empfindsamkeit und Empfindlichkeit derjenigen, die sich von diesen Worten verletzt fühlen, zum Maßstab dessen gemacht, was noch erlaubt ist und was nicht mehr erlaubt ist, was, wie es heißt, "politisch korrekt" ist.

Gemeint sind die "Schneeflocken-Studenten", die sich an den amerikanischen Universitäten tummeln und die sich von der kleinsten Andeutung einer Herabsetzung beispielsweise ihrer ethnischen Gruppe oder ihres Geschlechts schon derart verletzt fühlen, daß sie sich in sogenannte "Safe Spaces", Schutzräume, flüchten müssen, wo sie sich dann erholen können. Diese Art von Kinderzimmern wird in den USA ganz offiziell an den Universitäten installiert.

Ganz so weit ist es bei uns noch nicht, aber wir sind auf dem besten Weg dorthin, und dem muß unbedingt Einhalt geboten werden, weil hier ein ernsthafter Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit stattfindet. Es werden bereits literarische Klassiker von potentiell anstößigen Stellen gereinigt, mit "Trigger Warnings" ausgestattet, oder aus Rücksicht auf zartbesaitete Seelen ganz aus dem Lehrplan gestrichen. Daher gilt:

6) "Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden." Das darf aber nicht nur innersozialistisch gelten, wie von Rosa Luxemburg ursprünglich gemeint, sondern universell. Da gerade der Andersdenkende im Verdacht steht, von Haß getrieben zu sein, öffnet ein Straftatbestand "Haßrede" einer giftigen Verdachtshermeneutik Tür und Tor und liefert den Regierungen die Gelegenheit, unliebsame politische Gegner durch Kriminalisierung zu bekämpfen, den demokratischen Meinungsstreit damit zu suspendieren.

Um das zu vertiefen, müßte man ein Buch des russischen Philosophen Boris Groys aufschlagen: Unter Verdacht: Eine Phänomenologie der Medien. Dort könnte man lernen, daß die Medien bereits ihrer Struktur nach so angelegt sind, daß sie derartige Unterstellungen, Projektionen und Verdachtsstimmungen extrem befördern.

Das Internet ist der ideale Nährboden für Verschwörungstheorien. In diesen Medienräumen, in denen man nie weiß, wer eigentlich dahintersteckt, wer der Urheber der Texte und Bilder ist, die da auf den medialen Oberflächen aufflackern, kann das Nazi-Phantom natürlich wunderbar gedeihen und geistern. Man weiß nie: Wer ist jetzt Nazi und wer nicht? Man kriegt ihn nicht zu fassen, und es gibt ja wahrscheinlich nur noch sehr wenige echte Nazis in Deutschland. Ich habe noch keinen kennengelernt, muß ich gestehen.

Die Neonazi-Gruppen sind ein unappetitliches Phänomen, aber überschaubar und sämtlich polizeibekannt. Dennoch geistert das Nazi-Phantom auf den Medien-Oberflächen herum und suggeriert Allgegenwart. So kann eine inflationäre Nazi-Vermehrung stattfinden und die AfD dieser Hexenjagd unterzogen werden, die wir tagtäglich erleben.

Als Rechtfertigung für die Sachbeschädigungen, körperlichen Angriffe und beruflichen Diskriminierungen, die wir ertragen müssen, wird angeführt, die AfD würde "Haß schüren". Einen Beweis bleibt man schuldig. Wenn dagegen die Antifa und ihre linken Freunde auf den Straßen Berlins oder anderswo lautstark die Parole skandieren "Ganz Berlin haßt die AfD!", dann gilt das nicht als Haßrede. Seltsamer Widerspruch.

7) Die Verurteilung von Hate Speech hat einen berechtigten Kern. Dem ist im bisherigen deutschen Strafrecht durch §§ 185 bis 188 StGB aber schon hinreichend Rechnung getragen (üble Nachrede, Verleumdung usw.). Darüber hinaus ist es nicht möglich, einen etwaigen Straftatbestand oder Zensurgrund "Haßrede" definitorisch so einzugrenzen, daß er nicht zumindest grob mißbrauchsanfällig wäre und die Gründe, die gegen ihn sprechen, deutlich überwögen.

Das läßt sich anhand der Beispiele für Hate Speech der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung oder Landesmedienanstalten deutlich machen. Auf einem übersichtlichen Informationsblatt, das auch im Internet zu finden ist, sind folgende Musterbeispiele für Hate

Speech aufgeführt:

1. "Bewußte Verbreitung uninformativer oder falscher Aussagen", wie zum Beispiel: "Flüchtlinge haben alle teure Handys" oder "Flüchtlinge müssen im Supermarkt nicht bezahlen". Man sieht: Das sind keine groben Beleidigungen, sondern eher generalisierende Tatsachenbeobachtungen.

Sehr viele sogenannte Flüchtlinge sind tatsächlich mit Handys unterwegs, daher auch die massenweise Verbreitung der "Merkel-Selfies" als Einladungssignale in alle Welt. Auch gibt es Fälle, in denen Flüchtlinge im Supermarkt nicht bezahlt haben, da die Verkäuferinnen aus einem falsch verstandenen Toleranzgedanken heraus angewiesen wurden, das einfach zu tolerieren. Das namhaft zu machen, gilt jetzt als "Haßrede". Generalisierung ist verboten, es handelt sich sämtlich um "Einzelfälle", egal wie gehäuft sie vorkommen.

2. "Bedienen von Stereotypen und Vorurteilen durch bestimmte Begriffe und Sprachmuster" wie zum Beispiel: "Homo-Lobby", "Asylantenflut", "Das Boot ist voll", "Ausländer raus" oder "drohende Islamisierung". "Ausländer raus" ist tatsächlich eine üble Parole, die zu beanstanden ist. Inwieweit sie kriminalisiert werden muß, ist eine andere Frage.

Zu "drohende Islamisierung" folgendes: Ein Gericht in Koblenz hat kürzlich ein lokales Burkini-Verbot wieder aufgehoben. Wir müssen diese seltsame islamische Bademode hinnehmen, können uns nicht dagegen wehren. Und ruft nicht bereits vielerorts in Deutschland der Muezzin vom Minarett? Berechtigte Kritik daran und sogar die Tatsachenbeobachtung selbst sollen als Haßrede diffamiert und verboten werden. Das steht ganz klar im Widerspruch zum Grundsatz der Meinungsfreiheit.

8) Ein (selten vernommenes) Hauptargument gegen das Konzept der "Haßrede" ist die Schwierigkeit, die Emotion des Hasses von der des Zorns - der ein "gerechter" sein kann, wenn er sich auf tatsächliche Mißstände bezieht -, klar genug abzugrenzen.

Wer auch den "gerechten Zorn" verbieten will, erzieht die Bevölkerung zu politischer Lethargie und zu lämmerhaftem Duldertum gegenüber Willkürherrschaft und Unterdrückung. Auch dies ist ein Anschlag auf die Menschenwürde und eine Anleitung zur politischen Unmündigkeit. In diesem Zusammenhang habe ich des Öfteren von der antiken Seelen-Lehre gesprochen und dort den Thymos hervorgehoben, der neben dem Logos und dem Eros einer von drei Seelen-Bereichen ist, wie klassisch bei Platon beschrieben.

Während der Logos der vernünftige Teil und Eros der begehrende Teil des Menschen ist - der Teil, der uns auch zu Konsumenten macht -, umfaßt der thymotische Teil alles, was mit Stolz, mit Ehre mit Gerechtigkeitsinn, mit Zorn wie auch den übleren Emotionen in dieser Richtung zu tun hat. Dieser thymotische Bereich ist der des Politischen, in dem sich die Kämpfe um Macht und Anerkennung abspielen.

Dazu eine kleine Anekdote. Ich war vor kurzem zu einem Podiumsgespräch bei der "Deutschen Welle" eingeladen, an dem auch Frau Thea Dorn teilnahm - ihr Künstlernamen leitet sich übrigens von Theodor W. Adorno ab. Frau Dorn verkündete zu diesem Thema tatsächlich, daß der Thymos in der Politik keine Rolle spielen dürfe, das führe nur zu übler Aufhetzung des Volkszorns.

Genau diese Haltung liegt dem zugrunde, was als "Postpolitik" bezeichnet worden ist. Die Bürger sollen sich nicht mehr leidenschaftlich engagieren. Sie sollen zu leicht manipulierbaren, indoktrinierbaren Konsumenten erzogen werden, die von den Medien und der Politik mit den Phrasen versorgt werden, die ihnen vorgaukeln, sich als denkende und vor allem auch moralisch hochstehende Personen zu begreifen. Während in Wahrheit die Voraussetzung für Denken wie auch für Moralität die geistige Freiheit ist, die ihnen aberzogen wurde.

Ich fühle mich da immer an Monty Pythons Film "Das Leben des Brian" erinnert. In einer Szene versucht Brian, der zu seinem großen Verdruß für den Messias gehalten wird, dem Volk zu erklären, daß es nicht nötig ist, einem Messias zu folgen, und die Leute zum Selbst-

denken zu animieren. Er sagt: "Ihr seid doch alle Individuen. Und jeder von euch sollte versuchen, es für sich selbst rauszufinden".

Und unten steht die Masse, und antwortet wie aus einem Mund: "Ja, wir sind alle Individuen. Und wir sollten versuchen, es für uns selbst rauszufinden." Zu einer solchen Masse sollen wir heute systematisch erzogen werden. Die Parolen der Aufklärung phrasenhaft wiederholend - und damit deren Sinn Hohn sprechend.

9) Weitere, vor allem sprachphilosophisch fundierte Argumente gegen die Kriminalisierung oder Zensur von Hate Speech hat Judith Butler, die Hohepriesterin des Genderismus, in ihrem Buch "Haß spricht" von 1997 vorgelegt. Als sie 2011 den Adorno-Preis in Deutschland verliehen bekam und aus diesem Anlaß absurderweise des Antisemitismus bezichtigt wurde, hat sie sich mit Argumenten verteidigt, die auch in der heutigen Debatte um angebliche "Haßverbrechen" Gültigkeit besitzen.

Das hinderte Frau Butler allerdings nicht, gegen den Auftritt des Aktivisten Milo Yiannopoulos an der Universität Berkeley wie auch gegen meinen Auftritt am Hannah Arendt Center in New York (am 12.10.2017) zusammen mit anderen US-Intellektuellen in einem offenen Brief zu protestieren. Folgendes Zitat stammt aus einem früheren Aufsatz von Frau Butler, sie nahm darin den Autor Lawrence Summers in Schutz, der als Antisemit bezeichnet wurde, weil er Israel-Kritik geübt hatte. Ins Deutsche übersetzt stand da:

"Was gebraucht wird, ist ein öffentlicher Raum, in dem solche Themen überlegt debattiert werden können, und es gilt zu verhindern, daß dieser Raum von bestimmten Arten des Ausschlusses und der Zensur definiert wird. Die Welt des öffentlichen Diskurses wäre eine, von der kritische Perspektiven ausgeschlossen wären - wenn es Zensur gäbe - und die Öffentlichkeit würde dahinkommen sich selbst so zu verstehen, daß sie im Angesicht von offensichtlicher und illegitimer Gewalt nicht frei spricht. "

In meinem Vortrag am Hannah Arendt Center in New York sagte ich unter anderem, daß die Juden in Frankreich heute das Land in großer Zahl verlassen und zwar nicht wegen der Populisten, sondern weil sie zunehmend von muslimischen Antisemiten attackiert werden. Die illegale Masseneinwanderung hat zu vielen Gewaltverbrechen und zu einer Erhöhung der Kriminalitätsrate geführt.

Genau das wird mir nun von Frau Butler und ihren Gesinnungsgenossen als Islamophobie, als Rassismus ausgelegt, und meine Einladung an das Hannah Arendt Center in einem offenen Brief scharf kritisiert und als Fehler bezeichnet. Das zeigt in aller Deutlichkeit:

10) Es fällt der linksliberalen akademischen Welt äußerst schwer, ihren eigenen besten Einsichten in Bezug auf die Meinungsfreiheit im Angesicht tatsächlich "anderer" Meinungen treu zu bleiben. Ihr habituelles Anlegen doppelter Standards - je nachdem ob die "Guten" oder die "Bösen" sprechen -, läßt ein Konzept wie Hate Speech als Teil einer übergeordneten politischen Agenda erscheinen, in der es nicht um die Durchsetzung universeller Menschenrechte, sondern um die Interessen- und Machtpolitik wohldefinierter Gruppen geht.

An dieser Stelle noch ein Verweis auf das Buch "Haß spricht" von Judith Butler, das interessanterweise ein starkes Plädoyer für eine möglichst weitreichende Redefreiheit enthielt - damals, 1997, als sie sich noch in der Minderheit wähnte. In einer rezenten Besprechung des Buches heißt es dazu: Dieses Plädoyer Butlers "erfolgt aus der Überzeugung, daß die Mächtigen auch in der Zensur Wege finden, ihre Position zu vertreten.

Nur wenn der Möglichkeitsraum weit offengehalten wird, haben die Minoritäten eine Chance, gehört zu werden. Man kann, so Butler, der Instrumentalität des Sprechens nicht entgehen. Versucht man es doch, läuft es auf eine Zensur hinaus, in der der Zensor gewollt oder ungewollt seine Kategorien zur universellen Moral erhebt."

Schöne Worte. Sobald sie an der Macht sind, erheben die Linken ihre Kategorien allerdings zur universellen Moral und werden ihren früheren Bekenntnissen untreu. Es gibt letztlich kei-

ne universelle Moral. Und wenn es sie gibt, dann ist sie sozusagen nur von der göttlichen, aber von keiner menschlichen Position aus einsehbar. Es sind immer Interessen, die die Position dieser Allgemeingültigkeit für sich präbendieren und usurpieren, die beanspruchen, die Kriterien dafür zu definieren. Sobald das geschieht, begeben wir uns auf den Weg in eine totalitäre Gesellschaft.

Das droht heute und das gilt es zu verhindern. Wahrer Liberalismus, der fast schon ausgestorben ist, besteht darin, an diesem Punkt Widerstand zu leisten. Mir scheint, daß für die Linken selbst gilt, was diese immer über den Kapitalismus behauptet haben, nämlich der Kapitalismus werde an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gehen. Die Linke wird an ihren Widersprüchen zugrunde gehen!

11) Freiheit ist eine Frage der Form, nicht der Inhalte. Es gilt daher zu verhindern, daß sich der öffentliche Raum in ein nur noch machtgetriebenes politisches Kampffeld verwandelt, in dem die linksliberalen Kräfte Beute der Linksradikalen und die freiheitlich-rechten Kräfte Beute der Rechtsradikalen werden, was eine unversöhnliche und gefährliche Polarisierung zur Folge hat - ihre Auswirkungen sind bereits sichtbar. Alle, denen am Erhalt der liberalen Gesellschaft und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gelegen ist, sollten daran mitarbeiten, den Raum des Diskurses, in dem die besten Argumente gewaltfrei miteinander ringen, möglichst weit offen zu halten.

Deswegen sind Veranstaltungen wie die heutige, ist die gesamte Arbeit der Desiderius-Erasmus-Stiftung so wichtig. Denn genau das geschieht hier: ein Offenhalten des Diskursraumes in Zeiten sich verengender Spielräume. ...

Jongen, Marc, geboren 1968, Dr. phil., Mitglied des Bundestages, stellvertretender Landesprecher der Alternative für Deutschland (AfD) Baden-Württemberg. ... <<

>>... Der lange Marsch in die Erziehungsdiktatur

Von Karlheinz Weißmann

Sechs Stellungnahmen:

1. "Weder aus Frankreich, noch aus England, noch aus Deutschland dürfen sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen die Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft."
2. "Daß der durchschnittliche IQ der Schwarzen um eine Standardabweichung, also 15 Punkte, niedriger liegt als der der Weißen, kann als Faktum gelten. Ebenfalls klar sind die statistischen Implikationen: Unter den Weißen befinden sich ... siebenmal so viele Hochintelligente (mit einem IQ über 115) wie bei den Farbigen; unter den Farbigen siebenmal so viele Schwachsinnige (mit einem IQ unter 70) wie bei den Weißen."
3. Hitler hat "so viele Deutsche wie Juden getötet ... Ich kann nur sagen, daß wir bestrebt sind, diese Zeit der Greuel, die man nicht ungeschehen machen kann, zu überwinden. Wir sollten sie aber nun der Vergangenheit überlassen".
4. Es ist "Propaganda", über die Wehrmachtssoldaten zu sagen, ihr "Militärdienst sei eine Art von Verbrechertum gewesen, weil Verbrecher die oberste Kommandogewalt besessen hatten". Von denen, die im Kampf starben, gilt, daß sie "glauben durften, daß ihr Kämpfen Deutschland vor dem Äußersten noch rette." "Im Elementaren sind die Kräfte des soldatischen Wesens durch die Jahrhunderte die gleichen geblieben: Mut, Tapferkeit, Befehlsgewalt und Gehorsamsanspruch, Kameradschaftlichkeit, Hilfswilligkeit in Notlagen."
5. Entscheidend ist, daß sich jeder "zutiefst der einzigartigen sittlichen und völkischen Aufgabe und Bedeutung unserer Familien, unserer Mütter und Väter bewußt wird und damit in eine gemeinsame Kampffront für unsere Familie eintritt".
6. "Erhaltung muß den Umsturz ablösen! Um der bewahrenden Weltanschauung Bahn zu schaffen, haben wir uns zu einer Partei der Rechten ... zusammengeschlossen." Zumindest die beiden ersten Zitate dürften erhebliche Irritation auslösen. Aber das war beabsichtigt: Irritation regt zum Nachdenken an.

Zum Nachdenken darüber, unter welchen Umständen es möglich war, daß derlei von einem Sozialdemokraten, dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt, in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau geäußert wurde. Das war 1992, während die zweite Stellungnahme sich in der Zeit fand, fast zwanzig Jahre früher, 1974, in einem Aufsatz ihres Redakteurs, des renommierten Wissenschaftsjournalisten Dieter E. Zimmer.

Der behandelte die genetischen Unterschiede zwischen menschlichen Großgruppen, gemeinhin und immer noch "Rassen" genannt. Die dritte Stellungnahme - zur Notwendigkeit, die im deutschen Namen begangenen Verbrechen "der Vergangenheit (zu) überlassen" - auf Konrad Adenauer zurückgeht. Er hat sie bei seinem Besuch in Israel 1966 formuliert.

Nachdem der israelische Ministerpräsident ihm erklärt hatte, daß keine Wiedergutmachung je bewirken werde, daß die Schuld der Deutschen gesühnt sei. Adenauer reagierte darauf mit der Drohung, seinen Besuch sofort abubrechen. Er ließ sich nach einer Entschuldigung aber dazu bewegen, lediglich seine Auffassung zu bekräftigen und öffentlich zu machen.

Die vierte Stellungnahme - die über den deutschen Soldaten - geht auf Theodor Heuss zurück, erster Bundespräsident, ein Liberaler reinsten Wassers, ungedient, "Nur-Zivilist". Nebenbei sei erwähnt, daß Heuss besonders stolz auf seine Freundschaft mit Eberhard Wildermuth war, eine "soldatische Natur", wie Heuss betonte, im Ersten Weltkrieg mit dem Eisernen Kreuz beider Klassen ausgezeichnet, im Zweiten mit Ritterkreuz und Deutschem Kreuz in Gold.

Die fünfte Stellungnahme, die zur "völkischen Aufgabe" der Familie, geht auf Franz-Josef Wuermeling zurück, gläubiger Katholik, in der NS-Zeit wegen seiner Haltung aus dem Staatsdienst entlassen. Der Passus gehört zu einer Rede, die er als Familienminister in den fünfziger Jahren im Bundestag gehalten hat. Das letzte Stück, das über die "Partei der Rechten", findet sich im Manifest der Rechten.

Unter der Bezeichnung lief das Programm der "Deutschen Rechtspartei - Konservative Vereinigung", die unmittelbar nach Ende des Krieges von der britischen Besatzungsmacht zugelassen wurde und mit dem Slogan "Wählt rechts!" und Schwarz-Weiß-Rot warb. Maßgeblichen Anteil an diesem im Frühsommer 1945 abgefaßten Text hatte Hans Zehrer.

Zehrer gehörte zu den einflußreichsten Journalisten der Weimarer Zeit, er war der Kopf des "Tat-Kreises", fiel aber nach der Machtübernahme Hitlers unter Berufsverbot, da er die Scheidung von seiner jüdischen Ehefrau verweigerte. In der Bundesrepublik sollte er wieder in eine Schlüsselposition des Pressewesens aufsteigen, unter anderem als engster Berater Axel Cäsar Springers. Ihm war der Aufbau der "Bild", der "Welt" und der "Welt am Sonntag" zu verdanken.

Was soll diese Zusammenstellung? Sie soll etwas deutlich machen, das immer wieder und rasch vergessen wird. Daß nämlich die heute geltenden Denk- und Sprachregelungen nichts weniger als selbstverständlich sind. Daß die Biologie des Menschen von Bedeutung ist, daß die Kollektivschuld einen unerträglichen Vorwurf darstellt, daß der Soldat, auch der deutsche des Zweiten Weltkriegs, Anspruch auf Wahrung seiner Ehre hat, daß die Beziehung zwischen Mann und Frau und die Familie eine entscheidende Bedeutung für die Existenz eines Volkes haben und daß es da, wo es eine Mitte und eine Linke gibt auch eine Rechte geben sollte, das alles steht heute unter Tabu.

Aber nicht auf Grund einer Art Naturgesetz, sondern weil es im Bereich dessen, was man "öffentliche Meinung" nennt, eine bestimmte Machtverteilung gibt. Öffentliche Meinung ist nichts weniger als eine selbstverständliche Größe. Goethe hat sich schon über "die Verfasser von Zeitschriften und Tagblättern" amüsiert, die das Publikum glauben machten, sie bildeten den "wahren Gerichtshof".

Denn von Unparteilichkeit oder Gerechtigkeit des Urteils ist bei den Meinungsmachern keine Rede. Vielmehr ergibt sich die Menge dessen, was sie als relevant und richtig und gut, wie die Menge dessen, was sie als irrelevant und falsch und böse betrachten, auf Grund von Kräfte-

verhältnissen; Kräfteverhältnisse zwischen denen, die auf die Verbreitung von Meinungen Einfluß nehmen können.

Im Regelfall, zum Beispiel in der alten Bundesrepublik, handelt es sich um Konkurrenten mit je verschiedenen Auffassungen. Wenn ich mich an meine Jugend und die Studentenjahre erinnere, habe ich immer noch den Eindruck, als ob wir eine Dauerdebatte geführt hätten. Am Küchentisch und beim Familientreffen, am Rand der Klassenfete und im Konfirmandenunterricht, in der Deutschstunde und im Oberseminar, unter Freunden und bei Vortragsveranstaltungen.

Die Kontroversen waren heftig, ernsthaft, wenn es gut ging, eine Art Duell, wenn es schlecht lief, auch verletzend, aber im Regelfall von der Überzeugung getragen, daß es zwar nicht auf jedes Argument von jedem ankomme, aber doch darauf, daß zu Gehör gebracht werde, was jemand meinte. Etwas wie "politische Korrektheit" wäre damals nicht vorstellbar gewesen, sondern sofort als das entlarvt worden, was es ist: Zensur.

Wie anders heute. Was eine freie Debatte bedeutet, ist praktisch vergessen. Man darf nur noch äußern, was denen gefällt, die die Uniformierung des Denkens vorangetrieben haben, oder man akzeptiert Ausgrenzung und Ächtung oder legt sich ein sehr dickes Fell zu. Das, was uns gegenwärtig als Öffentliche Meinung geboten wird, spiegelt nicht mehr verschiedene denkbare Positionen, sondern nur noch eine, bestenfalls als Thema mit Variationen. Aus der Machtverteilung ist ein Machtmonopol geworden, und die "Torhüter" (Walter Lippmann) in den Reihen der Meinungsmacher sorgen dafür, daß es erhalten bleibt.

Die Menge des Meinbaren wird dadurch immer kleiner. Es gibt ausgesprochene wie unausgesprochene Denk- und Sprechverbote, manchmal nur als Schere im Kopf, aber von Fall zu Fall auch in juristische Form gebracht, strafbewehrt, um bestimmte Positionen nicht nur zum Schweigen zu bringen, sondern auch ihre Träger mundtot zu machen.

Wenn also nach einer aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach annähernd zwei Drittel der Bürger überzeugt sind, man müsse heute "sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert", dann hat das mit einer Menge an Vorgaben und Normen zu tun, die dazu führen, daß der Einzelne vielleicht noch im privaten Kreis, aber nicht coram publico auf bestimmte Art und Weise zu Einwanderung, Islam, der NS-Zeit, den Auswirkungen der Gender-Ideologie oder der Rolle der AfD Stellung nehmen kann.

Interessanterweise zeigt sich auch die Hälfte der Befragten überzeugt, daß dieser Zustand neu ist und immerhin 41 Prozent vertreten die Auffassung, daß das, was man "Political Correctness" nennt, auf inakzeptable Weise die Meinungsfreiheit einschränkt.

Political Correctness ist eine Formel, die zuerst in den USA gebraucht wurde. Dort gehört sie seit den 1980er Jahren zu den Kampfbegriffen linker Kulturkrieger. Das Konzept eines Kulturkrieges oder einer Kulturrevolution hatte die Linke in der Nachkriegszeit entwickelt, als sich immer deutlicher abzeichnete, daß es keine Revolution im Sinne von Karl Marx geben werde. Die Arbeiter kamen als Träger des Umsturzes nicht mehr in Frage, sondern hatte sich auf die Seite des "Systems" geschlagen, die sozialistischen oder kommunistischen Parteien waren in den Vereinigten Staaten bedeutungslos.

Also entwickelte man den Gedanken, die nach wie vor bestehenden "Randgruppen" - alle irgendwie Diskriminierten, von den Schwarzen über die Homosexuellen und Behinderten bis zu den Frauen - gegen die bestehende Ordnung zu mobilisieren und gleichzeitig einen Angriff nicht von der Basis aus, sondern vom Überbau zu führen.

Der wichtigste Theoretiker dieses Ansatzes war Herbert Marcuse. So undeutlich vieles in seiner Konzeption blieb, eines war ihr unschwer zu entnehmen: Sollte die Menschheit in das "Reich der Freiheit" gelangen, das Marx als Ende der Geschichte verheißen hatte, mußte der Kapitalismus zerstört werden. Dazu war die Anwendung von Gewalt legitim, aber es ging auch darum, schon jetzt, noch vor dem großen Kladderadatsch, Einfluß auf die Köpfe zu ge-

winnen.

Da Marcuses Anhänger in erster Linie Studenten und junge Akademiker waren, hörten sie diese Botschaft mit Begeisterung, und sie machten sich noch eines seiner Argumente zu eigen: daß in Vorbereitung der "freien Association" eine Phase der Unfreiheit unumgänglich sei. Nur dachten sie weder an die Diktatur des Proletariats noch an die Diktatur einer Kaderpartei. Was sie sich vorstellten, war eine "Erziehungsdiktatur".

In seinem 1964 zuerst erschienenen Buch "Der eindimensionale Mensch" schrieb Marcuse noch etwas zögernd von deren Notwendigkeit. Aber er machte deutlich, daß die - selbstverständlich zeitlich begrenzte - Beseitigung von Demokratie und Freiheit notwendig sei, um das Ziel der Emanzipation des Menschengeschlechts zu erreichen.

Die "Erziehungsdiktatur" sollte die Macht an eine Elite übertragen, aber nicht an eine böse und selbstsüchtige und reaktionäre Elite, sondern an eine gute und selbstlose und progressive, die die dumpfe Masse in eine lichte Zukunft führen könnte. Deutlicher wurde Marcuse in einem Interview, das er drei Jahre später dem Spiegel gab. Da hieß es dann ganz unverblümt, daß es darum gehe, die Menschen "umzuprogrammieren", daß es deshalb notwendig sei, all diejenigen an Einflußnahme zu hindern, die "reaktionäre" oder "faschistische" Positionen verteidigten.

Die "Erziehungsdiktatur" werde ihnen weder Meinungs- noch Rede- noch Pressefreiheit zubilligen, da sie sich dem gesetzmäßigen Gang der Geschichte in den Weg stellten. Erst an dessen Ende stehe ein Zustand wahrer Freiheit: "Ich glaube", hieß es bei Marcuse, "daß die Revolution zu einer Erziehungsdiktatur tendiert, die sich in ihrer Erfüllung aufheben würde." Diese Vorstellung, daß die Linke als Agentin der Geschichte den Fortschritt antreibe und deshalb das Recht habe, darüber zu entscheiden, was gemeint werden darf und was nicht, war Marcuse keineswegs als erstem eingefallen. Sie steht in einer langen Tradition.

Die beginnt natürlich bei Rousseau und seiner Behauptung, daß die Feststellung der *volonté générale* - des "Gemeinwillens" nicht das Ergebnis von Abstimmungen sein muß. Vielmehr könnten wenige oder ein Einzelner besser als die vielen oder alle wissen, was denn dieser "Gemeinwille" sei. Sie setzt sich fort mit dem, was Rousseaus Schüler Robespierre und Saint-Just während der Französischen Revolution in die Praxis umsetzten. Robespierre unterschied ausdrücklich zwischen "bürgerlicher" - also konkreter - und "politischer" Freiheit, die er nur dem zubilligte, der den Terror der Jakobiner unterstützte.

Seinem Freund Saint-Just wird die Formel zugeschrieben "Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit", und selbstverständlich bestimmten er und seine Gesinnungsgenossen, wer ein "Feind der Freiheit" sei; oft genügte der bloße Verdacht und dem Verdächtigen blieb nichts als der Weg aufs Schafott. Eine ganz ähnliche Vorstellung vertrat auch Rosa Luxemburg mit ihrer berühmten Forderung "Freiheit ist immer zuerst die Freiheit des Andersdenkenden". Denn ihr ging es keineswegs um eine Art Toleranzprinzip, ihr ging es nur um Meinungsfreiheit innerhalb der kommunistischen Bewegung. Von der Freiheit des politischen Gegners war keine Rede.

Angesichts dessen erscheint nur konsequent, daß die glühenden Anhänger Marcuses, die Träger der amerikanischen APO der 1960er Jahre, zwar mit massivem Nachdruck Free Speech - "Freie Rede" forderten, aber jeden niederbrüllten oder attackierten, der anderer Auffassung war als sie. Ein Verhalten, das ihre deutschen Kommilitonen genauso brav kopiert haben wie alles andere, was zur 68er-Bewegung führte, unter Einschluß jenes Prozesses einer schleichenden Machtübernahme da, wo Meinungen gebildet, geformt und verbreitet wurden.

Dieser Vorgang ist in den letzten zwanzig Jahren allmählich an sein Ziel gekommen. Der Politisch-Mediale Komplex, mit dem wir es heute zu tun haben, hat ein Denken von nie dagewesener Einförmigkeit erzeugt, und sich ein breites Instrumentarium verschafft, mit dessen Hilfe unliebsame Auffassungen und die Träger unliebsamer Auffassungen ausgeschaltet werden

können.

Wie das vor sich geht, läßt sich an Hand einer beliebigen Zahl von Beispielen aus der jüngsten Zeit illustrieren: die Amtsenthebung Roger Scrutons als Vorsitzender der Königlichen Architekturkommission auf Grund der Denunziation einer linken britischen Zeitschrift, des *New Statesman*, die ihm Islamo- und Homophobie sowie Rechtfertigung sexueller Gewalt unterstellte; die handgreiflichen Auseinandersetzungen anlässlich eines Vortrags von Camille Paglia an der Philadelphia University of the Arts, nachdem die Hochschulleitung dem Ansinnen einiger Trans-Aktivistinnen widerstanden und die Vorlesung der Kulturhistorikerin genehmigt hatte; die systematische Verfolgung des Historikers Jörg Baberowski, Professor an der Humboldt-Universität, die bis ins Privatleben geht, durch eine trotzkistische Sekte, die ihn wegen seiner scharfen Kritik der kommunistischen Diktaturen als Rechtsextremisten beschimpft; das massive Vorgehen sogenannter Wissenschaftler gegen Günter Nooke, den Afrika-Beauftragten der Bundesregierung, der die Unterentwicklung des Schwarzen Kontinents auf das Fortbestehen von Clan- und Stammesstrukturen sowie die besondere Mentalität der Bevölkerung zurückgeführt hatte.

Aber das, was hier aufgezählt wird, ist nur die Spitze des Eisbergs. Da sind dann auch noch die tagtäglichen Ausspähungen, Intrigen und Bedrohungen durch antifaschistische Blockwarte und die kulturellen Säuberungen: die Entfernung der Bücher Mark Twains aus amerikanischen Bibliotheken, weil darin das Wort "Nigger" vorkommt, der Comics von Hergé mit Tim und Struppi aus britischen Jugendbüchereien, weil sie den Kolonialismus verherrlichten, und der älteren Ausgaben von Pippi Langstrumpf aus schwedischen Kindergärten, weil in denen von einem "Negerkönig" die Rede war; Frankreich streicht den Namen Charles Maurras aus dem Kalender der offiziellen Gedenktage, weil er ein "Reaktionär" war, und in der deutschen Verwaltung schreitet der Kampf gegen das generische Maskulinum fort.

Ohne Zweifel gibt es eine wachsende Kritik an dieser Entwicklung, aber sie kommt bisher kaum zur Geltung. Denn die Hüter der Öffentlichen Meinung haben sich in den letzten Jahrzehnten mächtige Positionen geschaffen und eine Rechtfertigung für ihr Tun entwickelt, die so schmeichelnd mit Begriffen wie "Aufklärung" und "Pluralismus", "Diversität" und "Menschenrechten" daherkommt.

Aber gelegentlich darf man doch einen Blick hinter die Kulisse werfen. Wenn etwa im Framing-Handbuch der ARD erwogen wird, bei der Gestaltung der Sendungen nach dem Prinzip "Kontrollierte Demokratie statt jeder, wie er will" vorzugehen, oder der amerikanische Philosoph Bryan W. Van Norden für das Goethe-Institut ganz offen erklärt, daß das Verständnis von Meinungsfreiheit als Meinungsfreiheit "naiv" sei.

Nur im 19. Jahrhundert, als die Forderung nach Meinungsfreiheit eine Waffe war, um den politischen Gegner der Linken zu besiegen, habe es sich um eine legitime Forderung gehandelt. Das sei heute anders, angesichts von Trump, "Hetze" und "Fake News".

Nun müssen für Van Norden "treuhänderische Wächter der rationalen Debatte" eingesetzt werden, die über einen "gerechten Zugang" zu den Medien entschieden, solchen Zugang aber auch blockieren dürften. Die "Verweigerung institutioneller Verbreitungswege" habe indes nichts mit "Zensur" zu tun, sondern müsse als Vorsorge begriffen werden, um die Verbreitung falscher und abwegiger Anschauungen zu verhindern. Das erinnert nicht zufällig an Marcuses Konzept, aber stärker noch an Jürgen Habermas Forderung nach "Dethematisierung" all dessen, was er und seine Anhänger am liebsten beschweigen möchten:

Selbstzerstörung Europas, Zuwanderung, wachsende Kriminalität, Verfall der inneren Sicherheit, Volkstod, Dekadenz. Marcuse wie Habermas gehörten zur "Frankfurter Schule", die einen erheblichen Einfluß auf das politische Denken der Nachkriegszeit ausgeübt hat. Aber anders als Marcuse begriff Habermas relativ rasch, daß das offene Reden von Revolution, Sozialismus und Erziehungsdiktatur in einer modernen Gesellschaft kaum zum Ziel führen kann.

Habermas zieht es vor, von einer "entgegenkommenden Kultur" zu sprechen, die er als "liberal" definiert und seit einiger Zeit mit der Ordnung des Grundgesetzes identifiziert. Dabei betont er, daß ein "gemeinsames staatsbürgerliches Bewußtsein über alle Differenzen" hinweg bestehen müsse.

Aber das Vorhandensein dieses "gemeinsamen staatsbürgerlichen Bewußtseins über alle Differenzen" hinweg, sei ständig zu überprüfen. Und wer diese Überprüfung vornehmen soll, steht selbstverständlich fest. So wie fest steht, daß die, die keine hinreichende Begeisterung für die von Habermas postulierten "universalistischen" Werte an den Tag legen, ausgeschlossen werden vom Prozeß der Meinungsbildung, weil sie den "Saatboden für einen neuen Faschismus" düngen.

Trotz des Alarmtons ist klar: Hier spricht einer mit jener Selbstsicherheit, die nur der Machtbesitz einflößt, und erteilt Zugang zum Diskurs oder verweigert ihn nach Gutdünken. Das ist allerdings nicht, was Habermas selbst einmal als Grundsatz der Meinungsfreiheit angegeben hatte. In seiner Habilitationsschrift Strukturwandel der Öffentlichkeit, hieß es noch:

"Die bürgerliche Öffentlichkeit steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit". Aber als er das äußerte, zu Beginn der 1960er Jahre, war die Situation auch noch eine andere. Damals war das eigene -linke - Lager das schwächere, und die Forderung nach Teilhabe diente dazu, den Aufmarsch zu decken, um im Kampf um Meinungsmacht eine günstige Position zu besetzen.

Doch das strategische Ziel war niemals nur ein angemessener Teil, sondern das Ganze, ein Endsieg, der alle anderen Meinungen zum Verstummen bringen sollte. Diesem Ziel ist man gefährlich nahegekommen. Allerdings um den Preis, daß das Phrasengewand, mit dem man das eigene Machtstreben verhüllt, immer fadenscheiniger wird. Nur genügt das nicht. Es genügt nicht, zu begreifen, daß das Gerede über mehr Vielfalt, mehr Toleranz und mehr Freiheit verlogen ist.

Es kommt darauf an, den Zusammenhang mit der Verschleierung der Machtverhältnisse zu begreifen und das heißt auch verstehen, daß gegen Macht nur Macht hilft, Gegen-Macht. Und um die zu gewinnen, bedarf es der Entschlossenheit und des Einsatzes.

Nach dem berühmten Wort des Perikles: "Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut."

Weißmann, Karlheinz, Dr. phil, geboren 1959, seit 1982 im Höheren Schuldienst des Landes Niedersachsen, Veröffentlichungen als Publizist und Historiker, Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der Desiderius-Erasmus-Stiftung.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 25. Juni 2019 (x1.000/...):

>>Die hinterhältige Umerziehung der Menschheit

Wie viele Anstrengungen, Umerziehungsstrategien sowie neue Lehrpläne und Programme prasseln unablässig auf Eltern und ihre Kinder ein! Kla.TV zeigt anhand zweier konkreter Beispiele auf, wie mittels hinterhältiger Manipulationstechniken die Umerziehung der Gesellschaft fortschreitet. Wann endlich werden solche widernatürlichen Entwicklungen gestoppt, bevor die Staatspolitik sie als sinnvoll erklärt und per Gesetz verordnet?!

Es ist erstaunlich, wie viele Anstrengungen, Programme, Umerziehungsstrategien, Neudefinitionen von Werten und neue Lehrpläne auf uns und unsere Kinder einprasseln. So, als wäre die Natur zu gar nichts in der Lage gewesen mit ihren natürlichen Werte- und Ordnungsprinzipien, die intuitiv alle Menschen - nicht nur Kinder - in sich tragen. Selbst Bewährtes muß "neu erfunden" und umgebaut werden.

Leider jedoch nicht zum Besseren hin, sondern vielmehr zu einem totalitären System, welches keine eigene und freie Meinung toleriert. Und das alles vorgeblich zum Wohl der gesamten Menschheit! Ein recht anschauliches Beispiel hierfür ist die hinterhältige Manipulation durch die Overton-Technik, benannt nach dem amerikanischen Soziologen und Juristen Joseph P.

Overton. Diese Technik ist wenig bekannt, kommt aber seit Jahrzehnten mit tragischem Erfolg im politischen Alltag zum Einsatz. Etwas Undenkbares wird so lange immer wieder als sinnvoll dargestellt, bis "jedermann" davon überzeugt ist.

Dieser Methode bedient sich die Staatspolitik, die dafür nicht selten auf die Kunst zurückgreift. Ein Beispiel dafür ist das neue britische Theaterstück "No Kids" (keine Kinder), das auch nach Deutschland kommen soll. Es zeigt zwei Homosexuelle, die auf eine wissenschaftliche Studie stoßen, die besagt, daß ein Kind auf dem Weg zum Erwachsenwerden 58 Tonnen CO2 produziere und somit die Umwelt extrem verschmutze.

Diese Studie wird nun aber ebenso wenig hinterfragt wie die von namhaften Wissenschaftlern widerlegte Theorie, daß menschengemachtes CO2 alleinverantwortlich für die Klimaerwärmung sei. Statt dessen diskutieren die beiden Homosexuellen nun, ob man zukünftig der Umwelt zuliebe auf Kinder und Autos verzichten solle. Obwohl Kinder doch die Grundlage für den Fortbestand der Menschheit sind, rückt das Undenkbare, nämlich das Abschaffen der Kinder, plötzlich in den Bereich der Möglichkeit. Wird morgen von jedermann das Autofahren und Kinderkriegen eingestellt, nur weil es als sinnvoll deklariert und zur offiziellen Staatspolitik geworden ist?

Wenn es häufig genug als sinnvoll wiederholt wird, ähnlich wie die CO2-Theorie, vielleicht schon. Ein anderes Beispiel für die heimliche Umerziehung der Gesellschaft ist der Welt-Kernlehrplan. Bereits vor Jahrzehnten begann diese weltweite Bildungsreform. Dabei handelt es sich um die Erschaffung eines neuen Menschheitsideals. Durch sozialpolitische Manipulation (auf Englisch "social engineering") und Neudefinierung ethischer Werte soll das Bewußtsein für eine neue globale Gesellschaft erschaffen werden.

Die Vorlage für diesen Bildungsplan lieferte seinerzeit der deutsch-britische Autor Robert Muller (1925-1998), ehemals stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen. Doch diesem perfiden Plan stand von Anfang an ein christliches, muslimisches oder anderweitig religiös-moralisches Wertefundament mit stabilen, gesunden Familien entgegen.

Das brachte um so massivere Maßnahmen auf den Plan, um das neue Menschheitsideal dennoch durchzusetzen. Paul Haubner von der National Education Association of America, zu Deutsch: "Nationale Bildungsvereinigung Amerikas", formulierte die neue Zielgebung Ende des 20. Jahrhunderts sehr drastisch: "Unsere Schulen können nicht zulassen, daß Eltern die Art der schulischen Werteerziehung ihrer Kinder beeinflussen. ...

Unsere Ziele sind unvereinbar mit den ihren." Die Krakenarme dieses Planes wirken längst mit Ganztagschulen, voranschreitender Kindergartenpflicht und Frühsexualisierung weltweit in sämtliche Bildungseinrichtungen hinein. Den Menschen sollen jegliche natürliche und traditionelle Auffassungen entrissen werden.

Diese heimlichen und hinterhältigen Umerziehungsmaßnahmen, deren Liste noch lange fortgesetzt werden könnte, kommentiert der österreichische Autor und Schauspieler Johann Nepomuk Nestroy bereits vor über 150 Jahren so: "Die Zensur ist das lebendige Geständnis der Großen, daß sie nur verdummte Sklaven, aber keine freien Völker regieren können."<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 26. Juni 2019 folgender Bericht über die Partei "Die Grünen" (x1.014/...): >>**Der Grüne Schwindel**

Grüne Mehrheit, Grüner Kanzler, Grüne Fassade

Von *Uli Gellermann*

Die GRÜNEN können schwindelerregende Wahlergebnisse verzeichnen: Allein bei den EU-Wahlen erreichte die einstige Alternativpartei mit 20,5 Prozent etwa eine Verdoppelung gegenüber der Europawahl vor fünf Jahren und verwies die SPD auf Platz drei in der Gunst jener, die immer noch glauben, daß Wahlen was ändern könnten. Selbst von der CDU-CSU wanderten 1.240.000 ehemalige CDU- oder CSU-Wähler zur vorgeblichen Öko-Partei. Bei

den unter 30-Jährigen, den Wählern der Zukunft, erzielten die GRÜNEN 33 Prozent. Da sehen alle andern Parteien alt aus.

Die wie üblich Mehrheiten erschnüffelnden Medien nahmen in der K-Frage Witterung auf: Der "Stern" brachte Robert Habeck, den Bundesvorsitzenden der Grünen, mit der Schlagzeile "Unser nächster Kanzler?" auf die Titelseite, und die Frau des grünen Spitzenduos bekam bei der "Welt" diesen Leitartikel: "Die nächste Kanzlerin heißt Annalena Baerbock". Waren die GRÜNEN nicht einst die ungeliebten Schmutzkinder des Medien-Stroms? Doch, klar. Als sie konsequent für die Abrüstung der Republik ein- und noch konsequenter gegen Atomkraft auftraten. Geboren wurde die grüne Partei in der außerparlamentarischen Opposition, auf den großen Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss und in den vielen Kämpfen gegen AKW's, vom Schleswig-Holsteinischen Brokdorf bis zum badischen Wyhl.

Spätestens seitdem der ehemalige Obergrüne Joschka Fischer, durch eine Menschenrechtslüge getarnt, an der Bombardierung Jugoslawiens führend beteiligt war, sollte der Friedenslack der grünen Partei eigentlich ab sein. Aber die vermeintliche Alternativpartei lernte die Regeln des üblichen Parlamentsbetriebs schnell:

Bei Kriegseinsätzen wie dem in Afghanistan reichte häufig ein halbes Nein oder eine stumme Enthaltung zur Wahrung des Scheins. Man war zwar irgendwie dagegen, aber auch ein bißchen dafür, man wollte zwar Wähler und Parteibasis nicht verärgern, aber auch nicht die mächtige USA und deren Platzhalter in den deutschen Medien. Hat geklappt: Immer noch gelten die GRÜNEN als Friedenspartei, irgendwie.

Aber vor allem klappt das grüne Marketing in der Umweltfrage. Erst recht jetzt, wo die Bedrohung durch den Klimawandel jede Menge auch und gerade junge Menschen auf die Straßen treibt, ist das grüne Label bei Wahlen einfach Gold wert. Geradezu vehement erinnert die "Fridays for Future-Bewegung" an die außerparlamentarische Herkunft der GRÜNEN, und während den üblichen Parteien, zu denen inzwischen auch die LINKEN zählen, der Ruf der Sitzungsakrobaten und Tagesordnungs-Jongleure vorausschallt, gelten die GRÜNEN immer noch als ziemlich unverbraucht. Und sogar als jung.

Was angesichts solcher Jogging-Ruinen wie Joschka Fisher geradezu bizarr komisch wirkt. Nicht nur der aufgeschwemmte Fischer und der saturierte, grüne Ministerpräsident und Daimler-Fahrer Winfried Kretschmann strafen das Etikett des Alternativen, das den GRÜNEN anklebt wie altes Kaugummi, augenscheinlich Lügen.

Eine Art blinder Gläubigkeit an das Umweltbewußtsein grüner Mandatsträger prägt das Wahlverhalten ökologisch orientierter Wähler. Der Verrat der Grünen an ihrer pazifistischen Herkunft mag sich herumgesprochen haben, daß auch ihre ökologischen Wurzeln längst angefault sind, scheint weniger bekannt. Als wäre ihr einst in Hessen beschworener Widerstand gegen den Bau eines dritten Terminals am Frankfurter Flughafen nicht längst auf dem Altar der lukrativen Koalition mit der CDU geopfert.

Es waren die GRÜNEN, die als Mitglied der NRW-Landesregierung keinen Finger gegen die Abholzung des Hambacher Forsts gekrümmt haben: Es fährt sich so schön in Dienstwagen. Es kopulierte sich gut im weichen Koalitionsbett mit der SPD.

Doch der wahre Prüfstein ist die Suche nach einem Atommüll-Endlager. Man kann zwar die einstigen Kämpfer gegen die Gefahren der Atomkraftwerke nicht für den Müll der Kernenergie-Industrie verantwortlich machen. Doch längst sitzen die GRÜNEN in einer Reihe von Landesregierungen an den Schalthebeln parlamentarischer Macht.

Seit Jahr und Tag werden Endlagerstätten für die hochgiftigen Hinterlassenschaften der Atom-Industrie benötigt. Und seit Jahr und Tag zeigen die möglichen Lager-Regionen mit dem Finger auf andere Gegenden. Zwar herrscht unter Geowissenschaftlern in Deutschland Konsens, daß die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle nur in Salz- oder Tongesteinen erfolgen sollte. Und die Tongesteine der Schwäbischen Alb und Oberschwabens kämen schon in Frage.

Aber davon will die grün geführte Regierung Baden-Württembergs nichts wissen.

Seit dem Januar 2019 regiert in Hessen eine schwarz-grüne Landesregierung. Die einstigen Feinde Volker Bouffier (CDU) und Tarek Al-Wazir (GRÜNE) knutschen seitdem in Frankfurt bis zum Atem- und Politikstillstand. Zwar lagern im hessischen Biblis seit dem 18. 05. 2006 rund 1.400 Tonnen atomaren Mülls. Zwischenlager, kein Endlager. Aber die Koalitionsregierung schweigt:

Keine Alternative, keine Initiative. Der smarte Robert Habeck ist seit dem 28. Juni 2017 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung in einem Kabinett der Jamaika-Koalition des Landes Schleswig-Holstein. In diesem Bundesland liegt der Atommüll-Standort Brokdorf. Doch weder von der CDU, der FDP noch den GRÜNEN erfährt man Produktives über die Endlagersuche.

Erbgutveränderungen, Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen: Alles Folgen, die im Atom-Müll lauern. Seit Beginn der Kernspaltung im ersten deutschen Atomreaktor FRM I im Jahr 1957 wurden bis Ende 2007 rund 12.500.000 Kilogramm tödlich strahlender Brennelementmüll erzeugt. Noch kein Kilo Kernbrennstoff wurde entsorgt. Manche radioaktiven Abfälle zerfallen innerhalb weniger Jahre, z.B. Krypton-85: Halbwertszeit 10,76 Jahre. Andere radioaktive Gifte hingegen weisen extrem lange Halbwertszeiten auf: zum Beispiel Jod-129: Halbwertszeit 17.000.000 Jahre.

Ins Endlager käme ein Cocktail aus vielen verschiedenen radioaktiven Abfallstoffen. Ein atomares Endlager muß also Sicherheit über viele Halbwertszeiten geben, über Zeiträume, die unser Vorstellungsvermögen sprengen. Es wäre dringend an der Zeit, aktiv gegen die gefährlichen Folgen der Atomindustrie zu werden. Doch wie schon bei der Sicherung des Friedens: Die GRÜNEN verraten ihre eigenen ursprünglichen Ziele durch Wegsehen, Nichtstun und Mitmachen.

Längst im Parlamentarismus angekommen und eingerichtet, wollen die GRÜNEN nicht an ihre außerparlamentarische Herkunft erinnert werden. So wie es von ihnen keine Initiative aus den Regierungen, in denen sie vertreten sind, für sichere Endlager gibt, so wenig gibt es Impulse für Kämpfe außerhalb der Parlamente. Die grüne Partei hat ihr bequemes Zwischenlager in den Parlamenten gefunden. Die GRÜNEN haben sich als Schwindel herausgestellt, als Fassaden-Ökologen, als Betrug am Wähler.<<

Herbert Ludwig berichtete am 27. Juni 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Kriegsschuld der Deutschen (x940/...): >>>**Versailles 1919 - Die Unterwerfung Deutschlands unter das Kriegsschuld-Diktat**

Am 28. Juni 2019 jährte sich zum 100. Mal der Tag, an dem die Vertreter Deutschlands erpreßt wurden, das Versailler Diktat zu unterzeichnen und die Lüge von der deutschen Kriegsschuld zu akzeptieren - ein folgenschweres Ereignis, das die weitere äußere und innere Zerstörung Mitteleuropas bis heute bestimmt hat. Um so wichtiger ist es, die wahren Kriegstreiber aufzuzeigen, wie sie heute nachgewiesen werden können. Der Deutsch-Franzose Cyril Moog stellt aufgrund der Forschungen schottischer Historiker übersichtlich das Netzwerk dar, das gegen Mitteleuropa geknüpft wurde (Herbert Ludwig).

Ein Gastbeitrag von Cyril Moog

"Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

So lautet der Artikel 231 des "Friedensvertrages" von Versailles, den die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 im Schloß von Versailles unterzeichnen mußte, um nicht zu riskieren, daß Deutschland besetzt und die britische Seeblockade, die zu Hunderttausenden von zivilen To-

ten in Deutschland und Österreich-Ungarn, aber auch in neutralen Staaten wie Dänemark führte, weiterhin aufrecht erhalten werden würde.

Dagegen vertritt der australische Historiker Christopher Clark die These, daß die "Schuld" für den Ersten Weltkrieg keineswegs bei einem einzigen Akteur zu finden sei. Vielmehr sieht er die Ursache in einer verhängnisvollen Kette von Entscheidungen verschiedener Akteure, die zum Krieg geführt haben sollen.

Mit seinem Titel *The Sleepwalkers* (deutsch: *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, 2012) greift Clark das scheinbar versöhnliche Diktum des ehemaligen britischen Premiers David Lloyd George aus den 1920er Jahren auf, demzufolge keine der europäischen Mächte den großen Krieg wirklich gewollt habe. Vielmehr seien sie alle mehr oder weniger schlafwandelnd blind in die Katastrophe "hineingeschlittert".

Was, wenn es einen solchen Kriegswunsch eben doch gegeben hat? Was, wenn der Krieg erwünscht und von langer Hand geplant gewesen ist - allerdings nicht von deutscher Seite? In ihrem 2013 erschienenen Buch *Hidden History: The Secret Origins of the First World War* offenbaren Gerry Docherty und Jim Macgregor, wie unser Bild von den damaligen Ereignissen in einem ganzen Netz vorsätzlicher Lügen besteht, das die damaligen Siegermächte sorgfältig gestrickt haben, damit es sich tief in der Psyche festsetzt.

Die beiden schottischen Historiker stützen sich dabei auf Fakten und Indizien, die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ans Tageslicht gekommen sind: Tatsächlich habe nicht Deutschland den Ersten Weltkrieg zu verantworten, sondern ein einflußreicher Zirkel in Großbritannien, der lange vor Beginn des Krieges die militärische Niederwerfung Deutschlands angestrebt habe.

Am Anfang war die Angst

Die bislang weitgehend unbekannte Geschichte, wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte, beginnt mit der Angst: der gemeinsamen Furcht einiger Angehöriger der englischen Oberschicht, daß eine Wachablösung anstehen würde, sollte nicht sehr bald etwas äußerst Radikales geschehen. Deutschland war drauf und dran, in wichtigen Bereichen wie Technik und Forschung, Industrie und Handel an England vorbeizuziehen.

Daraufhin wurde im Jahr 1891 in London von Mitgliedern der englischen Herrscherklasse eine Geheimgesellschaft gegründet, deren Ziel nichts Geringeres als die Weltherrschaft war. Zu diesem Zweck sollte das *British Empire* reformiert und auch die engen Verbindungen zwischen Großbritannien und den USA erneuert werden. *"Im innersten Kreis des von Cecil Rhodes gegründeten und finanzierten Geheimbundes stand eine handverlesene Gruppe von Männern, die heimlich die britische Kolonial- und Außenpolitik kontrollierte."*

Dazu gehörten William T. Stead, einer der einflußreichsten Journalisten seiner Zeit, und Lord Esher, der in den letzten Regierungsjahren Queen Victorias die Interessen des Königshauses vertrat und sowohl unter König Edward VII. als auch unter König George V. die imperiale Politik steuerte. Die Gesellschaft konnte zudem auf den großen Einfluß zurückgreifen, den die Familien Salisbury und Rosebury schon seit Langem in der britischen Politik innehatten. Auch King Edward VII. und die dem britischen Establishment sehr nahestehende internationale Bankiersfamilie der Rothschilds konnte miteingebunden werden. ...

Südafrika

Mithilfe massiver Investitionen seitens der Familie Rothschild war Cecil Rhodes in der Lage, mit Gold und Diamanten in Südafrika ein enormes Vermögen anzuhäufen. Hinzu kam, daß die Krone ihm die Erlaubnis erteilte, die *British South Africa Company* zu gründen, durch die er in den Genuß einer eigenen privaten Polizei und einer Armee kam, mit deren Hilfe den Eingeborenen auf brutale Weise mehr und mehr Land abgenommen wurde.

Als der Geheimbund um Rhodes den Entschluß gefaßt hatte, sich das Transvaal-Gold zu sichern, wurde ein unausgeglichener Plan für eine Invasion entwickelt, die dann auf peinliche

Weise scheiterte. Daraufhin übernahm Alfred Milner, ein enger Vertrauter von Cecil Rhodes, die Leitung. Es gelang ihm, zum Hochkommissar der Kapkolonie ernannt zu werden, nur um anschließend einen erneuten Krieg gegen die Buren vom Zaun zu brechen.

Während der Kampfhandlungen wurden den Briten jedoch mehrere schwere Niederlagen zugefügt. *"Das britische Heer brauchte nicht lange, um eindrucksvoll zu beweisen, daß es für den Krieg in Südafrika nicht geeignet war."*

Das Blatt wendete sich erst am Anfang des Jahres 1900, nachdem Feldmarschall Lord Roberts und dessen Stabschef General Lord Kitchener mit 60.000 Mann Verstärkung in Südafrika eingetroffen waren.

Als die Buren zu einem für die Briten äußerst verlustreichen Guerillakrieg übergingen, wandte Kitchener eine Strategie der "verbrannten Erde" an: Die Farmen in den Guerillagebieten wurden zerstört, die Ernten vernichtet und an die 120.000 Farmbewohner, vor allem Frauen und Kinder, in von Alfred Milner abgesegnete Konzentrationslagern interniert. Aufgrund katastrophaler Lebensbedingungen starben 26.000 Frauen und Kinder an Hunger und Krankheiten.

1905 kehrte Milner dann nach Großbritannien zurück, von wo er das nächste Ziel besser anvisieren konnte: das deutsche Kaiserreich.

Deutschland wird ins Visier genommen

Deutschlands wirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Aufstieg wertete die Geheime Soziopathen-Elite um Alfred Milner - Cecil Rhodes war bereits im Jahr 1902 verstorben - als direkte Bedrohung für ihre Weltherrschaftspläne. Zunächst würde man Verbündete für den Waffengang gewinnen müssen, die marode Armee mußte generalüberholt werden und auch die Royal Navy würde ihren historischen Vorsprung nicht einbüßen dürfen.

Außerdem mußte man mit propagandistischen Methoden auch die Öffentlichkeit auf deutschfeindlichen Kurs bringen. König Edward VII., seit 1874 Großmeister der Vereinigten Großloge von England und Protektor der britischen Freimaurerei, ließ sich in die Pläne einbinden und wurde zum Architekten der *Entente Cordiale*, Lord Esher zum Dreh- und Angelpunkt der Bemühungen, die Armee zu modernisieren.

Marokko - der erste Versuch

In der bereits 1904 von London und Paris unterzeichneten *Entente Cordiale* wurden die britische Kontrolle über Ägypten und das Interesse Frankreichs an Marokko bekräftigt. Als Frankreich dazu ermutigt wurde, ein internationales Abkommen mit Marokko zu brechen, um Deutschland damit zum Krieg anzustacheln, schlug Kaiser Wilhelm II. jedoch vor, das Thema einfach auf einer Konferenz mit internationaler Beteiligung zu klären.

Unterdessen lehnte das französische Parlament die Kriegstreiberei des französischen Außenministers Théophile Delcassé ab, der die volle Rückendeckung durch König Edward VII. genoß, und zwang ihn zum Rücktritt. Die Geheime Elite erkannte, daß man die französische Regierung erst noch viel gründlicher würde korrumpieren müsse.

Ein weiterer Verbündeter - das Zarenreich

Auch das Zarenreich sollte zu einem Bündnispartner gegen Deutschland gemacht werden. Mit Hilfe des russischen Außenministers Alexander Iswolski, der von der Geheimen Elite finanziert wurde und fortan einen Bündniskurs mit Großbritannien verfolgte, wurde 1907 ein Abkommen unterzeichnet, das Streitfragen zwischen den beiden Mächten in Afghanistan, Persien und Tibet löste.

Um Rußland schließlich in die *Entente Cordiale* einzubinden, wurde King Edward VII. 1908 nach Reval entsendet, wo er sich mit dem Zaren traf. Edward ließ sich zu dem Treffen von seinen Beratern aus der Geheimen Elite und Mitgliedern des *Committee of Imperial Defence* begleiten, der Zar vor allem von Außenminister Alexander Iswolski, der nicht damit aufhörte, die Balkanstaaten gegen Deutschland und Österreich-Ungarn anzustacheln. Die Bewegung für ein Groß-Serbien wurde dabei ermutigt, ihre Rachepläne nicht aufzugeben und sich auf

spätere Einsätze vorzubereiten.

Eine neue Regierung in England

Noch während sich die Regierungszeit der Konservativen dem Ende näherte, hatten die Konservativen unter Balfour und Landsowne einen geheimen Unterausschuß ins Leben gerufen: das *Committee of Imperial Defence*. Das Gremium nahm geheime Militärgespräche mit Frankreich und Belgien auf. Das Thema: Wie würde man bei einem Krieg gegen Deutschland vorgehen? Als schließlich ein Regierungswechsel anstand, konnte die geheime Elite H. H. Asquith zum Premierminister machen, Richard Haldane zum Kriegsminister und Edward Grey zum Außenminister, so daß die Außenpolitik nahtlos fortgesetzt werden konnte.

Alle drei waren enge Freunde und Bewunderer Alfred Milners, mit dem sie regelmäßig in Kontakt standen. Sämtliche Informationen zu ihren Aktivitäten verheimlichten sie vor dem liberalen Kabinett, um in aller Ruhe weiter auf einen Krieg mit dem Deutschen Reich zuzusteuern. Während Außenminister Grey die Pläne für den Krieg weiter vorantrieb, gab Kriegsminister Haldane der Armee eine neue Struktur. Admiral Sir John Fisher wiederum verpaßte der Flotte eine radikale Modernisierung: die Kriegsschiffe sollten fortan mit Öl befeuert werden. Später übernahm Winston Churchill diese Aufgabe.

Die Reihen schließen sich

Die Geheime Elite wollte in der Öffentlichkeit das Gefühl vermitteln, daß Deutschlands Flottenbauaktivitäten eine Bedrohung für Großbritannien darstellten. Zu diesem Zweck förderte Lord Northcliffe in seinen Blättern ausgedachte Schauergeschichten über eine deutsche Invasion in England, ebenso über zahlreiche deutsche Spione, die angeblich verdeckt im Land agierten. Währenddessen wurden überall im Empire Ableger der Geheimgesellschaft gegründet, um die "Dominions" stärker zu einer Einheit zu verschmelzen und auf den Krieg vorzubereiten; auch die USA sollten stärker eingebunden werden.

Schon Cecil Rhodes hatte erkannt, daß die USA eine zentrale Rolle spielen müssen, wenn man eine Welt anstrebe, die von der "angelsächsischen Rasse" dominiert werden solle. In den USA sammelte sich die wirtschaftliche Macht immer stärker in einigen New Yorker Familiendynastien, darunter die Häuser Morgan und Rockefeller.

Auch die Rothschilds waren eng mit Morgan sowie mit anderen aufstrebenden Kreditinstituten wie etwa Kuhn, Loeb & Co., Jacob Schiff und Paul Warburg verbunden. Der Geldadel in den USA wirkte massiv auf die Präsidentschaftswahlen von 1912 ein, damit seine Marionette Woodrow Wilson zum Präsidenten gewählt wurde. Wilson ermöglichte anschließend die Gründung des Federal Reserve Systems im Jahre 1913, das US-amerikanische Zentralbankensystem, mit dem maßgeblich der Erste Weltkrieg finanziert werden konnte.

Der zweite Versuch - Fes und Agadir

1911 wurden Gerüchte einer Rebellion in Fes gestreut. Daraufhin setzte Frankreich ein großes Truppenkontingent in Marsch, das sich dann als Besatzungsarmee entpuppte. Deutschland protestierte lediglich, indem es ein kleines Kanonenboot nach Agadir entsandte. Dies wurde allerdings von der Geheimen Elite maßlos übertrieben: Man behauptete, Deutschland wolle in Agadir einen Marinestützpunkt errichten und von dort aus die Seefahrtswege bedrohen.

In Frankreich selbst widersetzte sich der neu gewählte Ministerpräsident Joseph Caillaux den Kriegshetzern und nahm Verhandlungen mit dem Deutschen Reich auf. Erneut also gingen die Deutschen nicht in die Falle und handelten schon wieder eine diplomatische Lösung aus. Die Geheime Elite würde die vollständige Kontrolle über die französische Regierung übernehmen müssen.

In ganz Europa, in Großbritannien und im Empire suchte sich die Geheime Elite Politiker und Diplomaten, die sie nach ihrem Willen formen konnte. In Paris setzte sie Alexander Iswolski, inzwischen russischer Botschafter in Paris, darauf an, den amtierenden französischen Ministerpräsidenten Caillaux zu schwächen, und ihn durch Raymond Poincaré ersetzen zu lassen,

einen überzeugten Revanchisten.

Unter Poincaré verwandelte sich das französisch-russische Bündnis von einem Verteidigungsabkommen hin zum Kriegsabkommen. 1914 hielten französische Banken über 80 Prozent der russischen Staatsschulden: Poincaré und seine Förderer koppelten die Darlehen an die Bedingung, daß Rußland sein Militär ausbaue und das Eisenbahnnetz so modernisiere, daß sich die Truppen schneller gegen Deutschland in Stellung bringen lassen könnten. Die Rothschild-Häuser in London und Paris arbeiteten Hand in Hand daran, Rußland über verschlungene Kanäle mit dem notwendigen Kapital zu versorgen.

Pulverfaß Balkan

Als das Jahr 1912 anbrach, war es der Geheimen Elite bereits zweimal mißlungen, das Deutsche Reich zu einem Krieg anzustacheln. Marokko schien sich also dafür nicht zu eignen, so daß Agenten der Geheimen Elite die schwelenden nationalistischen Spannungen auf dem Balkan anfachten mit dem Ziel, die ganze Region in einen Brandherd zu verwandeln.

Die Kommandokette lief vom Foreign Office zu Iswolski in Paris, weiter zu Außenminister Sergei Dmitrijewitsch Sasonow in Rußland und schließlich zum russischen Botschafter in Belgrad Nikolaus Hartwig, der als Panslawist die expansionistischen Bestrebungen Serbiens gegen Österreich-Ungarn unterstützte.

Außenminister Sasonow meldete dem Zaren, daß sich die Briten insgeheim verpflichtet hatten, Frankreich bei einem Krieg mit Deutschland zu unterstützen. Entsprechend ermutigt, taten sich die Russen mit dem serbischen Nationalisten Oberst Apis und dessen Organisation "Schwarze Hand" zusammen, um das Attentat gegen den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand vorzubereiten.

Als seine Ermordung gelungen war, sorgte die Geheime Elite dafür, daß sich die Morde in Sarajewo zu einer umfassenden Krise auswuchsen. Dabei erhielt Österreich-Ungarn zunächst eine Menge geheuchelter Unterstützung; auch Deutschland wurde mit Freundschaftsbekundungen und Sympathiebetuerungen hinters Licht geführt.

Auf diese Weise wurde Graf Berchtold, seit 1912 österreichischer Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern, schließlich zu einer kühnen Reaktion ermutigt: Er würde der serbischen Aggression ein für alle Mal ein Ende bereiten. Mit anderen Worten: Er würde in die britische Falle tappen und Deutschland getreulich folgen. Wie bereits 1912 reiste der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré nach Sankt Petersburg und bekräftigte sein Versprechen, daß Frankreich, sollte Deutschland Österreich beistehen, an der Seite Rußlands in den Krieg ziehen würde.

Im Parlament, in der Presse und in Diplomatenkreisen wurde Deutschland unterdessen vorgezogen, daß sich die Beziehungen zu Großbritannien deutlich gebessert hätten. Dabei trieben die Agenten der Geheimen Elite ihre Vorbereitungen für die Zerstörung des Kaiserreiches immer weiter voran.

Serbiens Antwort auf Österreichs Forderungen setzte schließlich die Falle in Kraft, die man Graf Berchtold gestellt hatte. Während der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg noch verzweifelt nach Wegen suchte, den Frieden zu wahren, und auch Graf Bechthold nun bereit war, "einen Schritt vom Abgrund" wegzutreten, genehmigte der Zar am 26. Juli eine Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte. Daß die Generalmobilmachung durch eine Großmacht die erste Kriegshandlung war, galt als allgemein akzeptierte Tatsache.

Am 1. August sandte der russische Botschafter Alexander Iswolski ein Telegramm aus Paris nach Sankt Petersburg: "Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, daß die Regierung sich verbindlich zum Krieg entschieden habe." Also fast 24 Stunden bevor Deutschland die Generalmobilmachung verkündet und Rußland den Krieg erklärt hatte. Um 16 Uhr gingen aus dem zentralen Telegrafenamtsamt in Paris Telegramme mit dem Befehl der Geheimmobilmachung ab.

Zu diesem Zeitpunkt hatten auch Serbien, Österreich, Rußland, Frankreich und Großbritannien auf die eine oder andere Weise damit begonnen, ihr Militär vorzubereiten. Einzig das Deutsche Reich hatte noch nichts unternommen. Erst nachdem der Kaiser 24 Stunden lang vergeblich auf eine Antwort seiner telegrafischen Forderung gewartet hatte, Rußland solle sämtliche Truppenbewegungen entlang der Grenze einstellen, befahl er die Generalmobilmachung.

So entschloß sich das Deutsche Reich als letzte der europäischen Großmächte zu diesem unwiderruflichen Schritt, der ihm von der Entente Cordiale aufgenötigt wurde. "Wie", fragen Docherty und Macgregor, *"paßt das zu der Behauptung, Deutschland habe den Ersten Weltkrieg begonnen? ... Was sonst hätte Deutschland tun können? Entweder geduldig die eigene Vernichtung abwarten oder zuschlagen, um sich zu verteidigen. Damit die deutschen Streitkräfte bei einem Zweifrontenkrieg überhaupt eine Chance hatten, mußten sie blitzartig Erfolge einfahren."*

Eine gerechte Sache

Der britische Außenminister Edward Grey wußte mittlerweile, daß die britische Öffentlichkeit nicht zum Krieg bereit wäre, wenn Deutschland nicht klar als Aggressor hingestellt werden könnte. Also benötigte er noch unbedingt eine vermeintlich gerechte Sache, um die Briten mit in den Krieg zu reißen: Man fand sie im "tapferen kleinen Belgien", das man vor den verachtenswerten "Hunnen" beschützen müsse.

Als der deutsche Botschafter in London den Vorschlag unterbreitete, daß Belgiens Souveränität gewahrt bliebe, insofern Großbritannien dafür seine Neutralität versprechen würde, bekam er von Außenminister Grey keine aufrichtige Antwort. Statt dessen log er, daß es vorläufig nicht die geringste Absicht gebe, feindlich gegen Deutschland vorzugehen. Auf diese Weise sorgte Grey dafür, daß jedes Angebot von Frieden und Neutralität aus Berlin abgelehnt oder zurückgehalten wurde.

Gleichzeitig zeigte er sich über das deutsche Verhalten überaus empört: Angeblich habe das Kaiserreich alle Bemühungen um Einigung abgetan, um stetig auf den Krieg zuzumarschieren. Dabei wußte er nur zu gut, daß Deutschland notwendigerweise durch Belgien würde marschieren müssen, um sich gegen Frankreich zur Wehr zu setzen.

Am Abend des 2. August übergab der deutsche Botschafter in Brüssel den versiegelten Brief, den Generaloberst Moltke, der Chef des deutschen Generalstabs, ihm vorher zur Aufbewahrung zugestellt hatte. In dem Schreiben hieß es, Deutschland habe verlässliche Informationen, daß Frankreich durch Belgien marschieren und das Kaiserreich angreifen wolle.

Deutschland sei als Reaktion darauf seinerseits gezwungen, in Belgien einzumarschieren. Wenn sich Belgien nicht in den Weg stelle, verspreche Deutschland, nach Ende des Krieges und mit Friedensbeginn das Territorium zu räumen, für alle entstandenen Schäden aufzukommen und die Lebensmittel zu bezahlen, welche von den deutschen Truppen verbraucht würden.

Sollte Belgien die deutschen Einheiten dagegen nicht widerstandslos passieren lassen, sehe Deutschland sich leider gezwungen, Belgien als Feind zu betrachten. Der belgischen Regierung wurden zwölf Stunden Zeit für eine Antwort gegeben, also bis 7 Uhr am Morgen des 3. August. König Albert I. von Belgien schickte Sir Edward Grey eine Botschaft: Belgien werde das deutsche Ansinnen ablehnen, man bitte um die Hilfe Großbritanniens.

Als nun endlich feststand, daß Deutschland die belgische Neutralität definitiv verletzen würde, ließ Außenminister Grey seine heuchlerische Maske fallen und *"machte sein Engagement für eine Sache öffentlich, die nicht benannt werden konnte - den Vernichtungskrieg, den die Geheime Elite gegen Deutschland führen wollte"*.

Im Kabinett ging es nun schlagartig um die Loyalität gegenüber Belgien. Sollten die Briten einfach tatenlos mit ansehen, wie Belgien unter die Räder kommt, wäre der Ruf des Empire

auf ewig beschädigt. In Wirklichkeit hatte es bereits seit 1906 streng geheime Militärabkommen zwischen Belgien und Großbritannien gegeben: bis in die kleinsten Details hatten Briten und Belgier ihre Militärtaktik geplant und aufeinander abgestimmt.

Die Neutralität Belgiens war also nichts weiter als eine weitere Lüge, eine Täuschung, die man psychologisch sehr geschickt aufrechterhalten hatte, um die Briten vom Krieg gegen Deutschland zu überzeugen und die Deutschen als Bösewichter darstellen zu können. Nun erklärte Grey im Unterhaus, daß Großbritannien nicht tatenlos zusehen würde, sollte es zu einer Invasion Belgiens kommen, daß man Frankreich auf See unterstützen und Deutschland davon in Kenntnis setzen würde.

Am 3. August 1914 hielt Sir Edward Grey vor dem Unterhaus eine Rede, in der er noch einmal betonte, wie sehr er sich und seine Kollegen vom Foreign Office darum bemüht hätten, den Frieden in Europa zu bewahren. Er sprach vom furchtbarsten Verbrechen, das je die Seiten der Geschichtsbücher besudelte, dann eilte er aus dem Parlament, um Deutschland das schicksalhafte Ultimatum zu stellen - wohlwissend, daß die Besetzung Belgiens bereits im Gange war, die zentrale britische Forderung also nicht mehr zu erfüllen war. "Das Ultimatum war somit im Grunde eine Kriegserklärung."

Dann unterschrieb König George V. am Abend des 4. August 1914 im Buckingham Palace die offizielle Kriegserklärung. So bekam die Geheime Elite endlich ihren Krieg gegen Deutschland, den sie seit so vielen Jahren angestrebt und geplant hatte. Kaum begonnen, wurde das Kaiserreich auch schon propagandistisch mit Schuld überhäuft.

Vier Jahre später, am 11. November 1918, wurde nördlich von Paris, im Wald von Compiègne, in dem Eisenbahnwagon von General Foch der Waffenstillstand mit Deutschland unterzeichnet.

"Der Vertrag besagte, der deutsche Kaiser habe einen Expansionskrieg geführt und Europa tyrannisiert, während Großbritannien, Frankreich und Rußland alles getan hätten, um dies zu verhindern. Deutschland habe sich der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Freiheit, die je eine Nation beging, die sich selbst als zivilisiert bezeichnet, schuldig gemacht. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln - Universitäten, Presse, Kirchenkanzeln und dem gesamten Staatsapparat - trug die Geheime Elite diese falsche Schuldzuweisung in die Welt hinaus. Sie diffamierte den Kaiser und Deutschland und glorifizierte die Entente-Mächte."

Gleichzeitig mußte die tatsächliche Verantwortung der britischen Elite für den Krieg vertuscht werden: die wahren Hintergründe sollte auch die Nachwelt niemals erfahren.

Tatsächlich waren diese Leute auch in der Lage, die für sie relevante Geschichtsschreibung zu kontrollieren - und zwar *"von der kleinsten Dorfschule bis hinauf zu den Elfenbeintürmen der akademischen Welt"*. Regierungsunterlagen wurden sorgfältig darauf überprüft, ob sie in die offizielle Version der Geschichte des Ersten Weltkrieges einfließen durften oder nicht. Potentiell belastende Unterlagen wurden verbrannt, aus den offiziellen Registern getilgt, vernichtet, gefälscht oder umgeschrieben.

Geschichte als Immunsystem

Wir können davon ausgehen, daß eine solche Betrachtung der Geschichte - ganz besonders, wenn es sich nun um die wahre Beschreibung historischer Tatsachen handelt - auch heute noch politisch mehr als unerwünscht ist; mit anderen Worten: "volkspädagogisch wertlos", weil eine solche Geschichte wohl nicht dazu beiträgt, die Deutschen "in Schach zu halten". Viele Menschen im In- und Ausland scheinen immer noch eine tief verankerte Angst davor zu haben, daß die Deutschen - sobald sie keine Schuld, oder auch nur weniger Schuld und Gewissensbisse verspürten, jene mörderische Bestie in sich wieder aufsteigen lassen könnten, die für einen Großteil der Greuel des 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht wird.

Dabei sollte man nicht vergessen, daß gerade die offensichtlich ungerechtfertigte Schuldzu-

weisung in Bezug auf den Ersten Weltkrieg selbst nicht ganz unverantwortlich war am Erstar-
ken des Nationalsozialismus. Schließlich diente sie als Rechtfertigung für die Kriegsrepara-
tionen, die von den Nationalsozialisten propagandistisch ausgeschlachtet wurden, um gegen
die Weimarer Republik, um gegen Freiheit, Demokratie, ja gegen das sogenannte "internatio-
nale Judentum" zu wettern.

Selbst die Bundesrepublik wurde noch in die Pflicht genommen und mußte bis etwa 1983 14
Mrd. DM an Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg zurückzahlen. Eine stolze Sum-
me, wenn man davon ausgeht, daß die Schuldzuweisungen auf Lügen beruhten. Hinzu kamen
Zinsen in einer Höhe von 251 Millionen Mark aus den Jahren 1945 bis 1952, die bis zur Wie-
dervereinigung Deutschlands ausgesetzt und schließlich ab dem 3. Oktober 1990 wieder fällig
wurden, und schließlich am 3. Oktober 2010 getilgt wurden. Wichtiger ist jedoch die Frage,
welche Wirkung dieses Schuldbewußtsein im Bereich des Seelisch-Geistigen hat.

Wenn es nun wirklich so ist, daß im deutschen Volk - im Sinne einer *"historisch gewachsenen
Kulturgemeinschaft, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur
Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen
Strebens hinneigen"*, wenn in dieser deutschen Kulturgemeinschaft *"das tiefe Streben veran-
lagt ist, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen und die Erkenntnis
auf die hinter der Oberfläche wirkenden geistigen Kräfte zu erweitern, die den Erscheinungen
zugrunde liegen"*, daß "der Deutsche", wie Friedrich Hebbel 1860 schrieb, *"alle Eigenschaften
hat, sich den Himmel zu erwerben"*, so kann man sich fragen, welche Folgen dieses Schuld-
bewußtsein für das Streben nach den geistigen Quellen des Daseins haben könnte.

Könnte es nicht sein, daß die Deutschen vor der eigenen inwendigen Hölle eine solche Angst
haben, daß sie wie programmiert davor zurückschrecken, nach den Sternen zu greifen?

Womöglich wirkt das deutsche Schuldbewußtsein, das mit einer Dämonisierung der deutschen
Kultur einhergeht, in allen seinen Facetten wie eine Art geistiges Immunsystem.

Betrachtet man nun all die Geschehnisse, die zu den zwei Weltkriegen geführt haben, aus ei-
ner geistigen Perspektive, dann können diese Weltkriege als diabolische Inszenierungen er-
scheinen, die u.a. auch dazu geführt haben, daß die Deutschen so sehr an sich selbst verzwei-
feln, daß sie keinen Gebrauch mehr von ihren spirituellen Eigenschaften machen, daß ihr
Streben, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen, aufgeben, um sich
nur noch rein weltlichen Dingen zu widmen.

Möge der Tag kommen, da die Deutschen und alle, die mit der deutschen Kultur auf die eine
oder andere Weise verbunden sind, bei klarem Wissen um die grauenhaften Taten der Natio-
nalsozialisten - Taten, die tatsächlich auch im Namen des deutschen Volkes begangen wurden
- zurückfinden zu den lichten Quellen ihrer eigenen Kultur.

... Der Artikel wurde zuerst veröffentlicht in "Der Europäer" Februar 2019.

Von Cyril Moog ist ein neuer Roman erschienen: *Der neue Mensch - 1917-1923* ... <<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am
28. Juni 2019 folgender Bericht über die Scheindemokratie (x1.014/...): >>>**Dysfunktion der
Macht um Acht: Die Bundespressekonferenz als Abbild unserer Scheindemokratie**

von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Die Bundespressekonferenz (BKP) in Berlin ist ein untypischer Verein von Journalisten. Er
lädt Kanzler, Minister, Regierungssprecher sowie die Spitzenvertreter von Wirtschaft und Ge-
sellschaft dazu ein, auf seiner Bühne Rede und Antwort zu stehen.

Während im Ausland Medienleute üblicherweise von den politisch Mächtigen einberufen
werden und deren Informationen in Empfang zu nehmen haben, sollte es in Deutschland ge-
nau andersrum vonstatten gehen:

Journalisten erfragen eigenständig Auskünfte von ihren Gästen, Nachrichten werden offen
erarbeitet, nichts wird "off the records" durchgestochen, nichts im Hinterzimmer gekauft oder

als Auftragsbotschaft vergeben. Falls dieses Konzept je funktioniert hat, so kann heute davon keine Rede mehr sein. Die BPK ist zum Demonstrationsort programmierter Regierungsverlautbarung und journalistischer Rückgratlosigkeit verkommen.

Die versammelten Repräsentanten von Presse, Funk und Fernsehen - wenige Ausnahmen bestätigen die Regel - lassen sich in der BPK Woche für Woche von Politikern und speziell von den Regierungssprechern ebenso abspesen, wie man quengelnde Gören mit Gummibärchen abwimmelt.

Das verbale Manna des Staatssekretärs Steffen Seibert und seiner Gefolgschaft aus den Presereferaten der Ministerien besteht meist aus einem Gemisch von Halbwahrheiten, Desinformation, Schönfärberei, faulen Ausreden und Auskunftsverweigerung, dargereicht in bleiernen Floskeln und in einer verklemmten, steifen Atmosphäre. Die Auftritte der beamteten Sprechautomaten sind an Schamlosigkeit und Arroganz kaum zu überbieten. Spürbar reden sie oft wider besseres Wissen und letztlich daran interessiert, sich ihre Posten zu erhalten.

Ein Blick auf den gepflegten Rahmen: Die BPK hat ihren Sitz im Pressehaus am Schiffbauerdamm 40 in Berlin. Die Etage ist angemietet, das Gebäude gehört der Allianz Versicherung AG. Um recht zu bewerten, was sich dreimal wöchentlich im Raum 0103 abspielt:

Da sind bei weitem nicht alle rund 920 BPK-Mitglieder versammelt, sondern üblicherweise höchstens zwei Dutzend Personen, meistens Reporter der Nachrichtenagenturen und der Neuen Medien. Die Stallwache eben. Die Funkhäuser, auch das ARD-Hauptstadtstudio, sind per Standleitung zugeschaltet, ihre Mitarbeiter selten persönlich anwesend. Diese benutzen lieber die eigene Kriechspur zu den Regierenden und bedürfen selten des Umwegs über die BPK.

Rein formal betrachtet könnte die Bundespressekonferenz ein Garant für gelebte Demokratie und Grundgesetzlichkeit sein. Ihre Journalisten könnten als eingetragene Mitglieder des BPK-Vereins realisieren, was Verfassungsrechtler als entscheidend hervorheben:

"Die unerläßliche Voraussetzung für das Funktionieren der repräsentativen Demokratie bildet daher eine jedem Bürger zugängliche Berichterstattung über alle politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge und Entscheidungen, die dem Einzelnen seine individuelle politische Partizipation und Urteilsbildung erst ermöglicht. Diese verantwortungsvolle Aufgabe wird von den Massenmedien wahrgenommen, deren demokratischer Hauptauftrag es ist, jedem Bürger die Handlungsabläufe in Staat und Gesellschaft zur Kenntnis zu bringen und transparent zu machen."

Noch mal zum Nachschmecken: "Verantwortungsvolle Aufgabe, von den Massenmedien wahrgenommen" ist es, "die Handlungsabläufe in Staat und Gesellschaft transparent zu machen"? Ja freilich, schön wär's!

Politische Urteilsbildung und Teilhabe bedürfen nicht nur der Vermittlung aller interessierenden Fakten, sondern auch eines funktionsfähigen Debattenraumes. Nachrichtenanbieter wie ARD-aktuell hätten der Öffentlichkeit nicht nur zu vermitteln, was offiziell - beispielsweise in der BPK - verlautbart wird. Sie müßten ihr Publikum auch über die zugehörigen unterschiedlichen Meinungen informieren, damit es die jeweiligen Positionen gegeneinander abwägen kann:

Durch die Veröffentlichung der politischen Debatten in Parlamenten, Parteien und Interessensgruppen, aber auch durch eigene Kommentierung derselben, sollen die Medien zur Meinungsbildung der Bürger beitragen. Denn nur solche Themen, die in den Massenmedien diskutiert werden, können in einer breiten Öffentlichkeit wirksam werden und im Idealfall - so die urdemokratische Grundidee der Pressefreiheit - der vernünftigsten Meinung zum Durchbruch verhelfen.

Trefflicher läßt sich nicht beschreiben, woran es der Tagesschau und ihren Geschwistern im Geiste fehlt: am diskussionsoffenen Horizont. Unsere Medien verzichten auf Eigenständigkeit, sie driften im Mainstream, sind Teil desselben und verbreiten Einheitskost. Sie prägen

uniformierte Denkmuster im Sinne der vorherrschenden Politik. Nicht nur die Tagesschau-Sendungen sind darauf ausgerichtet, das Empfinden und Denken ihres Publikums zu uniformieren

Die Nachrichtensendungen sind Produkte eines Konglomerats von journalistischen Institutionen, Verlagen, Sendeanstalten, politischen Gremien, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessengruppen, die sich allesamt selten oder nie für die gesellschaftliche Aufklärung ihrer Adressaten engagieren. Vielmehr stützen sie ein krisenanfälliges, ungerechtes, aggressives, der Mitwelt schädliches kapitalistisches System, das einer ausschließlich am privaten Gewinn orientierten Zielsetzung dient. Die Methodik: Informationen auslassen, beschönigen, Feindbilder aufbauen, Scheindebatten anstoßen und führen, den Mächtigen eine Plattform bieten und als ihre allenfalls scheinkritischen Meinungsmultiplikatoren agieren.

Was sich als Informationswesen tarnt, ist tatsächlich eine eingefahrene, reibungslos funktionierende Anlage für sanfte, aber permanente und wirksame Gehirnwäsche. Die Quittung dafür ergibt sich aus Umfragen, die von den kritisierten Medien selbst in Auftrag gegeben werden. Sie erkennen den Mainstream-Medien nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung noch einige Glaubwürdigkeit zu. Wer die demoskopisch ermittelten Ergebnisse allerdings unter die Lupe nimmt, stellt fest: Weniger als die Hälfte der Bevölkerung hält die Medien für unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Interessen. Ein Offenbarungseid wäre fällig.

Am ehesten wird noch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den überregionalen und regionalen Tageszeitungen so etwas wie tradierte Glaubwürdigkeit zugebilligt. Aber auch dabei sind 60 Prozent der Befragten der Ansicht, daß unerwünschte Meinungen in der Berichterstattung ausgeblendet werden. Ebenso viele gehen davon aus, daß Vorgaben für die Berichterstattung gemacht werden - vor allem von Seiten der Regierung oder staatlicher Stellen, von der Wirtschaft oder von führenden Parteien.

65 Prozent, also zwei von drei Befragten, sind der Ansicht, daß Journalisten nicht immer sagen dürfen, was sie wirklich denken (ein Manko, das stromlinienförmige deutsche Journalisten gern ihren russischen Kollegen ankreiden). Zwei Drittel fordern eine tiefergehende Berichterstattung: In ihren Augen sollten die Medien Sachverhalte nicht zu sehr vereinfachen oder stereotyp darstellen (66 Prozent) und mehr auf die Folgen der Entscheidungen von Politikern eingehen (61 Prozent).

Die Mehrheit wünscht sich zudem mehr Transparenz in den Medien - die sollten die Herkunft ihrer politischen Informationen kenntlich machen. Die Hälfte der Deutschen wünscht sich, daß die Medien ihnen und ihren Alltagsorgen mehr Aufmerksamkeit schenken. (ebd.)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht mit seiner Berichterstattung nicht besser da als die kommerziellen Sender. Substantielle Abweichungen zeigen sich nicht. Die rundfunkbeitragspflichtigen Angebote unterscheiden sich allenfalls dank seriöserer Präsentation, geschmackvollerer Krawatten ihrer Selbstdarsteller - und dank ihrer jahrzehntealten Darbietungsriten (Tagesschau-Gong), die gleichzeitig das Signal zum Öffnen des Sechserpacks oder der Weinflasche liefern.

Noch bietet die BPK Journalisten beide Möglichkeiten: Sie können mittels Fragen und Nachfragen an politische Spitzenvertreter sowohl ein realistisches als auch ein illusionäres Bild von politischen Prozessen einholen und verbreiten. Wer diese Chance nutzen will, muß lediglich Mitglied im Verein "Bundespressekonferenz e. V." sein. Der Mitgliedsbeitrag ist erschwinglich. Geleitet wird die BPK e.V. von bekannten Profis der Mainstream-Medien, u. a. von Stephan Detjen, Chefkorrespondent im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks; der Mann fiel nur selten wegen kritischer Distanziertheit gegenüber der Regierung auf.

Untrennbar verbunden mit der BPK und gleichzeitig wichtiges finanzielles Standbein des Vereins ist der "Bundespresseball", ein gesellschaftliches Großereignis, das seit fast 70 Jahren von den Journalisten organisiert wird. Rund 2.500 namhafte Gäste aus Politik, Wirtschaft und

Kultur werden dazu eingeladen. Machthaber, Prominente und Journalisten feiern buchstäblich Arm in Arm bei Sekt, Wein und lockerem Geplauder. Das erzeugt Nähe und gegenseitiges Verständnis.

Die Big Band der Bundeswehr sorgte 2018 für den musikalischen Unterhaltungsrahmen. Für die BPK kostenlos konnten somit die Promis im Dreivierteltakt schwofen: NDR-Intendant Lutz Marmor, WDR-Chef Tom Buhrow, ARD-Aktuell-Sternchen Caren Miosga oder der bourgeoise Flügel der Linkspartei mit Arrivierten wie Katja Kipping und Caren Lay. Mit auf dem Parkett: Altbundeskanzler Schröder, der Grüne Cem Özdemir, Entwicklungshilfeminister Müller, Hessens Ministerpräsident Bouffier - alle, alle kommen gern zum Wohlfühlfest der Meinungs-Mafia.

Gesponsert wird das "Event" vom deutschen Geldadel: "Platin-Partner" Daimler, "Gold-Partner" und mächtiger Finanzdienstleister BNP, "Silber-Partner" Deutsche Post, Facebook, Krombacher. Zum Dank posiert auch schon mal Regierungssprecher Seibert vor den Werbeplakaten dieser Partner und ermöglicht reklameträchtige Pressefotos.

Davon gibt es reichlich, und alle Beteiligten haben etwas davon, jeder auf seine Weise. Der Ball wird traditionell von zwei Paaren eröffnet: mit einem Tänzchen der Bundespräsidenten-Gattin, geführt vom obersten BPK-Journalisten; der Bundespräsident schwenkt derweil die Gattin des BPK-Vorsitzenden übers Parkett.

Ein harmloses Vergnügen mag das nennen, wer sich selbst gern in die Tasche lügt und die Symbolkraft und Bindewirkung solcher Ereignisse unterschätzt: Exponenten von Politik und Medien Arm in Arm. Gehobenes Gesellschaftsleben in einer Atmosphäre von Geld und Geltung. Chapeau! Prästerchen! So sieht sie aus, die Unabhängigkeit unserer Journaille von Politik, Wirtschaft und Kapital: Man kennt sich, man schätzt sich, man amüsiert sich miteinander. Weit abgehoben vom Volk, dem man ja dienen sollte, und das die ganze Chose letztlich bezahlt.

In der steuerbefreienden Satzung der BPK wird in § 3 als Zweck des Vereins vorgegeben, Pressekonferenzen zu veranstalten und seinen Mitgliedern Möglichkeiten einer umfassenden Unterrichtung der Öffentlichkeit zu verschaffen. Soweit es dazu erforderlich erscheint, vertritt der Verein auch die Interessen seiner Mitglieder. Er verfolgt jedoch keine eigenwirtschaftlichen Interessen.

Viele BPK-Verläufe zeigen allerdings nur die Unvereinbarkeit von Wollen und Wirklichkeit. Entweder sind die Regierungsvertreter nicht zu sachdienlichen Auskünften und Antworten bereit - der Hausherr und gastgebende Vorstand der Bundespressekonferenz duldet in aller Regel auch ihre dreisten Unverschämtheiten - oder die versammelten Medienvertreter geben wichtige Informationen nicht an die Öffentlichkeit weiter, weil sie dem Tendenzvorbehalt ihrer Auftraggeber entgegenstehen. Manchmal liegt das informationelle Defizit auch daran, daß es der Reporterschar an sachdienlichem Vorwissen für geeignete Nachfragen mangelte.

Hinzu kommt das häufig geringe Interesse der Mitglieder am Angebot der BPK. Das hat den vormaligen Sprecher des Außenministeriums, Dr. Martin Schäfer (er ist heute Botschafter in Südafrika), sogar schon mal zu der Bemerkung veranlaßt:

Herr Vorsitzender, wenn Sie erlauben, würde ich zunächst erst einmal gern sagen, daß es jedenfalls mich persönlich - ich spreche nur für mich - ganz schön traurig macht, vor welcher leerer Kulisse wir hier sitzen. Wenn ich es richtig sehe, ist hier noch nicht einmal mehr eine Nachrichtenagentur vertreten.

Der spürbaren Wechselwirkung zwischen substanzfreier Verlautbarung der Regierungsvertreter und fehlendem journalistischen Engagement in solchen Pressekonferenzen brauchen wir wohl nicht auf den Grund zu gehen. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß sich spannende Informationen und Rückschlüsse gerade dann ergeben könnten, wenn unnachgiebig und treffsicher fragende Journalisten keine aufrichtigen Antworten von den Regierungsoffiziellen be-

kommen, ein sichtbarer Ausdruck der Mißachtung des Informationsanspruchs der Öffentlichkeit. Solche Momente haben ihren ganz eigenen Informationswert.

Als in dieser Hinsicht vorbildlich sollen hier die hartnäckigen Fragen der Kollegen Tilo Jung (Jung & Naiv) und Florian Warweg (RT Deutsch) genannt sein. Gäbe es diese beiden und die Videoübertragungen ihrer Aktivitäten nicht, würde kaum jemand die Verbalakrobatik erkennen, mit der die Politvertreter die Mainstream-Journalisten verladen und den Informationsanspruch des Publikums ignorieren. Auch die ARD-aktuell schweigt sich vornehm über ... (diese) Schweinereien aus. Den Nachrichtengehalt, der solchen Vorfällen innewohnt, übersieht sie geflissentlich.

Warweg und Jung - jeder auf seine Weise und mit eigener Präferenz - scheuen sich nicht, Leerformeln, Verlogenheit und Arroganz der staatlichen Repräsentanten öffentlichkeitswirksam bloßzulegen. Wie bedeutsam ihre Arbeit für die Meinungsbildung der Bürger ist und auf welch großes Interesse sie stößt, haben zum Beispiel die Millionen-Klicks des Rezo-Videos "Die Zerstörung der CDU" gezeigt; in dem Streifen spielt auch die BPK ihre übliche Rolle.

Davon drei Kostproben.

Am 19. Mai hatte Donald Trump dem Iran per "Twitter" die Vernichtung angedroht:

Wenn der Iran kämpfen will, dann wird das das offizielle Ende Irans sein. Drohen Sie nie wieder den Vereinigten Staaten!

Mehrere Journalisten fragten in der BPK die Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Kanzleramtes, ob es zu dieser Drohung eine deutsche Stellungnahme gebe. Der Sprecher des Außenministeriums verneinte und rechtfertigte die erstaunliche Zurückhaltung so: Man wolle den Konflikt zwischen dem Iran und den USA nicht weiter anheizen, außerdem kommentiere man keine Tweets des US-Präsidenten.

Auf die naheliegende Frage, warum die Bundesregierung sich in diesem Fall zahm gebe, während sie bei vergleichbaren iranischen "Vernichtungsdrohungen" gegenüber Israel unverzüglich mit harscher Verurteilung reagiere, blieb der Sprecher des Auswärtigen Amtes die Antwort schuldig und wiederholte lediglich:

"Wir sind gegen verschärfende Rhetorik". Und die Sprecherin des Kanzleramts echote ebenfalls nur: Man kommentiere die Trump-Tweets nicht.

Erst auf erneute Nachfrage des RT-Reporters ließ sich die Frau zu der "Erklärung" herbei, die Situation sei im Hinblick auf Israel nicht vergleichbar: Der Aufruf zur Vernichtung Israels sei für die Bundesregierung völlig inakzeptabel und zu verurteilen. Auf den Einwand, die Staatsführung des Iran habe nie von einer Auslöschung Israels gesprochen, sondern immer nur - man kann das werten, wie man will - von der "Vernichtung des zionistischen Regimes", während Trump tatsächlich die Vernichtung eines Staates androhe und damit auch das Leben der Bevölkerung Irans meine, erwiderte die Sprecherin der Kanzlerin inhaltlich nichts.

Spätestens in diesem Moment hätte der gastgebende BPK-Leiter einhaken und deutlich machen müssen, daß es auf einer Sitzung der BPK üblich sei, auf sachliche Fragen auch sachlich zu antworten. Er unterließ es jedoch, gegen die regierungsamtliche Arroganz einzuschreiten. Es bleibt der peinliche Eindruck: Den BPK-Herrschaften geht es nicht in erster Linie um eine "umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit" (§ 3 der BPK-Satzung), sondern eher um das Wohlwollen der Regierungsvertreter.

Nicht minder die Reaktion der ARD-aktuell: Zwar wurde über den Trump-Tweet in der Hauptausgabe der Tagesschau berichtet, aber mit keinem Wort die doppelzüngige Stellungnahme der Merkel-Regierung in der BPK erwähnt. Das offenkundige Motiv: Chefredakteur Dr. Gniffkes regierungsfremde Qualitätsjournalisten wollten "Mutti" Merkel vor öffentlicher Kritik schützen und ließen zu diesem Zweck Doppelstandards gelten.

Ergebnis: Gedanklicher Nachvollzug der regierungsüblichen Rektalvisiten bei US-Präsident Trump sowie Kritiklosigkeit gegenüber der Regierung Israels einerseits, andererseits Hinnah-

me des passiven, teilnahmslosen Schweigens angesichts der verbalen US-Attacke auf den Iran.

Wie wenig selbstkritisch Dr. Gniffkes Qualitätsjournalisten sind, wird im Vergleich ihrer Berichterstattung über die deutsche BPK mit der über die Pressekonferenzen des russischen Staatspräsidenten Putin deutlich. "Bloß keine Nachfrage!" höhnen sie über ihre Moskauer Kollegen und bezichtigen sie konformistischer Berufspraxis und fehlender Courage. Volksweisheit:

Wer anderen in der Nase bohrt, ist auch ein Schwein.

Am 17. Juni 2019 problematisierten "die üblichen Verdächtigen" in der BPK deutsche Waffenexporte an die Jemen-Kriegsverbrecher Ägypten und Vereinigte Arabische Emirate, VAE. Der Hintergrund: Waffenlieferungen in Konfliktregionen und an nicht zur NATO gehörende Kriegsbeteiligte sind nach deutschem Recht unzulässig. Fragen an den Regierungssprecher Steffen Seibert:

"Waffen im Wert von 800 Millionen Euro an Ägypten sowie im Wert von 200 Millionen Euro an die VAE: Kann es sein, daß Ägypten und die VAE aus Sicht der Bundesregierung einfach keine 'unmittelbar Beteiligten' sind, Herr Seibert? Dann würde das alles ja Sinn ergeben. (ab 25:05")

- Kann uns ein Ministerium sagen, wer die 'unmittelbar Beteiligten' im Jemen-Krieg sind?
- Werden wir jemals erfahren, wer aus Sicht der Bundesregierung die 'unmittelbar Beteiligten' im Jemen-Krieg sind? Ich frage das hier seit anderthalb Jahren, Herr Seibert; das wissen Sie.
- Sie sagten, daß die Antwort mit den unmittelbar Beteiligten unter anderem in Kleinen Anfragen beantwortet worden wäre. Könnten Sie uns die nachreichen? Könnten Sie sagen, wo wir das finden können? (ab 36:07")

Ich würde gerne wissen, ob es in den letzten zwölf Monaten überhaupt einen Einzelfall gab, in dem negativ entschieden wurde, was das Thema 'Jemen-Krieg/Beteiligte/Waffenexporte' angeht."

Seibert behauptete wider besseres Wissen eine restriktive Praxis bei der Waffenexport-Genehmigung und verwies im Übrigen auf seine Geheimhaltungspflicht. Der gastgebende BPK-Veranstaltungsleiter schwieg dazu, anstatt festzustellen, daß eine so umfassende Geheimhaltungspflicht hinsichtlich der Waffenexporte nicht besteht und rechtlich auch nicht zu begründen wäre; er forderte Seibert nicht dazu auf, seine Antwortverweigerung zu überdenken.

Immerhin zeigte diese Pressekonferenz besonders anschaulich, wie mit beharrlichen und nicht beantworteten Journalisten-Fragen indirekt aufschlußreiche Informationen vermittelt werden können, was der Regierungssprecher sicher gern ausgeschlossen hätte. Nicht nur, wenn es um die blutigste und schmutzigste Art von Geschäften geht, nämlich um den Verkauf von Massenmordwerkzeug ans Ausland, erweisen sich führende Repräsentanten der Politik als Vertuschler, Lügner, als Auskunftsverweigerer und als unseriöse Weißwäscher.

Der Musterfall demonstriert darüber hinaus, wie wenig BPK-Vorstandsvertreter bereit sind, die Bemühungen ihrer kritischen Journalisten zu unterstützen:

Herr Jung, ich verstehe, daß Sie die Antwort möglicherweise nicht zufriedenstellt, das müssen Sie leider so hinnehmen.

Ach ja? Mußte er? Oder hätte der Konferenzleiter und Gastgeber nicht vielmehr dem Regierungssprecher erklären müssen: "Herr Seibert, Sie sind hier zu Besuch, ich muß Sie bitten, sich entsprechend zu benehmen?" Und: "Wenn Sie nicht die Absicht haben, begründete Fragen sachlich zu beantworten, dann sitzen Sie im Augenblick auf dem falschen Platz!"

Jung & Naiv ließ allerdings selbst nicht locker und entlarvte zwei Tage später auf der nächsten Pressekonferenz die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer als rechthaberische Servierdame von "Fake News":

"... am Montag wollte ich noch wissen, wie viele Rüstungsexportgenehmigungen letztes Jahr abgelehnt wurden. Da hatte Herr Seibert so getan, als ob das geheim sei. Jetzt schreiben Sie heute selbst davon, daß letztes Jahr 88 Anträge auf das Ausführen von Rüstungsgütern abgelehnt wurden, was einem Wert von 39,43 Millionen Euro entsprochen habe. Gleichzeitig hat man letztes Jahr Rüstungsgüter im Wert von 4,8 Milliarden Euro ausgeführt. ... Da steht: Es gab 11.100 positive Genehmigungen. ... 0,8 Prozent der Anträge auf Rüstungsexporte werden also von der Bundesregierung abgelehnt.

Jetzt sagen Sie ja immer wieder, daß Sie eine restriktive Rüstungspolitik machen. ... Herr Seibert sagte hier noch am Montag: 'Wenn man jeden Antrag genehmigte, könnte man kaum von einer restriktiven Politik sprechen.' Das haben wir doch! Sie genehmigen 99,2 Prozent aller Rüstungsexporte. ... Wenn Sie 99,2 Prozent aller Sachen akzeptieren: Das ist doch nicht restriktiv! (ebd., ab 44:17")."

Auch aus dieser brisanten Phase einer Bundespressekonferenz ließ die ARD-aktuell kein Wort an die Öffentlichkeit gelangen. Ausführlich berichtete sie hingegen aus der Veranstaltung, daß dort über die geplanten Änderungen der Grundsteuer keine Informationen gegeben worden seien. Eine Nullnummer.

Derartige Nachrichten-Gewichtung belegt journalistische Ignoranz und Inkompetenz. Sie ist Betrug am Informationsanspruch der Öffentlichkeit. Der Betrugsvorwurf ist angebracht, schließlich zahlt diese Öffentlichkeit die Rundfunkgebühr nicht in der Absicht, sich mit Informationsluschen abfertigen zu lassen.

Das Internet-Angebot des ARD-Faktenfinder schauen sich kaum 20.000 Besucher auf tageschau.de an, während die Zahl der an Jung & Naiv-Interessierten locker die 70.000-Marke überschreitet. Dr. Gniffke, seine Mitverantwortlichen in der Redaktion, seine Vorgesetzten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dessen aufsichtführende Rundfunkräte, allesamt Siegelbewahrer des deutschen Qualitätsjournalismus, finden die Zweitrangigkeit des "Faktenfinder" offenbar nicht mal peinlich.

So verdienstvoll Jung & Naiv sich oft in der BPK schlägt, so fragwürdig ist manchmal die Rolle, die der Herausgeber Tilo Jung an anderer Stelle spielt: Er schämt sich nicht, einem kritischen Kollegen in den Rücken zu fallen.

Florian Warweg vom russischen Fernsehsender RT Deutsch sprach die Vertreter der Bundesregierung in der BPK am 6. November 2018 auf die Roßtäuscherei mit den sogenannten "Weißhelmen" an, vorgeblich eine syrische Zivilschutzorganisation, erwiesenermaßen jedoch Handlanger von Terroristenbanden, vom Westen unterstützte Kriegspropagandisten, die sich ausschließlich in den von Söldnern und Dschihadisten besetzten Gebieten in Szene setzen. Die Regierungssprecher - Christopher Burger, Außenministerium, Sören Schmidt, Innenministerium - verstrickten sich bei der Beantwortung prompt in Widersprüche.

Ohne erkennbaren Grund sprang ihnen schließlich Tilo Jung zur Seite und betätigte sich als Stichwortgeber. Ganz und gar nicht "jung und naiv", sondern reichlich hinterlistig fragte er den Außenamtssprecher:

Herr Burger, wie bewertet die Bundesregierung die russischen Propagandamaßnahmen gegenüber den Weißhelmen?

Burger, hocherfreut über die unerwartete Steilvorlage, präsentierte sofort die bekannte Propaganda-Schablone: Rußland sei bemüht, die "Weißhelme" trotz deren "unbestreitbarer humanitärer Verdienste" zu diskreditieren.

Die Kolleginnen und Kollegen der deutschsprachigen russischen Medien haben wegen der gehässig und dummdreist hochgetriebenen Russophobie hierzulande ohnehin keinen leichten Stand. Daß ihnen auch ein vermeintlich kritischer Journalist wie Tilo Jung so elementar die kollegiale Solidarität verweigert, ihnen sogar in den Rücken fällt, sagt eine Menge über ihn selbst und über seinen Charakter aus. Er war bereit zur Liebedienerei, und zwar unter Verlet-

zung seiner beruflichen Pflicht, unabhängig vom Fragesteller alle aufschlußreichen Informationen aufzunehmen. Der Fall zeigt die (selbstverschuldete) Begrenztheit journalistischer Arbeitsweise in Deutschland.

Auch ein bekannter Medienkritiker wie Stefan Niggemeier gibt sich solche Blößen. In einem an sich lesenswerten Beitrag über die BPK setzt er sich zwar angemessen mit dem unprofessionellen Gebaren eines WELT-Journalisten auseinander und kritisiert die antirussische Attitüde des Mannes. Zugleich aber verkniff er es sich nicht, ebenfalls über die Kollegen der deutsch-russischen Medien herzuziehen:

Daß auch mich die meisten Wortmeldungen von Sputnik und RT Deutsch nerven, tut nichts zur Sache. Daß sie Fragen stellen, die mich nicht interessieren oder meinem Verständnis der Lage nicht oder oft überhaupt nicht entsprechen: geschenkt. Daß sich viele ihrer Fragen wie Kommentare aus der YouTube-Kommentarspalte anhören, sagt eher was über ihr journalistisches Niveau aus als über ihre Gefährlichkeit ..."

Daß auch seine Erhabenheit, der "Papst der Medienkritik" Niggemeier, seinem Affen Zucker gibt, Pfauenräder schlägt und sich selbst voller Selbstgefälligkeit für überlegen hält: ebenfalls geschenkt.

Wesentlicher ist anderes: Wir steuerzahlende Bundesbürger alimentieren beamtete Regierungspropagandisten und Faktenverdreher wie Seibert, Burger oder Schmidt dafür, daß sie uns faulen Zauber servieren, mit Jahresgehältern bis zu 180.000 Euro und dem Anspruch auf eine Rente von mehr als 120.000 Euro. An die 80.000 Euro jährlich streichen qualitätsjournalistische Pappnasen ein, die den Schmarren aus solchen Hohlräumen wie der BPK durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkkanäle zu uns durchschieben; ihre Gehälter werden aus unseren Rundfunkbeiträgen erbracht. Wir löhnen also indirekt gleich zweimal dafür, daß wir nach Strich und Faden angeschmiert werden.

Wenn es schon sein muß, hochverehrtes Publikum: Wo ist unsere Republik tatsächlich angekommen? Könnten wir uns nicht ohne diese Leute auch selbst verarschen, notabene kostenlos?

Das Autoren-Team: Friedhelm Klinkhammer, Jahrgang 1944, Jurist. 1975 bis 2008 Mitarbeiter des NDR, zeitweise Vorsitzender des NDR-Gesamtpersonalrats und des ver.di-Betriebsverbandes sowie Referent einer Funkhausdirektorin.

Volker Bräutigam, Jahrgang 1941, Redakteur. 1975 bis 1996 im NDR, zunächst in der Tageschau, von 1985 an in der Kulturredaktion für N3. Danach Lehr- und Forschungsauftrag an der Fu-Jen-Uni in Taipeh.

Dieser Beitrag erschien am 25.06.2019 bei RT-Deutsch.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 6. Juli 2019 (x1.063): >>>**Kein Frieden ohne Gerechtigkeit**

100 Jahre nach dem Versailler Vertrag ist Europa tiefer denn je in die Logik des Krieges verstrickt.

von *Karl-Jürgen Müller*

100 Jahre nach Versailles ist die Bilanz ernüchternd. Viele Verantwortliche, allen voran Politiker des Westens, waren und sind auf permanenten Krieg eingestellt, in dem sogenannte Friedensschlüsse nur Etappen auf dem Weg sind, Kriegsziele zu erreichen. Wirklichen Frieden, auch in Europa, gibt es nicht ohne Wahrheit und Gerechtigkeit. Davon waren und sind wir noch immer weit entfernt.

Am Abend des 20. Juni 2019 stand die Welt, folgt man unseren Medien, nur wenige Minuten vor einem Krieg zwischen den USA und Iran und einem Flächenbrand im gesamten Nahen Osten. Was den US-Präsidenten dann doch noch bewogen hat, den Angriff auf Iran abzusagen, ist eine wichtige Frage. Der US-Präsident hat getwittert, der Tod von 150 Menschen beim geplanten Angriff - so hatten ihn, heißt es, seine Militärs informiert - wäre für ihn in

Anbetracht einer vom Iran abgeschossenen unbemannten Drohne "keine verhältnismäßige" Antwort gewesen. ... Auf Menschenleben Rücksicht zu nehmen, das klingt nach einem ehrenwerten Motiv.

Die USA und Iran ...

Interessant, was demgegenüber der ehemalige deutsche Staatssekretär Willy Wimmer in einem Interview vom 21. Juni geäußert hat:

"Der nächste Krieg (der USA), auch wenn er die Wahlkampfspender zufrieden stellen sollte, könnte der letzte Krieg für das sein, was wir unter USA verstehen. In der Anti-Iran-Koalition ... können unter einem Präsidenten Trump die Interessen dieser Staaten gegenüber dem Iran nur bedient werden, wenn sich die USA selbst zur Disposition stellen.

Wir haben das schon in Nordkorea und in Venezuela gesehen. Die USA werden ausgetestet, und ich sehe bei tatsächlichen und möglichen Rivalen der USA niemanden, der den Iran zu opfern bereit sein könnte." Und wie viele Menschenleben die von den USA ausgehende und nun weiter beschleunigte Sanktionsspirale gegen Iran schon gekostet hat und weiterhin kosten wird, ist schon gar kein Thema.

Karin Leukefeld hat in einem Interview vom 15. Juni 2019 mit Idriss Jazairy, dem Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrates zu den Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Menschenrechte der Bevölkerung des betroffenen Landes, mit Blick auf Syrien erneut auf dieses weitgehend totgeschwiegene Unrecht aufmerksam gemacht.

Dieses Beispiel aus der aktuellen Weltpolitik ist nur ein Beispiel für die These, daß wir den öffentlichen Aussagen unserer Politiker und Medien in international angespannter Zeit kaum noch trauen können und die tatsächlichen Ziele und Zusammenhänge der Politik oftmals verdeckt bleiben. Diesbezüglich hat sich in den 100 Jahren seit Versailles kaum etwas verändert. Welche Folgen hat dies?

... und der Versailler Vertrag

Am 28. Juni 2019 jährt sich zum hundertsten Mal die deutsche Unterzeichnung des Vertrages von Versailles. Über diesen Vertrag gibt es eine Unmenge an Literatur. Hier sei nur kurz Wikipedia zitiert:

"Die deutsche Delegation durfte an den Verhandlungen (über den Vertrag) nicht teilnehmen, sondern konnte erst am Schluß durch schriftliche Eingaben wenige Nachbesserungen des Vertragsinhalts erwirken. Der Vertrag konstatierte die alleinige Verantwortung Deutschlands und seiner Verbündeten für den Ausbruch des Weltkriegs und verpflichtete es zu Gebietsabtretungen, Abrüstung und Reparationszahlungen an die Siegermächte.

Nach ultimativer Aufforderung unterzeichnete Deutschland am 28. Juni 1919 den Vertrag unter Protest im Spiegelsaal von Versailles. Nach der Ratifizierung und dem Austausch der Urkunden trat er am 10. Januar 1920 in Kraft. Wegen seiner hart erscheinenden Bedingungen und der Art seines Zustandekommens wurde der Vertrag von der Mehrheit der Deutschen als illegitimes und demütigendes Diktat empfunden."

Heute gehen viele Sachverständige davon aus, daß der Versailler Vertrag eine enorme Schwächung für die demokratischen Kräfte der noch jungen deutschen Weimarer Republik bedeutete und die Feindschaften zwischen den im Ersten Weltkrieg gegeneinander stehenden Staaten nicht beendete - im Gegenteil. Und auch, daß Hitlers Propaganda und die erneute Kriegsvorbereitung gerade wegen des Versailler Vertrages von zu vielen Deutschen unwidersprochen blieben.

Propaganda und Interessen

Die Propaganda der Siegermächte des Ersten Weltkrieges sah nach 1918 allerdings ganz anders aus. Schon während des Krieges hieß es, zuerst aus Großbritannien, dann auch aus den USA, der Krieg der Alliierten gegen Deutschland sei "the war to end wars" beziehungsweise "the war to end all wars", schließlich der Krieg, "to make the world save for democracy". Wä-

re der "deutsche Militarismus" ein für allemal besiegt, dann stünde Frieden und Demokratie in der Welt nichts mehr im Wege.

Heute wissen wir, daß es auch die Interessen US-amerikanischer Großbanken an der Rückzahlung ihrer enormen Kriegskredite gab, die sie Frankreich, Großbritannien und Rußland gewährt hatten - was bei einer Niederlage dieser Mächte sehr unwahrscheinlich geworden wäre. Auch ein britisches Interesse daran, den lästigen, vor 1914 stark aufstrebenden Konkurrenten auf dem Festland entscheidend zu schwächen. Auch ein französisches Interesse, den "Erzfeind" jenseits des Rheins auf Dauer unten zu halten. Die Liste ließe sich verlängern.

Wessen Interessen?

Aber wessen "Interessen" waren dies, wenn der Preis dafür - zuerst im Ersten und dann im Zweiten Weltkrieg - ein millionenfacher Blutzoll und zerstörte Länder waren. Die Interessen der Völker waren es nicht. Und so war auch der Versailler Vertrag kein Friedensvertrag, sondern eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Eine Lehre nach Versailles und dessen Folgen hätte nach 1945 sein können: Kein Frieden ohne Gerechtigkeit. Das hat die Welt bis heute nicht geschafft - Teile der Charta der Vereinten Nationen waren ein redlicher und ernsthafter Versuch; aber auch hier bedeutete das Konstrukt des Weltsicherheitsrates und der Siegermächte als Vetomächte einen fundamentalen Bruch der Rechtsgleichheit.

Zur Gerechtigkeit gehört die Wahrheit, soweit man sie kennt und zu akzeptieren bereit ist. Wahrheit nach einem Krieg darf nicht mit Siegerpose und Verachtung für den Unterlegenen einhergehen - sie paßt nur dann zur Gerechtigkeit, wenn sie jedem tatsächlich (objektiv) gerecht wird.

Es darf kein oben und unten geben. Es allen (subjektiv) "recht zu machen" ist nicht das Ziel. Rachegefühle wegen erlittenen Unrechts passen nicht zur Gerechtigkeit, weder auf Seiten der Sieger, noch auf Seiten der Besiegten. Wahrheit ist auch keine wirkliche Wahrheit, wenn sie den Weg zur Versöhnung verbaut. Auch die muß jedem gerecht werden. ... Und einiges mehr kommt hinzu.

Das alles zu verwirklichen ist sehr anspruchsvoll und setzt den Willen und langen Atem aller Beteiligten voraus. Noch sind wir weit entfernt davon - und das Bemühen hat offensichtlich nachgelassen.

Bis heute werden die Völker belogen, wenn es um Krieg und Frieden geht. Der Vertrag von Versailles und dessen Folgen hätte die Menschheit lehren können, daß es so nicht geht. - Die Aufgaben der Menschheit sind groß.

Karl-Jürgen Müller ist Lehrer und unterrichtet die Fächer Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde an einer deutschen Berufsschule. Er lebt in der Schweiz und engagiert sich dort ehrenamtlich bei der genossenschaftlich organisierten Zeitung "Zeit-Fragen".<<

Die Schweizer Tageszeitung "Neue Zürcher Zeitung" ("NZZ Digital") berichtete am 23. Juli 2019: >>Yuval Noah Harari: "Vor einer vergleichbaren Herausforderung hat die Menschheit noch nie gestanden"

In 100 Jahren wird das Leben auf Erden ziemlich anders aussehen: Laut Yuval Noah Harari könnten biotechnologische Innovationen bald eine neue Spezies entstehen lassen oder den alten Homo sapiens einem neuen Totalitarismus unterwerfen. Sind diese düsteren Visionen mehr als Spekulationen?

Claudia Mäder

"Five more minutes!" - Yuval Noah Hararis Zeit ist knapp bemessen, gleich zwei Assistenten wachen beim Interview über die Einhaltung des eng getakteten Fahrplans. Der israelische Historiker, der 2002 in Oxford promovierte und heute noch in Jerusalem unterrichtet, ist als gefragter Redner auf der ganzen Welt unterwegs. Jüngst machte er an der Ecole polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL) halt. Dort haben wir ihn zum Interview getroffen.

NZZ: Herr Harari, wie man hört, soll aus Ihrem Weltbestseller ein Hollywoodfilm werden. Wenn Sie selber Regie führten, welches Genre würden Sie für Ihre "Kurze Geschichte der Menschheit" wählen - Drama, Komödie, Katastrophenfilm?

Harari: Wir arbeiten tatsächlich an diesem Projekt, und es ist ziemlich schwierig. Die ganze Menschheitsgeschichte in einem Film darzustellen, ohne bei einer Doku zu enden: Das ist eine knifflige Aufgabe. Zurzeit studieren wir an verschiedenen Formen herum. Den Katastrophenfilm und die Komödie kann ich aber definitiv ausschließen! Im Moment sieht es am ehesten nach einem Drama aus, das aber mit Science-Fiction-Elementen angereichert wird, wobei wir nicht ins Phantastische driften werden. Schließlich erzählen wir eine wirkliche Geschichte.

NZZ: In dieser Geschichte ist der Mensch der Hauptdarsteller. Was ist das hier und heute für Sie: "der Mensch"?

Harari: Ich glaube, daß man im Jahr 2019 vor allem eines über uns wissen muß: Der Mensch ist heute ein "hackable animal" - ein Tier, das gehackt werden kann. Bisher gab es großen Aufruhr und viele Diskussionen um gehackte Computer, Bankkonten, Online-Profile, Smartphones oder staatliche Systeme. Doch noch haben wir nicht richtig begriffen, daß einige Firmen und Staaten parallel dazu auch die Technologien entwickeln und erlangen, um uns Menschen zu hacken.

NZZ: Was soll das konkret bedeuten?

Harari: Einen Menschen zu hacken, heißt: ihn besser zu verstehen und zu durchschauen, als er selber das vermag. Früher oder später werden verschiedene Instanzen, seien es nun Unternehmen oder Staaten, die Gefühle, Wünsche, Ängste und Gedanken der Menschen mit Hilfe von Algorithmen ermitteln können. Die Folgen liegen auf der Hand: Wer die inneren Regungen der Menschen kennt, kann ihre Handlungen antizipieren. Und ihre Begehren natürlich auch manipulieren. Letztlich werden diese Instanzen also immer mehr Entscheidungen an unserer Stelle treffen, weil sie unsere inneren Abläufe absolut perfekt erfassen.

NZZ: Der Mensch kann wohl nur dann derart umfassend gehackt werden, wenn er selber eine Art Computer ist. Glauben Sie, daß wir, mitsamt unseren Gefühlen und Gedanken, nichts als eine Ansammlung von Algorithmen sind?

Harari: Was ich selber glaube, ist nicht von Bedeutung. Ich stütze mich auf die Wissenschaft und gebe das zurzeit dominante Paradigma wieder. Und das lautet in den Life-Sciences ganz klar so: Nicht nur der Mensch, sondern alle Organismen sind im Prinzip Algorithmen, die Informationen verarbeiten. Da kommt also Information rein, das Gehirn - unser eingebauter Algorithmus - verarbeitet sie weiter, und daraus resultieren dann Bewegungen und Entscheidungen, aber eben auch Emotionen, Empfindungen und Persönlichkeitsmerkmale.

NZZ: Wir befänden uns demnach in einem Wettbewerb der Datenverarbeitungssysteme, und der Mensch mit seinem schwachen Algorithmus stünde mittelfristig auf verlorenem Posten?

Harari: Nun, über lange Zeit hinweg verfügte der Mensch über das stärkste System. Zunehmend aber wird es tatsächlich übertroffen von anderen Algorithmen.

NZZ: Diese mechanische Sicht des Menschen gibt es seit langem, schon im 18. Jahrhundert versetzte das Konzept des "homme machine" die Zeitgenossen in Aufregung. Was ist am jetzigen Maschinen-Paradigma neu?

Harari: Die Idee der hochentwickelten Maschine hat als solche tatsächlich nichts Originelles. Wenn Menschen früher mit Maschinen verglichen wurden, dann waren es Uhren oder Dampfmaschinen; sie bildeten die Modelle, nach denen unterschiedliche Bewegungen funktionieren sollten. Mit dem Paradigma des Computers wird nun aber jeder erdenkliche Lebensbereich erfaßt. Alles, bis hin zum sexuellen Begehren, ist nichts als verarbeitete Information: Das Auge oder die Nase nimmt etwas wahr, das Hirn erkennt die Muster der eingespeisten Daten und gibt daraufhin seine Befehle aus. Ob wir uns zu jemandem hingezogen fühlen oder

nicht, ist also eine reine Frage der Mustererkennung.

NZZ: In dieser stark auf neuronale Prozesse fokussierten Perspektive bleibt vieles ausgeklammert: Was ist Bewußtsein und Geist? Wie beeinflußt der lebende Körper den menschlichen "Computer"? Meines Wissens sind diese Fragen bis heute nicht beantwortet. Könnte die vermeintlich so wissenschaftliche Algorithmentheorie nicht eine jener Fiktionen sein, mit denen sich der Mensch so gerne die Welt erklärt?

Harari: Doch, das ist durchaus möglich! Ich bin selber skeptisch gegenüber Teilen dieser Thesen, und zwar eben weil bis anhin gute Theorien zum Bewußtsein und zur Erklärung von subjektiver Erfahrung fehlen.

NZZ: In Ihren Büchern ist von dieser Skepsis aber nichts zu spüren.

Harari: Insbesondere mein letztes Buch war dezidiert politisch gedacht. Es gibt offene philosophische Debatten, ja, aber ganz egal, wie wir uns zu ihnen stellen, eins müssen wir sehen: Die Technologien, die in uns eingreifen können, sind da. Als wir uns noch nach Ähnlichkeiten mit Uhrwerken befragten, gab es keine Möglichkeiten, die menschliche Maschine umzupolen. Das ist jetzt zum allerersten Mal der Fall, und um dieses Problem müssen wir uns dringender kümmern als um die gewiß interessanten philosophischen Fragen.

Wir haben keine Zeit zu verschwenden. Daher täten wir meiner Meinung nach gut daran, die Philosophie eine Weile lang beiseite zu lassen und den Fokus auf das zu richten, was hier und heute geschieht und täglich extremer wird. Ob wir nun ganz genau wissen, wie und wieso das funktioniert, scheint mir in dieser Situation wirklich zweitrangig.

NZZ: Was, zum Beispiel, geschieht denn heute an manipulativen Eingriffen ins Innerste des Menschen?

Harari: Ganz konkret kann ich es Ihnen anhand meiner eigenen Biographie erläutern. Als ich fünfzehn war, habe ich selber nicht realisiert, daß ich schwul bin. Zwar fühlte ich mich von Jungen angezogen, aber es gab eine Blockade in meinem Kopf, ich hatte kein Bewußtsein für meine "andere" sexuelle Orientierung. Heute können Firmen mit geeigneten Technologien die Präferenzen der Menschen ohne weiteres ermitteln - man braucht dafür nur ihre Augenbewegungen aufzuzeichnen. Noch ehe ich selber es begriffen hatte, hätte also irgendein Konzern bemerken können, daß ich am Strand nur Jungs beobachte.

NZZ: Das Resultat wäre wohl eine weitere Personalisierung der Werbung: Die fragliche Firma hätte vermutlich versucht, Ihnen ihre Produkte mit schönen Männerbildern schmackhaft zu machen.

Harari: Ja, aber das ist nur die eine Seite. Natürlich ist es schlimm genug, daß ich auf diese Weise manipuliert und zu vermutlich sinnlosen Käufen animiert werden kann. Jetzt stellen Sie sich aber einmal vor, was passiert, wenn Staaten diese Technologien einsetzen und Ihre sexuelle Orientierung registrieren. Bekanntlich gibt es nicht wenige Länder, die Homosexualität mit dem Tod bestrafen . . . Ich denke, das macht es deutlich: Es ist höchste Zeit, daß wir diese Probleme ernst nehmen und überlegen, wie wir mit ihnen umgehen, wie wir die Zukunft gestalten wollen.

NZZ: Einverstanden. Aber wie soll das gehen? Wer alles menschliche Denken und Handeln auf biochemische Prozesse reduziert, bestreitet in aller Regel auch die Existenz des freien menschlichen Willens. Auch Sie tun das in Ihren Schriften dezidiert. Wie kann der Mensch die Zukunft in die "richtige" Richtung lenken, wenn er nicht frei ist, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen?

Harari: Wenn ich sage, daß wir keinen freien Willen haben, heißt das nicht, daß wir keine Handlungsmacht besitzen und keine Entscheidungen treffen können. Wir müssen das klar vom freien Willen trennen, und eigentlich würde ich sogar sagen: Je weniger wir an der naiven Vorstellung des freien Willens festhalten, desto mehr Handlungsfähigkeit können wir erlangen.

NZZ: Das müssen Sie mir erklären.

Harari: Es ist doch so: Am einfachsten zu manipulieren sind ausgerechnet jene Leute, die alles, was ihnen dauernd durch den Kopf geht, als Ausdruck ihres eigenen Willens oder als Produkt ihres autonomen Geistes sehen. Solche Personen haben keinerlei über sie hinausreichende Neugier und werden sich nie fragen: Moment einmal, wieso genau habe ich nun diese Cornflakes eingekauft oder jene Partei gewählt? Jede Wahl ist diesem naiven Paradigma gemäß einfach ein Reflex des mysteriösen freien Willens. Dagegen bringt es einen sehr viel weiter, wenn man kritisch danach fragt, wie Vorstellungen, Ideen und Wünsche eigentlich entstehen und geformt werden. Denn erst wenn ich begreife, wie stark mein Denken von allen möglichen biologischen, kulturellen und sozialen Faktoren geprägt wird, kann ich mir so etwas wie Freiheit überhaupt erkämpfen.

NZZ: Das würde bedeuten: Man muß sich der äußeren Einflüsse bewußt werden, um sich von ihnen frei zu machen - und letztlich wohlüberlegt auf die Welt einzuwirken?

Harari: Ja, genau. Das Konzept des freien Willens erweckt den Eindruck, daß Freiheit etwas ist, das man einfach so hat. Aber nein: In unserem normalen Zustand sind wir Menschen dauernd in der Zange etlicher Zwänge, unser Denken speist sich aus anderen Quellen als aus unserer "Seele". Was wir zum Beispiel über die Migration denken, hängt davon ab, in welchem Milieu wir leben und welche Medien wir konsumieren. Um frei zu handeln, ist es unerlässlich, all diesen Mechanismen nachzuforschen. Und wer sich fraglos mit jedem seiner Gedanken identifiziert, tut genau das Gegenteil.

NZZ: Was formt in Ihren Augen die Geschichte des Menschen, was treibt sie voran?

Harari: Es ist eine Kombination von vielen Faktoren. Von materialistischen Sichtweisen, die alles auf die Geographie oder die Ökonomie zurückführen, halte ich nichts. Ich glaube dagegen, daß Erzählungen, Fiktionen, Mythologien einen enormen Einfluß auf den Verlauf der Geschichte haben. Denken Sie doch einmal: Sind Nationen nicht die größten Kräfte in der gegenwärtigen Welt?

NZZ: Doch, das kann man gewiß so sehen.

Harari: Eben, und Nationen sind nichts anderes als Geschichten! Wir reden von Russen, Franzosen oder Deutschen, als ob das natürliche Spezies wären, doch das ist völlig falsch. Anders als etwa Schimpansen und Gorillas, die sich biologisch unterscheiden, sind die unterschiedlichen Nationen reine Erfindungen, sie haben absolut keine objektiven Realitäten.

NZZ: Aber sehr reale, nicht selten blutige Auswirkungen - die Konflikte zwischen Franzosen und Deutschen haben Hunderttausende Tote gefordert.

Harari: Natürlich, das belegt ja gerade die Macht der Fiktionen. Diese Nationen, die wir heute als völlig normal erachten, haben vor 5000 Jahren in keiner Weise existiert - und 5000 Jahre sind in der Menschheitsgeschichte eine wahrlich kurze Zeit. Doch der Mensch lebt eben davon und prägt seine Geschichte dadurch, daß er solche Storys erfindet - und dann im Kollektiv an sie glaubt.

Mit dem Geld oder den Rechtssystemen ist es ja nicht anders. Daneben halte ich aber auch Zufälle für enorm wichtig. Daß zum Beispiel das Christentum oder der Islam eine Weltreligion wurde, war mitnichten determiniert. Wäre Mohammed in einer seiner arabischen Schlachten umgekommen, wäre alles ganz anders verlaufen.

NZZ: Wenn Storys so zentral sind, dann ist es entscheidend, was für Geschichten wir uns erzählen . . .

Harari: Natürlich, eben darum investieren wir jetzt ja zum Beispiel in den Film, und übrigens auch in ein Kinderbuch.

NZZ: ... die Frage ist nur: Welche Erzählung braucht die Welt heute?

Harari: Die Menschheit muß zurzeit den Blick schärfen für drei existentielle Herausforderungen: den Atomkrieg, die ökologische Krise und die technologische Disruption (Erschüttere-

rung).

NZZ: Seit ein paar Monaten ist Punkt zwei, die Ökokrise, das dominante Thema. Sie selber fokussieren seit je auf die technologische Herausforderung; den Klimawandel handelten Sie in Ihren bisherigen Büchern nur ganz am Rand bzw. in Unterkapiteln ab. Haben Sie sich verschätzt?

Harari: Es gibt einen guten Grund, warum ich mich auf die dritte Herausforderung konzentriere: Sie ist die komplizierteste. Die Gefahren, die von ihr ausgehen, sind nicht größer, aber vermutlich schwieriger zu erkennen. Natürlich gibt es beim Klimawandel noch die paar Leute, die meinen, das sei alles Fake. Doch keiner steht hin und sagt: Ja, es gibt den Klimawandel, und das ist eine wunderbare Sache, laßt uns die Erderwärmung fördern! Im technologischen Bereich ist die Situation sehr viel diffuser. Es ist ganz und gar nicht klar, ob wir hier etwas stoppen sollen und was wir von den neuen Technologien eigentlich wollen.

NZZ: Viele von ihnen integrieren wir dankbar und freiwillig in unseren Alltag.

Harari: Absolut, und die Forschung, gerade im Hirnbereich, hat ja auch ein großartiges Potential. Just gestern hat man mir auf einem Panel ein wunderbares Projekt vorgeführt, das Geblähmten ermöglichen soll, die Beine wieder zu bewegen. Vereinfacht gesagt, liest da ein Computer die Nachricht im Hirn "Beweg das Bein" und schickt die Information an den richtigen Ort im Körper.

Das ist einerseits phantastisch, bedeutet aber andererseits eben auch, daß ein Computer lesen kann, was in einem Hirn vor sich geht. Ein Bewegungsbefehl ist unproblematisch, klar, aber was ist mit unseren Emotionen oder Ideen? Und nicht nur diese Verbindungen zwischen Computern und Gehirnen haben wir heute, mit Bio- und Gentechnik wird es auch möglich, die menschlichen Körper zu verändern. Wie wollen wir mit alledem umgehen? Vor einer vergleichbaren Herausforderung hat die Menschheit noch nie gestanden.

NZZ: Das ist eine überraschende Aussage für einen Historiker. Mir scheint, daß auch frühere Gesellschaften immense Herausforderungen kannten. Überschätzen Sie nicht die Bedeutung unserer Gegenwart?

Harari: Nein. Alle früheren Revolutionen haben bloß die äußere Welt verändert. Egal, wie stark die Seßhaftigkeit oder das Christentum unsere Kulturen umgekrempelt hat, egal, wie die Reformation die Wissenschaften und die Industrialisierung das Arbeiten verändert haben: Wir sind immer die gleichen Tiere geblieben, die wir schon vor 30.000 Jahren waren.

NZZ: Der Mensch hat sich doch stets verändert, immer hat er sich "optimiert", sich Krücken gebastelt, Prothesen eingesetzt oder die Augen scharfsichtig gelasert.

Harari: Das sind noch immer äußere Adaptionen, nie zuvor gab es die Möglichkeit, die Strukturen von Körper und Geist auf wirklich profunde Weise zu verändern. Doch wenn künstliche Intelligenz und Biotechnologien unsere Gehirne modifizieren, werden aus diesen "Upgrades" komplett andere Menschen resultieren. In 100 oder 200 Jahren wird die Erde von Wesen dominiert sein, die etwa so viel mit uns heutigen Menschen gemein haben wie wir selber mit Neandertalern oder Schimpansen.

NZZ: Wäre es schlimm, wenn der Mensch verschwände?

Harari: Das kommt darauf an, wodurch er genau ersetzt wird. Wie die neuen Wesen beschaffen sein werden, ist ja vollkommen ungewiß. Man sollte sich das Ganze auch nicht als Hollywood-Katastrophe vorstellen, die den jetzigen Menschen vernichtet, sondern als graduellen Prozeß. Ganz allmählich werden sich gewisse Menschen technologisch "optimieren", und dieses Szenario birgt vor allem die Gefahr einer Spaltung: Wenn jene Klassen, die es sich leisten können, langsam zu Supermenschen werden, bleibt der alte Homo sapiens abgehängt zurück. Diese extreme Ungleichheit könnte zu einer ganz neuen Art von Regime führen und das alte faschistische Ideal des "neuen Menschen" plastisch durchsetzen.

NZZ: Ich erkenne in diesen Horrorszenarien noch eine ganz andere Gefahr: Sie lenken uns

von den sehr realen Problemen ab, die sich hier und jetzt in einigen liberalen Ordnungen zeigen. Mich ängstigt weniger der Aufstieg von Supermensch als jener von autoritären Führern, zum Beispiel in Osteuropa.

Harari: Aber diese Dinge hängen doch zusammen! Gerade die illiberalen Regierungen stützen sich ja immer mehr auf die fraglichen Technologien, auf künstliche Intelligenz und Big Data. In Ungarn zum Beispiel geschieht das selbstverständlich, und in China entsteht mit einem technologiebasierten gesellschaftlichen Ranking-System geradezu der Prototyp eines neuen totalitären Regimes.

NZZ: Wenn wir einmal von den hypothetischen "neuen Menschen" absehen: Wie sind die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts an Schrecken zu überbieten?

Harari: Nun, "total" wird in unserem Jahrhundert wirklich "total" bedeuten. Nicht nur wird Überwachung rund um die Uhr möglich sein, sie wird sich eben auch aufs Fühlen und Denken erstrecken. Die Propagandaslogans eines Regimes nachzubeten, wird künftig nicht mehr reichen. Gut möglich zum Beispiel, daß in Nordkorea in 10 oder 20 Jahren jedermann ein Armband mit Sensoren tragen muß. Fühlt ein Mensch dann innerlich Ärger aufsteigen, während er bei einer Parade dem Machthaber applaudiert - dann wird er umgehend große Probleme bekommen. Eine derart extreme Form von Totalitarismus hat sich nicht einmal George Orwell in "1984" ausmalen können. Aber jetzt ist sie in Reichweite.

NZZ: Sie reden regelmäßig mit wichtigen Politikern, treffen Merkel, Macron und andere zum Gespräch. Welche Ratschläge geben Sie ihnen?

Harari: Ich habe keine Ratschläge oder Empfehlungen abzugeben. Es geht eher darum, die Diskussion zu öffnen, ein Bewußtsein für die Probleme zu schaffen. Die Politiker stecken oft in ihrem Kurzfristdenken fest, selten schauen sie weiter als bis zu den nächsten Wahlen. Ich versuche, ihren Blick auf Dinge zu lenken, die in der Zukunft liegen - die wir aber heute mit Entscheidungen beeinflussen können und müssen.

NZZ: Ist es eine Aufgabe oder gar Pflicht des Intellektuellen, Politik und Gesellschaft aufzurütteln?

Harari: Ja, ich glaube, das ist die Hauptaufgabe von Historikern, Philosophen oder Soziologen. Ein Arzt ist dazu da, Leute zu heilen. Ein Computerexperte hat die Aufgabe, Algorithmen zu entwickeln. Idealerweise sind ihm auch die Gefahren seines Tuns bewußt, und es wäre gut, wenn er die Öffentlichkeit darüber auch in Kenntnis setzte. Primär ist er aber nun einmal mit dem Entwickeln seiner Technologien befaßt. Die Geisteswissenschaftler aber verfehlen ihre wichtigste Rolle, wenn sie nur interne Debatten in ihren Fachgebieten führen. Sie sollen raus, die Leute informieren und Diskussionen führen.

NZZ: Sie waren ursprünglich Mediävist. Jetzt reden und schreiben Sie über alles Erdenkliche, von der Technologie über das Glück bis zum Terrorismus, und die ganze Welt hängt an Ihren Lippen. Wie fühlt sich das an?

Harari: Sehr gut fühlt sich das an, vor allem die Interaktion mit der Öffentlichkeit. Ich bin froh, daß ich nicht mehr in meiner akademischen Blase sitze und nur mit mir selber rede. Doch meine Mittelalterkenntnisse sind eine sehr gute Basis für das, was ich jetzt tue. Ich habe gelernt, in der langen Dauer zu denken, und weiss, daß die Welt, wie wir sie seit fünfzig Jahren kennen, keinen "natürlichen" Zustand darstellt. Weder wird es so weitergehen wie bisher, noch war irgend etwas immer schon so. Menschen können sich ganz unterschiedlich organisieren, und es ist ein ziemlicher Zufall, daß wir hier und heute auf diese scheinbar so normale Weise auf der Welt leben.

Yuval Noah Harari - In seinem ersten populären Buch, "Eine kurze Geschichte der Menschheit" (dt. 2013), hat der Historiker einen Überblick über den Werdegang unserer Spezies gegeben, seine zwei folgenden Werke, "Homo Deus" (2017) und "21 Lektionen für das 21. Jahrhundert" (2018), hat der 43-Jährige ganz auf Gegenwart und Zukunft ausgerichtet.

Harari beobachtet aufmerksam, wie sich Informations- und Biotechnologie entwickeln, und meint, daß die beiden verschmelzenden Forschungszweige das körperliche und geistige Dasein des Menschen auf drastische Weise revolutionieren werden, ja den Menschen als solchen auslöschen könnten. Hararis Bücher sind allesamt Bestseller geworden, bis Ende 2018 haben sie sich, übersetzt in 50 Sprachen, 19 Millionen Mal verkauft.

Der israelische Historiker Yuval Noah Harari ist der Autor des Bestsellers "Sapiens: A Brief History of Humankind". Er unterrichtet am Lehrstuhl für Geschichte der Hebrew University of Jerusalem.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 31. Juli 2019 folgender Bericht über die deutsche "Scheindemokratie" (x1.014/...):

>>**STANDPUNKTE - Die "Einsäulengewaltenteilung" oder warum Deutschland keine Demokratie, sondern eine Parteienoligarchie ist**

Ein Standpunkt von *Jochen Mitschka*

Seit der Aufklärung wissen wir, daß ein moderner Staat mindestens von drei Säulen der Macht kontrolliert werden muß, von denen jede Säule unabhängig von den anderen ist. Dadurch soll eine gegenseitige Kontrolle ermöglicht werden, damit nicht eine Macht die absolute Kontrolle des Staates in die Hände bekommt. Besonders in Deutschland, nach dem Durchmarsch der Nazis durch die Institutionen der Weimarer Republik, wurde auf Gewaltenteilung bei der Erstellung des Grundgesetzes besondere Rücksicht genommen.

Leider blieb davon aber lediglich die föderale Struktur und die Aufteilung Deutschlands in Bundesländer übrig. Tatsächlich gibt es in Deutschland weder drei, noch mit den Medien vier Säulen der Macht, sondern nur eine einzige. Und diese Säule ist der Parteienkonsens mit dem der Wille des Wählers für unwesentlich, und das "Primat der Politik" zum eigentlichen Souverän wurde. Schauen wir uns die theoretischen Säulen der Macht näher an.

Säule 1 - Die Exekutive.

Das ist also die Regierung. Die Regierung sollte von den Wählern gewählt werden, damit diese die Gesetze, welche von der Legislative, also dem Bundestag, beschlossen werden, in der Praxis durchsetzen. Man sagte, daß die Regierung natürlich nicht Teil der Legislative sein darf, damit sie nicht die Gesetze so formt, wie sie gerne hätte, und auch, damit das Parlament eine wirksame Kontrolle ausüben kann. Und die Regierung müsse direkt vom Volk gewählt werden, sagte man.

Diese "gewählte Regierung" durchzusetzen, dauerte noch etwas in der Geschichte. Denn die Monarchen sahen die Regierung und den Premierminister bzw. Kanzler zu Beginn hauptsächlich als nützlichen Blitzableiter. Die Regierungsmitglieder mußten vom Monarchen bestätigt werden. Reste erkennt man heute noch an der Ernennung durch den Bundespräsidenten. Wenn etwas schief lief in der Regierung, wurde mit Einführung der von einem Premierminister geführte Regierung nicht mehr der Monarch, sondern der Premierminister für schuldig erklärt, und gefeuert.

Das erlaubte den Monarchen zu überleben und bis heute eine Rolle in vielen Staaten zu spielen, auch wenn sie im Laufe der Jahrhunderte den größten Teil ihrer Macht eingebüßt haben. Inzwischen wird in vielen Ländern, die behaupten Demokratien zu sein, der Regierungschef direkt von den Wählern bestimmt. Allerdings in den meisten Fällen erst nach einem sorgfältigen Auswahlprozeß der Bewerber innerhalb der politischen Parteien. (Wer kennt nicht die Vorwahlspektakel in den USA.)

Leider wurde in der Bundesrepublik Deutschland diese Direktwahl der Regierungschefs nie eingeführt. Vielmehr traut man dem deutschen Volk einfach nicht zu, eine so wichtige Entscheidung treffen zu können. Und so verlagerte man die Entscheidung auf die politischen Parteien in die sogenannten Koalitionsgespräche nach einer Wahl.

Das heißt der Wähler hat keine Ahnung, was und wer nach der Wahl die Regierung stellen

wird. Was nun in Deutschland unerheblich ist, weil sich die Parteien lediglich in Kleinigkeiten unterscheiden, ähnlich wie die verschiedenen Strömungen innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas oder Vietnams. Wobei ... in Vietnam gibt es immer mehr unabhängige Abgeordnete, die durch ein in der Verfassung vorgesehenes Verfahren auch ohne Parteimitgliedschaft gewählt werden dürfen.

Laut Wikipedia waren nach der Wahl von 2016 immerhin 21 Sitze an Parteilose vergeben worden. Und ich habe persönlich in Vietnam erlebt, wie sehr die Partei bemüht ist, den Erwartungen der Massen gerecht zu werden, um die unabhängigen Bewerber nicht überhand nehmen zu lassen. Wie viele Abgeordnete ohne Parteimitgliedschaft gibt es in Deutschland? Hier sind es fast immer solche Abgeordnete, die nach der Wahl, aus der die Wahl möglich machenden Partei ausgetreten waren. Damit wären wir bei der Säule Nr. 2, der Legislative.

Säule 2 - Die Legislative.

Die Legislative oder "gesetzgebende Versammlung" ist in Deutschland der Bundestag. Als solche Parlamente eingeführt wurden, um dem Bürgertum, den Ständen oder "dem Volk" mehr Mitbestimmung bei der Formung von Gesetzen zu geben, waren die Monarchen natürlich bemüht, die freie Wahl zu umgehen, indem sie die Kandidatur von ihrer Zustimmung abhängig machten.

Das gleiche galt natürlich für die Gesetze, die vom Parlament beschlossen wurden. Auch heute noch müssen vom Parlament beschlossene Gesetze vom Bundespräsidenten bestätigt werden. Nur daß heute der gesamte Prozeß durch den Parteienkonsens kontrolliert wird, und nicht von einer echten Gewaltenteilung. Denn sowohl die Abgeordneten, als auch die Regierung, die von den Abgeordneten eingesetzt wird, als auch der Bundespräsident, werden von den Parteien bestimmt.

Der Bundespräsident wird zwar offiziell von der Bundesversammlung gewählt, aber in der Praxis durch den Parteienkonsens in Hinterzimmergesprächen vereinbart. Und natürlich ist es ein Politiker. Ausnahmen haben sich als nicht dem Parteienkonsens dienlich erwiesen und dürften daher kaum noch zum Tragen kommen.

Da gibt es in Deutschland zunächst die Bundestags-Direktkandidaten für einen Wahlkreis. Und natürlich treffen die Parteien die Vorauswahl. Das hat zur Folge, daß zum Beispiel in "sicheren Wahlkreisen", die Ernennung des Kandidaten ganz einfach die Bestimmung des Abgeordneten wird. Und wer jetzt erklärt, daß diese Direktkandidaten ja aber von den Parteimitgliedern gewählt würden, dem würde ich mit einem gewissen Hüsteln entgegen: Sicher tun sie das, aber wie kamen sie zu der Kandidatur, und wie sind ihre Aussichten, wenn sie nicht vom Parteiestablishment unterstützt werden?

Nun werden aber die meisten Abgeordnetensitze über die Parteilisten vergeben. Das heißt, der Wähler weiß gar nicht, wen er wählt, denn er wählt ja nur eine "Liste". Also auch hier treffen die Parteien eine Vorauswahl. Und nur wer die Unterstützung einer Handvoll einflußreicher Mitgliedern des Parteikaders sicher hat, kann damit rechnen, auf einen aussichtsreichen Listenplatz gesetzt zu werden. Tatsächlich werden Listenplätze gerne auch für besondere Verdienste vergeben, oder durch Auswahl von ethnischen oder anderen Merkmalen, um bestimmte Wählergruppen zur Stimmabgabe zu bewegen. Mit der eigentlichen Person hat das oft wenig zu tun.

Mit anderen Worten: Was früher die Fürsten, die Aristokratie und der Monarch taten, diese Aufgabe haben nun die Partei-Führungen übernommen. Und wenn man nun sagt, es gibt ja auch Parteibefragungen. Dann sollte man sich anschauen, welche personellen Alternativen, und ob es überhaupt Alternativen sind, der Parteibasis vorgeschlagen werden.

Säule 3 - Die Justiz.

Eigentlich soll die Justiz den Bürger vor der Willkür der Regierung schützen. D.h. die Justiz soll aufpassen, daß die Regierung die Gesetze einhält, die von der Legislative, also dem Bun-

destag, durch die Vertreter des Volkes, bestimmt wurden. Leider aber ist die Justiz in keiner Weise unabhängig von der Regierung. Staatsanwaltschaften, also jene, die Anklage erheben dürfen, sind weisungsgebunden. Das heißt, die zuständigen Justizminister bestimmen, was die Staatsanwälte tun und lassen. Schön zu sehen, welche Folgen das hat, im CumEx-Skandal oder früher in der Contergan-Affäre.

Und die deutschen Parteien ignorieren ganz einfach den Europarat, der die BRD schon im Jahr 2009 aufgefordert hatte, ein System der Selbstverwaltung der Justiz einzuführen, und die Staatsanwaltschaften unabhängig von den Justizministern zu machen. Was natürlich ebenfalls vom Parteienkonsens ignoriert wurde und nun dazu führte, daß Staatsanwälte keinen EU-Haftbefehl ausstellen dürfen.

Kommen wir zu den Richtern, die dann über Anklagen entscheiden, die von den Parteien bzw. den von den Justizministern bestimmten Staatsanwälten eingereicht, oder eben nicht eingereicht werden. Nun Richterernennungen sind hochpolitische Angelegenheiten, und kein Richter wird in sein Amt kommen, wenn er nicht die richtige Neigung oder gleich das passende Parteibuch in der Tasche hat.

Das gilt sogar für das oberste aller Gerichte, das Verfassungsgericht. Dort ist der Einfluß der Parteien sogar so kraß, daß man dort lieber direkt Politiker als Richter einsetzt, statt sich "nur" auf das Parteibuch oder eine politische Neigung zu verlassen. Selbst die staatstragende "Die Zeit" stellt die Frage "Politiker als Richter?"

"Der Fall des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Harbarth zeigt: Viele Bürgerinnen und Bürger zweifeln daran, ob jemand so schnell vom parteiischen Politiker zum unparteiischen Richter werden kann. Der Rechtswissenschaftler Volker Böhme-Neßler kann den Argwohn nachvollziehen. Im Gastbeitrag erklärt er, warum so ein Wechsel kritisch für die Demokratie und den Rechtsstaat ist."

Der Wikipedia-Eintrag der höchsten Richter Deutschlands stellt freundlicherweise auch gleich bereit, welche Partei den entsprechenden Richter vorgeschlagen hatte.

Schauen wir uns die Liste der Richter von Oben nach Unten ein wenig an, nachdem wir die Liste nach "Beginn der Amtszeit" sortiert haben. Als erster d.h. zuletzt ernannter Richter taucht der bereits erwähnte Stephan Harbarth auf. Dann sieht man dort als zweiten Eintrag den von Henning Radtke. Er hat keine politische, sondern lediglich eine juristische Karriere hinter sich.

Der nächste Eintrag ist der von Josef Christ. Er war als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundeskanzleramt tätig gewesen, und im Staatsministerium Baden-Württemberg. Er hatte dort als Berater für Ministerpräsident Günther Oettinger gearbeitet *"was ihm eine enge Vernetzung in die Politik einbrachte"*, wie Wikipedia zutreffend schildert. Dort liest man auch *"Bei der überraschend schnellen Beförderung sollen ihm seine Kontakte in die Politik geholfen haben."*

Der nächste Eintrag ist der von Yvonne Ott. Sie hatte im Hessischen Ministerium der Finanzen gearbeitet und war von welcher Partei vorgeschlagen worden? Richtig, der SPD. Der nächste Eintrag ist der von Christine Langenfeld.

Sie ist die Tochter des CDU-Politikers und rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Carl-Ludwig Wagner. Sie war die Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, welche von den wichtigsten deutschen Familienstiftungen finanziert wird, die Deutschland aufzuweisen hat.

Gehen Sie doch mal selbst weiter auf Suche nach den Lebensdaten der obersten Richter Deutschlands, welche die Bürger gegen die Regierung beschützen sollen, weil mehr Recherche dieses Format sprengen würde. Und überlegen Sie dann, ob diese Richter vollkommen unabhängig sind, und die Regierungen im Auftrag der Wähler kontrollieren, daß diese die Gesetze einhalten.

Sie können allerdings auch auf die Seite www.gewaltenteilung.de gehen und sich anschauen, was der ehemalige Richter Udo Hochschild über die Gewaltenteilung schreibt:

"Die Gewaltenteilung in Deutschland erschöpft sich im Wesentlichen in einem Verfassungsgebot. Ob und in welchem Maße dieses Verfassungsgebot befolgt wird, hängt von dem guten Willen und der Rechtstreue der im Dienst der Öffentlichkeit handelnden Personen ab."

Allerdings macht Udo Hochschild einen kleinen Fehler, wenn er schreibt *"Deutschland kennt nur zwei organisatorisch voneinander unabhängige Träger der Staatsgewalt, die Legislative und die Exekutive."* Denn es gibt keine zwei Säulen. Und hier die Begründung:

Die Regierung wird NICHT vom Volk direkt gewählt. Sie wird von der Legislative, dem Bundestag, in Parteiengesprächen ausgekungelt. Die so entstehende Koalition wird durch den Bundestag eingesetzt, nicht durch den Wähler. Und so wird die Mehrheit des Bundestages wohl kaum eine kritische Kontrolle über etwas ausüben, was sie selbst an die Macht gebracht hat. Wie wir ja auch an der "stabilen" politischen Lage in Deutschland ausgiebig beobachten können, oder an dem Bericht des Abgeordneten Bülow über Fraktionszwang, oder wie Gesetze, sogar solche über Krieg und Frieden, zustande kommen. Von einer *"Kontrolle der Regierung durch das Parlament"* zu reden ist einfach lächerlich.

Außerdem werden die Gesetze nicht vom Parlament, sondern von der Regierung, böse Zungen behaupten, von Lobbygruppen und US-Beraterfirmen, geschrieben. Was auch nicht dem ursprünglichen Sinn der Gewaltenteilung entspricht. Weil die Regierung sich die Gesetze nun so gestalten kann, wie sie sie gerne hätte, und nicht, wie die "Vertreter des Volkes" sie definieren, damit sie von der Regierung eingehalten werden. Natürlich können Parlamentarier Gesetzentwürfe einbringen, aber da die Fraktionen, welche die Regierung gewählt haben, das Parlament bestimmen, haben diese Gesetze keine Aussicht auf Erfolg.

Aber das ist noch nicht Alles. Die parlamentarischen Staatssekretäre, Minister und andere politischen Beamte der Regierung dürfen Mitglieder des Bundestages sein. Das heißt, sie sind Kontrolleure und Kontrollierte in Personalunion. Daß dies nicht nur gegen den gesunden Menschenverstand, sondern auch die Verfassung bzw. das Grundgesetz verstößt ist offensichtlich, darf aber nicht offen ausgesprochen werden.

Juristen, die das vertreten geraten dann schnell in Gefahr, aus dem Justizbetrieb ausgeschieden zu werden. Alternativ könnte man als "Reichsbürger" verunglimpft werden, wenn man auf das Tillesen Urteil hinweist, indem dargestellt wird, daß alle deutschen Gesetze eigentlich rechtswidrig entstanden, weil es keine Trennung zwischen Parlament und Regierung in Deutschland gibt.

Dem Tillessen Urteil des "Tribunal Général in Rastatt", also eines von der französischen Besatzungsbehörde dominierten Tribunals, erklärte zu den deutschen Gesetzen, daß sie *"entgegen der Behauptung, daß es der Verfassung entspreche, in Wirklichkeit von einem Parlament erlassen worden ist, das (infolge der Personalunion von Regierung und Gesetzgebung) eine gesetzwidrige Zusammensetzung hatte, und daß es (durch die Vereinigung der gesetzgebenden Gewalt mit der vollziehenden in der Hand des Bundeskanzlers, Ministerpräsidenten, ihrer Minister und parlamentarischen Staatssekretäre) alle wesentlichen Voraussetzungen einer ordnungsgemäßen und normalen Rechtsgrundsätzen (insbesondere dem Gewaltentrennungsgebot, Art. 20 (2) GG) entsprechenden Regierung verletzt."*

Aber wir wollen ja sicher nicht behaupten, daß alle Gesetze, die in der Bundesrepublik erlassen wurden, wegen der Mißachtung von Art. 20 GG unwirksam sind. Vielmehr ist durch den stillschweigenden Konsens der politischen Parteien eine nicht kodifizierte Änderung des Grundgesetzes erfolgt. Was übrigens nicht nur für den Art. 20 gilt, sondern ebenso für das verfassungsmäßige Verbot von Angriffskriegen, die Achtung der Privatsphäre der Bürger bzw. des Briefgeheimnisses und andere Kleinigkeiten.

Also noch einmal das Fazit der Untersuchung der angeblichen drei Säulen des deutschen Staa-

tes:

Es gibt nur eine Säule, nämlich die des Parteienkonsens bzw. der Parteienkoalition, welche die Regierung stellt, und welche zusammen mit den anderen Parteien, die auch gerne in der Regierung mitarbeiten würden, die Verwaltung der Oligarchie in Deutschland darstellen.

Deutschland mangelt es grundsätzlich an strafrechtlichen Regelungen der im Grundgesetz vorgesehenen Verbote bzw. Einschränkungen. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland haben die Parteien im stillschweigenden Einverständnis die Umsetzung von grundgesetzlichen Geboten und Verboten in Strafrecht unterlassen.

Eine der letzten strafrechtlichen Bestimmungen, welche das Grundgesetz schützen sollten, war der § 80 StGB. Er wurde zum 1.1.2017 gelöscht. Als Begründung wurde die "Harmonisierung mit EU-Recht" angegeben. Und der Parteienkonsens war sich einig, daß das Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges nicht mehr zeitgemäß war.

Die "Harmonisierung" ist natürlich kein vollwertiger Ersatz, da das Völkerrecht die Bestimmung des Grundgesetzes über Angriffskriege in der für Deutschland entscheidenden Form nicht kennt. Aber immerhin hat der Generalstaatsanwalt jetzt weniger Arbeit, die Anzeigen von besorgten Bürgern wegen der Angriffskriege, an denen Deutschland teilnimmt, abzulehnen.

Was ist aber nun mit der vierten Säule? Den Medien?

Nun in Deutschland gibt es ein Gesetz für "*Tendenzbetriebe*", wozu Medien gehören. Dieses Gesetz schreibt ausdrücklich fest, daß der Eigentümer dieser Betriebe den Mitarbeitern Vorgaben machen darf, welche die Meinungsfreiheit der Mitarbeiter drastisch einschränkt. Das berühmteste Beispiel ist wohl die arbeitsvertragliche Regelung des Springer-Konzerns, nach der Kritik an der Politik Israels und den USA zu unterlassen ist.

Das Gesetz stammt aus einer Zeit, als man die Vielfalt der Meinungen erhalten wollte. Nur gibt es diese Vielfalt nicht mehr. Die stimmgebenden Medien in Deutschland gehören einer handvoll Familien und einigen wenigen internationalen Konzernen. Die in den westlichen Ländern maßgebenden Medien können auf ganz wenige Eigentümer reduziert werden. Und diese haben eine eindeutige gemeinsame Zielrichtung: Neoliberalismus weltweit durchzusetzen, und damit das Vermögen vom Staat und vom Mittelstand auf einige Wenige zu verlagern.

Daß sie diesem Ziel immer näher kommen, und das insbesondere in den sogenannten "Demokratien", wird jährlich wieder "bedauernd" festgestellt. Aber da es die Wähler in den Demokratien ja so wollen, meint man, muß es wohl damit seine Richtigkeit haben. Jede andere Annahme wäre ja ein Bestreiten der Tatsache, daß es Demokratien sind.

Um dieser Gefahr der einseitigen Medienbeeinflussung der Wähler entgegen zu treten, hatten kluge Menschen in Deutschland die öffentlich-rechtlichen Medien ins Spiel gebracht. Sie sollten einen "*Marktplatz der Meinungen*" widerspiegeln und eine pluralistische und demokratische Meinungsbildung, als Gegengewicht gegen die "*Tendenzbetriebe*" ermöglichen. Nun hat das einen Haken, denn man machte die Ministerpräsidenten der Länder zu wichtigen Kontrolleuren und Regelerstellern.

Und diese wiederum werden durch die Parteien bestimmt. Man ahnt, was kommt: Die öffentlich-rechtlichen Medien bilden keinen Marktplatz der Meinungen ab, sondern vertreten die Meinung der Parteien. Eine sehenswerte Sendung, die etwas Einblick in das Thema gibt, ist die Geschichte Nr. 26 aus Wikihausen über die Rufmordkampagne gegen Uwe Steimle.

Nun gibt es also die privaten "*Tendenzbetriebe*" welche eine gewisse gesellschaftliche Zielrichtung verfolgen, und die öffentlich rechtlichen Medien, welche die Position der Parteien vertreten. Wenn es nun einen Konflikt zwischen den beiden Meinungen geben würde, könnte es sogar zu einem ernsthaften Diskurs kommen. Nur ... leider gibt es nur marginale Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Zielen der inzwischen dem System angepaßten Par-

teien, und den gesellschaftlichen Zielen der privaten Medienkonzerne. Beide sind natürlich nur dem Wohle der Allgemeinheit zugeneigt.

Mit anderen Worten: Was für die Wenigen, die immer reicher werden gut ist, ist auch für die Allgemeinheit gut. Das nennt man "trickle down-Effekt". Und wurde wissenschaftlich schon mehrfach widerlegt. Aber wen interessiert schon was Wissenschaftler sagen, wenn das nicht dem Narrativ des Mainstreams entspricht.

Und natürlich dienen Ausnahmen dazu, zu suggerieren, daß es doch einen Marktplatz der Meinungen gäbe. So werden ab und zu politische Bauernopfer gebracht (tut mir leid, ich will die Bauern nicht beleidigen, deren Arbeit ich höher einschätze als die mancher Politiker, sondern beziehe mich auf das Schachspiel), Scheingefechte gefochten, oder über Kleinigkeiten ein scheinbar verbitterter Streit ausgetragen. Ganz im Sinne einer unterhaltsamen Volksbühnenvorstellung. Und in den Medien dürfen ab und zu auch Stimmen laut werden, die sogar bis zur Systemkritik reichen. Die dann aber gleich mit zigfacher "Lautstärke" übertönt und relativiert werden.

Mit anderen Worten: Es gibt keine vierte Säule der Gewaltenteilung, es gibt keine vierte Säule der Macht im Staat Deutschland. Und die Parteien tun alles in ihrer Macht Stehende, um diesen Status zu erhalten. Dazu gehört auch die Verweigerung, Deutsche über ihre Verfassung selbst bestimmen zu lassen. Während sogar in der angeblichen "Mullahdiktatur" des Iran die Verfassung und sogar jede Änderung daran durch ein Referendum bestätigt werden muß, wird das Grundgesetz in Deutschland im stillen Konsens der Parteien geändert und ausgehöhlt, und der Wähler hat keinerlei Einfluß darauf. Und damit sich an dieser Macht nichts ändert, darf es keine Diskussion über eine Verfassung geben.

Fazit

Wenn nach der EU-Wahl (es war keine Europa Wahl, weil nur der kleinere Teil Europas in der EU organisiert ist), von der Leyen, als eine Politikerin die wichtigste Position der EU-Verwaltung bekleidet, die überhaupt nicht zur Wahl stand, und angeblich auch nie für EU-Politik vorgesehen war, ist dies keine Ausnahme oder seltener Mißgriff, sondern der Beweis, daß die Wähler in keiner Hinsicht irgendeinen Einfluß auf die Politik Deutschlands haben. Noch weniger Einfluß, was in der EU beschlossen wird, und dann "leider in deutsches Recht übertragen werden muß", wie anschließend die deutschen Politiker behaupten.

Und das wird ja auch ganz offiziell von Angela Merkel als positiv bewertet. Nicht umsonst stellte sie in einer Rede fest, daß alle wichtigen Entscheidungen in Deutschland gegen den Willen der Mehrheit gefällt wurden, und daß dieses Primat der Politik auch gut und richtig wäre.

Möglich ist das Regieren gegen den Willen der Mehrheit, weil die Medien nach den Wahlen Jahre Zeit haben, um die Menschen zu indoktrinieren, daß doch alles zu ihrem Besten entschieden worden wäre. Ja, es gäbe hier und da Korrekturmöglichkeiten, deshalb solle man doch wieder wählen, aber bei den wichtigen Entscheidungen wäre doch in der tollen Demokratie Deutschland alles gut gelaufen.

Es gibt nur eine Möglichkeit, die politischen Parteien zu zwingen, dem Wähler mehr Macht einzuräumen und plebiszitäre Elemente zuzulassen: Indem der Wähler durch Wahlenhaltung die Legitimation des Systems bestreitet. Deshalb wäre eigentlich der richtige Name für Menschen die nicht wählen "Delegitimatoren", nicht "Nichtwähler".

Denn dieses Wählen hat, bewußt oder unbewußt, eine Funktion. Sie erlaubt den Parteien zu behaupten, daß sie den Willen der Menschen vertreten. Wenn sie niemand mehr wählt, bricht dieses potemkinsche Dorf zusammen. Aber da vor jeder Wahl Politik und Medien unisono erklären, wie wichtig Wählen ist, oder daß es sogar eine Pflicht wäre, oder wenn behauptet wird, man müsse das "kleinere Übel" stärken, werden weiter politische Parteien die Politik bestimmen, ohne daß der Wähler irgendeinen Einfluß darauf hat.<<

Die deutsche Publizistin Vera Lengsfeld berichtete im Juli 2019 (x1.089/...): >>**Roter Hunger - Stalins Krieg gegen die Ukraine**

Autor: *Vera Lengsfeld*

Es gibt Bücher, die zu lesen es viel Überwindung kostet. Bei der Lektüre von Anne Applebaums "Roter Hunger" mußte ich mich mehrmals zwingen, weiterzumachen. Was hier über die politisch inszenierte und exekutierte Hungerkatastrophe in der Ukraine Anfang der 30er Jahre des totalitären 20. Jahrhunderts geschrieben wird erfordert starke Nerven und einen ebensolchen Magen. Aber ich sagte mir immer wieder, daß, was Menschen erleiden mußten, ich es wenigstens zur Kenntnis nehmen muß. Wir müssen in den Abgrund blicken, um Mittel zu finden, nicht endgültig in ihm zu versinken.

Die Ukraine ist Teil Europas und ihr Schicksal ist eng mit der europäischen Geschichte verknüpft. Wer die heutigen Konflikte um die Ukraine verstehen will, muß diese Geschichte zur Kenntnis nehmen.

Während eines großen Teils der Geschichte war das Gebiet, das wir heute Ukraine nennen, was im russischen und im polnischen Grenzland bedeutet, eine Kolonie anderer europäischer Mächte. Seit dem späten Mittelalter gibt es eine ukrainische Sprache, eine ukrainische Küche, Sitten, Bräuche, Legenden und Helden wie Bösewichte. Im 18. und 19. Jahrhundert bildete sich, wie bei anderen europäischen Völkern ein Nationalbewußtsein heraus. Aber fehlende natürliche Grenzen verhinderten lange die Bildung eines eigenen Staates.

Das gelang erstmals in der ukrainischen Revolution 1917, die eine Ukrainische Volksrepublik innerhalb der Russischen Föderation hervorbrachte. Diese Republik war den Bolschewisten von Anfang an ein Dorn im Auge. Sie starteten im Januar 1918 ihren ersten Angriff. Von da an gab es eine fast ununterbrochene ukrainische Nationalbewegung gegen die Bolschewiki. Diese Bewegung war selbst sozialistisch, wollte aber einen eigenständigen Weg. Um die lange Geschichte des Bürgerkrieges kurz zu fassen, kann man sagen, daß es in der Ukraine den heftigsten und längsten Widerstand gegen die Bolschewisten gab.

Neben ihrem nationalen Vorurteil hatten die Bolschewiki auch besondere politische Gründe, die ukrainische Unabhängigkeit abzulehnen. Hier lebten hauptsächlich Bauern und laut marxistischer Theorie waren die Bauern zweifelhafte Elemente.

Hinzu kam, daß die Bolschewiki den Zusammenhang zwischen Ernährung und Macht sehr gut kannten. Sie betrachteten Lebensmittel, wie heute noch die koreanischen Herrscher, als Waffe. Erstmals wurde diese Waffe im "Kriegskommunismus" eingesetzt.

Im Mai 1918 rief der Rat der Volkskommissare eine "Ernährungsdiktatur" aus, stellte eine "Ernährungsarmee" auf und rief den Kampf an der "Ernährungsfront" aus. Hier finden sich alle Elemente des künftigen Holodomor. Der brutalste Ernährungskrieger war Stalin, der mit 450 Rotarmisten nach Zarizyn, heute Wolgograd fuhr und dort mit solcher Härte Getreide beschaffte, daß Leo Trotzki bei Lenin auf Stalins Abberufung drängte.

Lenin folgte Trozki's Argumenten und holte Stalin zurück. Stalin empfand sein Wirken in der Stadt aber so wichtig, daß er später ihre Umbenennung in Stalingrad verfügte.

Als die Bolschewiki den Bürgerkrieg gewonnen hatten, begannen sie umgehend, ihre Vorstellungen von Landwirtschaft durchzusetzen. Der Kampf gegen die Kulaken wurde ausgerufen, der später in der Liquidierung der Menschen endete, die als Kulaken eingestuft wurden.

Wer waren die Kulaken? Es handelt sich hier um eine Begriffsschöpfung, die im Verlauf der Entkulakisierung immer mehr erweitert wurde. Im August 1929 erließ der ukrainische Rat der Volkskommissare ein Dekret, welches "Kulakenhöfe" definierte: Höfe, auf denen regelmäßig Saisonarbeiter angestellt wurden, zu denen eine Mühle, eine Gerberei, Ziegelei gehörten und deren Besitzer regelmäßig Gebäude oder landwirtschaftliche Geräte mieteten.

Bald fielen darunter aber auch Bauern, auf die das alles nicht zutraf, die aber trotzdem enteignet wurden. Sie wurden als Podkulaschniki, Unterkulaken bezeichnet. Es genügte, einmal eine

Unzufriedenheit geäußert zu haben. Auf den Höhepunkt des Holodomor 1932 wurde allen Bauern alles weggenommen, auch das Saatgut und die Vorräte für den eigenen Verbrauch.

Die erste Hungersnot ereignete sich Anfang der Zwanzigerjahre. Sie unterschied sich grundsätzlich vom Holodomor. Das Regime gab zu, daß es eine Hungersnot gab, und ließ internationale Hilfe zu. Auslöser der Katastrophe waren das Scheitern des Kriegskommunismus und der ersten Welle der Kollektivierung der Landwirtschaft.

Um diese Krise zu beenden, erfand Lenin die "Neue Ökonomische Politik", die wieder private Initiative und Handel zuließ. Der Erfolg der NEP zeigte, daß auch eine gefesselte rudimentäre Marktwirtschaft viel Kraft entfaltet. Der Hunger hörte schnell auf, aber die Bolschewiki lernten nicht aus ihren Fehlern, sondern wiederholten sie unter Stalin in verschärfter Form.

Was wir heute als Holodomor bezeichnen, die politisch organisierte und exekutierte Aushungerung der ukrainischen Bauernschaft begann Anfang der 30er Jahre mit der zweiten Kampagne zur Kollektivierung der Landwirtschaft. Stalin und seine Sowjetführung führten "außerordentliche Maßnahmen", d.h. den Ausnahmezustand ein.

Die Gewalt, die Stalin zehn Jahre zuvor in Zarizyn angewandt hatte, kam in der Sprache des Kriegskommunismus zurück. Seine Kollektivierungspolitik war das ideologische Werkzeug, das Stalin zum unangefochtenen Führer der KPdSU machte. Er entledigte sich erst der "Linksabweichler" wie Trotzki, nach dem Holodomor beseitigte er die "Rechtsabweichler" wie Bucharin.

In der ersten Welle der Kollektivierung ging es darum, die Bauern durch immer höhere Abgaben zum Aufgeben und Übertritt in die Kolchosen zu bewegen. Als das nicht zum gewünschten Ergebnis führte, begann die Vertreibung der Kulaken aus ihrem Besitz und die Deportationen.

Manchmal konnten die Kulaken in ihrer Region bleiben, aber sie durften sich nur auf den schlechtesten Böden niederlassen. Die meisten aber wurden umgesiedelt, nach Sibirien oder nach Mittelasien. Mit diesen Kulakentransporten begann die Entwicklung des Gulag, des Zwangsarbeitslager-Systems. Die Deportationen fanden mit großer Brutalität statt. Applebaum schildert, daß auch Babys nackt ausgezogen und mit ihren ebenfalls nackten Müttern im Schnee ausgesetzt wurden, während man ihr Haus plünderte.

Verantwortlich dafür waren die Trupps der 25.000, Komsomolzen aus der Stadt, ländliches Lumpenproletariat und Kriminelle, die auf Anweisung der Partei die Entkulakisierung ausführten. Ein im Westen bekannter Entkulakisierer war der spätere Dissident Lew Kopelew, der im Alter tief beschämt war, wenn er an seine Beteiligung zurückdachte. Er konnte es nicht mehr fassen, daß er so mitleidlos, weil ideologisch verblindet war. Auch Wassili Grossman, der später als Kriegsberichterstatter berühmt wurde und der bewegende Romane über den Kampf der Roten Armee verfaßte, gehörte zu diesen Trupps.

"Ich bin nicht mehr behext und sehe die Menschen. Warum war ich wie Eis? Die Menschen haben doch so gelitten und was wurde ihnen nicht alles angetan! Aber immer wieder hieß es: Das sind keine Menschen, das ist Kulakenpack."

Natürlich konnten diese Zustände nicht verborgen bleiben. Es gab immer wieder Genossen, die es wagten, ihm das Elend zu schildern. Schließlich hielt es Stalin für notwendig, Stellung zu nehmen. In einem Prawda-Artikel schob er den Akteuren vor Ort die Schuld an allen Exzessen zu. Sie hätten, trunken von ihren Erfolgen, das richtige Maß verloren. Es sei die Aufgabe der Partei, diese gefährlichen und schädlichen Tendenzen "auszumerzen".

Wer sich nun eine Änderung der Politik erhofft hatte, lag nicht falsch, aber es war eine Veränderung zum Schlimmeren. Am 18. November 1932 wurde eine Resolution verabschiedet, nach der "die vollständige Erfüllung der Getreideabgabepäne erste Pflicht" sei, der alles untergeordnet werden müsse, einschließlich der Saatgutreserven, des Viehfutters und der Lebensmittelrationen. Danach wurden die Dörfer von der Geheimpolizei abgeriegelt und den

Bauern alles weggenommen.

Die dritte Terrorwelle im Holodomor war auf die vollständige Vernichtung der Bauern durch Hunger ausgerichtet. Die Grenzen der Ukraine wurden abgesperrt, um die Flüchtlinge zu stoppen. Bauern, die es in die Städte geschafft hatten, in der Hoffnung, etwas zum Essen zu ergattern, wurden eingefangen und zurück in ihre Dörfer gebracht. Selbst etwas zu kaufen, wurde ihnen nicht gestattet. Sie waren in den Menschenschlangen, die nach Brot anstanden, leicht an ihren Lumpen zu erkennen. Sie wurden rausgezerrt, auf LKWs verladen und zum Schluß, als sie schon schwach genug waren, einfach in eine Schlucht gekippt, wo sie verendeten.

Die Trupps, die durch die Dörfer zogen, requirierten nicht mehr, sie vernichteten alle Lebensmittel, die sie fanden. Sie waren mit langen Eisenstangen bewaffnet, die sie in Wände, Öfen, Böden stachen, um versteckte Lebensmittel zu finden. Sie holten Brote aus den Öfen, nahmen Suppen vom Feuer und kippten sie aus. Sie bezogen auf Hügeln Stellung, um zu beobachten, ob aus einem Schornstein Rauch aufsteigt, weil gekocht wurde. Zum Schluß war jeder verdächtig, der noch lebte. "Warum seid ihr noch nicht tot?" schreien sie, wenn sie Menschen noch am Leben fanden, denen sie doch bereits alles weggenommen hatten.

Das alles hatte nichts mehr mit Nahrungsmittelbeschaffung zu tun, sondern mit bloßer Vernichtung. Wie es diese Komsomolzen fertig brachten, Menschen so in den Tod zu treiben, ist ein Phänomen, das zeigt, wie weit Ideologien entmenschlichen können. Natürlich waren es nicht die Komsomolzen allein. Sie hatten willige Helfer unter den Ukrainern. Applebaum schreibt, daß etwa die Hälfte dieser ukrainische Helfer selbst verhungerte, weil man ihnen nicht den versprochenen Anteil an requirierter Nahrung ließ, sondern ihnen ihre Beute vollständig abnahm.

Am Ende waren die Menschen so erschöpft, daß jeder Widerstand aufhörte.

Wer sich der Aushungerung der effektivsten Bauern entgegenstellte, auch nur leise Kritik anmeldete, oder als ineffizient bei der Ausführung der Befehle betrachtet wurde, geriet in die stalinsche Vernichtungsmaschinerie.

Davon war Stalins eigene Familie nicht ausgenommen. Als ersten traf es Stalins Schwager Stalislav Reddens, der Chef des ukrainischen Geheimdienstes. Er wurde auf Stalins Befehl abgesetzt und erschossen. Seine Witwe erfuhr erst in der Chruschtschow-Ära von seinem Tod. Stalins Frau Nadeshda Allilujewa, die von Kommilitonen des Moskauer Technikums erfuhr, was sich in der Ukraine abspielte, verübte Selbstmord.

Es gibt keine verlässlichen Zahlen, wie viele während des Holodomor verhungert sind. Die Angaben schwanken zwischen 4 und 10 Million. Während die Menschen verhungerten, exportierten die Sowjets Getreide, Fleisch, Obst, Gemüse und andere Lebensmittel.

Mindestens ebenso viel Energie wie in die Entkulakisierung steckte die Partei in die Kampagne zur Vertuschung des Holodomor. Obwohl hunderttausende zum Skelett abgemagerte Menschen die Bahnhöfe, Bahnstrecken und Städte bevölkerten, kamen die Bolschewiki mit ihrer Leugnung durch. Das gelang, weil die Intellektuellen in der Sowjetunion schwiegen und es willige Helfer im Westen gab, wie der New York Times-Journalist Walter Duranty, der in einem wirksamen Artikel die Berichte über die Verhungerten in der Ukraine für unglaubwürdig erklärte. Erst nach dem Ende der Sowjetunion war es möglich, Licht in dieses dunkle Kapitel der Geschichte zu bringen.

Anne Applebaums Buch ist ein unverzichtbarer Beitrag.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.10.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x335/79) = Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20, Seite 79.

x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
------	--

Internet

x934	https://www.afd.de/erika-steinbach-zum-70-geburtstag-des-grundgesetzes/ - Juli 2019
x940	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/06/27/versailles-1919-die-unterwerfung-deutschlands-unter-das-kriegsschuld-diktat/ - November 2019
x960	https://horst-koch.de/ber-niedergang-deutschlandshaisenko/ - November 2019
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.014	https://kenfm.de – Juni 2021
x1.032	https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/ - November 2021
x1.063	https://www.rubikon.news/rubrik/2/artikel/kein-frieden-ohne-gerechtigkeit - Januar 2022
x1.085	https://www.kla.tv - März 2022
x1.089	https://horst-koch.de/holdomor-stalins-terror-applebaum/ - April 2022
x1.107	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/04/03/geschlechterquoten-der-neuerassismus/#more-5310 - April 2022
x1.108	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/05/28/arabische-sippen-und-clans-archaische-elemente-einer-anti-freiheitlichen-kulturinvasion/#more-5430 - April 2022